

Landtag Rheinland-Pfalz
16. Wahlperiode

Plenarprotokoll 16/57

57. Sitzung

Mittwoch, den 02. Oktober 2013

Mainz, Deutschhaus

Landeshaushaltsgesetz 2014/2015 (LHG 2014/2015)

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 16/2750 –

Erste Beratung

dazu: Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2013 bis 2018

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache 16/2772, Vorlage 16/3002 – 3615

(Fortsetzung der ersten Beratung – Aussprache –)

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/2750 – wird zusammen mit dem Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2013 bis 2018 – Drucksache 16/2772, Vorlage 16/3002 – an den Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung der Fachausschüsse gemäß § 54 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtags überwiesen.....

3666

Landesgesetz über freiwillige Gebietsänderungen der Gemeinde Lambsheim und der Verbandsgemeinde Heßheim sowie der Städte Bad Kreuznach und Bad Münster am Stein-Ebernburg

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 16/2818 –

Erste Beratung 3666

Landesgesetz über die Gebietsänderung der Verbandsgemeinde Treis-Karden

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 16/2819 –

Erste Beratung 3666

Landesgesetz über die Eingliederung der verbandsfreien Stadt Herdorf in die Verbandsgemeinde Daaden

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 16/2793 –

Erste Beratung 3666

**Landesgesetz über die Eingliederung der Verbandsgemeinde Maikammer
in die Verbandsgemeinde Edenkoben
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 16/2794 –

Erste Beratung 3666

**Landesgesetz über die Eingliederung der Verbandsgemeinde Manderscheid
in die Verbandsgemeinde Wittlich-Land
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 16/2795 –

Erste Beratung 3666

**Landesgesetz über die Bildung der Verbandsgemeinde Budenheim
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 16/2796 –

Erste Beratung 3666

**Landesgesetz über die Bildung der neuen Verbandsgemeinde Traben-Trarbach
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 16/2797 –

Erste Beratung 3666

**Landesgesetz über die Eingliederung der Verbandsgemeinde Guntersblum
in die Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 16/2798 –

Erste Beratung 3666

**Landesgesetz über die Eingliederung der Verbandsgemeinde Irrel in die
Verbandsgemeinde Neuerburg
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 16/2799 –

Erste Beratung 3667

**Landesgesetz über die Bildung der neuen Verbandsgemeinde
Thaleischweiler-Fröschen-Wallhalben
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 16/2800 –

Erste Beratung 3667

**Landesgesetz über die Eingliederung der Verbandsgemeinde Hochspeyer
in die Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 16/2801 –

Erste Beratung 3667

Die Tagesordnungspunkte 3 bis 13 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.

Die Gesetzentwürfe der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksachen 16/ 2818/2819 – und die Gesetzentwürfe der Landesregierung

– Drucksachen 16/2793/2794/2795/2796/2797/2798/2799/2800/2801 – werden

jeweils an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss

überwiesen. 3702

...tes Landesgesetz zur Änderung des Ministergesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 16/2817 –

Erste Beratung 3702

Der Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 16/2817 – wird an den Haushalts- und Finanzausschuss – feder-

führend – und an den Rechtsausschuss überwiesen..... 3702

Am Regierungstisch:

Ministerpräsidentin Malu Dreyer; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Frau Irene Alt, Frau Margit Conrad, Jochen Hartloff, Frau Ulrike Höfken, Dr. Carsten Kühl, Frau Eveline Lemke, Roger Lewentz, Alexander Schweitzer; die Staatssekretärin Frau Jacqueline Kraege.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Thomas Günther, Andreas Hartenfels, Stephanie Nabinger, Anna Neuhoof; die Staatssekretäre Jürgen Häfner, Walter Schumacher.

Rednerverzeichnis:

Abg. Baldauf, CDU:	3659
Abg. Billen, CDU:	3695
Abg. Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	3697
Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:	3694
Abg. Frau Beilstein, CDU:	3670, 3680, 3681
Abg. Frau Brück, SPD:	3692
Abg. Frau Dickes, CDU:	3678, 3682
Abg. Frau Dr. Ganster, CDU:	3696, 3698
Abg. Frau Klöckner, CDU:	3615, 3630
Abg. Frau Meurer, CDU:	3688, 3691, 3693, 3702
Abg. Frau Schäfer, CDU:	3689, 3691, 3693, 3694
Abg. Frau Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	3677, 3696
Abg. Frau Schneider, CDU:	3686, 3688
Abg. Fuhr, SPD:	3697
Abg. Haller, SPD:	3676
Abg. Hering, SPD:	3631
Abg. Hüttner, SPD:	3690
Abg. Klein, CDU:	3698, 3699
Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	3640, 3648, 3673, 3686
Abg. Noss, SPD:	3671
Abg. Oster, SPD:	3679, 3681
Abg. Pörksen, SPD:	3682, 3683
Abg. Schreiner, CDU:	3647, 3660
Abg. Schwarz, SPD:	3687, 3700
Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	3662
Abg. Wansch, SPD:	3699
Abg. Wäschenbach, CDU:	3683, 3685
Abg. Wehner, SPD:	3630, 3684
Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:	3648
Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur:	3667, 3700, 3702
Präsident Mertes:	3615, 3630, 3631, 3685, 3686, 3687, 3688, 3689, 3690, 3691
.....	3692, 3693, 3694, 3695, 3696, 3697, 3698, 3699, 3700, 3702
Vizepräsident Dr. Braun:	3662, 3666, 3670, 3671, 3673, 3676, 3677, 3678, 3679, 3680
.....	3681, 3682, 3683, 3684
Vizepräsident Schnabel:	3640
Vizepräsidentin Frau Klamm:	3647, 3648, 3659, 3660

**57. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 2. Oktober 2013**

Die Sitzung wird um 09:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertes:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen heute die erste Beratung zu **Punkt 2** der Tagesordnung fort:

**Landeshaushaltsgesetz 2014/2015 (LHG 2014/2015)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/2750 –
Erste Beratung**

dazu:

**Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für
die Jahre 2013 bis 2018
Unterrichtung durch den Präsidenten
des Landtags**

– Drucksache 16/2772, Vorlage 16/3002 –.

Gestern haben wir die Einbringungsrede gehört, heute geht es mit der Grundsatzausprache weiter. Die Kollegin Simon und der Kollege Wäschenbach werden mich bei der Sitzungsleitung begleiten.

Entschuldigt sind die Kollegen Günther, Hartenfels, Nabinger und Neuhoof. Heute Nachmittag – Sie wissen, wir haben uns gestern deswegen von den Plätzen erhoben – werden Frau Klöckner, Herr Lammert, Herr Weiland sowie Frau Höfken zur Beerdigung unseres ehemaligen Staatsministers Otto Meyer in den Taunus fahren.

Die Staatssekretäre Häfner und Schumacher sind bei der Verkehrsministerkonferenz.

(Zurufe aus dem Hause)

– Ich bin immer dankbar, wenn diejenigen, die im Plenum sitzen, viel klüger sind als ich. Daran kann ich wieder einmal meine ganze Kleinheit erkennen. Staatssekretär Schumacher ist in Oppeln. An der dortigen Universität werden wir einen Masterstudiengang etablieren.

Begrüßen wir Schülerinnen und Schüler des BurgGymnasiums Kaiserslautern sowie Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Bad Neuenahr-Ahrweiler. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Traditionell beginnt die Opposition mit der Aussprache.

Frau Klöckner, Sie haben das Wort.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Guten Morgen liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Frau Ministerpräsidentin, sehr geehrter Herr Präsident!

Geld, über das wir hier im Landeshaushalt verfügen, ist nicht einfach von selbst da. Es muss erwirtschaftet werden. Meist sind aber die Ideen, was mit dem Geld gemacht werden soll, umfangreicher als das, was letztlich zur Verfügung steht. Das Wünschenswerte muss deshalb immer wieder daraufhin hinterfragt werden, ob es notwendig und finanzierbar ist, und es muss den Realitäten angepasst werden. Das ist nicht ein für alle Mal so, sondern es muss immer wieder erfolgen.

(Beifall der CDU)

Geld ist nur dann etwas wert, wenn es auch einen Gegenwert dafür gibt. Den erschaffen die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Nur wenn sie sich bewegen, etwas produzieren, Dienstleistungen erbringen – zum Beispiel als Handwerker, als Krankenschwester, als Busfahrer, als Lehrerin, als Unternehmer –, kann der Staat von ihrem Verdienst etwas abbekommen.

Es ist eine Art Vertrag, den der Staat und die Steuerzahler miteinander haben. Die Steuerzahler geben etwas ab in der guten Hoffnung, dass der Staat sinnvoll damit umgeht. Und der Respekt vor den Steuerzahlern gebietet es, dass sich die Politiker mindestens genauso viel Gedanken darüber machen, wo das Geld herkommt, und nicht nur darüber, wie der Euro, der nur einmal da ist, gleich fünfmal ausgegeben wird.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, verantwortungsvolle Politik macht eine Regierung, die darauf achtet, dass die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht immer weiter auseinandergeht, im Gegenteil. Leichter fällt das, wenn die Steuereinnahmen steigen, und das tun sie, kontinuierlich. An den Abgaben und am Fleiß der Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz kann es schlichtweg nicht liegen, dass es ein Problem beim rheinland-pfälzischen Haushalt gibt.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Bürger, die von ihrem Geld etwas abgeben, tun dies – ich sagte es vorhin – im Vertrauen darauf, dass der Sachwalter Regierung und der Haushaltsgesetzgeber ordentlich damit umgehen. Umgekehrt bekommt der Bürger natürlich auch etwas zurück, wie Schulbildung, Infrastruktur, Sicherheit oder Gesundheitsversorgung. Ein Landeshaushalt sollte deshalb auch immer eine gute Balance zwischen Einnahmen, Ausgaben und Investitionen sein.

Wer aber solch einen Haushalt wie Rot-Grün vorlegt, der scheint die Freude am Regieren und die Überzeugung, dass das machbar ist, verloren zu haben. Rheinland-Pfalz hat es nicht verdient, so freudlos, so unkreativ regiert zu werden!

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, um es vorweg zu sagen und noch einmal deutlich zu machen: Heute geht es um den Haushaltsentwurf, den die Regierung – Herr

Finanzminister Dr. Kühl – gestern eingebracht hat. Nicht die Opposition legt einen Haushaltsentwurf vor.

(Pörksen, SPD: Was?)

Wir kennen das aus den vergangenen Debatten, wenn meine Kollegen Köbler und Hering ihre alten Platten aufgelegt haben nach dem Motto, die Opposition habe sowieso nichts vorgelegt.

(Pörksen, SPD: Wir haben eine ganz neue Debatte!)

Sehr geehrte Herren, wir könnten in den Beratungen unserer Vorschläge und unserer Deckblätter heute schon mittendrin sein.

(Beifall der CDU –
Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

– Ganz ehrlich: Ich war schon ein bisschen enttäuscht, als ich angefangen habe und Frau Brede-Hoffmann ihre Funktion hier vorne noch nicht wahrgenommen hatte. Ich bin froh, dass Sie da sind! Das erheitert das Ganze und gibt auch ein bisschen Kontur.

(Beifall der CDU)

Frau Brede-Hoffmann, vielleicht ist es auch ganz schön, Ihnen den Ablauf noch einmal darzustellen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ich bin froh, dass Sie sich so darüber freuen!)

Es ist so, dass die Landesregierung einen Haushaltsentwurf einbringt – ja –, und dann redet man über diesen eingebrachten Haushaltsentwurf, ja. Dann hört für Sie die Haushaltsberatung auf, und für uns fängt sie erst an, weil jetzt die Etatberatungen beginnen. Dann wird er verabschiedet.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Das ist bei Ihnen vielleicht anders; jedenfalls bedanke ich mich sehr herzlich für diesen konstruktiven Zwischenruf. – Um es noch einmal deutlich zu sagen: Über den Haushaltsentwurf, den die Regierung gestern eingebracht hat, beraten wir heute. Ich habe schon deutlich gemacht, dass die Beratungen schon viel früher hätten beginnen können, wenn die Landesregierung diesen Regierungsentwurf vorher eingebracht hätte.

(Pörksen, SPD: Ach Gott!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, es mag sein, dass Ihnen das nicht recht ist und dass Sie den Regierungsentwurf am liebsten schon heute verabschieden würden. Aber das hat es noch nicht gegeben, dass die Regierungsfaktionen die Regierung einen Tag vor der Einbringung korrigieren, also bevor sie den Plan überhaupt eingebracht hat. Das ist bemerkenswert und sicherlich auch an Frau Brede-Hoffmann vorbeigegangen.

(Beifall der CDU)

Heute geht es in erster Linie um die Bewertung des vorgelegten Haushaltsentwurfs. In den kommenden Wochen werden wir mit der Einreichung der entsprechenden Deckblätter unsere Schwerpunkte vorlegen.

Noch einmal zur Erinnerung: Beim vergangenen Doppelhaushalt haben wir, die CDU-Opposition, über 100 Anträge eingereicht, mit einem Sparvolumen von insgesamt über 500 Millionen Euro. Sie nennen es „nichts eingebracht“. Wir nennen es eine „seriöse Alternative“. Das kann Ihnen passen, muss es aber nicht.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz vieles von dem, was Rot-Grün damals von unseren Vorschlägen ablehnte, schlägt die Landesregierung nun selbst vor. Das ist das Interessante.

(Beifall der CDU)

Sie werfen uns vor, wir hätten nichts vorgeschlagen. Das, was angeblich nicht vorgeschlagen worden war oder nichts taugte, erst einmal ablehnen und dann selbst einbringen: Ich muss sagen, es ist ein gewisses Maß an Flexibilität, das Sie hier zeigen. Aber es sei Ihnen gegönnt. Ich werde nachher gern einige Beispiele bringen. Freuen Sie sich darauf; es ist alles nachvollziehbar. Dann wird noch einmal deutlich, dass der Finanzminister in einem Interview des „Trierischen Volksfreundes“ nicht wahrheitsgemäß sagte, wir würden uns immer – ich wiederhole: immer – den Regierungsvorschlägen beim Haushalt verweigern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie es aussieht, werden wir dieses Mal wie schon beim vergangenen Mal einige Ihrer Vorschläge mittragen – einige, nicht alle. Aber auffällig ist, dass Rot-Grün eine komplette Fundamentalopposition gegen die Opposition betreibt. Sie haben noch keinen einzigen Antrag von uns mitgetragen. Das muss man deutlich sehen.

(Beifall der CDU)

Sie haben in der entsprechenden Debatte noch keinen einzigen Vorschlag von uns mitgetragen. Wir tun dies, weil wir der Meinung sind, dass nach der gaußschen Normalverteilung die Intelligenz nicht nur bei den Regierungsfaktionen beheimatet ist, was wir auch an den Erfolgen Ihrer Arbeiten sehen.

(Beifall der CDU –
Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was ist das für ein Menschenbild!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten schon eine Vermutung, warum die parlamentarische Debatte über den neuen Doppelhaushalt hinter die Bundestagswahl geschoben wurde. Ausgemacht war zuerst etwas anderes. Gegen den Willen der Opposition wurde im Ältestenrat mit rot-grüner Mehrheit die Verschiebung durchgesetzt. Das kann man machen, aber jeder ist auch für die Zeichen verantwortlich, die er damit setzt.

Unserer Meinung nach ist das ein sehr schlechter Stil, der Ältestenrat sollte eigentlich für Ausgleich sorgen.

Aber es ist auch ein Zeichen Ihrer Not und Ihres eigenen Drucks gewesen, sogar diese Einvernehmlichkeit aufzukündigen.

Der Beratungszeitraum für die Opposition verkürzt sich damit auf zweieinhalb Sitzungswochen, weil das Verabschiedungsdatum, anders als das Einbringungsdatum, beim Alten geblieben ist, und nur deshalb, weil Rot-Grün die Karten vor der Bundestagswahl nicht ganz auf den Tisch legen wollte.

(Baldauf, CDU: Hat euch auch richtig viel gebracht!)

Das ist kein guter Stil. Das zeigt unserer Meinung nach einen fehlenden Respekt vor dem Parlament. Das Budgetrecht – das ist unsere Meinung – ist unsere wichtigste Rechtssetzungs- und Kontrollkompetenz.

(Beifall der CDU)

Ich will eines an dieser Stelle deutlich machen: Gestern hat der Minister seine Rede vorgetragen. Vielleicht ist es Ihnen aufgefallen, wir haben bewusst zugehört, an der einen oder anderen Stelle vielleicht einmal die Augenbrauen hochgezogen, aber wir haben uns zurückgehalten, weil es der Respekt vor der Einbringung gebietet, Herr Kühl.

Ich habe hier noch nicht einmal zehn Minuten geredet, und schon rastet die SPD-Fraktion aus.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Das hat etwas mit politischem Stil zu tun, ob wir uns gegenseitig zuhören oder nicht.

(Beifall der CDU –
Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Wenn man gelassen wäre, könnte man abwarten, wenn man Vertrauen in die eigenen Reden hätte.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, ich habe mir noch einmal Ihre Antrittsrede durchgelesen. Ihren „neuen Stil der Zusammenarbeit“ mit der Opposition konnten wir so leider noch nicht feststellen.

Der neue Landeshaushalt liegt nun vor. Ganz klar, es ist ein Schuldenhaushalt. Eine Kultur des Sparens ist hier nicht erkennbar.

Der vorliegende Haushaltsentwurf ist ein Beleg dafür, dass es mit Ihnen den versprochenen Neustart nicht gegeben hat, Frau Ministerpräsidentin. Alles läuft wie bisher, wie in den vergangenen zehn Jahren, in der Sie Mitglied der Landesregierungen waren. Die ganze Zeit über haben Sie in Regierung und Fraktion alles mitgetragen, was heute dazu führt, dass wir in diesem Landeshaushalt enorm unter Druck stehen.

Dieser Landeshaushalt ist kein Schicksal.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Ja!)

Er ist nicht vom Himmel gefallen, er ist keine Naturkatastrophe. Sie haben mit Ihren Kolleginnen und Kollegen mitgewirkt, dass wir heute in dieser prekären Situation sind.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerpräsidentin, Herr Minister, bemerkenswert war die Präsentation der Eckwerte Ihres Haushalts bei der Pressekonferenz. Sie wollten sich nicht ganz dem Vorwurf aussetzen, gar keine Katze vor der Wahl aus dem Sack zu lassen. Deshalb entschieden Sie sich, den Journalisten nur gewisse, Ihnen angenehme Eckdaten in einer Pressekonferenz zu präsentieren und Ihre eigene Interpretation mitzuliefern.

Sie aber wollten noch einmal auf Nummer sicher gehen, weshalb Sie erst noch ein vertrauliches Hintergrundgespräch mit Journalisten geführt und erst dann eine öffentliche Pressekonferenz gemacht haben. Das ist schon bemerkenswert bei diesen Personalressourcen.

(Pörksen, SPD: Was ist das denn?)

So unsicher verhält man sich unserer Meinung nach nur, wenn man etwas zu verbergen oder zu interpretieren hat.

(Beifall der CDU)

Deshalb haben Sie sicherlich nur aus Zufall das Wichtigste vergessen. Da kam es gerade gelegen, dass der Haushalt nicht unmittelbar eingebracht und von der Opposition diskutiert und analysiert werden konnte. Was Sie vergessen hatten zu erwähnen, ist alles andere als eine Lappalie.

(Zuruf des Staatsministers Hartloff)

– Ich höre gerade den Justizminister, ausgewiesen in Finanzfragen, sagen: „Kalter Kaffee“. Ich finde nicht, dass es „Kalter Kaffee“ ist, von Nettokreditaufnahme zu sprechen, ich finde es nicht, dass es „Kalter Kaffee“ ist, auch über die neuen Schulden zu sprechen, ich finde es „Kalten Kaffee“ zu behaupten, Sie lägen irgendwann einen ausgeglichenen Haushalt vor. Das ist „Kalter Kaffee“.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Staatsministers Hartloff)

Sie verschweigen, wie viele neue Schulden Sie tatsächlich aufnehmen werden. Es sind über 1 Milliarde Euro jedes Jahr. Hätten Sie das erwähnt, wäre Ihre Strategie der Schlagzeilen natürlich nicht aufgegangen. Sie wollten von einem Sparhaushalt reden – und das bei jeweils über 1 Milliarde Euro mehr an neuen Schulden. Das ist kein Spar-, das ist ein Schuldenhaushalt, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall der CDU)

Wir fragen uns natürlich: Warum vergisst man so etwas bei einer solch wichtigen Präsentation?

Bis zum Jahr 2020 muss der Landeshaushalt ausgeglichen sein. Die neue Schuldenbremse, verankert in der Verfassung, gibt das vor. Darauf sollte die Haushaltspolitik der Landesregierung ausgerichtet sein.

Die Landesverfassung sagt in Artikel 117, Abs. 1, Satz 1 – ich zitiere –: „Der Haushaltsplan ist grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen.“ – Warum? – Die Schuldenbremse ist kein Selbstzweck. Doch diese Landesregierung macht wieder neue Schulden.

Sie sprechen von einer Kehrtwende in der Landesregierung. Das sind große Worte: „Kehrtwende“. – Sie haben es aber noch nicht einmal geschafft, Ihre Schulden vom vergangenen Doppelhaushalt zu halbieren. Wir sprechen deshalb nicht von einer Kehrtwende. Sie haben noch einmal jeweils 1 Milliarde Euro neue Schulden vor. Deshalb reden Sie nicht vom Sparhaushalt; denn es ist ein Schuldenhaushalt, den Sie uns hier vorlegen.

(Beifall der CDU)

Vielleicht können wir uns auf eine Definition von Sparen einigen, so wie das in normalen Familien zu Hause auch ist: Sparen ist, wenn man von dem, was man hat, etwas zur Seite legt, und nicht, wenn man von dem, was man sowieso nicht hat, wieder etwas ausgibt, vielleicht nur ein bisschen weniger.

Ich kann es noch ein bisschen anders oder sogar deutlicher sagen. Der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende, unser aller geschätzter Herr Präsident, hat in der ihm eigenen Offenheit die SPD-Definition von Sparhaushalt preisgegeben.

(Heiterkeit des Abg. Baldauf, CDU)

Ich zitiere: Sparen ist, das Geld nur noch mit einer Hand aus dem Fenster werfen. –

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Bei Ihnen sieht man, die zweite wirft noch immer kräftig mit.

(Beifall der CDU)

Wofür wird dieses Geld ausgegeben?

(Ramsauer, SPD: Wie viel Prozent haben Sie den Beamten versprochen?)

Es fehlt ganz klar die soziale Balance in diesem Haushalt. Sie geben der kommenden Generation kaum noch etwas Werthaltiges mit. Das könnten Sie tun, indem Sie die echten Investitionen steigern und auf andere Ausgaben verzichten. Dazu werde ich nachher noch einiges konkret zu sagen.

Stattdessen haben wir steigende Steuereinnahmen, aber sinkende Investitionen. Somit sparen Sie nicht, sondern Sie verlagern lediglich den Kostendruck, der jetzt schon spürbar ist.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben: Wenn Sie über die Mühlheimer Brücke an der Mosel, eine der Hauptver-

kehrsadern zwischen Eifel und Hunsrück, fahren, dann wissen Sie, was bröckelnde Infrastruktur ist, dann wissen Sie auch, was es heißt, wenn die Renovierung dieser Brücke noch einmal verschoben worden ist, Frau Blatzheim-Roegler. Der Nationalpark hingegen kann nicht schnell genug kommen. Jeder setzt eben seine eigenen Schwerpunkte. Wir würden andere Schwerpunkte setzen.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mehr als ein Drittel der Brücken im Land befindet sich laut Landesrechnungshof 2011 in einem maroden Zustand und müsste umgehend saniert werden.

(Baldauf, CDU: Stimmt! –

Staatsministerin Frau Höfken: Auf Bundesebene!)

Jetzt machen Sie schon 2 Milliarden Euro mehr Schulden in diesem Doppelhaushalt, und trotzdem sinken die echten, die werthaltigen Investitionen immer weiter, und damit meine ich nicht die Investitionen in den sogenannten Pensionsfonds.

Was sind echte Investitionen? – Das, was einen bleibenden Wert hat, auch für unsere Kinder. Das sind Verkehrswege, Schulbauten, Universitäten und Krankenhäuser. Aber diese Investitionen liegen bei gerade einmal rund 5 %. So niedrig bei den höchsten Steuereinnahmen waren die Investitionen in unserem Land noch nie. Sie handeln wie jemand, der lieber die dritte Kreuzfahrt macht, und zu Hause regnet es schon durch das Dach. So sieht Bröckeln aus, und Ökonomen nennen das „Substanzverlust“. Daran arbeiten Sie.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, je näher wir auf die Schuldenbremse 2020 zugehen, desto geringer wird der Anteil der echten Investitionen. Die Zahlungen in den Pensionsfonds zeichnen Sie als Investitionen aus. Es sind aber keine.

(Frau Schmitt, SPD: Bitte?)

Das Dramatische: 2016, wenn man Ihre Investitionen einmal genauer betrachtet, analysiert und unterteilt, bleibt kaum noch etwas von echten Investitionen übrig; denn die Summe der sogenannten echten Investitionen, deren Summe, die Aufaddierung, ist sogar geringer als die kreditfinanzierte Kurzzeitzahlung in den Pensionsfonds, die Sie als Investition bezeichnen.

Das ist eine Verlagerung der Lasten auf kommende Generationen, und das ist unsozial.

(Beifall der CDU)

Verehrte Frau Ministerpräsidentin, warum legen Sie so viel Wert darauf, dass die Kredite im Pensionsfonds als Investitionen ausgewiesen werden? – Wir vermuten – und es sieht ganz danach aus –, Sie tun es deshalb, weil das Ihr Schlüssel ist, um die Schuldenbremse rechnerisch zu umgehen. Das ist auch der Grund dafür, weshalb Sie nicht mehr von Nettokreditaufnahme und

von neuen Schulden sprechen wollen. Das ist Etikettenschwindel. Beim Gammelfleisch ist das auch aufgefliegen.

(Beifall der CDU)

Ich habe es vorhin schon einmal gesagt, dieser Haushalt ist kein plötzliches Schicksal. Wenn wir zusammenstehen müssten wegen einer Naturkatastrophe und wenn wir dafür einen Nachtragshaushalt verabschieden müssten, dann hätten Sie uns an Ihrer Seite. Aber die aktuelle Situation trägt die über 20-jährige sozialdemokratische Handschrift, und diese Handschrift heißt, heute in die Enge getrieben zu sein.

(Beifall der CDU)

Deshalb tun Sie bitte nicht so, als säßen wir jetzt plötzlich alle in einem Boot. Beim Bändchen-Durchschneiden haben Sie immer Wert darauf gelegt, dass es Regierungskoalitionen gibt, die da sind. Aber jetzt, wo Wasser ins Boot läuft, sagen Sie: Union, Opposition, bitte schippe uns doch einmal das Wasser aus dem Boot.

(Beifall der CDU)

Diese Arbeitsteilung mag für Sie interessant sein, aber die Bürgerinnen und Bürger sollten schon wissen, weshalb sie heute in dieser Notlage sind. Die GRÜNEN nehme ich natürlich explizit aus, zumindest bis auf die zweieinhalb Jahre, in denen sie jetzt dabei sind.

Im Übrigen kann ich, wenn ich Herrn Steinbach sehe, sagen, Sie waren früher auch beteiligt, als Gedanken in Ihrer Fraktion entwickelt wurden. Ich habe mir einige Haushaltsreden von Ise Thomas durchgelesen. Eigentlich hätten Sie die ersten 10 Minuten meiner Rede komplett mitklatschen müssen; denn das war auch Ihr Gedankengut.

(Zurufe der Abg. Dr. Braun und Köbler,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber sobald man in die Regierung kommt, ändert sich das vielleicht.

(Beifall der CDU)

Aber nichtsdestotrotz gehört zur Ehrlichkeit dazu, dass ich die GRÜNEN von diesem Vorwurf ausnehme, bis auf die zweieinhalb Jahre, in denen sie nun in der Regierung sind.

Machen wir es konkret in Zahlen: Ohne die kommunale Verschuldung hat Rheinland-Pfalz mit fast 38 Milliarden Euro Schulden zu kämpfen. Das sind pro Einwohner rund 9.480 Euro. Dabei sind die Rahmenbedingungen so rosig, wie sie selten waren: Die Steuereinnahmen sprudeln, die Beschäftigung ist auf einem hohen Niveau stabil, und die Auftragsbücher unserer Unternehmen sind gut gefüllt.

Das Ergebnis: Bundesweit geht die Verschuldung zurück, und der von der schwarz-gelben Bundesregierung verabschiedete Haushaltsentwurf sieht einen nahezu ausgeglichenen Etat vor. Im nächsten Jahr sind keine

neuen Kredite vorgesehen. So sieht eine solide Haushaltswirtschaft aus. – Was Sie machen, ist ein Schuldenhaushalt. Wenn Sie einen Sparhaushalt machen wollen, dann nehmen Sie sich ein Beispiel an der schwarz-gelben Bundesregierung.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Nach dem neuen rheinland-pfälzischen Finanzplan, der für den Zeitraum von 2013 bis 2018 gelten soll, haben Sie allein für den Kernhaushalt rund 5 Milliarden Euro neue Schulden vorgesehen. Dies sind Schulden, die Zinsen verursachen, und die Zinszahlungen müssen nicht Sie in Ihrem Amt leisten, sondern das muss die kommende Generation tun. Das heißt, Sie wollen über die Runden kommen, Sie wollen über die Wahlen kommen und muten den kommenden Generationen, die nicht mitverhandeln können, die Lasten zu, die Sie heute nicht zu tragen bereit sind.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schon heute bezahlt das Land – das muss man sich wirklich einmal vor Augen führen – bei einem niedrigen Zinsstand 1,2 Milliarden Euro Zinsen. Dies sind Monat für Monat 100 Millionen Euro und rund 12 % der Steuereinnahmen unseres Landes. Der Schuldenstand liegt mittlerweile um das 2,7-Fache über den jährlichen Einnahmen. – Dass das nicht gutgehen kann, müssen auch Sie erkennen, und bitte erzählen Sie uns nichts davon, sich noch mehr anzustrengen, sei nicht möglich.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wie viel Geld ein Bundesland im Vergleich zu anderen Ländern für seine Aufgaben zur Verfügung hat, das entscheidet sich auch wesentlich an einem Merkmal, nämlich daran, welcher Anteil der Steuereinnahmen durch die fälligen Zinsen schon verloren gegangen ist oder gebunden ist. Schauen wir dazu nach Bayern. In Bayern sind es gerade einmal 2,9 %, Tendenz fallend, weil dort die Schulden zurückgezahlt werden. Die Zins-Steuer-Quote liegt im Durchschnitt aller Bundesländer – Bayern ist natürlich ein Musterbeispiel in dieser Frage – bei 8 %.

Nun könnte man sagen, Rheinland-Pfalz legt immer Wert darauf, zumindest im guten Mittel zu sein. – Nein, das sind wir nicht. Durch Ihre sozialdemokratische Handschrift befinden wir uns auf einem der letzten Plätze und haben zusammen mit dem Saarland die rote Laterne zu tragen. 12 % müssen wir von unseren Steuereinnahmen allein für die Zinslasten aufwenden.

(Zuruf von der CDU: Das ist beschämend!)

Stellen Sie sich einmal vor, bei jedem Unternehmer hätte in einer solchen Situation längst der Staatsanwalt geklingelt.

(Beifall der CDU –
Zuruf von der CDU: So ist das!)

Stellen wir uns des Weiteren vor, Rheinland-Pfalz müsste statt über 1 Milliarde Euro Zinsen nur 200 Millionen Euro bezahlen. – Wir müssten keine neuen Kredite mehr aufnehmen, und die kommenden Generationen könnten zumindest ein bisschen mehr aufatmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Landesrechnungshof bringt die Haushaltspolitik der rot-grünen Landesregierung in seinem Jahresbericht 2013 auf den Punkt:

„Kreditaufnahme und Gesamtverschuldung steigen trotz der bislang höchsten Steuereinnahmen ungebremst weiter.“

Frau Ministerpräsidentin, zu Recht haben Sie in Ihrem Koalitionsvertrag darauf hingewiesen, dass der Landesrechnungshof „ein wichtiger Ratgeber zur Umsetzung der Konsolidierung“ ist.

(Licht, CDU: Aber nur, wenn es passt!)

Sie haben sich in Ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich dafür ausgesprochen, aber nehmen es nur in Anspruch, wenn es Ihnen persönlich passt.

(Beifall der CDU)

Leider ist aus dieser engen Zusammenarbeit mit dem Landesrechnungshof nichts geworden. So hat der Landesrechnungshof bereits 2011 der sozialdemokratischen Landesregierung ins Stammbuch geschrieben:

„Angesichts der hohen Verschuldung droht dem Land der Verlust seiner finanziellen Handlungsfähigkeit. Wirksame Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung sind deshalb unumgänglich.“

Dies ist ein Zitat des Landesrechnungshofs.

„Wer die Zukunft gestalten will, muss die Entwicklungen der Vergangenheit kennen und sie in seine Überlegungen einbeziehen“ – Herr Minister Kühl, das war ein Zitat aus Ihrer gestrigen Rede an dieser Stelle. Dieses Zitat ist durchaus verifizierbar.

(Zuruf des Staatsministers Dr. Kühl –
Staatsminister Schweitzer: Darauf muss man erst
einmal kommen!)

– Ja, darauf muss man erst einmal kommen, in der Tat. Aber man muss erst recht darauf kommen, über die Vergangenheit zu reden und kein einziges Mal den Flughafen Hahn und den Nürburgring zu erwähnen. Darauf muss man wirklich erst einmal kommen.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gehen wir doch einmal in die Vergangenheit zurück, in die Herr Staatsminister Kühl gestern zusammen mit uns schauen wollte. Am 30. August 1946 wurde Rheinland-Pfalz gegründet. In den Jahrzehnten nach der Gründung wurden wichtige Infrastrukturen geschaffen. Es wurden Schulen und Krankenhäuser gebaut und Universitäten gegründet. 45 Jahre nach dieser Landesgründung, in denen nachhaltige

Investitionen und gute Entwicklungen angestoßen wurden, betrug die Verschuldung rund 11 Milliarden Euro.

Dann kam der Regierungswechsel, und nur 22 Jahre später beträgt die Verschuldung 35 Milliarden Euro. Wenn Sie eines können, dann in kurzer Zeit viel mehr Schulden machen. Das haben Sie bewiesen, das haben Sie aus der Vergangenheit gelernt.

(Beifall der CDU)

Bei der Steigerung der Pro-Kopf-Verschuldung ist Rheinland-Pfalz übrigens Spitzenreiter. Aber was rechtfertigt diese massive Verschuldung? Der Bau eines millionenschweren Freizeitparks oder der angeblich schnellsten Achterbahn der Welt war es sicher nicht. Deshalb sage ich noch einmal: Wer die Zukunft gestalten will, muss die Entwicklungen der Vergangenheit kennen und in seine Überlegungen einbeziehen. Das gilt auch für den Flughafen Hahn. Machen Sie nicht die gleichen Fehler. Beschimpfen Sie nicht die Opposition für Kritik, die sich im Nachhinein als richtig erwiesen hat. Sie machen genau den gleichen Fehler. Wenn ich auf Herrn Hering schaue, dann wird er sicherlich nachher auch wieder die Platte auflegen, wir würden uns der Verantwortung entziehen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das tun Sie doch
auch! Wer nimmt sie denn wahr?)

Ich finde es immer hoch interessant, dass just gerade Herr Hering, von dem wir uns gewünscht hätten, er hätte damals keine Verantwortung gehabt, von der wirtschaftspolitischen Kompetenz der SPD spricht, wenn gleichzeitig zwei seiner Projekte ein richtiger Sanierungsfall geworden sind und unseren Haushalt belasten. Das muss man – ehrlich gesagt – erst einmal bringen.

(Beifall der CDU)

Was meine Fraktion mehr als verwundert, ist, dass Sie – wie ich soeben sagte – gestern kein einziges Mal auf das eingegangen sind, was in Rheinland-Pfalz leider für traurige Berühmtheit im Ländervergleich gesorgt hat. Kann man eine Geschichte, ein Projekt wie den Nürburgring, in einer Haushaltsrede einfach unter den Tisch fallen lassen und damit auch die Millionen, die uns verloren gegangen sind und die haushaltswirksam geworden sind? – Darin hätte ich Ihnen mehr Souveränität, mehr Offenheit und auch mehr Ehrlichkeit zugetraut.

Und was ist mit den Haushaltsrisiken, die noch vom Ring und auch vom Flughafen Hahn ausgehen können, Stichwort „laufende Beihilfeverfahren“? Kein Wort haben wir dazu gehört. Aber vielleicht können wir noch hoffen, dass Frau Dreyer darauf eingehen wird.

Der Haushalt unseres Landes ist mit Steuereinnahmen nicht schlechter ausgestattet als anderswo. Der Länderfinanzausgleich sorgt dafür, dass die Steuereinnahmen pro Kopf weitgehend ausgeglichen werden: durch Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und den Bund. –

Dennoch liegt die Pro-Kopf-Verschuldung unseres Landes weit über dem Durchschnitt der westlichen Flächenländer.

Sie müssen ja selbst in dem Finanzplan 2013 bis 2018, den Sie uns haben zukommen lassen, eingestehen, dass sich der Abstand von Rheinland-Pfalz zum Durchschnitt der westlichen Flächenländer bei den Schulden von Land und Kommunen in den vergangenen Jahren sukzessive erhöht hat. Ich zitiere aus Ihrer Finanzplanung: „Während er 1991 lediglich zehn Prozent betragen hat, ist er bis 2012 – – –

Ich finde es klasse, dass sich Frau Conrad auch einmal zu Wort meldet, wenn das Thema „EU-Beihilfen“ fällt. Man hat von Ihnen dazu relativ wenig gehört. Deshalb finde ich es ganz gut, dass man jetzt auch einmal etwas von Ihnen hört.

(Beifall der CDU)

Ich möchte einfach noch einmal aus dem Finanzplan zitieren: „Während er 1991 lediglich zehn Prozent betragen hat, ist er bis 2012 auf 41 Prozent angestiegen.“ Das sind nicht unsere Zahlen, über die eben geschmunzelt und höhnisch gelacht wurde. Das hat Ihr Finanzminister uns zugeleitet. Vielleicht erst anhören, erst noch einmal verifizieren und dann vielleicht ein Urteil bilden und sich nicht nur äußern, weil die Opposition etwas gesagt hat.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es andere Länder geschafft haben, unter ähnlichen Bedingungen besser zu sein – wenn man sich das anschaut, wenn der Ausgleich gemacht ist, in etwa –, dann kann Rheinland-Pfalz allein und solitär gar kein Einnahmeproblem haben. Rheinland-Pfalz hat ein Gerechtigkeitsproblem.

Es ist unsozial, dass Sie vor diesem Hintergrund auf höhere Steuern setzen, unsozial, weil Sie dem kleinen Mann und der kleinen Frau in die Tasche greifen, Stichwort „kalte Progression“ –, nur um Ihre hausgemachten Probleme zu lösen.

(Frau Elsner, SPD: Das ist ja unglaublich, was Sie da sagen!)

– Ja, ich finde es auch unglaublich. Ich finde es gut, dass Sie das sagen. Jetzt lese ich einmal etwas aus Ihrem Finanzplan vor.

(Ernst, CDU: Aber langsam!)

Sie haben ihn sicherlich gelesen. Da bin ich mir sicher. Ich habe ihn auch noch einmal gelesen.

Ich lese Ihnen das gerne auch noch einmal vor. In Ihrem Finanzplan machen Sie noch nicht einmal einen Hehl daraus, dass Sie langfristig mit den Einnahmen der kalten Progression rechnen: Jahr für Jahr real höhere Steuern der Durchschnittsverdiener, der Facharbeiter, der Bürokaufleute, der Krankenschwestern, der Altenpfleger und der Kindergärtnerinnen. Bei all dem rechnen Sie mit der kalten Progression, die ansteigen wird. Sie machen keinen Hehl in Ihrer Finanzplanung daraus. Sie

wollen diese kalte Progression nicht abschaffen.

(Beifall der CDU –

Baldauf, CDU: Sozialdemokratische Politik ist das! –

Zurufe der Abg. Pörksen und Hüttner, SPD – Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie können dem Finanzminister doch nicht vorwerfen, dass er sich an geltendes Recht hält!)

– Darauf habe ich mich gefreut. Herr Köbler sagt gerade – ich darf es einmal kurz wiederholen –, man könne dem Finanzminister nicht vorwerfen, dass er sich an geltendes Recht hält. – Nein, ich bin immer froh, wenn man sich hier an geltendes Recht hält und man nicht zum Verfassungsgericht gehen muss. Da bin ich immer sehr dankbar und sehr froh, Herr Köbler.

(Beifall der CDU)

Aber jetzt gehen wir doch einen Schritt weiter. Sie trauen doch Ihrem Finanzminister zu, dass er auch gestaltende Kraft hat. Sie sitzen im Bundesrat, legen auch großen Wert darauf, dass Rheinland-Pfalz im Bund immer schwer mitmischet. Da haben Sie mitgemischt. Der Bundesfinanzminister Dr. Schäuble hat einen Entwurf vorgelegt, wie die kalte Progression abgemildert wird,

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Er war nicht gegenfinanziert!)

damit den Bürgerinnen und Bürger mehr in die Tasche bleibt. Wer hat es in ganz kreativer Art verhindert? Diese Landesregierung mit diesem Finanzminister.

(Starker Beifall der CDU)

Er hat nicht gesagt, dass er eine Initiative starten möchte, um die kalte Progression abzuschaffen. Herr Köbler, deshalb, ja, an Recht halten, sehr gerne. Man kann Gesetze auch verändern. Wir wollten sie zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger verändern.

(Staatsministerin Frau Höfken: Zulasten!)

Ihre Landesregierung hat es verhindert und unternimmt noch nicht einmal den Ansatz, es ändern zu wollen, sondern schreibt es in dem Finanzplan als Einnahmen fest.

(Beifall der CDU –

Zuruf des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das Konstrukt. Man muss es den Leuten nur einmal sagen, dass Sie mit so etwas rechnen. Das heißt, der kleine Mann muss einen Nürburgring-Soli zahlen. Der kleine Mann, der eine Gehaltserhöhung verdient hätte, muss, weil Sie 500 Millionen Euro in den Sand gesetzt haben, diesen Soli aus seiner Tasche zahlen, damit Sie bei Herrn Lewentz im Ministerium wieder eine Stelle mehr einstellen können.

(Beifall der CDU)

So kann man es machen. So kann man Schwerpunkte setzen. Aber unsere Schwerpunkte sind das nicht.

Mehr Geld im Staatssäckel bedeutet nicht automatisch mehr Gerechtigkeit, auch nicht, wenn SPD und GRÜNE dort draufsteht. Dann soll die mittelständische Wirtschaft abkassiert werden mit Vermögens-, Erbschaft- und Einkommensteuer. Sie setzen die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Arbeitsplätze in diesem Land damit aufs Spiel.

So sieht angeblich sozialer Wandel bei Ihnen aus. Ihre Haushaltspolitik gefährdet nachhaltig den sozialen Frieden hier in unserem Land, spätestens den der kommenden Generationen.

(Beifall der CDU)

Wir können es gerne noch etwas konkreter machen. Ist es denn gerecht, dass eine halbe Milliarde Euro am Nürburgring verspielt und jetzt die Schwangerenkonfliktberatungen zusammengestrichen werden?

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die und andere müssen jetzt den Nürburgring-Soli zahlen.

(Pörksen, SPD: Das ist geschmacklos!)

Wenn Herr Dr. Braun jetzt sagt, oh, das haben wir gestern Morgen schon gemacht, dann sage ich Ihnen, Herr Dr. Braun: Ihre Zwischenrufe als Parlamentarier alle in Ehren, aber heute sind wir in der Auseinandersetzung zum eingebrachten Regierungsentwurf. Bei diesem eingebrachten Regierungsentwurf nehme ich das ernst, was schwarz auf weiß steht. Wenn Sie Ihre Regierung korrigieren, dann ist das gut. Aber dann sind wir doch Seit' an Seit'.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

– Was motzen Sie mich denn an? Dann reden Sie mit Ihrer Regierung. Wir sind doch Seit' an Seit', dass das nicht in Ordnung ist.

(Beifall der CDU)

Da müssen Sie mich doch hier nicht anmotzen.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es steht überhaupt nichts zum Nürburgring drin im Haushalt! Dann reden Sie doch zum Haushalt!)

Frau Ministerpräsidentin, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch einmal die „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ zitieren.

(Licht, CDU: Jede Zinslast hat etwas mit dem Nürburgring zu tun! Jede Zinslast! – Weitere Zurufe im Hause)

– Es war wichtig, dass es der Herr Kollege Licht noch einmal betont hat; denn ich habe auch ein Zitat dazu.

Frau Ministerpräsidentin in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ heißt es – Zitat –: "Rheinland-Pfalz

spart jetzt an den Universitäten (...). Einen Zusammenhang mit der Veruntreuung öffentlicher Gelder für den Nürburgring wird niemand zugeben. Doch er liegt auf der Hand." Das ist ein Zitat aus der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“.

Frau Ministerpräsidentin, wer wirklich sparen will, der findet auch Wege. Wer nicht sparen will, der findet Vorwände. Sie legen mit Ihrer Regierung viel Kreativität an den Tag, wenn es um die Entwicklung von Vorwänden geht.

Damit der Landesbetrieb Mobilität mit weniger Schulden auskommt, schreckt die Landesregierung noch nicht einmal davor zurück, die Kommunen mit zusätzlichen Millionenbeträgen zu belasten. Diese sollen dem Landesbetrieb Mobilität zufließen. Die Kosten für den Winterdienst werden auf die Kommunen abgewälzt, und die Umwidmung von Landes- und Kreisstraßen verkaufen Sie uns als Sparmaßnahmen. Aber was ist da gespart? Rausgerechnet haben Sie es nur und die Kosten auf andere verlagert. Aber gespart ist da nichts. Die Kosten sind nach wie vor da.

(Beifall der CDU)

Ich möchte auf einen weiteren Punkt eingehen. Heute geht es um die Analyse des eingebrachten Regierungsentwurfs. Darum geht es heute. Deshalb verweile ich da. Die Transparenz fehlt auch beim Pensionsfonds. Einzahlungen werden fälschlicherweise als Investitionsmittel deklariert. Der Pensionsfonds ist aber tatsächlich ein Instrument, um die ab 2020 geltende neue Schuldenbremse der Verfassung auszuhebeln. Das planen Sie schon heute. Sie wollen auch noch nach 2020 – –

(Staatsminister Dr. Kühl: Sie verstehen es nie!)

– Jetzt habe ich wieder einen schönen Zuruf bekommen: Ich verstehe es nie. – Das finde ich interessant, auch vom Finanzminister, der einmal Verantwortung in einem Aufsichtsrat beim Nürburgring getragen hat. Ich weiß nicht, ob Sie es heute schon verstanden haben, was da schiefgelaufen ist.

(Beifall der CDU)

Sie haben den Pensionsfonds damit zu einer Schuldenwaschanlage gemacht.

(Köbler und Steinbach, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Oh! Oh! Oh!)

– Man kann es sich einmal durchrechnen.

Die Landesregierung geht zur Bank und holt sich Geld auf Pump. Das ist noch alles richtig bei dieser These, glaube ich. Dieses Geld wird dann aus dem Haushalt durch den Pensionsfonds und wieder in den Haushalt hineingeschleust. Wenn das falsch ist, bitte belegen.

Die jährlichen Zuführungen haben die Größenordnung von mehr als 500 Millionen Euro erreicht. Ich glaube, auch das ist richtig. Sonst müssten Sie mich widerlegen, diese Belehrung nehme ich gerne an.

Der Fonds legt diese Mittel größtenteils in Schuldverschreibungen des Landes an. Soviel ich weiß, ist das auch noch richtig, Herr Köbler.

(Zuruf des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Weil Sie reflexhaft und pawlowhaft auf die Opposition reagieren, dass das alles nicht richtig sei, nehme ich eben den Rechnungshof. Der Landesrechnungshof stellt für 2011 fest – ich zitiere –: „Die Möglichkeit, die Zuführungen an den Fonds faktisch durch zusätzliche Kredite zu finanzieren, sollte entfallen. Vor dem Hintergrund der geltenden verfassungsrechtlichen Kreditobergrenze sollten die Zuführungen an den Fonds – wie auch in anderen Ländern – als nichtinvestive Ausgaben veranschlagt werden.“

(Beifall der CDU)

Zitat Landesrechnungshof.

Es geht weiter, noch ein weiteres Zitat: „Ein zentrales Ziel des Fonds, künftig Haushalte zu entlasten, wird nicht erreicht, soweit der Fonds seine Mittel in Landeschuldverschreibungen anlegt.“ Zitat Landesrechnungshof.

Frau Ministerpräsidentin, Sie wollen den Landesrechnungshof – in den Koalitionsverhandlungen sagten Sie es – als engen und nahen Partner ernst nehmen.

Nehmen Sie ihn ernst, und lassen Sie uns nicht beschimpfen, dass wir nicht recht hätten, wenn wir den Rechnungshof zitieren.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist es umso wichtiger, dass wir die Schuldenbremse haben. Sie soll verhindern, dass Staaten bankrottgehen. Insgesamt wird deutlich, dort, wo Rot-Grün regiert, wird zur Bank gegangen, und zwar nicht zum Einzahlen! Drei Beispiele.

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dort, wo
die CDU regiert, geht die Bank pleite!)

Beispiel 1: Baden-Württemberg: 2011 und 2012 keine Neuverschuldung. Mit dem grün-roten Haushalt 2013 169 Euro neue Schulden je Einwohner.

Lieber Herr Köbler, in Baden-Württemberg ist ein Grüner Ministerpräsident.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beispiel 2: Niedersachsen: 2012 ohne Neuverschuldung, 2013 wieder 80 Euro neue Schulden je Einwohner.

Beispiel 3: Schleswig-Holstein, auch Regierungswechsel: 2012 null Euro Neuverschuldung, im Jahr 2013 161 Euro neue Schulden je Einwohner.

Wo Rot-Grün regiert – das kann man so zusammenfassen – wird zur Bank gegangen, und der Dispo wird über

zogen. Das macht rot-grüne Haushaltspolitik aus.

(Beifall der CDU –
Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister Kühl, in Ihrer gestrigen Rede hat uns Wichtiges gefehlt. Es ist mir wirklich wichtig, weil ich glaube, dass die SPD-Kollegen sonst immer Wert darauf legen, auch von den Menschen zu reden. Das hat bei Ihnen gestern gefehlt. Diejenigen, die mit ihrer Arbeit den Wohlstand erwirtschaften, die zu Steuereinnahmen beitragen, fanden in Ihrer Rede mit keinem Wort Erwähnung, geschweige denn eine Anerkennung vom Finanzminister, der mit den Steuern der Bürgerinnen und Bürger planen kann.

Sie sprachen immer nur – ich zitiere – von einer „Unterfinanzierung des Gemeinwesens.“ Wir reden von Menschen, die diesen Staat tragen, und ihrer Solidarität, für die wir als Bürger Politiker werden und als Politiker auch mit deren Geld agieren können.

Ich finde schon, in der Rede eines Haushaltsministers sollten auch einmal die Steuerzahler genannt werden.

(Beifall der CDU)

Herr Dr. Kühl, wer aber ist das Gemeinwesen? Wer finanziert das Gemeinwesen? – Das sind alle, von den kleinen Leuten, die selbst bei niedriger Einkommensteuer zumindest über die Mehrwertsteuer zur Finanzierung des Staates und des Gemeinwesens erheblich beitragen, die Mittelständler, die Normalverdiener, die Hauseigentümer, die Familien.

Herr Minister, was ist Ihre Konsequenz aus der angeblichen Unterfinanzierung des Gemeinwesens? – Sie wollen all diesen Menschen mehr von ihrem Verdienst wegnehmen. Aber die Belastungsgrenzen sind unserer Meinung nach erreicht.

Wie man den Bogen überspannt, können Sie im Nachbarland Frankreich sehen. Da haben Ihre Kollegen in der Parteispitze öfter einmal Kontakt. Eine zu hohe Steuerbelastung führt zu einer schlechteren Wettbewerbsfähigkeit, zu niedrigeren Verdiensten, zu höherer Staatsverschuldung und zu höherer Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen. Das sollte für uns kein Vorbild, sondern Warnung sein.

(Beifall der CDU)

Sie haben auch eine Reihe von Haushaltsrisiken verschwiegen oder zumindest nicht offensiv angesprochen. Wenn Sie es schon nicht tun, die „RHEINPFALZ“ hat sich in einem Leitartikel damit – wie ich finde – sehr treffend auseinandergesetzt. Dort heißt es – ich zitiere –: „Werden die Sorgenkinder Hahn oder gar Nürburgring nochmals unerwartet Geld kosten? Wird die gerichtlich erzwungene bessere Finanzausstattung der Kommunen einer möglichen weiteren gerichtlichen Überprüfung standhalten? Werden die Gerichte die Deckelung der Beamtengehälter bei einem Plus von einem Prozent akzeptieren?“

Warum sind Sie gestern nicht darauf eingegangen? – Oder macht es vielleicht die Frau Ministerpräsidentin?

Zum Zinsrisiko. Ein wesentliches Haushaltsrisiko liegt in der Unberechenbarkeit der Zinsen. Ich habe es vorhin erwähnt, wir zahlen heute schon 1,2 Milliarden Euro, und wir können von Glück sagen, aber nur für den Staat. Da distanzieren sich ausdrücklich von Ihrer Aussage gestern, hoffentlich wird die EZB ihre Zinspolitik nicht ändern; denn ich habe auch die Bürgerinnen und Bürger im Blick, die sparen, Geld auf der Bank haben und Tag für Tag ihr Vermögen verlieren, wenn die Zinsen so niedrig sind.

(Beifall der CDU)

Auch die müssen wir mit im Blick haben.

Wer so wenig Zinsen bezahlt, wie wir momentan, der muss wissen, dass sich seine Lage auch sehr schnell ändern kann, und er muss vorbereitet sein.

Übrigens, andere Bundesländer tun dies. Ich will es einfach nur noch einmal sagen, Nordrhein-Westfalen liegt nur bei 8,6 %, Hessen bei 8,4 %, Baden-Württemberg bei 6,8 %, Bayern bei 2,9 % und Rheinland-Pfalz bei 12 %.

Die demografische Entwicklung stellt ein Haushaltsrisiko dar. Wir werden 400.000 Menschen weniger in 2030 sein. Eine sinkende Zahl von Steuerzahlern muss eine steigende Schuldenlast des Landes refinanzieren. Da haben wir keine Zeit zu verlieren und Anstrengungen zu scheuen einzusparen.

Doch Ihre Antworten – die kann man im Finanzplan nachlesen – laufen immer nur auf Steuererhöhungen hinaus. Sie wollen Alterseinkünfte stärker besteuern, die Verbrauchssteuern erhöhen, die Vermögensteuer wieder einführen, Erbschaft- und Schenkungsteuer erhöhen, Kapitaleinkünfte stärker besteuern.

Eines ist doch klar, wenn die Schraube einmal überdreht ist, dann ist sie durchgedreht, und dann haben Sie nachher weniger als vorher. Das sollte man vorher wissen und nicht nachher bejammern.

(Beifall der CDU)

Mit der Personalwirtschaft komme ich auch zum Haushaltsrisiko. Über 40 % beträgt der Anteil der Personalkosten am Gesamthaushalt.

Herr Minister Kühl, da teile ich Ihre Analyse, dass dies ein Hauptbatzen in unserem Haushalt ist und man in der Tat diese 40 % angehen muss und schauen muss, wie man Personal abbaut. Sie haben es aber so gemacht, als sei Ihnen das irgendwie von irgendjemandem durch irgendeine Fusion, einer Zwangsheirat oder so etwas vererbt worden. Das ist nicht passiert.

Ich kann es Ihnen nennen. Die SPD-geführten Landesregierungen haben seit 1991 den Verwaltungsapparat personell aufgebläht. Ganze 12.000 Stellen haben Sie in

der Landesverwaltung bei sinkender Bevölkerung neu geschaffen,

(Beifall bei der CDU –
Staatsminister Dr. Kühl: Lehrer!)

und das bei einer abnehmenden Bevölkerung. Diese Entwicklung muss genau betrachtet werden.

(Zurufe von der Regierungsbank)

Hier muss endlich wieder Bevölkerung und Personalbestand in Einklang gebracht werden.

– Freuen Sie sich nicht zu früh, ich habe noch etwas für Sie.

Eines ist klar, die Beamtinnen und Beamten, das sind auch die vielen Polizisten, die Vollzugsbeamten, die Lehrer, die gute Arbeit machen. Wir brauchen sie. Unser Land braucht die Besten. Dazu bedarf es einer angemessenen Bezahlung, damit der Landesdienst in Zukunft überhaupt noch für die Besten attraktiv ist.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Jetzt kommen wir zur Bestenauslese.

– Herr Pörksen, da würde ich sagen, mein Anstand gebietet es, nicht auf eine andere Sache einzugehen was die Bestenauslese anbelangt. Deshalb bitte ich, da ein bisschen von Ihrer Seite selbstkritisch zu sein.

Ich glaube schon, dass Sie wissen, wovon ich rede.

(Pörksen, SPD: Machen Sie ruhig so weiter!)

Wir sind bei den Parteibuchträgern. In einem Kommentar der „RHEINPFALZ“^{****} heißt unter der Überschrift – ich zitiere –: „Immer wieder sind Stellen bei der SGD Süd in Neustadt Versorgungsposten für unversorgte Parteisoldaten.“

Dieser Kommentar ist so gut, dass Sie mir bitte erlauben, ihn kurz zu zitieren: „Die zentrale Servicestelle für Existenzgründer und Unternehmer, die erst 2010 bei der SGD Süd in Neustadt eingerichtet worden war und jährlich mit 195.000 Euro zu Buche stand, soll gestrichen werden. Für Behördenchef Hans-Jürgen Seimetz kein Grund, sich aufzuregen. Warum auch? Hat ihn doch Mainz der lästigen Mühe entbunden, nach einem Nachfolger für Abteilungsleiter Thomas Hitschler zu suchen.“

(Baldauf, CDU: Hört! Hört!)

Der hat jetzt nämlich einen anderen Arbeitsplatz und seit Sonntag die Fahrkarte nach Berlin in der Tasche. Hier wurde 2010 (...) bis zur weiteren Verwendung ‚geparkt‘. Eine junge Kollegin, die nach ihrer Stellenbewerbung zunächst den Zuschlag bekommen hatte, musste nach wenigen Tagen wieder zurück auf ihren alten Platz. So konnte der tüchtige Parteistrategie Hitschler, der auf der Suche nach einem neuen Betätigungsfeld war, auf der Karriereleiter die nächste Sprosse nehmen. Und damit

auch die SGD-Kasse stimmte, sprang damals der Landesbetrieb Mobilität ein, der in der Regel Straßen baut.

(Dr. Weiland, CDU: Der hat es ja!)

Wenigstens solange, bis solches Geschäftsgebaren ruchbar zu werden drohte. (...)“

So viel zu Ihrer Bestenauswahl.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht zur die SGD Süd, bei der fleißig Posten mit Parteifreunden verbunden und versorgt werden.

(Baldauf, CDU: Peinlich ist das! –
Unruhe im Hause)

Frau Ministerpräsidentin, es ist nicht nur die SGD Süd, es ist auch die SGD Nord.

Zurück zur angemessenen Bezahlung. Um es deutlich zu sagen, wenn eine Landesregierung von der Wirtschaft fordert, die Unternehmen sollen ihre Arbeitnehmer ordentlich in der freien Wirtschaft bezahlen, einen Schluck aus der Pulle möglich machen, Gehaltserhöhungen endlich wirksam werden zu lassen, dann erwarten wir das auch von einer Regierung, die selbst Arbeitgeber ist.

Das hat etwas mit Glaubwürdigkeit zu tun, nicht nur bei Ihren Reden am Tag der Arbeit, am 1. Mai.

(Beifall der CDU)

Jetzt kommen wir zu einem weiteren Punkt: Noch vor einer Woche verkündete Frau Dreyer stolz, dass Sie als dicken Sparposten den Beamtinnen und Beamten im Land zwei weitere Jahre nur 1 % Gehaltsanpassung gewähren wolle. Die Betroffenen waren gezwungen, ihren Arbeitgeber, das Land, zu verklagen.

Jetzt wird durch den Haushaltsplan aber offenbar, was bei der Vorstellung der Eckwerte genauso vergessen wurde zu erwähnen wie die Nettokreditaufnahme: Frau Dreyer glaubt selbst nicht mehr, dass Ihre Rechtsauffassung trägt. Sie stellt 160 Millionen Euro für die Besoldungsanpassung bereit, die nach einem Verfassungsgerichtsurteil drohen könnte.

Frau Ministerpräsidentin und Herr Minister Kühl, deshalb sage ich, warten Sie doch nicht schon wieder, bis Sie vom Gericht zu etwas gezwungen werden, was Sie vorher selbst tun könnten.

(Beifall der CDU –

Pörksen, SPD: Das wissen Sie schon vorher?)

Wenn Ihre Rechtsauffassung so sicher wäre, müssten Sie nichts einstellen. Aber auffällig ist, dass Sie darüber gar nicht in den Eckwerten gesprochen haben, die Sie vorher der Presse präsentiert haben.

(Staatsminister Dr. Kühl: Doch, habe ich!)

– Vielleicht liegen da kognitive Unterschiede, aber Sie können es gern auch den Journalisten noch einmal erläutern, die etwas anderes gesagt haben.

(Pörksen, SPD: Waren Sie dabei?)

Deshalb will ich noch einmal deutlich machen, Sie haben vorhin zugerufen „Die Beamten“. Gestern gab es eine Demonstration verschiedener Gewerkschaften. Es gibt unterschiedliche Positionen. Aber was mich schon gewundert hat, war, dass Kollegen von Ihnen auch die Mütze der Gewerkschaft angezogen haben und ganz kräftig mitgeklatscht haben, als es darum ging, dass die Landesregierung so nicht mit ihrem Personal umgehen könnte.

(Starker Beifall der CDU –
Baldauf, CDU: Ja, Herr Wehner! Gell?)

Ich freue mich darauf. Deshalb mache ich das Angebot. Wir sind nicht der Meinung, dass wir auch in Zukunft noch gutes Personal bekommen, wenn wir sie hier derart deckeln, wie keine anderen gedeckelt werden.

(Pörksen, SPD: Was ist das für ein Verhalten?
Das ist ja schrecklich!)

Wir werden Ihnen Vorschläge im Rahmen der Haushaltsberatungen machen, wie eine Tarifierung angepasst werden kann.

(Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

Es hat ja schon Tradition, dass die Anträge der CDU-Landtagsfraktion erst als unseriös abgetan und abgelehnt werden, dann aber im nächsten Haushalt als eigene Ideen der Landesregierung verkauft werden.

Beispiele gibt es zuhauf. So wurden zahlreiche Anträge der CDU-Landtagsfraktion zum Doppelhaushalt 2012/2013 erst empört abgelehnt und im jetzt vorgelegten Haushaltsentwurf der Landesregierung aber selbst vorgebracht. Entweder waren unsere Vorschläge so schlecht, dass man sie auch heute nicht vorschlagen könnte, oder sie waren schon damals gut, Sie konnten es nur nicht zugeben und bringen sie heute selbst ein.

(Frau Thelen, CDU: So ist das!)

Erinnern Sie sich an die letzten Haushaltsberatungen? 13 Haushaltsbegleitanträge und 174 Deckblätter kamen von der CDU-Fraktion, davon 80 zum Pensionsfonds. Mit einigen haben wir ja genau in Schwarze getroffen.

(Zurufe der Abg. Frau Schmitt, SPD, und Köbler,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Wir haben ja genau ins Schwarze getroffen. Wir hatten die Kürzung der Arbeitsmarktförderung vorgeschlagen, weil der Arbeitsmarkt brummt. Sie hatten das empört abgelehnt, und jetzt planen Sie selbst eine solche Kürzung. Glückwunsch!

(Beifall der CDU –
Baldauf, CDU: Aha!)

Auch unser Vorschlag, auf die Projekt- und Entwicklungsgesellschaft des Landes zu verzichten, wurde erst abgelehnt, und siehe da, jetzt schlagen Sie es selbst vor. Glückwunsch!

(Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das steht schon im Koalitionsvertrag!)

Die CDU-Fraktion hielt eine Mittelkürzung bei der Forstwirtschaft für möglich. Dies wurde von Ihnen aber als absolut unmöglich abgetan. Im jetzt vorgelegten Haushaltsentwurf kürzen Sie diese Mittel selbst. Noch einmal Glückwunsch für diese Erkenntnis!

Wir hatten vorgeschlagen, die Wirtschaftsförderung im Rahmen des Europäischen Regionalfonds bedarfsgerecht zurückzufahren. Damals abgelehnt von Rot-Grün, jetzt vorgeschlagen von Rot-Grün!

Und erinnern Sie sich noch an den Sturm der Entrüstung, als wir die Mittelkürzung für die AQS, die Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen gefordert haben. Ihr Sturm ist nun abgeflaut, Sie schlagen es selbst vor!

Ich freue mich darüber, sparen Sie sich doch diesen Aufwand, und setzen Sie die Anträge der CDU-Landtagsfraktion, die wir im Laufe der kommenden Etatberatungen einbringen werden, diesmal sofort um. Dann müssen wir nicht bis zum nächsten Haushaltsentwurf warten.

Aber – und das ist mein Punkt – haben Sie doch einmal die Größe, das anzuerkennen.

Herr Hering und Herr Köbler, auch wenn es schon in Ihren Reden aufgeschrieben wurde, dass wir keine Vorschläge machen würden, können Sie diese Passage diesmal wirklich streichen,

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir hören!)

oder Sie müssen uns davon überzeugen, warum Ihre Erkenntnisse jetzt andere geworden sind.

(Zuruf des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister Kühl, strukturell wollen Sie nur an einer Stelle etwas ändern, bei den Steuereinnahmen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Wiechmann, meine Leute hören mir schon zu. Sie müssen das nicht, aber glauben Sie nicht, dass Sie mit Ihnen ein Gespräch führen. Es ist schon ein netter Versuch.

(Beifall bei der CDU)

Es ist unredlich, Minisparmaßnahmen als große Strukturveränderungen verkaufen zu wollen. In all Ihren Pressemitteilungen haben Sie auf Kosten verwiesen, die nichts anderes als Symbolsparen sind.

(Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Beispiel werden jetzt die geringen Haushaltsmittel für das Deutsche Polen-Institut in Darmstadt gestrichen.

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Darmstadt liegt nicht in Rheinland-Pfalz!)

Apropos Polen, ist Herr Schumacher jetzt nicht gerade beim Masterstudiengang in Oppeln? Ich finde das ganz gut; denn da sieht man einiges. Man muss sagen, das Institut selbst hat erst zwei Stunden vor Veröffentlichung davon erfahren. Das ist auch eine Stilfrage.

(Pörksen, SPD: Von Stil verstehen Sie viel!)

Der Ball liegt nun im Parlament bei uns. Ich möchte in Sachen Finanzierung des Deutschen Polen-Instituts für eine fraktionsübergreifende Korrektur werben.

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Länderübergreifend!)

Das hört sich schon anders an, als wenn man etwas kündigt. Ich habe Ihnen deshalb einen Brief geschrieben, ich möchte für eine Korrektur werben. Ich freue mich, wenn Herr Hering und Herr Köbler auf meinen Brief antworten würden, dass wir gemeinsam eine Korrektur hier vornehmen; denn sollte es tatsächlich zu diesen Kürzungen kommen, hätte dies einen nachhaltigen Schaden für das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na, na!)

1979/1980 gab es eine gemeinsame Initiative von Rheinland-Pfalz und Hessen. Die Gründung des Instituts ging darauf zurück. Es waren die Zeiten des Danziger Arbeiteraufstandes. Gleichzeitig wurde an der Mainzer Universität ein Schwerpunkt Polonistik gesetzt und mit Niedersachsen zusammen die Gründung des Schulbuchinstituts geschaffen. Diese Initiativen gingen auf eine deutsch-polnische Schulbuchkommission zurück.

Wie ich jetzt aus Gesprächen mit Beteiligten vor Ort erfahren habe, war das das Ergebnis einer mühsamen Kleinarbeit mit der damals noch kommunistischen polnischen Regierung. Die gemeinsamen parteiübergreifenden Initiativen der Länder Rheinland-Pfalz, Hessen und Niedersachsen bauten aufeinander auf.

Polen ist mittlerweile ein stabilisierender Faktor in der Europäischen Union. Die Bande jetzt einseitig von rheinland-pfälzischer Seite aus derart zu kappen, wäre ein schwerer Fehler. Die angekündigte Mittelkürzung geschieht zudem in einer Zeit, in der die deutsch-polnischen Beziehungen für unsere beiden Länder angesichts der europäischen Finanzkrise und des notwendigen Zusammenhalts wichtiger denn je sind, zumal wir mit Oppeln eine Partnerschaft haben. Ich kann Ihnen sagen, dort war man mehr als irritiert.

Als das Polen-Institut vor drei Jahren sein 30-jähriges Bestehen feierte, hielt der Finanzminister dort eine Jubiläumsrede. Herr Minister Kühl, ich habe schon öfter

gesagt, ich schätze durchaus Ihre Intelligenz, nur kommen wir manchmal zu anderen Schlussfolgerungen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sie sind aber großzügig!)

– Ich finde, das kann man auch einmal zugestehen. Es gibt andere in dieser Regierung, die reichen nicht an ihn heran.

(Beifall bei der CDU)

Das kann man auch einmal offen sagen.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Absolut stilllos!)

– Das kann man einmal offen sagen. Deshalb lese ich auch sehr gern Grußworte von Herrn Kühl. Ich finde, Reden von Herrn Kühl zu lesen, hat etwas.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Den eigenen Leuten peinlich!)

– Den eigenen Leuten? – Da hole ich einmal die Reden von Ise Thomas heraus.

Aber vor allen Dingen lese ich sehr gern Grußworte und Festreden von Herrn Kühl, die etwa drei Jahre zurückliegen. Herr Kühl, Sie erlauben, dass ich Ihre Jubiläumsrede kurz noch einmal zitiere, die Sie zum 30-jährigen Jubiläum des deutsch-polnischen Instituts gehalten haben. Ich zitiere: „Sie, die Sie das Deutsche Polen-Institut in so hervorragender Weise betreiben, leisten einen herausragenden Beitrag zur weiteren Vertiefung des Verständnisses beider Staaten. Und seien Sie deswegen versichert, dass dem Land Rheinland-Pfalz auch in Zukunft – und da ist es vielleicht ein Vorteil, wenn der Finanzminister hier steht und nicht die Wissenschaftsministerin – (...) dass uns diese Arbeit aber auch in der Zukunft, sehr geehrter Herr Bingen, sehr wertvoll, und begreifen Sie das Wort, so, wie es zu verstehen ist, sein wird.“

(Beifall der CDU –
Baldauf, CDU: Bravo!)

Herr Kühl, das war vor drei Jahren. Herr Kühl, Sie geben Ihr Wort. Ich glaube, man soll Sie auch beim Wort nehmen. Wenn es so käme – Sie haben noch die Chance, unsere Korrekturen aufzunehmen –, wäre das ein Wortbruch. Das wäre auch ein Indikator für rot-grüne Berechenbarkeit in der Haushaltspolitik.

Frau Dreyer, da sind Sie im Stil leider nicht anders als Ihr Vorgänger. Es gab auch einen solchen Stil. Ich erinnere mich nur an die Forschungsanstalt in Geisenheim. Da wurde das Kündigungsschreiben zum letztmöglichen Zeitpunkt, nachts oder wann auch immer, in den Briefkasten geworfen. So geht man nicht mit benachbarten Ländern um.

Frau Ministerpräsidentin, wer sich so verhält, der riskiert die Solidarität anderer Länder. Daran haben wir ein ganz hohes Interesse; denn in Rheinland-Pfalz werden wichtige Institutionen von anderen Ländern mitfinanziert. Ich

will sie Ihnen einmal in Erinnerung rufen. Wenn die anderen Länder mit der gleichen Argumentation herangehen wie wir beim Polen-Institut, nur weil der Sitz in einem anderen Bundesland ist, dann würde uns das hart treffen.

Ich nenne Ihnen vier Beispiele: Denken Sie an die Akademie der Wissenschaften und Literatur in Mainz. Denken Sie an die Verwaltungshochschule in Speyer. Denken Sie an die Europäische Rechtsakademie in Trier oder an die Deutsche Richterakademie auch in Trier, Frau Ministerpräsidentin.

(Staatsministerin Frau Ahnen: Das stimmt überhaupt nicht!)

Das sind alles Einrichtungen, die ihren Sitz in Rheinland-Pfalz haben.

(Pörksen, SPD: Was hat das miteinander zu tun?)

Das sind alles Einrichtungen, bei denen wir auf die Solidarität anderer Länder setzen.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Das müssen wir wissen.

Die CDU ist der Meinung, es gibt andere Stellen, an denen Geld zur Gegenfinanzierung eingespart werden kann. Ich nenne Ihnen Beispiele.

1. Die Errichtung eines Nationalparks wird geschätzte 10 Millionen Euro kosten. Die Folgekosten sind noch nicht eingerechnet.

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was?)

2. Der Verzicht auf Studiengebühren für Langzeitstudenten macht Millionen aus.

3. Ebenso der Verzicht auf sozial gestaffelte Schulbuskosten.

(Pörksen, SPD: Darauf kommen wir noch zu sprechen! –
Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

– Das finde ich jetzt schön, darauf kommen wir noch zu sprechen. Vielleicht haben Sie es vergessen. Wir hatten das hier schon einmal eingebracht, und die Frau Ministerpräsidentin hat in einer Pressekonferenz erklärt, sie hätten im Kabinett sehr hart gerungen, als es um das Thema „Schulbuskosten“ ging. Ganz so verkehrt können wir gar nicht sein, wenn sich zumindest das Kabinett damit beschäftigt und ringen muss.

(Beifall der CDU)

Ich wäre ein bisschen vorsichtig mit dem üblichen Wegwischen.

Ich komme zum vierten Punkt.

4. Die Energieagentur mit acht Zweigstellen im Land und 50 neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Was sie machen sollen, machen andere schon längst.

5. Sie haben nach der Wahl ein zusätzliches Ministerium eingerichtet. Das brauchen wir so nicht. Das kann man auch wieder abschaffen, wenngleich ich Frau Alt auch im persönlichen Umgang sehr schätze. Nichtsdestotrotz hat sich in der Struktur der Landesregierung die Anzahl der Ministerien in Zeiten zurückgehender Bevölkerungszahlen nicht zu erhöhen.

6. Unnötige, hoch dotierte Versorgungsstellen im Bereich der Landesregierung – da sind wir bei Ihnen, Herr Hartloff –, zum Beispiel die Aufrechterhaltung der Abteilung 6 im Justizministerium. Das ist ein Versorgungsposten. Da reden wir offen. Das können Sie so sagen. Das ist es ja. Das kann man mal machen. Wenn man es immer macht, wird es ein bisschen auffällig.

(Beifall der CDU –
Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Stellvertreten-
der Bürgerbeauftragter!)

Wir haben noch den Ministerialdirektor im Innenministerium bei Herrn Lewentz, oder es gibt die besondere Ausstattung vom Büro der Ministerin Lemke. Darauf will ich an dieser Stelle noch gar nicht eingehen. Dafür brauchen wir ein bisschen mehr Zeit.

7. Landesbeteiligungen wie beim Flughafen Hahn werden mit immer neuen Finanzspritzen aufgerichtet, ohne dass ein Wirtschaftskonzept vorliegt.

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wollen Sie
aussteigen aus dem Hahn?)

Gerade beim Hahn hat sich die Haltung der CDU-Landtagsfraktion in den Beratungen zum Nachtragshaushalt einmal mehr bestätigt.

(Beifall der CDU)

Wir als Christdemokraten sind für einen bedarfsgerechten Einsatz der Mittel. Ohne ein klares Geschäftsmodell und eine klare Strategie dürfen nicht unbegrenzt Mittel an den Flughafen im Hunsrück fließen. Nur das gewährleistet einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern. Sie setzen sich hingegen für einen unbegrenzten Mitteleinsatz ein. Sie setzen das Konzept von Herrn Rethage so gar nicht um. Ich gehe davon aus, dass Herr Rethage vielleicht nur noch ein Jahr da ist. Jetzt ist der neue Geschäftsführer da. Wie man hört, ist sein Honorar höher als das der Bundeskanzlerin.

Gleichzeitig kämpfen die GRÜNEN für ein bundesweites Nachtflugverbot. Ich fordere die GRÜNEN dazu auf, dass sie sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass Nachtflüge auch in Zukunft möglich sind. Dazu können Sie sich äußern. Das kostet nichts.

(Beifall der CDU –
Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Auch im
Rhein-Main-Gebiet?)

Wo lohnt es sich zu investieren? Meine Fraktion meint, sinnvoll investiert ist das knappe Geld vor allem erstens in Bildung, zweitens in Forschung und drittens in Infrastruktur, und zwar in eine moderne und nachhaltige Infrastruktur. Es ist unsere zentrale Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass jedes Kind die Chance auf eine bestmögliche, seinen Fähigkeiten entsprechende Bildung und Ausbildung hat. Wer hier investiert, der investiert in die Zukunft.

Der Reichtum unseres Landes beruht auf modernster Technik und hoher Produktivität. Nur die Wirtschaftsstärke, die daraus erwächst, ist Grundlage für einen handlungsfähigen und soliden Staat. Wir dürfen bei neuen Technologien nicht immer nur die Risiken sehen. Wir müssen auch die Chancen ergreifen. Dazu zählt auch die Nanotechnologie, die die Landesregierung im Bundesrat verhindern wollte.

(Beifall der CDU)

Wir brauchen Innovation im Bereich der Energieversorgung. Das heißt für uns, Rheinland-Pfalz muss Vorreiter bei der Energiespeichertechnik werden.

Es gibt viele andere Beispiele. Ich freue mich, dass bei einem Projekt „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“ Rheinland-Pfalz mit zwei Orten vertreten ist. Deshalb Glückwunsch an Andernach und Kaiserslautern. Aber das könnten wir besser. Nur zwei von 100 dieser Orte, Orte der Ideen, kommen aus Rheinland-Pfalz.

Im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen werden wir Ihnen weitere Vorschläge machen, wo wir Schwerpunktsetzungen vornehmen. Dazu werden wir auch Einsparvorschläge unterbreiten. Wir werden auf Umweltfragen eingehen, ob man für die Aussetzung von Luchsen Millionen ausgeben muss. Wir werden auf Landwirtschaft und Weinbau und die Grüne Woche zu sprechen kommen. Wir werden auf die Handwerkskammern sowie die Industrie- und Handelskammern, die wichtige Anliegen haben, zu sprechen kommen. Wir werden Änderungsanträge im Bildungsbereich einbringen. Das alles ist Aufgabe in den anstehenden Einzeletatberatungen und nicht der heutigen Aussprache zum vorgelegten Doppelhaushalt der Landesregierung.

Stellen, an denen gespart werden kann und muss, habe ich Ihnen vorhin angedeutet. Da wird es auch um die Höhe der globalen Minderausgaben gehen. Es wird auch um eine Gebiets- und Verwaltungsreform gehen, die nicht nur Kosten durch Hochzeitsprämien verursacht, sondern die auch auf langfristige Einsparungen setzt. Deshalb sind ein Moratorium, eine Defizitanalyse und eine neue Struktur wichtig, die danach ausgerichtet werden, dass Effektivität und Bürgernähe gewahrt bleiben, aber auch haushaltswirksam Kosten eingespart werden.

(Beifall der CDU)

Sie haben gestern meine Kollegin, Frau Beilstein, angesprochen. Wir werden auf die Ausstattung der Kommunen und die Finanzierbarkeit unserer Vorschläge zu sprechen kommen. Wir werden die Unterstützung von sozialen Einrichtungen und die Problematik der Einglie-

derungshilfe in den Ausschüssen im Blick haben. Der Bund hat angedeutet, dass er bei den Eingliederungshilfen einsteigt. Das finde ich richtig. Das Land muss sich aber anstrengen und besser werden.

Meine Fraktion wird in den kommenden kurzen Wochen intensiv den gestern eingebrachten Regierungsentwurf Punkt für Punkt analysieren und in den einzelnen Arbeitsgruppen und Ausschüssen besprechen.

(Zuruf des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die CDU-Fraktion diskutiert intensiv, auch untereinander – das will ich ganz offen sagen –, über unterschiedliche Positionen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das ist toll!)

– Frau Brede-Hoffmann sagt, das ist toll. Sie wollten das Ganze schon beerdigt sehen, weil Sie das Ganze von der Regierung vorgekauft bekommen haben.

(Beifall bei der CDU –
Frau Schmitt, SPD: Quatsch! –
Weitere Zurufe von der SPD)

Wir diskutieren untereinander.

Wir werden untereinander – daraus mache ich keinen Hehl – auch auf dem Feld der Kita-Gebühren diskutieren, ob eine soziale Staffelung eingeführt werden sollte oder nicht, um sie unter anderem zur Qualitätssteigerung einzusetzen. Diese Beratungen sind noch nicht abgeschlossen, deshalb möchte ich sie hier nicht vorwegnehmen.

Sie wissen, wir haben uns bereits positioniert für die Einführung sozial gestaffelter Elternbeiträge bei der Schülerbeförderung, die Streichung des geplanten Nationalparks, nicht, weil es Teufelswerk wäre, nein, weil zurzeit andere Projekte dringender sind. Selbst Herr Beck hatte sich vor der Wahl dagegen ausgesprochen. Ich verstehe die Kollegen vor Ort, die alles nehmen, gerade in einer Region, die strukturschwach ist, weil sie versprochen bekommen, dass neue Straßen gebaut werden,

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

während hingegen die GRÜNEN beschlossen haben, dass keine neuen Straßen gebaut werden.

(Zuruf der Abg. Frau Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

– Sehr gut, dass Frau Blatzheim-Roegler das gesagt hat. Ich nehme Ihren Einwurf gerne mit nach Birkenfeld. In Birkenfeld haben gerade die Frau Ministerin und die Frau Ministerpräsidentin für den Nationalpark mit dem Hinweis geworben, dass es neue Infrastrukturmaßnahmen gibt. Birkenfeld versteht darunter den Bau der Hunsrückspange, Herr Noss übrigens auch.

(Beifall der CDU)

Wenn Sie beschlossen haben, keine neuen Straßen zu bauen, dann ist das ein Widerspruch, den wir hier sehen.

Ferner ist die Wiedereinführung von Studiengebühren für Langzeitstudenten, eine konzentrierte Personalbewirtschaftung durch die Einführung einer Personalvermittlungsstelle oder auch die Verlängerung der Intervalle des Rheinland-Pfalz-Tages zu nennen. Darüber sollten wir reden.

Uns haben acht Leitlinien geleitet. Ich möchte sie zum Schluss kurz nennen.

1. Rheinland-Pfalz braucht eine Kultur des Sparens. Der Haushalt muss bis zum Jahr 2020 ausgeglichen sein. Darauf ist die Haushaltspolitik mit Vorrang auszurichten.

(Beifall der CDU)

2. Rheinland-Pfalz wartet auf eine haushaltspolitische Wende. Dieser Haushalt liegt mit den Einnahmen und Ausgaben in den beiden kommenden Jahren über eine Milliarde Euro auseinander. Die haushaltspolitische Wende ist noch nicht da.

3. Rheinland-Pfalz hat kein Einnahmeproblem. Nach dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen haben die Länder fast gleiche Steuereinnahmen je Einwohner. Unsere Haushaltsprobleme sind hausgemacht.

4. Rheinland-Pfalz braucht eine kompromisslose Transparenz der Finanzen, Stichwort „Nebenhaushalte und Pensionsfonds“.

Herr Kühl, ich erkenne an, dass Sie gestern einen Schritt in die Richtung gemacht haben, aber den Pensionsfonds in dieser Frage nicht mitgenommen haben.

5. Rheinland-Pfalz soll eine soziale Fairness durch solide Finanzen erreichen. Das heißt auch, dass die Schuldenbremse eine Frage der Gerechtigkeit hinsichtlich der kommenden Generationen ist.

(Beifall der CDU)

6. Nur eine starke Wirtschaft bringt starke Staatsfinanzen. Eine florierende Wirtschaft, starke Dienstleistungsbranchen und die Unterstützung von Innovation, auch bei der BASF, sichern Arbeitsplätze, Gewinne und damit hohe Steuereinnahmen.

7. Wir haben ein Ausgabenproblem in Rheinland-Pfalz.

Wir sagen, die Ausgabendisziplin erfordert:

- Mehreinnahmen müssen in den Schuldenabbau fließen.
- Für Prestigeobjekte ist kein Geld da. Hier haben Sie hoffentlich in der Vergangenheit schon genügend Lehrgeld bezahlt.
- Keine Schulden mehr über und für die Landesbetriebe.

8. Frau Ministerpräsidentin, setzen Sie sich für ein Standardmoratorium ein. Scheuen Sie neue Wege nicht. Stellen Sie den Verwaltungsaufbau mit seinen Zuständigkeiten und Abläufen auf den Prüfstand. Es könnten sich ganz neue Chancen für die Personalentwicklung ergeben.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir drei Fraktionen in diesem Parlament, wir demokratischen Parteien, haben ganz unterschiedliche Politikansätze. Das ist auch gut so. Es gibt eine Auswahl. Man kann vergleichen und sich aneinander reiben, aber vielleicht auch dazulernen. Das gilt bewusst für alle Seiten.

Ich bin mir aber sicher, auch wenn wir unterschiedliche Politikansätze haben, dass wir Demokraten alle das Ansinnen haben, etwas Gutes für dieses Land zu tun. Unterschiede gibt es in den Bewertungen und im Erfolg der unterschiedlichen Maßnahmen. Darüber streiten wir natürlich. Das ist klar. Die Regierung verteidigt, und die Opposition kontrolliert und unterbreitet Alternativvorschläge.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines sollten wir aber bitte vermeiden, nämlich begründete Kritik und Kontrolle, die übrigens die in der Verfassung festgeschriebene Aufgabe einer Opposition ist, einfach als Hetze, Unsinn, Verweigerung und Abschätzigkeit abzutun. Das gehört genauso wenig zu einem guten politischen Stil wie ehrverletzende Geschichtsvergleiche und Diffamierungen. Gerade Regierungsmitglieder sollten mit gutem Beispiel vorangehen.

Nun freue ich mich auf eine konstruktive Debatte.

(Anhaltend starker Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Mitglieder des VdK-Stadt- und Kreisverbandes Kaiserslautern. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Thorsten Wehner das Wort.

Abg. Wehner, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich muss persönlich etwas klarstellen.

Frau Klöckner, das war für mich wieder ein typisches Beispiel, wie Sie mit Halbwahrheiten auch vor persönlichen Diffamierungen nicht zurückschrecken. Ich halte das moralisch für sehr fragwürdig. Das müssen Sie sonntags in der Kirche mit sich selbst ausmachen.

Was war? Ich war gestern auf der Demonstration, weil es meine Art ist, mich vor schwierigen Diskussionen

nicht zu drücken. Ich habe eine GEW-Mütze getragen, weil ein Kollege aus meinem Wahlkreis dort war. Außerdem bin ich schon jahrelang GEW-Mitglied, sodass auch ein Stück weit Solidarität da ist. Ich denke, von daher ist das in Ordnung.

Nein, ich habe kein einziges Mal geklatscht. Vielmehr habe ich deutlich gemacht, dass ich und auch die SPD-Fraktion hinter diesen schwierigen Entscheidungen stehen. Das habe ich in vielen Gesprächen mit den GdP- und GEW-Vertretern deutlich gemacht. Das ist für mich ein Stück weit Verantwortung, wie ich sie sehe, in der politischen Arbeit. Ich glaube, über diese Verantwortung haben wir vollkommen unterschiedliche Auffassungen. Das ist eigentlich schade. Das wollte ich noch einmal klarstellen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Frau Kollegin Klöckner.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Herr Kollege Wehner, drei Dinge.

1. Das war kein Vorwurf, dass Sie da waren. Wir waren auch dort und sind bewusst dorthin gegangen.

2. Es ist überhaupt keine Diffamierung. Ich habe Ihnen nicht vorgeworfen, dass Sie eine Mütze getragen haben. Das hat überhaupt keiner gesagt.

(Hering, SPD: Entschuldigen Sie sich! –
Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD –
Zurufe von der SPD)

3. Herr Wehner, wir haben ein Foto von gestern, auf dem zu sehen ist, dass wir in der Reihe gestanden und Sie mit uns zusammen auch geklatscht haben. Der Gewerkschaftsvertreter hat sogar gesagt, es besteht Hoffnung. Es klatschen alle Fraktionen.

(Zurufe von der CDU)

Ich möchte es einfach noch einmal sagen. Es haben alle Fraktionen geklatscht.

Herr Wehner, ich sehe eine große Chance darin, dass Ihre Landesregierung auch die 160 Millionen Euro für die Anhebung zurückgestellt hat. Das ist ein Zeichen, dass man davon ausgehen könnte, dass man vor Gericht unterliegt. Ich glaube schon, dass am Ende das herauskommt, was wir vorschlagen. Wir sagen, Beamtinnen und Beamte müssen ordentlich bezahlt werden. Das, was Sie in der freien Wirtschaft verlangen, sollten wir auch unterstützen. Ich gestehe Ihnen zu, dass Sie sich in einer schwierigen Situation befinden. Das ist auch im Wahlkreis schwierig.

Herr Wehner, dafür sind Sie auch in der Regierung.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Kollegen Hendrik Hering das Wort.

Abg. Hering, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute über den Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2014/2015 für unser Land. Mit diesem Haushaltsentwurf der Landesregierung wird deutlich, dass sich Rot-Grün nicht von seinem Kurs abbringen lässt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Dieser Kurs heißt:

1. Verlässlichkeit bei der Finanzierung zentraler Zukunftsinvestitionen, die Rheinland-Pfalz sozial und ökologisch voranbringen,
2. verlässliche Investitionen in die Bildung, in die soziale und innere Sicherheit, in die Energiewende und den Naturschutz,
3. eine schon in der vergangenen Wahlperiode angekündigte Verbesserung der kommunalen Finanzen und
4. den Erhalt der guten Rahmenbedingungen für den erfolgreichen Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz.

Zweitens heißt das aber auch eine Verlässlichkeit bei der Umsetzung der Schuldenbremse: die strikte Einhaltung des sehr anspruchsvollen Defizitabbaus, um bis 2020 verbindlich einen Haushalt ohne neue Schulden zu erreichen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Dies schließt eine Verlässlichkeit auch dann ein, wenn es schwierig wird, etwas durchzusetzen und Verantwortung zu übernehmen, also genau das, woran es der CDU in Rheinland-Pfalz fehlt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Daran fehlt es bei zentralen Anliegen, bei denen im Interesse des Gemeinsamen eigentlich Verantwortung übernommen werden müsste. Zuletzt haben Sie sich beim Flughafen Hahn aus der Verantwortung gestohlen. Bei der Kommunal- und Verwaltungsreform haben Sie sich sehr schnell verabschiedet. Sie sind aus der Verantwortung geflüchtet und haben sich opportunistisch jedem Widerstand angeschlossen. Bei der Neugestaltung der kommunalen Finanzen haben Sie sich sehr schnell von gemeinsamen Lösungen verabschiedet und um des Tagesablaufs willen unfinanzierbare Maximalforderungen vertreten.

(Licht, CDU: Ihre Lösungen! Sie haben andere
gar nicht zugelassen! –
Pörksen, SPD: Was für ein Quatsch!)

Die CDU verweigert die konstruktive Mitgestaltung bei Fragen, die für die Zukunft des Landes wichtig sind.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das übertünchen Sie auch nicht mit wohlfeilen Worten aus Sonntagsreden, wonach Sie die gemeinsame Verantwortung und das Gespräch suchen. Diesen Lackmusktest haben wir leider bei ganz vielen Großprojekten machen müssen. Da stellt sich eines heraus: Die CDU verweigert die konstruktive Mitgestaltung. Frau Klöckner, das macht die CDU-Rheinland-Pfalz, seitdem Sie hier sind. Seitdem gibt es diese fundamentale Opposition der rheinland-pfälzischen CDU; denn Sie haben sie vorgegeben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Mit diesem Haushalt gestalten wir Politik für ein Bundesland, das im Ländervergleich gut dasteht. Das verdrängen Sie, vielleicht weil es nicht in Ihr parteipolitisches Kalkül passt. Dabei kann in der Rede eines Oppositionsführers erwähnt werden, dass man stolz auf die guten Leistungen der Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz ist. Rheinland-Pfalz ist das Bundesland mit der drittniedrigsten Arbeitslosenquote. Unsere Wirtschaft wächst schneller als die in den anderen Bundesländern. Der Spitzenplatz bei der Exportquote zeigt: Unsere Wirtschaft ist konkurrenzfähig.

Meine Damen und Herren, wir haben in der Vergangenheit mehr investieren müssen als andere Bundesländer. Dafür gibt es zwei Gründe: Kein Bundesland war so stark durch die Konversion belastet wie das Land Rheinland-Pfalz. Wir haben keine Hilfe vom Bund bekommen. Die Mehrbelastung betrug mindestens 2 Milliarden Euro.

(Licht, CDU: Das ist falsch! –
Pörksen, SPD: Ach was!)

Rheinland-Pfalz war 1991 ein strukturschwaches Bundesland.

(Licht, CDU: Ministerpräsident Beck hat damals,
als die Verhandlungen liefen, gesagt, wie der
Ausgleich stattgefunden hat!)

– Hören Sie doch zu. Dass Ihnen das alles peinlich ist, weiß ich. Hören Sie einfach zu. Sie haben gleich Gelegenheit, ganz sachlich darauf zu antworten. Nicht der, der laut schreit, hat recht, sondern der, der gute Argumente hat.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In anderen Bundesländern beneidet man uns darum, dass es uns gelungen ist, aus dem strukturschwachen Rheinland-Pfalz Anfang der 90er-Jahre einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort zu machen, indem wir richtig investiert haben. Ja, Frau Klöckner, wir bedanken uns bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die uns eine gestaltbare Politik ermöglichen.

Das ist es, was diese Landesregierung und ihre Vorgängerregierungen, ob sozial-liberal oder anders zusammengesetzt, mit den richtigen Investitionen gemacht haben: Wir haben erreicht, dass es in Rheinland-Pfalz mehr Steuerzahlerinnen und Steuerzahler als in anderen Ländern gibt. Wir haben durch die Wirtschaftsförderung vielen Unternehmen die Möglichkeit gegeben, Steuerzahler zu werden. Auch deswegen haben wir heute die hohen Einnahmen, über die wir uns freuen: weil wir richtig investiert haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auch im Zusammenhang mit der Bildungspolitik können Begriffe genannt werden, die für einen erfolgreichen Standort wichtig sind: Ganztagschulen und ein weit fortgeschrittener Stand beim Ausbau der Kinderbetreuung. Das sind Stichworte im Zusammenhang mit der erfolgreichen Bildungspolitik in diesem Land. Dass wir bei den erneuerbaren Energien weiter vorankommen als andere Länder, zeigt auch, dass wir uns den wichtigen Zukunftsaufgaben stellen.

Diese Tatsachen wollen Sie nicht anerkennen. Dass man die Tatsachen und die Realitäten, die es in diesem Bundesland gibt, nicht anerkennt, ist auch ein Grund dafür, dass die Zusammenarbeit schwer ist.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir werden an den zentralen Aufgaben mit Ruhe und Beharrlichkeit weiterarbeiten, Zukunftsgestaltung und Konsolidierung der Landesfinanzen miteinander zu vereinbaren. Dabei sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen. Wir werden unsere Ziele erreichen.

Seien Sie sich einer Sache gewiss: Das, was Sie heute vorgetragen haben, hat sich inhaltlich von der Grundkonzeption Ihrer vergangenen Haushaltsreden in gar nichts unterschieden.

(Licht, CDU: Da haben Sie nicht zugehört!)

Mit dieser Einfallslosigkeit werden Sie uns von unserem klaren und konsequenten Kurs für dieses Land nicht abbringen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, es bleibt auch abzuwarten, wie die Entwicklung auf der Bundesebene weitergeht, was sich bei manchen an den Absichtserklärungen und den festen Zusagen ändert. Auch das wird interessant sein, wenn es um die Finanzierung des Staates, um Steuereinnahmen und um vieles andere geht. Ich bin gespannt, wessen Worte und welche Aussagen über den Tag hinaus Bestand haben werden.

(Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, wenn Sie über die Verantwortung reden, die Sie mit übernehmen wollen, sage ich

Ihnen: Das muss an den zentralen Projekten dieses Landes festgemacht werden. Nur wenn alles infrage gestellt wird, ist es ernst gemeint und glaubwürdig, wenn Sie sagen, Sie wollen mit Verantwortung übernehmen. – Mit Verantwortung zu übernehmen heißt aber auch, die Ergebnisse von Entwicklungen mit zu verantworten und nicht zu sagen: Wir stellen uns auf den Standpunkt, zu kritisieren, wo es nur geht.

Zum Mitgestalten und Mitmachen haben vorherige Regierungen und Oppositionen ein anderes Verhältnis gehabt. Die Sozialdemokraten in diesem Bundesland haben immer Verantwortung mit übernommen. Bei der Kommunal- und Verwaltungsreform in den 70er-Jahren gab es eine SPD in der Opposition, die Seite an Seite mit der Regierung stand; denn jeder wusste, dass eine Kommunalreform nicht anders umgesetzt werden kann. Auch da haben Sie sich in die Büsche geschlagen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das gilt auch bei Großprojekten. Betrachten wir uns Großprojekte in anderen Bundesländern.

(Baldauf, CDU: In Berlin zum Beispiel!)

Ich habe Ihnen im Zusammenhang mit Kassel-Calden gesagt, wie sich andere Parteien verhalten, die auch in der Opposition bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, um glaubwürdig deutlich zu machen, dass man gemeinsam die Verantwortung dafür trägt. Das kann nicht nur in Sonntagsreden ausgedrückt werden, sondern Sie müssen auch einmal bei irgendeinem Projekt den Beweis dafür antreten, dass Sie bereit sind, sich mit uns vor die Bürgerinnen und Bürger zu stellen und unangenehme Botschaften zu überbringen. Das haben Sie bisher in keinem einzigen Fall getan.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Mit dem Doppelhaushalt setzen wir den Kurs der Konsolidierung fort. Das strukturelle Defizit des Landeshaushalts sinkt im Jahr 2015 auf 607 Millionen Euro. Das heißt, gegenüber 2013 erreichen wir in den beiden Haushaltsjahren eine Verbesserung von 229 Millionen Euro.

Dabei bleiben wir über 400 Millionen Euro unter der Verfassungsgrenze, unter 300 Millionen Euro bezogen auf den Abbaupfad, zu dem wir uns gesetzlich verpflichtet haben. Das heißt, wir sparen deutlich mehr, als Verfassungsgrenzen uns das vorgeben.

Nimmt man alle bis 2015 erbrachten Konsolidierungsbeiträge zusammen, werden wir den Landeshaushalt mit diesem Doppelhaushalt strukturell um insgesamt 976 Millionen Euro entlastet haben. Zweifel am politischen Willen und an der Fähigkeit dieser Koalition, ihre ambitionierten Sparvorschläge durchzuhalten, dürften damit nachhaltig zerstreut sein.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir sind auf gutem Wege.

(Baldauf, CDU: Das muss aber leise sein,
ganz leise sein!)

Das ist umso bemerkenswerter, als wir das machen, ohne auf Steuermehreinnahmen zu bauen. Wir haben den Schuldenabbaupfad unter der Rahmenbedingung konzipiert, dass sich die Steuergesetzgebung in Deutschland nicht ändert. Wir wissen, dass wir dort eine andere Auffassung haben. Ich werde gleich noch dazu kommen.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Ich will eine bemerkenswerte Zahl nennen: Hätte die jetzt noch amtierende Bundesregierung nicht Steuergeschenke, wie beispielsweise die Hotelsteuer und andere, gemacht, dann hätte das Land jährlich Mehreinnahmen in Höhe von 580 Millionen Euro. Das heißt, ohne diese unverantwortbare Steuerpolitik hätte das Land Rheinland-Pfalz im Jahr 2016 bereits einen ausgeglichenen Haushalt. Auch das sei hier erwähnt, wenn die Einsparauflagen in einen Gesamtrahmen eingeordnet werden sollen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Frau Kohnle-Gros, CDU: Das glauben Sie
doch wohl selbst nicht! –
Zurufe der Abg. Dr. Weiland und Licht, CDU)

Herr Finanzminister Kühl hat es Ihnen gestern in einer sehr guten Rede dargelegt. Sie sprechen von Spitzensteuereinnahmen, die höher sind als in den vergangenen Jahren. Wir müssen aber immer noch beachten, dass ohne die Weltwirtschaftskrise die Einnahmen deutlich höher wären.

Selbstverständlich haben wir zwangsläufige Mehrbelastungen aufgrund von Tarifsteigerungen, von Steigerungen von Beamtengehältern, die wir uns auch höher wünschen würden, wenn wir es von den Rahmenbedingungen her könnten. Es gibt weitere Zwangsausgaben, für den kommunalen Finanzausgleich, bei dem die Ausgaben des Landes aufgrund der Vereinbarung mit mehr Steuereinnahmen automatisch steigen. Deswegen ist es unfeil zu sagen, das könnte 1 : 1 in Reduzierung des strukturellen Defizits verwandt werden. Es ist unredlich, so etwas zu behaupten, weil es fern jeder Fakten ist.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Frau Klöckner, Sie haben hier kritisiert, dass die Landesregierung das strukturelle Defizit in den Vordergrund stellt. Es ist vollkommen klar, warum Sie so argumentieren – wer Ahnung von Haushaltspolitik hat, weiß, es ist im Grunde ein großes Lob an den Haushaltsentwurf, den Herr Kühl vorgelegt hat –, weil das zum Ausdruck bringt, dass es Ihnen peinlich ist, über ein strukturelles Defizit zu reden, weil das deutlich macht, dass diese Landesregierung, die rot-grüne Koalition, die Konsolidierung des Haushalts erfolgreich betreibt; denn das kann am strukturellen Defizit abgelesen werden. Deswegen wollen Sie darüber nicht reden. Aus parteipolitischen Gründen kann

man das verstehen, aber nicht aus Gründen der Gesamtverantwortung.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie stehen mit Ihrer Behauptung, das sei kein Sparhaushalt, ziemlich alleine da;

(Heiterkeit des Abg. Licht, CDU –
Dr. Weiland, CDU: Wir sind auch die einzige
Oppositionspartei!)

denn wenn wir uns die Überschriften der Zeitungen bei Vorstellung des Haushalts und auch heute betrachten, dann ist dort zu lesen: „Rot-Grün setzt den Rotstift an“ oder „Der richtige Weg“. Das sind Überschriften von Zeitungen zu dem Haushaltsentwurf dieser Landesregierung. Selbst der Bund der Steuerzahler begrüßt diesen Haushaltsentwurf.

Frau Klöckner, Sie stehen mit Ihrer Kritik ganz alleine da.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie haben gesagt, wir sollten das positive Beispiel der Bundesregierung sehen, bei der ernsthaft gespart würde. Daran sollten wir uns ein Beispiel nehmen.

(Zuruf des Abg. Weiner, CDU)

Jetzt zitiere ich aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

(Pörksen, SPD: Das ist nicht ungefährlich!)

Sie steht nicht im Verdacht, ein SPD-Parteiorgan zu sein.

(Ramsauer, SPD: Sozialistisches Kampfblatt!)

Dort heißt es mit Datum vom 15. September 2013, sehr aktuell: „Schäuble ist der erste Finanzminister seit langem, der in seiner Amtszeit nie ernsthaft kürzen musste.“ – Das liegt daran, dass er von historisch niedrigen Zinsen aufgrund der Eurokrise und von hohen Steuereinnahmen profitiert, dessen Grundlagen aber unter der rot-grünen Regierung gelegt worden sind, als Sozialdemokraten beteiligt waren. Das sind die Rahmenbedingungen für den guten Haushalt im Bund, aber nicht, weil dort gespart worden ist; denn dort ist nicht ernsthaft gespart worden im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU –
Ramsauer, SPD: So ist es!)

Was aber auch zur Wahrheit gehört, die Mehreinnahmen, die man sich bei Steuereinnahmen auf Bundesebene gegönnt hat, sind allein dem Bundeshaushalt zugeflossen. Man hat Länder und Kommunen im Regen stehen gelassen. Auch das gehört zur Wahrheit, wenn

wir hier über einen Landeshaushalt diskutieren, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit Ihrem Forderungspopulismus hätten wir diese Einsparungen nicht erzielt.

Frau Klöckner, ich muss aufgrund der Aussagen von Ihnen keine von meinen Stichworten streichen. Ich werde Ihnen das gleich belegen.

Es betrifft Maßnahmen, die wir umgesetzt haben: die Begrenzung des Besoldungsanstiegs bei Beamtinnen und Beamten, weitere dienstrechtliche Maßnahmen, die wir schweren Herzens umgesetzt haben. Wir haben einen spürbaren Personalabbau und Reorganisationsmaßnahmen im Landesdienst bei den Vermessungs- und Katasterämtern, in der Finanzverwaltung, den Grundbuchämtern, im Justizbereich und vieles mehr umgesetzt.

Frau Klöckner, Sie haben die Statistik aufgezählt, es gäbe mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landesdienst. Das haben Sie kritisiert. Aus Sicht der Opposition könnte man das zunächst auch so formulieren.

Addieren wir zunächst einmal auf, was wir aufgebaut haben: im Bereich der Lehrerinnen und Lehrer. – Ich habe noch nie „weniger Lehrer“ von Ihnen gehört. Im Bereich Polizei: Ich habe von Ihnen noch nie gehört, wir sollen weniger Polizistinnen und Polizisten beschäftigen, oder im Hochschulbereich.

Wenn ich diese Zahlen addiere, dann ist diese Zahl erheblich größer als der Gesamtpersonalzuwachs im öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz. Das heißt, wir haben in anderen Bereichen gespart, um in Zukunftsaufgaben zu investieren. Das ist die Wahrheit. Sie hätten keinen Lehrer und keinen Polizeibeamten weniger beschäftigt. Deswegen ist es unredlich, Dinge in den Raum zu stellen, ohne sie mit Fakten zu belegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit den Maßnahmen, die wir bereits im vorhergehenden Doppelhaushalt beschlossen haben und die strukturell weiterwirken, kommt eine Vielzahl von Maßnahmen hinzu. Wir können über vieles in den nächsten Wochen diskutieren.

Es kommen Arbeitsmarktmittel und Mittel in Bereichen – auch das fällt uns schwer – wie der Schwangerenkonfliktberatung, Rückführung bei der Denkmalpflege sowie diversen Maßnahmen im Agrarbereich bis hin zu der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung hinzu. Der große Katalog zusätzlicher Einsparungen beweist, es wurden alle Ausgaben auf den Prüfstand gestellt. Nichts ist außen vorgelassen worden.

Es sind etliche Einsparungen dabei, die schmerzhaft sind. Die CDU hat die Sparmaßnahmen des vorherge-

henden Doppelhaushalts bekämpft und durch die Bank hinweg abgelehnt.

(Frau Klöckner, CDU: Das stimmt überhaupt nicht!)

Ich komme gleich zu dem Volumen, über das man redet. Dann wird die Aussage, Sie hätten Einsparvorschläge gemacht, einmal im richtigen Licht dargestellt.

(Bracht, CDU: Das ist die Unwahrheit!)

Allein die Forderung, der Tarifabschluss 2013/2014 bei den Tarifangestellten solle auf die Beamtinnen und Beamten des Landes übertragen werden – dafür bekommt man auf manchen Demonstrationen viel Beifall –,

(Henter, CDU: Das wäre rechtmäßig!)

bedeutet eine Mehrbelastung für den Doppelhaushalt in Höhe von 180 Millionen Euro pro Jahr.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Bracht, CDU: Aber es wäre rechtmäßig!)

Den Verbundsatz im kommunalen Finanzausgleich wollten Sie erhöhen. Wir reden über mehrere 100 Millionen Euro Mehrbelastung für diesen Doppelhaushalt des Landes. Zu all dem hinzu kommen Forderungen für mehr Polizei, mehr Lehrerstellen und mehr Straßenbau. Ich könnte noch vieles andere hinzufügen.

(Bracht, CDU: Wo wurde das vorgeschlagen?)

– Sie haben mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte gefordert.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU –
Licht, CDU: Wo wurde das vorgeschlagen? Das ist falsch! Wo denn? Wann denn?)

– Ich kann Ihnen viele Termine nennen, bei denen Herr Weiner beklagt, wir würden zu wenig Polizeibeamte einstellen. Frau Beilstein hat gefordert, den Verbundsatz zu erhöhen.

(Zuruf von der CDU: Wo wurde diese Erhöhung
des Verbundsatzes vorgeschlagen?)

Sie haben gefordert, es dürften keine 2.000 Lehrerstellen abgebaut werden.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Das werden wir Ihnen alles haarklein belegen, da haben Sie einmal keine Angst!

(Frau Klöckner, CDU: Tun Sie es doch jetzt! –
Pörksen, SPD: Luftnummern!)

Meine Damen und Herren, wenn man die Forderungen, die Sie bei Terminen in Presseerklärungen in diesem Hause öffentlichkeitswirksam erhoben haben, sieht, wie Herr Minister Kühl noch sehr gutmütig zu Ihnen, als er von einer Mehrbelastung in Höhe von 420 Millionen Euro gesprochen hat. Er hat nur einiges herausgegriffen und es einmal ausgerechnet. 420 Millionen Euro Mehrbelas-

tung pro Jahr für den Haushalt des Landes Rheinland-Pfalz würden dabei herauskommen.

Frau Klöckner, Sie haben soeben davon gesprochen, Sie hätten auch Vorschläge gemacht. Ich habe es einmal mitnotiert, und meine Kollegen rechts und links meinen, ich hätte es sehr gründlich getan.

(Zuruf von der CDU: Das ist ihre Art! –

Licht, CDU: Wenn Sie so gründlich wie am Nürburgring waren, habe ich meine Zweifel!)

Arbeitsmarktförderung, die Projektentwicklungsgesellschaft des Landes auflösen, was im Koalitionsvertrag steht – deswegen war diese Forderung von Ihnen sehr kreativ, es dort abzuschreiben, aber das haben Sie mitgetragen –, Wirtschaftsförderung umstellen – – –

Wahrscheinlich steht in Ihrem Skript für die Presse, dass Sie die Studiengebühren für Langzeitstudenten wieder einführen wollen. Wenn ich all das addiere, kommen keine 10 Millionen Euro zustande.

(Ramsauer, SPD: So ist es!)

Das ist eben die Wirklichkeit: 400 Millionen Euro Mehrausgaben zu fordern und zu sagen, man habe Sparvorschläge gemacht, aber im Ergebnis bedeutet dies Mehrbelastungen von mindestens 400 oder 500 Millionen Euro, wenn man 1 : 1 das umsetzen würde, was Sie vorschlagen. Das ist die Wahrheit von redlicher Haushaltspolitik, die Sie im Land Rheinland-Pfalz vorschlagen, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Ramsauer, SPD: Luftnummern und Windbeutel!)

Deswegen ist in gewisser Weise auch die Empörung zu verstehen, die in Teilen des Hauses entstanden ist, wenn Reden von Ihnen mit den Worten begonnen werden: „Wünschenswertes an die Realität anpassen“, „Sich auf das Machbare beschränken“. – Wer solche Worte wählt, der sollte dann auch entsprechend handeln; sonst lassen Sie es einfach sein. Gerade dies prägt nämlich das schlechte Image von Politik in der Öffentlichkeit, dass alles versprochen wird und nichts eingehalten wird. Nach dieser Maßgabe handeln Sie in diesem Land, und das werden Sie von uns auch dargelegt bekommen. Deswegen haben wir die Haushaltsberatungen heute gemacht, um auch Zeit zu haben, es Ihnen Stück für Stück darzulegen und der Öffentlichkeit deutlich zu machen, wo die Unterschiede in der Politik liegen: Wir wollen Verlässlichkeit und Redlichkeit, Sie betreiben eine andere Politik.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Zuruf von der CDU: Schöne Aussichten!)

Sie haben davon gesprochen, dass der Flughafen Hahn und der Nürburgring von Herrn Staatsminister Dr. Kühl in seiner Haushaltsrede nicht benannt wurden. Der Flughafen Hahn war Gegenstand einer von Ihnen beantragten Sondersitzung in diesen Räumlichkeiten unter Beteiligung aller wesentlichen Ausschüsse des Landtags, in

der zu dieser Frage vom Finanzminister sehr umfangreich und detailliert über die Haushaltszahlen in diesem Doppelhaushalt bezüglich des Flughafens Hahn berichtet wurde. Der Nürburgring ist aufgrund der bedauerlichen Entwicklung nicht mehr Gegenstand dieses Haushaltsplanes.

(Licht, CDU: Natürlich, die Zinszahlungen!)

Allenfalls kann es für diesen Haushaltsplan relevant werden, dass wir Einnahmen aus dem Verkauf des Nürburgrings erhalten. Wenn dies so sein sollte, dann ist für die rot-grüne Landesregierung vollkommen klar, dies wird 1 : 1 genutzt, um die Nettokreditaufnahme zu reduzieren. An dieser Stelle ist der Begriff richtig, um es Ihnen zu erläutern, damit Sie es auch verstehen.

Wenn es einen Verkaufserlös durch den Nürburgring gäbe, wäre das nach dem, was Sie als wesentlich betrachten, mit Blick auf die Nettokreditaufnahme ein Erfolg; denn die Nettokreditaufnahme wäre niedriger, wohingegen mit Blick auf das richtige Kriterium, auf das wir uns alle in der Verfassung verständigt haben – sowohl Sie im Bundestag beim Grundgesetz als auch wir in der Landesverfassung –, sich das strukturelle Defizit nicht ändern würde. Meine Damen und Herren, das ist auch richtig so; denn es ist keine Maßnahme, um die Haushaltssituation des Landes nachhaltig zu verbessern. Deswegen ist das Kriterium des strukturellen Defizits das richtige und angemessene.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie haben gesagt, die Entwicklung habe bestätigt, dass Ihre Vorgehensweise bezüglich des Nachtragshaushalts für den Flughafen Hahn richtig gewesen sei. Ich hoffe, ich habe Sie dort falsch verstanden. Das hoffe ich wirklich im positiven Sinne; denn die Weiterentwicklung hat gezeigt, dass das, was Sie beschlossen hätten, aufgrund der bilanzrechtlichen Vorschriften, die wir in Deutschland haben, eventuell das Ende des Flughafens Hahn bedeutet hätte. Ich unterstelle einmal positiv, das haben Sie so nicht gemeint. Deswegen bleibt es richtig, ein klares Bekenntnis zum Hahn, und die richtige Maßnahme wäre gewesen, Sie hätten das getan, was einige in der CDU-Fraktion auch gern getan hätten, nämlich dem Nachtragshaushalt zuzustimmen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch etwas zu vorgefertigten Formulierungen möglicher Zwischenrufe sagen. Ich erkenne an, das können Sie sehr gut.

(Licht, CDU: Herr Pörksen, hören Sie einmal genau zu!)

Sie können diesbezüglich eine Spontaneität an den Tag legen, die wirklich glauben lässt, jeden Zwischenruf hätte es auch gegeben. – Als Information für die Zuschauer möchte ich aber sagen, ich kann von meinem Platz aus sehr genau die geschätzte Kollegin Frau Conrad sehen. Sie hat nichts gesagt, aber es passt gerade ins Manuskript, dass jetzt ein Zwischenruf von Frau

Conrad genannt werden musste. Das passte gut ins Manuskript, aber Frau Conrad hat dazu eben nichts gesagt. Das ist die Wahrheit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Ramsauer, SPD: Das ist wie mit den Haushalts-
beratungen am Freitag! –
Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Meine Damen und Herren, zu glaubhaften Einsparvor-
schlägen gehört auch der Mut und die Standfestigkeit,
den Bürgerinnen und Bürgern zu sagen, was aktuell
nicht finanzierbar ist, und daran werden wir uns halten.
Wir wollen und werden einen realistischen Konsolidie-
rungskurs umsetzen. Es hilft nichts, den Menschen ein X
für ein U vorzumachen. Konsolidieren muss immer auch
die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Blick haben.
Das tun wir genauso, wie wir auch dafür sorgen, dass
bei der Haushaltssanierung die soziale Gerechtigkeit
und die ökologische Gestaltung der Zukunft nicht unter
die Räder kommt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Deshalb bleibt das Thema „Bildung“ einer der großen
Schwerpunkte unserer Politik, die auch in diesem Dop-
pelhaushalt entsprechend finanziert werden; aber nicht
nur die Bildung, sondern auch die soziale Sicherheit, die
Innere Sicherheit und die Weiterentwicklung der Infra-
struktur zählen zu den in diesem Haushalt finanzierten
Schwerpunkten unserer Politik.

Ein besonderes Gewicht kommt der Energiewende zu.
Deshalb ist es wichtig, dass die Energieagentur mit
Regionalbüros breit verankert ist. Das haben Sie kriti-
siert. Die Energiewende muss in den Regionen, bei den
Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und Unternehmen
ankommen und ist auf deren Aktivitäten angewiesen.
Dann kann sie beträchtliche Wertschöpfungspotenziale
bieten und dafür sorgen, dass zukünftig auch wieder
mehr Steuereinnahmen erzielt werden können.

Es ist deshalb gut, dass wir hieran weiterarbeiten und in
diesem Doppelhaushalt die finanziellen Grundlagen
dafür schaffen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Fraktion unterstützt nicht minder die Einrichtung
eines Nationalparks. Tatsächlich bietet der Nationalpark
Chancen für die Regionalentwicklung – das haben Sie
erwähnt –, die genutzt werden sollten. Sie lehnen diesen
Nationalpark gegen die Interessen auch Ihrer eigenen
Leute in der Region ab. Wir bekennen uns zum Natio-
nalpark wegen seinen positiven Aspekten für den Natur-
schutz, aber auch als Regionalförderung. Wir glauben,
dass die Regionen im Hunsrück und Birkenfeld diesen
wichtigen Punkt auch nötig haben, meine Damen und
Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir nutzen Gestaltungsspielräume aufgrund des demo-
grafischen Wandels in der Bildungspolitik zur Qualitäts-
verbesserung an den rheinland-pfälzischen Schulen.
Das ist der Fall bei der Reduzierung der maximalen
Klassengrößen bis zur Orientierungsstufe. Wir treiben
die individuelle Förderung in unseren Schulen voran.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Kein Wort dazu
von Frau Klöckner!)

Wir verbreitern den Prozess der Inklusion. Die Ausgaben
pro Schülerin und Schüler steigen von 3.537 Euro im
Jahre 2012 auf 3.696 Euro in 2015.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Kein Wort dazu
von Frau Klöckner!)

Meine Damen und Herren, das ist kluges Sparen in
Verbindung mit Gestaltung des demografischen Wan-
dels in der Bildung.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Ramsauer, SPD: So ist es!)

Hier kann auch festgemacht werden, dass wir die richti-
gen Schwerpunkte über viele Jahre hinaus gesetzt ha-
ben.

Der Anteil der Bildungsaufgaben – nur auf den Schulbe-
reich bezogen – an den bereinigten Gesamtausgaben
des Landeshaushalts beträgt in den beiden Jahren des
Doppelhaushalts gut 25 %. 1996 betrug der Anteil noch
18,6 %. Daran wird deutlich, wir haben in anderen Be-
reichen gespart, um mehr in den Zukunftsbereich Bil-
dung zu investieren. Das heißt, wir haben die richtigen
Schwerpunkte bei der Haushaltsgestaltung in diesem
Land gesetzt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In diesem Doppelhaushalt sorgen wir für den Ausbau
des Vertretungspools im Schulbereich und schaffen hier
in zwei Jahren 500 zusätzliche unbefristete Stellen.

Wir sorgen für eine gewisse Kompensation der Fehlent-
scheidung der Bundesregierung, die Mittel für die Schul-
sozialarbeit völlig zu streichen. Wir leisten eine gewisse
Gegenfinanzierung. Zu all den Punkten haben Sie kein
Wort gesagt, weil es aus parteipolitischen Gründen eben
nicht in Ihre Erfolgsstrategie passt. Aber zur Redlichkeit,
die Sie angemahnt haben, hätte es dazugehört, dass Sie
sich auch dafür einsetzen, dass diese unsozialen Kür-
zungen zurückgenommen werden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Biebricher, CDU)

Wenn Sie über Gemeinsamkeit reden, warum haben Sie
nicht die 100 neuen Dauerstellen im Hochschulbereich
erwähnt? Haben Sie etwas dagegen, sonst hätten Sie es

auch nennen können, wenn man sagt, da werden richtige Schwerpunkte gesetzt.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Kein Wort! –
Frau Klöckner, CDU: Herr Kühl hat sie auch
nicht genannt! –

Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Jetzt wird es immer
absurder!)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich wenden wir für den Ausbau der Kindertagesstätten erhebliche Mittel auf: 53 Millionen Euro in dieser Legislaturperiode investive Mittel. – Sehr viel höher sind unsere steigenden Ausgaben des Landes für die Betriebskosten der Kindertagesstätten: 397 Millionen Euro im Jahr 2014, 424 Millionen Euro im Jahr 2015. – Zieht man dies für den Doppelhaushalt zusammen, so sind dies 821 Millionen Euro in zwei Jahren. Im Vergleich dazu leistet der Bund für diese Aufgaben in einer gesamten Legislaturperiode von fünf Jahren 130 Millionen Euro. Dividiert durch fünf ergeben sich gerade einmal gut 30 Millionen Euro pro Jahr. Da Sie diesen Beitrag immer so in den Himmel heben und als glorreich betrachten, muss man sagen, rechnen Sie einmal die Prozentzahlen aus, was der Bund an dieser Aufgabe leistet. Dann wäre mehr Bescheidenheit eher angebracht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich möchte eines noch klarstellen, da nicht in Ihrer Rede, aber an anderer Stelle von Ihnen anderes behauptet wird. Die Möglichkeiten, die der Doppelhaushalt 2014/2015 eröffnet, sind so, dass ein durchschnittlicher Ausbaustand in Rheinland-Pfalz von 42 % ermöglicht werden kann. Eines sei auch klargestellt: Es gab und wird keinen Bewilligungsstopp für Kindergärten in Rheinland-Pfalz geben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf einen Punkt eingehen, nämlich die Frage der gebührenfreien Bildung. Ich sage ganz klar, wir wollen auch unter den Bedingungen der Schuldenbremse daran festhalten, dass der Zugang zur Bildung beginnend vom Kindergarten bis zur Hochschule gebührenfrei bleibt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir haben uns auch entschieden, dass die Schülerbeförderung bis zum 10. Schuljahr von der Zahlung von Gebühren bis zum 10. Schuljahr befreit bleibt. Bildung muss ein öffentliches Gut sein, das jedem gleichmäßig zur Verfügung steht. Bildung ist öffentliche Aufgabe. Warum? Aus mindestens vier Gründen:

– Wir wollen Gebührenfreiheit um der Chancengleichheit willen, also wegen der individuellen Lebenschancen, die Bildung jedem Menschen eröffnen kann.

– Selbstverständlich benötigen wir die beste Bildung für alle auch zur Sicherung des allgemeinen Wohlstands, also aus volkswirtschaftlichen Gründen.

– Eine breite Bildungsbeteiligung und hohe Betreuungsquote ist aber auch familienpolitisch unabdingbar. Sie entlastet Familien finanziell und im Hinblick auf die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

– Bildung ist nicht zuletzt demokratisches Grundgut: Wer mehr weiß, kann sich qualifizierter und kritischer am öffentlichen Leben, am kulturellen und politischen Leben der Gesellschaft beteiligen.

Die Politik gebührenfreier Bildung von Anfang an steht in einem diametralen Gegensatz zur Politik der CDU. Seit Jahren diskutiert die CDU Rheinland-Pfalz über Kindergartenengebühren. Sie macht dies seit mehreren Jahren. Offenbar fehlt Ihnen aber der Mut, ein konkretes Modell vorzulegen. Das haben Sie heute auch nicht getan.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Sie wagen es nicht, der Öffentlichkeit auf Heller und Pfennig vorzurechnen, wen Sie wie belasten wollen. Sie sind in dieser Frage intern heillos zerstritten und wissen nicht, wohin Sie wollen. Das ist der wahre Grund, warum Sie kein konkretes Konzept vorlegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Heiterkeit der Abg. Frau Klöckner und
Dr. Weiland, CDU)

Sie sind zerstritten in der Frage der Kindergartenengebühren, in der Positionierung zum Betreuungsgeld, worin Sie auch nicht einig sind und deutlich wird, welches überalterte Familien- und Frauenbild teilweise in Ihrer Partei vertreten wird. Das ist der Konflikt, den Sie in Ihren eigenen Reihen haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Richtung ist klar: gegen Gebühren, für Bildungsgerechtigkeit.

So, wie wir es heute nicht mehr nachvollziehen können, dass früher Schulgeld bezahlt werden musste, werden wir es erleben, dass sich die Gesellschaft in Deutschland Gott sei Dank so weiterentwickeln wird, dass vollkommen klar ist und von keiner nennenswerten politischen Kraft mehr bestritten wird, dass der Zugang zur Bildung gebührenfrei für jeden sein muss, egal, welcher Bildungsabschluss angestrebt wird.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vordergründig ist es sehr populär. Warum soll der gut verdienende Arzt oder andere, die hohe Einkommen erzielen, nicht gebührend für Bildung zahlen?

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Wenn Sie ein Konzept vorlegen, mit dem nennenswerte Einnahmen entstehen, wird deutlich, dass am Ende auch der Busfahrer, die Krankenschwester, die Erzieherin zahlen müssen.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

– Herr Weiland, Sie zweifeln das an. Wenn wir in Sichtweite über den Rhein schauen, das kann man von hier aus sehen, auch durch die Gardinen.

(Frau Klöckner, CDU: Zum Geberland!)

– Frau Klöckner, da komme ich gleich dazu. Das Stichwort hätten Sie mir besser nicht gegeben. Wir kommen gleich zu Ihren Flugblattaktionen gegen Rheinland-Pfalz.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In der Stadt Wiesbaden – wir hoffen, die politische Mehrheitsbildung wird dem bald ein Ende machen –

(Frau Klöckner, CDU: Dann gibt es
kein Geld mehr!)

müssen für einen Ganztagskinderplatz grundsätzlich 160 Euro für das erste Kind gezahlt werden. Dies macht 1.920 Euro im Jahr aus.

(Staatsminister Lewentz: Vom Netto!)

Hinzu kommt ein Verpflegungsgeld von 35 Euro im Monat. Die Jahresbelastung liegt bei 2.340 Euro.

Es gibt Zuschüsse, gestaffelt nach drei Einkommensgruppen. Es muss dann in der Einkommensgruppe für die Kinder, deren Eltern sehr wenig verdienen, 1.008 Euro an Gebühren und Verpflegungsgeld gezahlt werden. Dies gilt für Familien, die ein klein wenig mehr verdienen, als sie nach Hartz IV bekämen. Dort werden bei einem Jahreseinkommen, das gerade über dem Hartz-IV-Bezug liegt, 1.008 Euro abkassiert.

Die Politik, von Ihnen auf den Punkt gebracht, ist, Sie lehnen die Erhöhung des Spitzensteuersatzes ab, erwarten aber, dass Familien mit Hartz-IV-Bezug etwas mehr als 1.000 Euro im Jahr zahlen. Das ist unsoziale Politik. Genau das wollen Sie. Legen Sie ein Berechnungsmodell mit Zahlen vor, dann werden wir das belegen, sonst kommen keine nennenswerten Beträge heraus, mit denen man Ihre Forderungen und Versprechungen gegenüber den Menschen bezahlen kann. Seien Sie ehrlich zu den Menschen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Frau Klöckner, Sie haben es provoziert, weil Sie gefragt haben, wer das zahlt.

Frau Klöckner hat zusammen mit Herrn Bouffier am Hauptbahnhof in Mainz gestanden. Man weiß, es gibt sehr viele aus Wiesbaden, die nach Mainz pendeln, um dort zu arbeiten. Man hat gedacht – –

(Zurufe von der CDU)

– Nur deswegen wird man dort vor der Wahl Flugblätter verteilt haben.

Es kann nur sein, weil man sagt, es kommen recht viele aus Hessen nach Rheinland-Pfalz, um hier zu arbeiten.

(Pörksen, SPD: Um in die Schule zu gehen!)

Deswegen standen Frau Klöckner und Herr Bouffier zu morgendlicher Stunde vor dem Bahnhof, und sie haben Flugblätter im Grunde gegen die Interessen des Landes Rheinland-Pfalz verteilt; denn wenn ich die Forderungen ernst nehme, soll der Länderfinanzausgleich geändert werden. Rheinland-Pfalz soll zugunsten des Landes Hessen in nennenswerter Millionenhöhe weniger Geld erhalten.

Frau Klöckner, Sie müssen sich entscheiden, machen Sie Politik für das Land Rheinland-Pfalz, oder arbeiten Sie an ihrer bundespolitischen Karriere. Beides bringen Sie offensichtlich nicht unter einen Hut.

(Anhaltend Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

Wir werden noch mitgeteilt bekommen, zu welcher Uhrzeit und in welchem Raum am Freitag die Haushaltsberatungen Rheinland-Pfalz stattfinden. Ich bin ganz optimistisch, die Landtagsverwaltung wird uns diesen Service bieten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal kurz auf die Frage des Landespersonals im Kontext der Konsolidierung zurückkommen. Es war immer klar, dass die Konsolidierung des Landeshaushalts nicht gelingen kann, indem man an den Kosten für das Personal des Landes vorbeigeht. Sie machen ca. 40 % der Landesausgaben aus. Es war immer klar, dass dies nicht nur schmerzhaft für die Betroffenen, sondern auch konfliktreich sein würde. Die entsprechenden Entscheidungen waren und sind schmerzhaft. Sie sind uns schwergefallen.

Wir werden mit jedem Haushalt die Einkommensentwicklung in den anderen Ländern betrachten. Wir betrachten es als unsere Pflicht. Wir haben das seriös für diesen Doppelhaushalt getan und die Aussage getroffen, wir müssen an der Entscheidung, wenn es auch schwerfällt, festhalten.

Wir haben zentrale Schritte für die Sanierung der Landesfinanzen unternommen, im Dienstrecht, beim Personalabbau, in Verbindung mit Strukturveränderungen. In diesem Doppelhaushalt werden wir das fortsetzen.

Die Zahl der Landesbediensteten sinkt mit diesem Doppelhaushalt um weitere 1.575 Vollzeitstellen. Eingespart werden dadurch langfristig über 84 Millionen Euro. Der aus dem – ohne Kündigungen umgesetzten – Personalabbau resultierende Konsolidierungsbetrag beläuft sich dann insgesamt auf über 150 Millionen Euro.

Unser Personalabbau folgt ganz den für uns zentralen Kriterien: Sozialverträglichkeit, Gerechtigkeit, Effizienz, Erhaltung der Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.

tes, Sanierung der staatlichen Aufgabenerfüllung und damit Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Rheinland-Pfalz.

Wie schon gesagt, die CDU hat all das verworfen. Sie hat sich opportunistisch verhalten, und die Beschäftigten wissen nur zu gut, dass die Solidarität der CDU sozusagen unter Finanzierungsvorbehalt steht und reale Verantwortungsübernahme damit nicht verknüpft ist.

Wer allen alles verspricht, gewinnt keine Glaubwürdigkeit, Frau Klöckner.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Frau Klöckner, wenn wir über Stil sprechen, ich konnte gestern wegen anderer Termine an der Demonstration unmittelbar nicht teilnehmen, habe aber anschließend mit einigen Teilnehmern gesprochen. Die haben das Verhalten sehr genau beobachtet. Ich sage, auch klug beobachtet. Die haben gesagt, die CDU hat Beifall gesendet

(Licht, CDU: An gewissen Stellen! –
Frau Klöckner, CDU: Bei Steuererhöhungen nicht!)

– lassen Sie mich doch einmal ausreden, Herr Licht, Sie sind nervös, weil Sie wissen, es wird unangenehm, wer schreit, hat nie recht –, als es darum ging, die Einsparungen abzulehnen. Als aber dieselben Redner für einen handlungsfähigen ausfinanzierten Staat Steuererhöhungen gefordert haben, haben Sie nicht geklatscht.

(Zurufe von der CDU)

Deswegen haben die Kolleginnen und Kollegen gesagt, auf diese CDU kann man nicht vertrauen, weil ihre Zusagen nicht gedeckt, nicht finanziert sind. Das waren die Aussagen der Kolleginnen und Kollegen, die mit mir gesprochen haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Frau Klöckner, die Einsparvorschläge, die Sie in Ihrer fast 90-minütigen Rede vorgetragen haben, würden nicht einmal reichen, die Besoldungserhöhung bis Dreikönig zu finanzieren. So redlich sind Sie mit Ihren Aussagen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf der Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD)

Dann kann jeder einmal etwas sagen, was man anschließend so in der Form nicht mehr sagen würde. Herr Wehner ist dagewesen und hat aus den von ihm dargelegten Gründen eine Mütze getragen. Sie haben gesagt, da waren SPD-Kollegen mit Mütze, die haben zu allem geklatscht. Das haben Sie gesagt. Das war falsch. Das war unredlich.

(Frau Schmitt, SPD: So ist das!)

Wenn man so etwas tut, geht man nach vorn und sagt: Entschuldigung, es hat mir leid getan! – Das ist Stil und Anstand.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Frau Klöckner, CDU, zeigt in Richtung Regierungsbank)

Sie machen es einem heute sehr leicht, weil Sie die richtigen Stichworte liefern. Herr Schweitzer hat sich wenige Stunden danach, nachdem es veröffentlicht war, bei Ihnen schriftlich und auch in einem Telefongespräch entschuldigt. Unter normalen Menschen sind die Dinge dann erledigt. Sie karten nach. Das ist der Unterschied im Stil, wie man miteinander umgeht, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall der SPD und Beifall des BÜNDNIS90/
DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn wir beim Personal sind, dann müssen wir auch über den Pensionsfonds sprechen; denn wir werden die nächsten Wochen Haushaltsberatungen erleben.

(Dr. Mittrücker, CDU: Jeder blamiert sich so,
wie er kann!)

Die dünne Suppe von 10 Millionen Euro wird bei Ihnen nicht reichen. Sie werden nachliefern müssen, weil man damit auch in der öffentlichen Diskussion nicht einmal bis morgen bestehen kann. Dann wird von Ihnen wieder die Streichung des Pensionsfonds kommen, weil er noch über Kredite finanziert wird. Er ist ein ganz wichtiges Steuerungsinstrument, weil er dokumentiert, was die wirklichen Personalkosten sind.

(Frau Schmitt, SPD: So ist das!)

Jedes Ministerium muss aus seinem Personalbudget 30 % an den Pensionsfonds abführen, um klarzumachen, mit dem Betrag, der an die Beamten ausgezahlt wird, sind die Lasten für kommende Generationen nicht finanziert. Wir machen das 1 : 1 transparent. Sie haben in den vergangenen Haushalten den Vorschlag gemacht, den Pensionsfonds aufzulösen, und haben mit den eingesparten Zahlungen ihre Wünsche auf Kosten der Vorsorge kommender Generationen finanziert. Das ist die Redlichkeit zu Aussagen zum Pensionsfonds von Ihnen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Heiterkeit des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Wir haben durchgehalten, am Pensionsfonds festzuhalten. Andere Länder sind vor der Herausforderung wegelaufen und haben ihn aufgelöst. Pensionsfonds heißt, wenn nach dem Jahr 2020 Überschüsse erzielt werden, wird zunächst der Pensionsfonds mit aktuellen Einnahmen gespeist, und es können keine zusätzlichen Ausgaben finanziert werden. Vielleicht wünschen Sie das irgendwann einmal. Aber da gibt es zwei Hindernisse. Erstens werden Sie nie die Wahl gewinnen, und zwei-

tens wird an dem Instrument festgehalten werden, weil die Menschen ablehnen, auf Pump kommender Generationen Politik zu gestalten. Genau das bedeutet das, was Sie wollen, den Pensionsfonds abzulehnen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Heiterkeit des Abg. Dr. Weiland, CDU –
Frau Klöckner, CDU: Der war gut! –
Baldauf, CDU: Wenn Sie Pinocchio wären, würde
Ihnen eine Nase wachsen!)

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt werden auch den Kommunen zusätzliche Mittel bereitgestellt. Dabei ist deutlich geworden, dass Sie auch diesen Weg nicht mitgegangen sind. Sie haben hier, bei den kommunalen Spitzenverbänden, bei allen öffentlichen Terminen die Forderung vertreten, man sollte noch erheblich mehr Geld seitens des Landes den Kommunen zusätzlich zur Verfügung stellen. Sie haben aber mit keinem einzigen Wort einen Finanzierungsvorschlag gemacht. Das sind unredliche Versprechungen, die Sie machen. Wir halten das 1 : 1 ein, was wir den Kommunen versprochen haben.

Die Kommunen werden im Jahr 2016 im Vergleich zu heute 490 Millionen Euro mehr im kommunalen Finanzausgleich haben. Im Saldo betrachtet – alle Kommunen in Rheinland-Pfalz – werden sie mit Geltung des kommenden Doppelhaushalts erstmals seit 20 Jahren einen positiven Finanzierungssaldo wegen der Leistung des Landes haben. Das haben wir zugesagt.

(Dr. Weiland, CDU: Was Ihr schon alles
zugesagt habt!)

Das setzen wir um. Die Kommunen können sich auf das verlassen, was wir ihnen zugesagt haben. Wir haben eine ehrliche Partnerschaft zwischen Land und Kommunen, das Land und auch die Kommunen nicht zu überfordern. Sie versprechen Dinge, die nicht eingehalten werden können. Aufgrund solcher Versprechungen kann in den Kommunen kein Cent ausgegeben werden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat einen Haushaltsentwurf präsentiert, der mit Zustimmung unserer Fraktionen nicht nur eingebracht, sondern auch beschlossen wird. Das wird Sie nicht wundern. Sie haben auch darüber gesprochen, wir hätten das schon alles vor Einbringung des Haushalts gehabt. Wir haben den Haushalt schon viele, viele Tage. Wir haben ihn intensiv gelesen, weil wir auch in den Details fleißig sind. Wir haben gesagt, wir werden auch Veränderungen vornehmen. Das ist die Aufgabe von uns Parlamentariern. Wir haben einen Entwurf. Den werden wir intensiv prüfen. Die Grundlinien stimmen. Sie sind mit uns abgesprochen.

Ich habe die Aussage getroffen, dass wir Folgendes machen: Wir wissen, dass viele Bürgerinnen und Bürger und auch viele Initiativen von den vorgesehenen Einsparungen betroffen sind. Wir haben den Mut – das gehört zu unseren Aufgaben –, mit den Betroffenen zu reden.

Aus diesem Dialog werden Veränderungen entstehen. Wir werden Argumente und Sichtweisen bekommen, die verlangen, das eine oder andere noch einmal zu überlegen und darüber nachzudenken. Dann wird es Veränderungen geben. Ich habe ein oder zwei Punkte genannt.

Aber eines ist auch klar, für jeden Cent, der zusätzlich zugewendet wird, wird an anderer Stelle eingespart – da bin ich mit Herrn Kollegen Köbler einer Meinung –, kein Cent Mehrausgaben. Aber wir stellen uns dem Dialog. Wir laufen nicht weg. Wir gehen zu jedem, gerade zu jedem, der negativ betroffen wird. Das gehört dazu, Verantwortung zu übernehmen. Deswegen bin ich dankbar für einen hervorragenden Entwurf, weil er klarmacht, das Land wird gestaltet, und der Sparkurs wird konsequent eingehalten durch die hervorragende Arbeit von Carsten Kühl und der gesamten Regierung unter der Leitung unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, wir werden mit Realismus und Verlässlichkeit Politik gestalten, wie das Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer gewohnt sind. Darauf werden sie auch in Zukunft vertrauen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Land anhaltend starker Beifall der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Gäste begrüßen – wir haben die Tribüne voll besetzt –, und zwar Mitglieder der Kirchengemeinde Dienethal, Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schule Lahnstein sowie Beschäftigte des Gemeinschaftspraxisteams aus Vallendar. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Jetzt habe ich keine Wortmeldung.

(Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, meldet
sich zu Wort)

– Der Kollege Köbler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort.

Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, danke für das Wort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Dieser Haushalt ist mutig und gerecht; denn er verbindet soziale Gerechtigkeit und ökologische Erneuerung mit der Konsolidierung der Finanzen, also diesem zentralen Generationenprojekt, das wir mit Rot-Grün aufgenommen haben, um die Verantwortung zu übernehmen nicht nur für die 4 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, für die wir heute Verantwortung tragen, sondern vor allem auch für unsere Kinder und deren Kinder, damit auch kommende

Generationen noch politische Handlungsspielräume haben. Das ist unsere Verantwortung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Dieser Entwurf ist sehr mutig; denn er präsentiert nachvollziehbare Lösungen, wie wir die Schuldenbremse einhalten können, auch wenn sie nicht allen gefallen werden. Insofern ist dieser Haushaltsentwurf der Landesregierung ehrlich und ausgewogen; denn er spart wirklich an allen Ecken und Enden.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt macht es sich nicht einfach. Es sind nicht pauschal globale Minderausgaben, irgendwelche fiktiven Steuerveränderungen eingepreist. Wir zeigen auch nicht nach Berlin und hoffen, dass sich irgendetwas Angela Merks erbarmt, mit ihr eine Bundesregierung zu bilden, und dann endlich die Einnahmeseite, also die Steuern dieses Staats, erhöht, wie es Herr Schäuble schon plant.

Wir glauben schon, dass es notwendig wäre, die Finanzierung der Eingliederungshilfen auch von Bundesseite anzugehen. Das ist das Geld, das unsere Kommunen dringend brauchen.

(Zuruf der Abg. Frau Dickes, CDU)

Das ist eine von den vielen Baustellen, die die abgewählte schwarz-gelbe Bundesregierung hinterlassen hat.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ich bin überzeugt, dieser Haushaltsentwurf der Landesregierung ist eine hervorragende Grundlage für die parlamentarischen Beratungen und eine hervorragende Grundlage für zwei weitere erfolgreiche Jahre Rheinland-Pfalz, für viele weitere erfolgreiche Jahre sozial-ökologischen Wandels mit Rot-Grün in Rheinland-Pfalz. Dafür ist dieser Haushalt eine sehr gute Grundlage, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Frau Klöckner, Sie haben mir und Herrn Kollegen Hering sozusagen vorgeworfen, die alte Platte herauszuholen. Ich bin eher die Generation „Compact Disc“.

(Frau Klöckner, CDU: Ich MP3-Player!)

Ihre Leier war eine ganz gute Mischung aus Religionsunterricht und Bierzelt.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall bei BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und SPD)

Ich fand, dass das eine oder andere, was Sie dort gesagt haben, bedenkenswert war. Es waren genau die Passagen – deswegen fiel mir das mit der alten Platte ein; denn manch alte Platte hat wirklich gute Kracher, das darf man nicht vergessen –, bei denen Sie die ehe-

malige Kollegin Ise Thomas zitiert haben, als sie noch Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN war.

(Frau Schneider, CDU: Das waren noch Zeiten!)

Man hat gemerkt, damals war die Opposition in diesem Land noch konstruktiv und mit Substanz und nicht mit Palaver und gegen das Land unterwegs.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zurufe der Abg. Frau Klöckner und Frau
Kohnle-Gros, CDU)

Sie haben dem Finanzminister vorgeworfen, dass er in seiner Finanzplanung auf Basis der bestehenden Steuergesetze geplant hätte. Sie haben im Prinzip dem Finanzminister vorgeworfen, dass er sich an Bundesrecht und -gesetz hält, und haben ihn dazu aufgefordert, die Abschaffung der kalten Progression und eine Haushaltsplanung auf Basis eines Rechtes, das nicht besteht, zu machen. Das widerspricht dem Haushaltsgrundsatz von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit und grenzt fast an die Aufforderung zum Rechtsbruch, Frau Klöckner.

(Baldauf, CDU: Weil Sie es verhindern!)

Diese Landesregierung mit Rot-Grün ist noch nie vor dem Verfassungsgerichtshof gescheitert, aber Schwarz-Geld musste in der vergangenen Periode über ein halbes Dutzend Mal die Gesetze in Karlsruhe korrigiert bekommen, insbesondere was die Rechte Homosexueller betrifft.

(Baldauf, CDU: So ein Quatsch!)

Schwadronieren Sie nicht von Recht und Gesetz, wo Sie für eine Partei verhandeln, deren Bundesregierung mehrfach verfassungswidrig die Gesetze nicht geändert hat.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Was ich besonders mutig an diesem Haushalt finde ist, dass er mit seinen ganzen Einsparmaßnahmen, die er konkret unterlegt hat, deutlich vor der Bundestagswahl an die Öffentlichkeit gekommen ist.

Frau Klöckner, ich hätte nie gedacht, dass Sie die Legende von der Sackkarre von vor zwei Jahren heute weiterspinnen. Ein schlechter Film wird auch nicht gut, wenn man eine Fortsetzung dreht, Frau Klöckner.

Ich habe Ihnen am 12. September 2013 um 16:12 Uhr persönlich mitgeteilt, dass die Sackkarre angekommen ist. Der Haushalt ist mit seinen Einzelplänen genau zu diesem Zeitpunkt in den Fraktionen eingetroffen. Sie hätten morgen drei Wochen Zeit gehabt, ihn zu lesen und sich darauf vorzubereiten. Hören Sie auf, hier die Unwahrheit von der verkürzten Beteiligung der Opposition zu erzählen. Das ist nachweisbar falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Dass die Landesregierung ganz transparent vor einer sehr wichtigen Wahl alle Daten dieses Haushaltes vorgelegt hat, zeigt eine neue politische Kultur der Transparenz in diesem Land. Es ist wichtig, dass wir diese offene Diskurskultur, diese beteiligungsorientierte Kultur, führen. Gerade bei Haushaltsfragen ist es besonders schwer. Bei Haushaltsfragen ist es aber auch besonders wichtig, dass der Staat, das Parlament, aber auch die Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe miteinander agieren. Wenn man das tut – wir stellen uns dieser Verantwortung und Diskussion –, dann findet man auch Akzeptanz für das Sparen. Das muss man tun. Das muss man ehrlich tun. Man darf sich nicht wegducken.

Dieser Haushalt weist aus, dass es weiter um Transparenz und Beteiligung in diesem Staat geht. Wir werden bis 2015 1,5 Millionen Euro für die Umsetzung eines Transparenzgesetzes zur Verfügung stellen. Das bedeutet, dass der Grundsatz der Transparenz des politischen Handelns und der Verwaltung in Rheinland-Pfalz nicht nur politisch gewollt und rechtlich verankert, sondern auch finanziell unterlegt wird, damit wirklich die Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger besteht, in Rheinland-Pfalz bei allen Sachfragen auf Augenhöhe mit der Regierung, aber auch mit uns im Parlament zu diskutieren. Wir haben davor keine Angst, ganz im Gegenteil. Wir setzen auf die Bürgerinnen und Bürger gerade bei schwierigen und umstrittenen Entscheidungen wie bei der Haushaltskonsolidierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es ist mutig, wenn man sich die Eckdaten dieses Haushalts anschaut, einen solchen ehrlichen Sparhaushalt vorzulegen. Wir befinden uns seit dem Jahr 2011, seit dem Beginn der rot-grünen Landesregierung und der Übernahme von grüner Regierungsbeteiligung, auf dem Konsolidierungskurs.

Wir hatten 2011 im Ist einen strukturellen Saldo von ca. 1,6 Milliarden Euro. Bereits im ersten Doppelhaushalt haben wir massiv gespart und das strukturelle Defizit massiv heruntergefahren. So ist es uns gelungen, schon in den Jahren 2012 und 2013 trotz Nürburgring und Nachtragshaushalt diese 1,6 Milliarden Euro auf unter 850 Millionen Euro Defizit im Jahr zu senken. Nun ist im Entwurf der Regierung eine weitere Reduktion des strukturellen Defizits auf 716 Millionen Euro in 2014 und nur noch gut 600 Millionen Euro in 2015 eingeplant.

Das ist weniger als die Hälfte des strukturellen Defizits im Ist 2011. Das sind nahezu zwei Drittel der gesamten Konsolidierungsleistungen bis zum Einlösen der Schuldenbremse.

Diese Landesregierung hat den Mut, deutlich mehr zu sparen, als sie nach der Schuldenbremse müsste, weil sie weiß, dass man die Aufgaben jetzt anpacken und über diese Legislaturperiode hinaus denken muss. Sie denkt nicht nur von Wahl zu Wahl wie Sie, sondern sagt, wir schenken den Leuten reinen Wein ein. Dann werden sie dafür eine entsprechende Unterstützung erhalten. Die Menschen wollen ehrlicher behandelt werden, als Sie das tun. Allen alles zu versprechen, wird nicht zum Erfolg führen.

Wir werden das an jedem Haushaltstitel, an jedem Vorschlag und an jedem Euro, über den wir diskutieren, herausarbeiten. Diese Landesregierung hat einen mutigen Entwurf vorgelegt, der die Realität der Schuldenbremse einhält und der die Realität des Sparens, aber auch des verantwortungsvollen Investierens in die Nachhaltigkeit abbildet.

Meine Damen und Herren von der CDU, das, was Sie bisher gefordert haben, sind bestenfalls Wolkenkuckucksheime.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben uns nicht weggeduckt. Wir haben im letzten Doppelhaushalt die Einnahmen durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer und die Einführung des Wassercentcs erhöht. Natürlich ist so etwas nicht unumstritten. Das ist doch gar keine Frage. Ich glaube, dass die Menschen verstanden haben, dass der Staat für eine gute Bildung, den Erhalt der Infrastruktur und für die Verantwortung für kommende Generationen solide Einnahmen braucht.

Diesen Mut und diese Ehrlichkeit würde ich mir nicht nur von Rot-Grün, sondern auch von der anderen Seite wünschen, die im Bund regiert. Es hat keine 48 Stunden bis nach der Schließung der Wahllokale gedauert, bis erste CDU-Politiker im Bund gesagt haben, jetzt brauchen wir Steuererhöhungen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Das ist keine Redlichkeit. Sie schüren damit die Politikverdrossenheit. Damit kommen Sie vielleicht kurzfristig, aber auf gar keinen Fall langfristig bei den Bürgerinnen und Bürgern durch.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dann haben Sie abenteuerliche Rechnungen präsentiert. Wir haben den Mut, Ausgaben zu kürzen. Wir haben den Mut, real zu sagen, wo wir Ausgaben kürzen. Wir sagen auch, dass wir uns nicht mehr alles leisten können, was vielleicht politisch wünschenswert ist.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Es braucht Mut, diese Erkenntnis auszusprechen. Das ist ein Mut, den die Koalition hat und der der CDU weitgehend abgeht.

Ich möchte nur einmal kurz sagen, was Sie vorgetragen haben. Sie haben gesagt, Sie hätten beim letzten Doppelhaushalt für 500 Millionen Euro Sparvorschläge gemacht. Sie haben gefordert, 2.500 Stellen zu streichen, haben aber nicht gesagt, wo. Dann haben Sie noch gefordert, den Pensionsfonds zu streichen, und stellen damit die Altersvorsorge der Beamtinnen und Beamten infrage.

Gleichzeitig haben Sie den Pensionsfonds als Luftbuchung bezeichnet und damit infrage gestellt, dass das Streichen der Rückstellungen für den Pensionsfonds

eine nachhaltige Einsparung ist. Im Sinne der Schuldenbremse ist das Streichen des Pensionsfonds überhaupt keine nachhaltige Einsparung, sondern eine reine Finanztransaktion. Das würde der Schuldenbremse keinen Cent mehr bringen.

Dann haben Sie gesagt, Sie hätten die Auflösung der Projektentwicklungsgesellschaft des Landes Rheinland-Pfalz (PER) gefordert. Sie haben wohl die Quelle verwechselt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall bei der SPD)

In den Gesprächen zum rot-grünen Koalitionsvertrag haben wir gemeinsam festgelegt, dass wir die PER auflösen wollen. Wir haben noch einmal nachgeschaut. Das haben Sie beim letzten Doppelhaushalt überhaupt nicht beantragt.

(Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir konnten nicht zustimmen!)

Wir hätten vielleicht sogar zugestimmt. Dann hätten Sie aber ein entsprechendes Deckblatt und einen Antrag einbringen können.

(Zuruf des Abg. Dr. Mittrücker, CDU)

Sie schaffen es nicht, Ihre hehren Worte mit Taten zu unterlegen. Der Kollege Hering hat es auch schon gemacht. Ich muss jetzt aber eine Frage stellen.

Frau Klöckner, Sie haben gesagt, dass Sie die Intervalle beim Rheinland-Pfalz-Takt vergrößern oder ausdünnen wollen.

(Frau Klöckner, CDU: Tag! –
Frau Schneider, CDU: Wir können richtig schreiben! –
Zurufe von der CDU)

In Ihrem Redeskript steht Rheinland-Pfalz-Tag. Dann bin ich beruhigt. Jetzt atmet der ländliche Raum auf.

(Zurufe von der CDU)

Ich habe wirklich gut zugehört. Deswegen frage ich noch einmal nach.

Der Rheinland-Pfalz-Tag – wir reden über ein Haushaltsdefizit von gut 600 bzw. 700 Millionen Euro, das wir noch schließen müssen – kostet laut Haushaltstitel 127.400 Euro. Das muss noch bei der Rechnung von Herrn Hering obendrauf.

Meine Damen und Herren von der CDU, wenn wir dann den Nationalpark, die Gebührenfreiheit und den kostenlosen ÖPNV für Schülerinnen und Schüler abschaffen – das ist übrigens interessant; das ist genau das Gegenteil vom sozial-ökologischen Wandel, den Sie fordern; das ist okay; Sie haben etwas gefordert – und mit der Übernahme der Tarife für die Landesbeamten gegenrechnen, dann komme ich – ich habe wirklich sehr gut zugehört –, wenn ich Ihre konkreten Vorschläge zum Haushalt, die Sie heute eingebracht haben, zusammen-

zähle, zu einer Erhöhung der jährlichen Verschuldung von mindestens 75 Millionen Euro.

Das ist das Gegenteil von mehr sparen. Das bedeutet nämlich, Mehrausgaben konkret fordern, und sparen die anderen machen lassen. Eine verantwortungsvolle Opposition, die in der Verfassung als eine Regierung im Wartestand beschrieben ist, sieht anders aus.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie müssen noch viele Jahre üben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ich will an einem Beispiel deutlich machen, dass wir schmerzlich Ausgaben gekürzt haben. Ich möchte kurz etwas zu den 550.000 Euro sagen, die jährlich bei den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen gespart werden sollen. Ich glaube, das ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir die Beratungsstellen, deren Arbeit und die Menschen sehr schätzen, die sich jeden Tag um Frauen kümmern, die sich in keinen einfachen Lebenssituationen befinden. Wir müssen konsolidieren. Das Bundesgesetz, das Sie auch mit zu verantworten haben, sagt nun einmal, dass wir in Rheinland-Pfalz nur die entsprechenden 100 Stellen brauchen.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Wir werden jetzt auch ein offenes Ohr haben und in den kommenden Wochen mit den Vertretern und Betroffenen reden, wie man diese Vorgabe entsprechend umsetzt, dass die Beratungsstruktur in den Regionen erhalten bleibt. Ich sage auch, dass wir entsprechend dem Leistungsprinzip sicherstellen, dass es nicht nur um Beratung, sondern im Zweifel auch um Leistung geht. Leistung heißt auch die Ausstellung eines Scheins. Ich finde, an dieser Stelle darf sich Leistung lohnen. Sie darf zumindest nicht bestraft werden. Darauf werden wir bei der Umsetzung sehr genau achten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD –
Frau Kohnle-Gros, CDU: Was heißt das?)

Bei dem Thema ärgert mich, wie man im Zusammenhang mit den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen auf das Thema „Nürburgring“ kommen kann. Ich finde, das ist kein Umgang mit den Menschen in den Beratungsstellen und den Frauen, die in schwierigen Lebenssituationen sind. Das ist an dieser Stelle ein plumper Populismus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

In diesem Haushalt steht kein Zuschuss für den Nürburgring. In diesem Haushalt stehen aber Kürzungen von 500.000 Euro bei den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen.

(Zurufe von der CDU)

Liebe CDU, ich erinnere mich noch genau an die Haushaltsdebatte, in der es um den Nürburgring ging. Sie

haben in diesem Haus gefordert, jedes Jahr 5 Millionen Euro für die Formel 1 in den Nürburgring zu stecken.

(Baldauf, CDU: Da hat die Regierung aber 12 Millionen Euro gefordert!)

Jetzt beschweren Sie sich über 500.000 Euro bei den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen. Wissen Sie eigentlich, wie viele Stellen das bei den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen gewesen wären? Ich mache diese Rechnung nicht auf. Sie haben sie aufgemacht.

Sie wollten zehnmal mehr in die Formel-1-Millionäre stecken, als wir jetzt bei den Schwangeren-Konfliktberatungsstellen einsparen müssen. Das ist die Wahrheit in diesem Hause.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dann kritisieren Sie, dass das Land beim Deutschen Polen-Institut die Mittel zurückfährt. Zunächst: Dieses Institut, getragen von der Kultusministerkonferenz, liegt in Darmstadt. Darmstadt ist – glaube ich – seit 1946 hessisch. Es liegt in Hessen. Das heißt, die Interessen von Rheinland-Pfalz können Sie hier nicht im Blick haben. Sie sagen, wir hätten eine historische Verantwortung gegenüber Polen. Da haben Sie völlig recht. Aber erklären Sie mir einmal, warum Rheinland-Pfalz eine größere historische Verantwortung gegenüber Polen hat als alle anderen – auch CDU-geführten – Bundesländer außer Hessen.

Frau Klöckner, ich mache Ihnen ein Angebot: Wenn Sie jetzt mit Herrn Seehofer auf diese Klassenfahrt fahren, die Sie „Sondierungsgespräche“ nennen, sprechen Sie mit ihm darüber, dass alle Bundesländer bereit sind, über die Kultusministerkonferenz ihren Anteil am Deutschen Polen-Institut in Darmstadt zu erhöhen, damit dort am Ende keine Einsparungen stattfinden müssen. Dann verabschieden wir hier gemeinsam ein Deckblatt, in dem Rheinland-Pfalz seinen Beitrag – den es nach wie vor leistet – leicht anhebt. Aber wir werden in Zukunft genauso viel leisten wie alle anderen Bundesländer. Sprechen Sie mit Ihren CDU-Kollegen. Ich hoffe, Sie haben alle Handynummern.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich will noch einen Punkt herausheben: Die Landesregierung hat bei ihren Einsparvorschlägen auch darauf geschaut, in welchen Bereichen wir noch sparen können, ohne die Bürgerinnen und Bürger direkt zu treffen. Bei dem Thema „Öffentlichkeitsarbeit“ kommen da knapp eine Million Euro zusammen. Ich finde, auch das ist ein wichtiges Symbol.

Aber das heißt eben auch, dass bei der Öffentlichkeitsarbeit des Landes gespart wird. Das heißt eben auch, dass wir nicht mehr an jeder Messe und an jeder Ausstellung mit einem großen Stand und mit viel, viel Geld teilnehmen können. Ja, das heißt es auch. Wir setzen dabei ein Stück weit auf die diejenigen, die von diesen Messen profitieren: Wenn sie ihren Beitrag leisten, wird

es am Land nicht scheitern, die entsprechende Präsenz zu zeigen.

Aber glauben Sie mir: Es ist dem Land nicht geholfen, wenn wir auf der einen Seite nicht bei der Öffentlichkeitsarbeit kürzen – auch bei der der Landesregierung; sie beschneidet sich durchaus selbst – und auf der anderen Seite dort hineingehen, wo es die Bürgerinnen und Bürger direkt trifft. Ich glaube, dass eine Zurückhaltung bei Messen in Berlin und in Hannover die Menschen in Rheinland-Pfalz in der Summe weniger trifft als bei Studiengebühren, Gebühren für Schülerinnen und Schülern oder beim Verzicht auf wertvolle, nachhaltige Investitionen wie die in den Nationalpark im Hunsrück. Das sind unsere Prioritäten: weniger PR für die Landesregierung, mehr für die Menschen. – Sie fordern das Gegenteil.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Jetzt ist die Bundestagswahl vorbei, und es kommt Bewegung in die Sache. Es geht um unsere Infrastruktur. Ja, wir wollen unsere Infrastruktur nachhaltig erhalten und dort auch investieren. Das bedeutet aber auch einen zielgerichteten Einsatz von Mitteln. Wir stellen in diesem Doppelhaushalt eine beachtliche Summe für den öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung. Wir setzen vor allem auf den Erhalt unserer Infrastruktur. Aber auch dafür brauchen wir die entsprechenden Mittel. Man kann nicht auf der einen Seite – das sind die Forderungen – die Mittel für immer neue Straßen verausgaben und auf der anderen Seite beklagen, dass, zugegebenermaßen, eine Moselbrücke nicht im besten Zustand ist. Man muss sich entscheiden.

Aber es ist Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Kurz nach der Bundestagswahl macht die von Herrn Ex-Bundesverkehrsminister Bodewig geleitete Kommission „Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ einen Vorschlag, den man begrüßen kann: die Ausweitung der Lkw-Maut auf weitere Straßen und auf kleinere Lastwagen. – Das haben wir vor der Wahl klar gesagt. Sie haben es blockiert, obwohl die Lkw-Maut im Gegensatz zur CSU-Pkw-Maut ein geeignetes Mittel wäre, in die Infrastruktur, in die Beseitigung der Straßenschäden und in die Schaffung von guten Straßen zu investieren und dabei auch die Verursacher gerecht zu beteiligen.

Frau Klöckner, stoppen Sie also auf der Klassenfahrt Herrn Seehofer mit seiner unsäglichen Pkw-Maut, damit die Mittel endlich für den Erhalt unserer Straßen und eben auch Ihrer Moselbrücke frei werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD –

Frau Kohnle-Gros, CDU: Wieso diskreditieren Sie ein demokratisches Mittel? Das muss doch nicht sein! –

Frau Klöckner, CDU: Das muss man nicht machen!)

Nachhaltiges Investieren bedeutet für uns vor allem auch, in Kinder zu investieren. Deswegen ist der Ausbau der Betreuung gerade für die unter Dreijährigen für uns eine Investition in die Nachhaltigkeit und in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. In diesem Doppelhaushalt

sprechen wir über eine gigantische Summe von über 500 Millionen Euro für die Kinderbetreuung, die durch das Integrationsministerium bereitgestellt werden. Man muss sich das einmal vorstellen: Über 500 Millionen Euro – das sind drei Viertel des gesamten Etats dieses Ministeriums, eine wahnsinnige Leistung für Kinder und Familien in diesem Land.

Nicht nur im ländlichen Raum, sondern im ganzen Land, insbesondere in unseren Städten, stellen wir uns der Aufgabe, eine gute und bedarfsgerechte Kinderbetreuung für alle Gruppen auszubauen. Wir sind in Rheinland-Pfalz dabei weit vorne; wir befinden uns auf einem Spitzenplatz unter den Flächenländern. Wir übererfüllen die vom Bund gesteckten Ziele, was die Kinderbetreuung angeht.

Aber wir werden in den kommenden Jahren noch vor gewaltigen Herausforderungen bei der Betreuung der unter Dreijährigen stehen. Das wissen wir. Wir wissen auch, dass das im Land unterschiedlich verteilt ist und dass es vor allem in unseren Städten einen großen Nachholbedarf gibt. Deswegen werden wir genau darauf schauen, dass wir die Mittel so einsetzen, dass sie bedarfsgerecht ankommen, und wir werden sie ein Stück weit dort konzentrieren, wo die Kitaplätze fehlen.

Aber jede Anstrengung, die wir unternehmen, bedeutet auch, dass wir Geld ausgeben müssen. Auch Kinderbetreuungsplätze fallen nicht vom Himmel. Deswegen fordere ich Sie auf, bei den Sondierungsverhandlungen dafür zu sorgen, dass dieses rückwärtsgewandte CSU-Betreuungsgeld endlich über Bord geschmissen wird und dieses Geld für ein bundesweites – insbesondere für die Städte – Sonderprogramm für die unter Dreijährigen ausgegeben wird. Frau Klöckner, auch hier können Sie verantwortungsvoll für die Zukunft unseres Landes streiten. Aber dann setzen Sie sich endlich gegen die CSU durch, und schaffen Sie das Betreuungsgeld wieder ab.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Dann sagen Sie nicht, wir würden in diesem Land die Verantwortung nicht übernehmen und unsere Hausaufgaben nicht machen. Ich habe Ihnen die Zahlen genannt. Wir werden in diesem Doppelhaushalt für den weiteren Ausbau der Betreuung unter Dreijähriger in diesem Land und für die Qualitätssicherung noch einmal zusätzlich über 20 Millionen Euro in die Hand nehmen. Darin liegt ein ganz klarer Schwerpunkt; denn unser Ziel ist es, die Betreuungsquote für unter Dreijährige in Rheinland-Pfalz schnell auf über 40 % auszubauen und damit weiterhin das Familienland Nummer 1 in der Bundesrepublik Deutschland zu bleiben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Investitionen in die Bildung sind uns auch an anderer Stelle wichtig: Reduzierung der Klassenmessenzen, Ausbau der Ganztagschulen und die Stärkung der individuellen Förderung. Wir gehen auch da in die Verantwortung, wo sich der Bund wieder vom Acker gemacht hat: Wir nehmen über 5,6 Millionen Euro in die

Hand, um die Schulsozialarbeit in diesem Land einigermaßen aufrechterhalten zu können. Ich warne schon jetzt: Wenn die Schulsozialarbeit in diesem Land an manchen Schulen abgebaut wird, sind das nicht die Stellen, die dieses Land finanziert – wir werden nämlich mehr Geld in die Hand nehmen –, sondern das sind diejenigen, bei denen die abgewählte schwarz-gelbe Bundesregierung die Schuld trägt, indem sie die Finanzierung nicht sichergestellt hat. Jede einzelne Stelle geht auf das Konto von Angela Merkel und auf das Konto von Kristina Schröder.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –

Frau Kohnle-Gros, CDU: Das war doch so mit den Ländern vereinbart!)

Wir setzen einen klaren Schwerpunkt bei der Inklusion.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Wir wissen, Inklusion funktioniert nicht einfach, weil wir es politisch wollen oder verkünden oder ein Schulgesetz ändern werden, sondern Inklusion funktioniert nur, wenn wir Überzeugungsarbeit leisten, diejenigen, die bilden, entsprechend ausbilden und, ja, auch entsprechende personelle und finanzielle Ressourcen bereitstellen.

Ich bin sehr froh, dass dieser Doppelhaushalt für die Inklusion noch einmal zusätzliche Stellen bereitstellt. Ich finde, es gibt kaum ein besseres Beispiel, warum dieser Haushalt gerecht ist. Er spart an vielen Stellen, aber dort, wo es um die Bildungschancen auch von Kindern mit Behinderung geht, haben wir gesagt, wir nehmen mehr Geld in die Hand. Ich finde, das ist ein großer Beitrag für mehr Gerechtigkeit in Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir werden auch den Hochschul- und Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz nachhaltig sichern. Das bedeutet, dass wir die Herausforderungen, vor denen unsere Hochschulen stehen, kennen und dieser Haushalt – das sagen auch die Hochschulrektorinnen und -rektoren – ein deutlich positives Signal an die Fachhochschulen und Universitäten in unserem Land ist.

Rheinland-Pfalz hat seine Hausaufgaben bei der Hochschulfinanzierung gemacht. Das bleibt festzustellen. Hier hat die Bundesregierung durch die Beharrung am starren Kooperationsverbot Rheinland-Pfalz im Stich gelassen.

(Zuruf der Abg. Frau Schäfer, CDU)

Die Vorschläge des Bundes hätten nur dazu geführt, dass einige Elitehochschulen in Baden-Württemberg davon profitiert hätten, aber Sie machen Politik gegen das Land Rheinland-Pfalz, deswegen waren Sie für die weitere und erhöhte Förderung von Hochschulen in Baden-Württemberg. Das hat den GRÜNEN-Ministerpräsidenten gefreut, aber Sie sind gegen die Förderung in der Fläche von Forschung und Lehre in

Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Wir bilden mit diesem Doppelhaushalt 100 zusätzliche Dauerstellen an unseren Hochschulen ab. Das ist Mut, das ist Investition in Nachhaltigkeit und in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes trotz der Schuldenbremse.

Wir werden unseren Beitrag zur Finanzierung des Hochschulpakts 2020 leisten, und bei all dem halten wir am gerechten und diskriminierungsfreien Zugang zum Studium fest und stehen für die Gebührenfreiheit an unseren Hochschulen, meine Damen und Herren. Für den starken Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz ist auch das eine gute Nachricht. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Investieren in Nachhaltigkeit bedeutet auch Investitionen in die natürlichen Lebensgrundlagen und in die Artenvielfalt in Rheinland-Pfalz. Wir wollen diesen Nationalpark. Wir GRÜNE wollen diesen Nationalpark, Rot-Grün will diesen Nationalpark,

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

weil wir es unserer Umwelt schuldig sind, dass wir natürliche Lebensräume sich entfalten lassen, und es auch dieser Region schuldig sind, nach den Diskussionen und vielen positiven Hoffnungen und Chancen, dass sie diese Zukunftschance für ihre Region im Hunsrück, in Birkenfeld bekommt. Es ist eine Chance für Arbeitsplätze und für den Tourismus in dieser Region.

Hören Sie auf zu behaupten, dass dieser Nationalpark eine Angelegenheit wäre, die wir uns nicht leisten können. Dieser Nationalpark kostet nach dem Doppelhaushalt 1,75 Millionen Euro im Jahr.

(Frau Schneider, CDU: Das ist doch nicht wahr! –
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Sie werden den Haushalt noch lesen, vielleicht in den nächsten Wochen.

(Frau Schneider, CDU: Wir haben ihn
schon gelesen! –
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Das sind Mittel, die wir sowieso ausgeben müssten, weil wir die Biodiversitätsstrategie Ihrer Bundesregierung in Rheinland-Pfalz umsetzen müssen. Das heißt, es geht gar nicht um zusätzliche Mittel, sondern um kluge Investitionen in die Umwelt und in eine strukturschwache Region.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zurufe der Abg. Frau Schneider und Billen, CDU)

Das ist der ganzheitliche Blick, der in diesem Haushalt sichtbar wird.

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU)

Wir werden Mittel für den Klimaschutz, für Energieeffizienz und die Energiewende in diesem Land bereitstellen, meine Damen und Herren. Der Klimaschutz ist – das haben die neuesten Zahlen leider dramatisch deutlich gemacht – die zentrale Herausforderung für alle Länder auf dieser Welt, aber eben auch für uns in der Bundesrepublik Deutschland und in Rheinland-Pfalz. Wir werden nicht länger dulden, dass die Bundesregierung, wie unter Frau Merkel, sehr aktiv zuschaut, wie andere etwas unternehmen, und selbst nichts auf den Weg bringt, sondern wir wollen auch in Sachen Klimaschutz in Rheinland-Pfalz Vorreiter werden und dafür die Weichenstellung in diesem Haushalt setzen, meine Damen und Herren.

(Frau Schneider, CDU: Der Wähler hat das aber
wohl ein bisschen anders gesehen! –
Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Auch das bedeutet Verantwortung für kommende Generationen, dass sie noch eine intakte Erde vorfinden, auf der sie leben können und nicht fragen müssen, warum wir damals nichts gemacht haben. Nein, wir investieren in den Klimaschutz, wir gehen vorweg. Wir hoffen, dass andere irgendwann einmal nachziehen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vor dem Hintergrund bleibt die Energiewende das zentrale Projekt dieser rot-grünen Koalition. Es ist ein zentrales Klimaschutzprojekt. Ich glaube, das muss man immer und immer wieder sagen.

Wir sind beim Ausbau der erneuerbaren Energien Spitzenreiter in der Spitzengruppe in Deutschland. Wir werden alles dafür tun, dass wir das auch bleiben. Wir wussten, es wird Widerstände geben, auch bei einem solchen Systemwechsel. Ja, natürlich, aber es waren Millionen nach dem Wortbruch von Schwarz-Gelb in der Laufzeitverlängerung und Abermillionen nach dem Fukushima-Unglück auf der Straße und haben gegen die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke demonstriert.

Ja, ich verstehe, wenn in Rheinland-Pfalz ein paar 100 Betroffene demonstrieren, weil sie Befürchtungen haben, die aber zum Teil nicht der Realität entsprechen, sondern vor Ort von der CDU gestreut worden sind. Da wird gegen Windkraftträder protestiert, die noch nicht einmal geplant sind.

Man muss mit den Menschen reden. Deswegen ist es richtig, dass wir beispielsweise die Energieagentur entsprechend ausstatten, dass sie Beratung leistet und schaut, dass diese Energiewende Akzeptanz findet; denn ein solches Jahrhundertprojekt braucht nicht nur die Unterstützung im Rahmen einer Legislaturperiode, sondern von vielen Menschen über eine lange Zeit, damit unsere Energieversorgung in Zukunft unabhängig

ger, demokratischer, billiger und vor allem klimafreundlicher wird, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Jetzt geht es in die parlamentarischen Beratungen. Frau Klöckner, Sie haben uns gleichzeitig vorgeworfen, wir würden den Haushalt nur abnicken und hätten bereits Änderungen angekündigt.

(Henter, CDU: Ja!)

Das kann man beides machen, nur sollte man sich entscheiden.

Ich will Ihnen eines sagen, Sie haben behauptet, wir würden Ihren Anträgen nie zustimmen. Vielleicht waren Sie zu diesem Zeitpunkt nicht mehr alle anwesend, aber im letzten Landtagsplenum haben wir einem Antrag der CDU-Fraktion zugestimmt, in dem es um die Heilfürsorge bei der Polizei ging.

(Frau Klöckner, CDU: Haushaltsdeckblättern haben Sie keinen zugestimmt, keinem einzigen Haushaltsdeckblatt!)

Also erzählen Sie nicht ständig, wir würden nicht auch konstruktiven Vorschlägen entsprechend nachgeben. Ich lade Sie ein, in allen Ausschüssen und Beratungen entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Wir können gern vor der entsprechenden Abschlussberatung im Haushalts- und Finanzausschuss ein Gespräch zwischen den Fraktionsvorsitzenden und vielleicht noch den finanzpolitischen Sprechern führen, zu dem jeder seine Anträge, Entwürfe, Vorschläge und Deckblätter mitbringt.

(Frau Klöckner, CDU: Dafür haben wir doch die Ausschüsse!)

Das können wir alles miteinander machen. Dann schauen wir einmal, ob wir bei einigen Punkten sogar zusammenkommen. Das wäre verantwortliche und gestalterische Oppositionsarbeit. Kommen Sie dann aber nicht mit Tischvorlagen und mit einer halbgenen Gegenfinanzierung und mit – wie Sie selbst sagten – Luftbuchungen beim Pensionsfonds; denn das wird uns bei der Konsolidierung dieses Landeshaushalts nicht helfen.

Nein, wir haben offene Ohren für alle Bürgerinnen und Bürger, für alle Verbände und Interessengruppen in diesem Land, die uns natürlich jetzt schon Briefe schreiben. Wir haben sogar offene Ohren für Sie in der Opposition.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Aber wir werden von dem Kurs der Konsolidierung nicht abweichen. Jeder einzelne Vorschlag für Mehrausgaben muss entsprechend solide und nachrechenbar gegenfinanziert sein; denn den Mut und die Verantwortung haben sowohl die rot-grüne Landesregierung als auch wir als Koalitionsfraktionen. Deswegen bin ich überzeugt, es ist ein guter Haushalt und ein mutiger Haushalt, aber auch etwas Gutes kann man im parlamentari-

schen Verfahren immer noch ein bisschen besser machen. Wir Fraktionen von der Regierung sind dazu bereit, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Dieser Haushaltsentwurf ist mutig und gerecht, weil er in Nachhaltigkeit investiert, weil er kommende Generationen entlastet und Handlungsspielräume schafft und weil er Rheinland-Pfalz zukunftsweisend und zukunftsfest aufstellt. Er ist mutig, weil er transparent ist und auch einer neuen politischen Kultur der Transparenz entspricht, weil er ehrlich ist und weil er klipp und klar sagt, wo konsolidiert und wo gespart wird. Er ist mutig, weil er alle politischen Felder auf Einsparpotenziale hin abgeklopft hat, und er ist mutig, weil auch dort gespart wird, wo es im Allgemeinen keinen Applaus gibt.

Aber dieser Landeshaushalt ist auch gerecht, weil er auch dort Geld ausgibt, wo wir in der Zukunft eine soziale oder ökologische Rendite erzielen, wo wir gezielt in Nachhaltigkeit investieren, mit mehr Geld für frühkindliche Bildung und für Kinderbetreuung, für gebührenfreie Bildung, für Investitionen in Natur, Umwelt und Klimaschutz sowie die Energiewende. Wir stärken die Kommunen, wir stärken die Städte und die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes. Damit sind wir gerecht, und zwar zwischen den Generationen und den Regionen, mit einer Melange aus Einsparung, Konsolidierung und sinnvollen und zukunftsweisenden Investitionen.

Deswegen können wir festhalten, dieser Haushalt ist richtig für unser Land. Dieser Haushaltsentwurf passt zu diesem Land. Er trägt zur Zukunftssicherung und -festigkeit unseres Landes bei. Er ist mutig und gerecht, und es ist diese rot-grüne Koalition, die ihn mit der Landesregierung aufgestellt hat und die ihn in diesem Parlament am Ende auch verabschiedet wird. Diese Verantwortung haben wir übernommen, und dieser Verantwortung werden wir gerecht – also ist diese Koalition auch genau das Richtige für dieses Land, und das auch noch viele weitere Jahre.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Schreiner gemeldet.

Abg. Schreiner, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte im Interesse der Beratungsökonomie gleich an dieser Stelle mit einigen Mären aufräumen, die Rot-Grün soeben verkündet hat. Herr Köbler – Herr Hering, das gilt auch für Sie –, die erste Mär ist, wir würden Fundamentalopposition betreiben. Wahr ist, Rot-Grün hat alle Haushaltsanträge der CDU beim letzten Mal abgelehnt.

(Pörksen, SPD: Wegen unsolider Finanzierung!)

Herr Kollege Pörksen, wahr ist auch, dass wir genau geprüft haben, wo wir bei Ihnen zustimmen können. Wir haben bei 25 Kürzungsanträgen Ihrer Regierungskoalition Einzelabstimmung beantragt, und wir haben zugestimmt. Wir haben im Einzelplan 03 – Innenministerium – der Leitstelle für Kriminalprävention zugestimmt. Wir haben Ihrem Antrag zum Thema „Rechtsextremismus“ zugestimmt. Zum Thema „Gewalt im sozialen Umfeld“ hatten wir einen besseren, einen weitergehenden Antrag eingebracht, aber der ist natürlich abgelehnt worden. Ihrem Antrag haben wir dann hilfsweise zugestimmt. Beim Behindertensport haben wir zugestimmt. Im Wirtschaftsministerium bei den Berufsbildungszentren der Handwerkskammern haben wir zugestimmt.

Wir haben beim Thema „Altbergbau und Vulkanismus“ zugestimmt. Wir haben bei der Gedenkstätte Hinzert zugestimmt oder auch bei den Leistungen für die Kirchen und für die jüdische Glaubensgemeinschaft. – Überall haben wir zugestimmt, und natürlich auch bei den kw-Stellen im Umweltministerium. Auch dort haben wir zugestimmt.

Richtig ist, wenn hier jemand Fundamentalopposition betreibt, dann sind Sie es mit den Anträgen der CDU.

(Beifall der CDU –
Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Richtig ist auch, dass wir als CDU, wo immer es vernünftig ist, Ihren Anträgen zustimmen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Noch nicht einmal
5.000 Euro für die Frauenhäuser
haben wir bekommen!)

Ich komme zu der zweiten Mär zum Thema „Schulsozialarbeit“. Es gibt eine Vereinbarung aus dem Vermittlungsausschuss mit der SPD, für die Schulsozialarbeit jedes Jahr 400 Millionen Euro aus Berlin zu gewähren, und zwar als Anschubfinanzierung und begrenzt. Genau das ist die Vereinbarung.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Mehr lässt unser Grundgesetz gar nicht zu. Der Bund hat als Kompensation dafür, dass die Anschubfinanzierung wegfällt, da er weiß, dass die Kommunen nun damit zusätzliche Kosten haben, beim Thema „Grundsicherung“ in den Jahren 2013, 2014, 2015 und 2016 die Kommunen um 18,5 Milliarden Euro entlastet.

Richtig ist, die Anschubfinanzierung in Höhe von 400 Millionen Euro pro Jahr läuft aus. Das ist richtig. – Aber richtig ist auch, dass es gar nicht anders ging – das lässt das Grundgesetz gar nicht zu –, und richtig ist auch, dass der Bund den Kommunen zur Kompensation dieser 400 Millionen Euro 18,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellt. – Wollen Sie das infrage stellen?

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Wer hat denn das eingeführt?
Es war doch der Bund!)

Die letzte Mär ist die mit der Projektentwicklungsgesellschaft des Landes Rheinland-Pfalz.

(Glocke der Präsidentin)

Herr Köbler, es ist richtig, es war kein Deckblatt, es war ein Haushaltsbegleit Antrag.

(Beifall der CDU –
Frau Klöckner, CDU: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege Köbler, Sie haben das Wort.

Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Schreiner, vielen Dank! Zum einen glaube ich, ich habe das Wort „Fundamentalopposition“ gar nicht benutzt, aber Sie hatten es sich schon aufgeschrieben, bevor ich gesprochen habe.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Hering, SPD: Das musste er jetzt bringen!)

Wir hatten uns bei den letzten Haushaltsberatungen zu einer gemeinsamen Besprechung verabredet, um zu prüfen, ob man Dinge gemeinsam auf den Weg bringen kann. Damals haben Sie kurzfristig vorher eine Pressekonferenz einberufen, aus der wir dies erfahren haben, entgegen aller Absprachen.

Ich glaube Ihnen durchaus, dass Sie wirklich an sich den Anspruch als Fachpolitiker haben, konstruktiv zu arbeiten, aber Sie müssen sich dann auch der Marschrichtung Ihrer Fraktionsvorsitzenden beugen, die eben mehr mit der Presse kommuniziert als mit dem Parlament.

Zu den 18 Milliarden Euro Grundsicherung im Alter für die Kommunen kann ich nur sagen, das haben die rot-grün geführten Bundesländer im Bundesrat gegen Schwarz-Gelb durchgesetzt.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Baldauf, CDU: Herr Köbler, da muss man auf Bundesebene in den richtigen Gremien sitzen!)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerpräsidentin Dreyer das Wort.

Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:

Liebe Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Herren und Damen, liebe Kollegen und liebe Kolleginnen! Als Ministerpräsidentin stehe ich mit der rot-grünen Landesregierung für eine Politik, die mit klaren Schwerpunktsetzun-

gen die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und damit das Wohl der Bürger und Bürgerinnen sicherstellt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auch wenn die Schwerpunkte heute schon oft zitiert worden sind, möchte ich sie trotzdem noch einmal ganz kurz aufzeichnen.

Es bleibt weiterhin bei der gebührenfreien Bildung. Wir bauen die Kindertagesstätten als Ort der frühkindlichen Bildung weiter aus. Wir verbessern die Qualität unserer Schulen, wir erweitern die Handlungsfähigkeit unserer Hochschulen, und wir sorgen für gute Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft.

(Baldauf, CDU: Wie?)

Wir treiben die Energiewende weiter voran und bekennen uns zu Natur- und Umweltschutz,

(Baldauf, CDU: Wie?)

und wir reformieren und verbessern die finanzielle Ausstattung unserer Gemeinden und unserer Kommunen. Aber natürlich gehört genauso dazu, dass wir ganz konsequent den Weg gehen, unser strukturelles Defizit auf null zurückzuführen, damit die künftigen Generationen Handlungsspielräume haben und wir die Schuldenbremse in unserer Verfassung einhalten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Unser Leitbild ist dabei soziale Gerechtigkeit und Generationengerechtigkeit. Eines scheint mir nach der Erarbeitung dieses Sparhaushaltes, den ich als Ministerpräsidentin zum ersten Mal begleiten durfte, schon heute vollkommen klar zu sein: Durch Einsparungen allein lassen sich auf Dauer die großen infrastrukturellen, gemeinschaftsstiftenden und gemeinschaftsbildenden Herausforderungen nicht bewältigen. Dazu brauchen wir eine ausreichende finanzielle Ausstattung von Ländern und Kommunen.

Seit Jahren verzeichnen wir ein rasantes Wachstum großer privater Vermögen in wenigen Händen, aber wir erleben eben auch, dass die öffentliche Infrastruktur den großen Herausforderungen gerade nicht entspricht.

Damit es keine Missverständnisse gibt, zitiere ich an dieser Stelle nicht unseren Finanzminister, was ich immer gerne tue, sondern den Bundesverkehrsminister Ramsauer. Er persönlich hat allein bezogen auf die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland festgestellt, dass wir in den nächsten 15 Jahren jährlich zusätzlich 7 Milliarden Euro brauchen werden, um die Infrastruktur einigermaßen in Ordnung zu halten.

Meine sehr verehrten Herren und Damen der Opposition, was brauchen Sie mehr als Beleg dafür, dass wir nicht über ein landesspezifisches Thema sprechen,

sondern wir wie in vielen anderen Dingen auch ein bundesweites Thema an diesem Punkt haben?

(Licht, CDU: Was Sie aber doch immer verleugnet haben! Alles in Ordnung hieß es in Rheinland-Pfalz!)

Das kann man nicht allein dem Land Rheinland-Pfalz zuordnen, sondern man muss einfach feststellen, dass wir insgesamt als Staat diese Problematik zu bewältigen haben. Herr Licht, ich bin gespannt darauf, wie die Kanzlerin diese Fragen für die Zukunft beantworten wird. In der Vergangenheit hat sie es nämlich nicht gemacht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Licht, CDU: Wie ist Ihre Antwort? Wir sind hier im Landesparlament! –

Baldauf, CDU: Wenn Sie einmal Ihre Hausaufgaben so machen würden, wie die Frau Merkel, wäre schon viel geholfen!)

Herr Baldauf, trotz der prosperierenden Entwicklung unseres Landes Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren und auch aufgrund des gelungenen Strukturwandels haben wir im Ländervergleich einfach eine unterdurchschnittliche Steuerkraft. Das kann man auch nicht mit schönen Formulierungen einfach wegređen. Auch für die CDU gelten Grundrechenarten.

(Pörksen, SPD: Nicht für jeden!)

Daran ändert sich auch nichts durch den Länderfinanzausgleich. Ich möchte Ihnen die Zahlen nennen, wo Rheinland-Pfalz vor und wo Rheinland-Pfalz nach dem Länderfinanzausgleich steht. Vor Umverteilung der Steuereinnahmen durch den Finanzausgleich – es sind nur ungebundene Zuweisungen – steht Rheinland-Pfalz auf dem 6. Platz bei der Finanzkraft. Nach Umverteilung durch den Länderfinanzausgleich steht Rheinland-Pfalz auf dem 14. Platz. Hinter uns liegen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Nach Umverteilung inklusive der kommunalen Steuern stehen wir auf dem 16. Platz. Meine sehr verehrten Herren und Damen, es geht einfach nicht, hier nur die halbe Wahrheit zu sagen. Vieles verantworten wir und verantworten es auch gerne. Aber uns zu unterstellen, dass wir hier keine andere Ausgangssituation als andere Bundesländer hätten, ist schlicht und ergreifend falsch. Deshalb muss es richtiggestellt werden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Flugblattaktion ist von Herrn Hering hier schon angesprochen worden. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang noch ein Wort zu Hessen sagen. Es ist immer so das Musterlände der CDU gewesen. Auch nach dem Länderfinanzausgleich hat Hessen Mehreinnahmen. Es gibt auch mit Abstand viel mehr aus, als wir das pro Kopf machen. Das sage ich auch mit Blick auf das Thema „gebührenfreie Bildung“, was wir von Hessen immer nach dem Motto an den Hals gehängt bekommen: Ihr gebt so viel Geld aus. – Hessen gibt, obwohl es eine extrem viel bessere Steuerkraft hat als wir und nach

dem Länderfinanzausgleich viel besser aussieht als wir, erheblich mehr Geld pro Person aus. Deswegen ist es einfach ein schlechtes Beispiel. Es ist auch kein Beispiel, mit dem man punkten kann, weil es schlicht und ergreifend nicht wahr ist.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Frau Klöckner, natürlich bin ich froh darüber, dass wir in Rheinland-Pfalz viele Bürgerinnen und Bürger haben, die engagiert sind, die gerne arbeiten gehen, die sich in unserer Gesellschaft einbringen, die Steuern bezahlen. Natürlich bin ich froh, dass wir die drittniedrigste Arbeitslosenquote und mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse als jemals zuvor haben.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Das ändert aber doch nichts daran, dass unsere Steuerkraft niedrig ist. Ich glaube, das geht ein bisschen quer im Kopf oder im Denken durcheinander.

Ich möchte noch etwas zur kalten Progression sagen, weil das hier immer wiedergekaut wird. Deshalb möchte ich es auch heute ansprechen. Wir haben nicht zum Abbau der kalten Progression Nein gesagt. Wir haben Nein zu einem schuldenfinanzierten Abbau der kalten Progression gesagt. Jeder hier im Hause weiß, die größten Gewinner beim Abbau der kalten Progression sind wir, die Besserverdienenden. Deshalb finden wir als Sozialdemokraten und GRÜNE,

(Baldauf, CDU: Das stimmt doch nicht! Wer schreibt Ihnen denn so etwas auf?)

dass man es dort, zum Beispiel durch einen höheren Spitzensteuersatz, auch gegenfinanzieren kann. Die Bundesregierung finanziert so etwas lieber durch Kürzungen bei den Sozialversicherungsträgern. Wir nicht. Wir sagen Ja zum Abbau der kalten Progression. Aber er muss sozial gerecht finanziert sein.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Übrigens, einmal ganz am Rande, weil Schwarz-Gelb immer hier als großer Sparmeister aufgeführt wird: Der Griff in die Sozialversicherungskassen – das ärgert mich im Nachhinein auch noch als ehemalige Sozialministerin – ist eine Bankrotterklärung für jede Bundesregierung, so zu tun, als würde sie sparen und eigentlich nur auf die Rücklagen der sozialen Versicherungssysteme zurückzugreifen. Die nächste Bundesregierung wird ein Vergnügen daran haben zu überlegen, wie man die Rentenversicherungen, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung auf neue Beine werden stellen kann.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Herren und Damen, ich möchte auch noch etwas zu dem Thema „EZB“ und „niedrige Zinsen“ sagen. Natürlich kann es Kleinsparer nicht freuen – ich kann das gut nachvollziehen, was Sie an dieser

Stelle gesagt haben –, dass wir so niedrige Zinsen haben. Aber es ist auch nicht okay, unseren Finanzminister mit einer Absicht dahinter fehlzuinterpretieren. Herr Kühl hat gesagt, dass die Zinsen noch länger niedrig bleiben werden. Er hat dies als Prognose gesagt, schlicht und ergreifend deshalb, weil er davon ausgeht, dass sich die südeuropäischen Staaten so schnell nicht erholen werden und die EZB entsprechend der Zinspolitik so weitermachen wird. Das sagt eigentlich ganz Europa.

Das sagt sogar Herr Weidmann, der am Montag unser Gast hier in Mainz war und der die Politik der EZB überhaupt nicht teilt. Deshalb unterstellen Sie Herrn Kühl nicht böse Absichten! Sagen Sie einfach die ganze Wahrheit.

Die ganze Wahrheit ist, dass momentan viele von den niedrigen Zinsen profitieren, aber natürlich die Kleinsparer davon keinen Nutzen haben. Weil die Lage in Europa aber so ist, wie sie ist, wird sich in der nächsten Zeit perspektivisch wahrscheinlich nicht sehr viel daran ändern.

Meine sehr geehrten Herren und Damen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser gestecktes Ziel im Rahmen der Schuldenbremse haben wir erfüllt. Es ist ein harter Haushalt. Ich bleibe dabei, es ist ein harter Haushalt, auch wenn wir klare politische Schwerpunkte setzen. Er ist hart, weil er schon länger angelegte Einsparungen konkret umsetzt, hart aber auch, weil er darüber hinaus weitere Einsparungen vornimmt, und hart, weil vieles uns natürlich auch selbst unheimlich schwerfällt. Dazu gehört zum Beispiel, dass wir unseren Beamten und Beamtinnen erklären müssen, dass wir ihnen nicht mehr als eine 1 %ige Besoldungserhöhung geben können. Das machen wir nicht aus Vergnügen.

Wir wertschätzen die Arbeit unserer Beamten und Beamtinnen. Ich finde es ein bisschen sehr weitgehend, wenn Sie sagen, Frau Klöckner – ich zitiere jetzt aus dem Gedächtnis –, wir verkünden es voller Stolz, dass die Beamten noch 1 % bekommen. Das ist nicht so, sondern wir bedauern, dass wir die Tarifabschlüsse nicht einfach übertragen können. Aber nach ausführlicher Prüfung sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass wir somit die Schuldenbremse nicht einhalten können.

Deshalb möchte ich hier noch einmal sehr deutlich sagen, wir haben alle unseren Beamten und Beamtinnen gegenüber eine sehr hohe Wertschätzung. Wir haben im Moment keine andere Möglichkeit. Das Einzige, was ich in Aussicht stellen kann, ist, dass wir immer wieder überprüfen, ob die Haushaltslage etwas anderes zulässt. Das ist diesmal nicht der Fall. Deshalb bedauern wir es, diesen starken Eingriff und diesen starken Einschnitt machen zu müssen.

Meine sehr verehrten Herren und Damen, ich bleibe also auch dabei, wir haben einen Sparhaushalt vorgelegt. Ich möchte noch einmal betonen, niemand behauptet, dass wir keine Schulden mehr hätten. Das hat kein Mensch gesagt. Wir haben einfach gesagt, wir haben ein klares Ziel, dass wir nämlich abbauen, dass wir das beim strukturellen Defizit, das wir haben, im Jahr 2020 auf null zusteuern. Da haben wir auch ein gutes Stück zurückgelegt.

Dass wir dann immer noch nicht die Situation haben, dass unser Staat schuldenfrei ist, ist doch klar. Das behauptet auch kein Mensch. Wir sagen, wir haben eine Aufgabe, die uns die Verfassung auferlegt hat und die wir auch teilen, weil wir an die nächste Generation denken. Die gehen wir ganz konsequent an. Wir führen sie auch fort.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben auf diesem Weg in weniger als der Hälfte der Zeit fast zwei Drittel zurückgelegt. Ich möchte noch einmal zur Nettokreditaufnahme etwas sagen. Wir haben erstens in unserer Pressekonferenz und in dem Hintergrundgespräch gar nichts verheimlicht, um das an dieser Stelle einmal klar zu sagen.

Die Verfassung – es ist gestern von Herrn Kühl noch einmal erklärt worden – schreibt uns vor, dass wir das strukturelle Defizit auf null bringen und nicht die Nettokreditaufnahme. Wenn Herr Schäuble vom Bundeshaushalt rede, und stolz darauf ist, welche Ziele er erreicht hat, dann spricht auch er nicht von der Nettokreditaufnahme, sondern er spricht von dem von der Verfassung vorgegebenen strukturellen Defizit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der Opposition, selbst wenn wir dem Pensionsfonds keine Gelder mehr zuführen würden, wäre unser strukturelles Defizit niedriger, als die Nettokreditaufnahme es ist.

Meine sehr verehrten Herren und Damen, insofern macht es gar keinen Sinn, immer wieder zu versuchen, uns auf die Nettokreditaufnahme festzulegen. Auch der Bundesfinanzminister rechnet mit dem strukturellen Defizit, und das ist die Marschrichtung, die wir zu gehen haben. Das werden wir in Zukunft genauso tun.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Würden wir den Pensionsfonds abschaffen, was Sie immer wieder vorschlagen, dann hätten wir keine Zuführungen mehr, und die Nettokreditaufnahme wäre niedriger als unser strukturelles Defizit. Das wäre eigentlich der leichtere Weg für mich; denn ich könnte in doppelter Hinsicht glänzen. Aber ein Ziel hätte ich damit nicht erreicht, weil wir auf dem Weg, das strukturelle Defizit zu reduzieren, nichts erreicht hätten.

Die Abschaffung des Pensionsfonds ändert nichts an unserem strukturellen Defizit. Von daher ist Ihre Argumentation eigentlich nicht zielführend. Selbst wenn wir den Pensionsfonds abschaffen würden, würde sich an unserem Abbaupfad nichts ändern, weil das strukturelle Defizit genauso bliebe, wie es ist.

Meine sehr geehrten Herren und Damen, ich will Ihnen noch ein Wort zum Pensionsfonds sagen. Aus meiner Sicht gehört zu verantwortlichem Handeln, dass wir für jeden Beamten und jede Beamtin, die wir einstellen, die Pension heute schon einrechnen und dies transparent machen. Das ist Sinn und Zweck des Pensionsfonds.

Er ist aus meiner Sicht ein Zukunftsfonds. Deshalb wird es mit dieser Landesregierung, mit dieser Regierung,

niemals eine Abschaffung des Pensionsfonds geben, auch wenn wir es in jeder Haushaltsberatung erklären müssen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch eines zum Schuldenstand pro Kopf in Rheinland-Pfalz. Man kann sein eigenes Land Rheinland-Pfalz auch schlechtreden. Zuweilen tun Sie das als Opposition. Unsere Verschuldung ist ein Problem wie in allen anderen Bundesländern auch, aber kein rheinland-pfälzisches Problem. Beim Schuldenstand pro Kopf liegen wir genau in der Mitte, ganz leicht unter dem durchschnittlichen Betrag aller Länder.

Liebe Kollegen und Kolleginnen der Opposition, es macht die Situation nicht besser, dass wir zu viele Schulden haben, aber es relativiert doch einiges, was Sie sagen. Wir haben gemeinsam in Deutschland Probleme zu bewältigen, die da lauten, die öffentliche Hand wieder auf Vordermann zu bringen, zu sparen, aber sie auch so auszustatten, dass es in Zukunft geht, dass wir unsere Aufgaben gut wahrnehmen können.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann noch ein Wort zu Ihren Vorschlägen aus den Haushaltsjahren zuvor. Ja, Sie haben Vorschläge gemacht, was Einsparungen betrifft. Wir haben noch einmal kurz nachgeschaut. Sie betrugen auch weit über 500 Millionen Euro. Aber einer Ihrer großen Vorschläge – das ist garantiert diesmal wieder so – ist die Abschaffung des Pensionsfonds.

Meine sehr verehrten Herren und Damen, das ist aus unserer Sicht nicht kreativ, es ist nicht mutig, und es ist aus unserer Sicht auch falsch.

(Baldauf, CDU: Es ist aber richtig!)

Deshalb ist es für uns nicht wirklich eine ernst zu nehmende Einsparung.

(Zurufe aus dem Hause)

Ich will etwas zum Thema „Personalbudget“, unserem größten Ausgabenblock, sagen.

Frau Klöckner, ja, wir haben seit 1991 unser Personal aufgebaut, und zwar erheblich. Herr Hering hat es schon gesagt, wir haben es vor allem im Bereich der Lehrer und der Lehrerinnen gemacht.

Da Sie immer sehr viel Wert auf den Rechnungshof legen, und ich möchte auch gut mit ihm kooperieren, zitiere ich ihn gerne einmal. Der Rechnungshof hat eine Zahl genannt, dass wir ca. 10.000 Lehrer und Lehrerinnen seit 1991 aufgebaut haben. Gerne werfe ich einen Blick zurück: Wir haben als Landesregierung einen klaren und neuen Schwerpunkt in diesem Land gesetzt, nämlich den Schwerpunkt Bildung. Dementsprechend haben wir erheblich mehr Geld in den Bereich der Kindertagesstätten und natürlich der Schulen investiert.

Der Rechnungshof – darauf berufen Sie sich jetzt plötzlich nicht mehr – schlägt uns vor, 6.000 dieser Lehrerstellen wieder abzubauen. Diesem Ratschlag werden wir als rot-grüne Landesregierung nicht folgen. Selbstverständlich nicht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir investieren in Bildung. Wir bauen verantwortungsvoll und mit Augenmaß unser Personal in allen möglichen Bereichen ab. Deshalb bleibt es ein Kraftakt, in den Jahren 2014 und 2015 insgesamt 1.575 Vollzeitäquivalente in einer Größenordnung von 84,5 Millionen Euro abzubauen. Wir hätten es uns leichter machen können, aber es ist nicht unser politisches Ziel.

Meine sehr verehrten Herren und Damen, natürlich müssen wir in allen Ausgabenbereichen sparen. Es geht leider nicht bei diesen Anforderungen, die wir zu erfüllen haben. Das bedeutet, dass wir nicht mehr alle Wünsche erfüllen können, auch nicht mehr alle Förderungen in der bisherigen Höhe fortführen können. Ich zitiere den Bund der Steuerzahler Rheinland-Pfalz. Er sagt, die Sparmaßnahmen mögen in einigen Bereichen einschneidend sein, aber wer das kritisiert, steht in der Verantwortung, alternative Einsparmöglichkeiten auf den Tisch zu legen. Deshalb will ich auf einige unserer Einsparungen, die in der Öffentlichkeit oder auch hier in der Debatte einen besonderen Widerhall gefunden haben, kurz eingehen.

Das Erste ist das Thema „Schwangerenberatung“. Sie stellen die Schwangerenberatung, die Kürzung in diesem Bereich, mit den Kosten für den Nürburgring in den Zusammenhang. Mir geht es genauso wie Herrn Köbler, ich finde das geschmacklos.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Es ist oft genug von diesem Pult aus gesagt worden, dass wir am Nürburgring auch Fehler gemacht haben. Inzwischen ist der Nürburgring auf einem guten Weg.

(Baldauf, CDU: Seitdem er in der Insolvenz ist!)

Die Formel 1 war da, das 24-Stunden-Rennen, Rock am Ring. Wir sind optimistisch, dass die Zukunft des Nürburgrings auch gut gestaltet wird. Wir werden als Landesregierung alles tun, was wir können, damit diese Region wieder mit dem gleichen Stolz wie früher auf den Nürburgring schauen kann.

Die Herausforderung, die Schuldenbremse zu bewältigen, hat jedes Bundesland vollkommen unabhängig davon. Deshalb ist es leider wahr, dass wir in Zeiten so harter Konsolidierungsmaßnahmen nicht mehr über die bundesweit festgelegte Personalausstattung hinausgehen können. Diese wird von uns selbstverständlich garantiert. Aber leider haben wir in diesen Konsolidierungszeiten nicht mehr den Spielraum, darüber hinaus mehr zu leisten.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, das ist der Grund, warum wir in diesem Bereich sparen werden.

Das Land Rheinland-Pfalz hat das Deutsche Polen-Institut im Jahr 1980 mit gegründet und seither in außerordentlicher Weise unterstützt. Wir sind uns der hervorragenden Arbeit des Instituts und seiner herausragenden Verdienste um die deutsch-polnischen Beziehungen sehr bewusst. Das Land Rheinland-Pfalz misst den Beziehungen zu Polen weiterhin einen sehr hohen Stellenwert bei. Das habe ich in meinem Gespräch mit dem polnischen Botschafter sehr deutlich gemacht und auf unsere Partnerschaft mit der polnischen Woiwodschaft Oppeln verwiesen.

Über seine finanzielle Beteiligung im Kreis der Länder, also der Kultusministerkonferenz, hinaus hat Rheinland-Pfalz bisher eine Sonderförderung von jährlich 216.000 Euro bezahlt und damit rund ein Viertel des Gesamtzuschusses. Diese Sonderförderung und nicht unsere Beteiligung im Länderreigen werden wir ab dem Haushaltsjahr 2015 einstellen und die entsprechende Vereinbarung zum Ende des Jahres 2014 kündigen.

Natürlich, die Förderung über die Kultusministerkonferenz bleibt selbstverständlich erhalten, auch für uns als Land Rheinland-Pfalz. Wenn sich die Kultusministerkonferenz entscheiden sollte, ihren finanziellen Anteil zu erhöhen, werden wir das prozentual genauso tun.

Liebe Kollegen und Kolleginnen von der Opposition, insofern ist es aus meiner Sicht unangemessen, da von einem nachhaltigen Schaden für das Verhältnis von Deutschland und Polen zu reden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auch die Beispiele, die Frau Klöckner gebracht hat – die Europäische Rechtsakademie und die Akademie der Wissenschaften –, sind komplett schräg. Die Europäische Rechtsakademie hat ihren Sitz in Rheinland-Pfalz, und nicht alle Länder beteiligen sich. Die Akademie der Wissenschaften wird vom Land Rheinland-Pfalz bezahlt. Insofern sollte man, wenn man sich bei einem so wichtigen Punkt aus dem Fenster hängt, wirklich vorher genau erkundigen, worüber man redet. Wir stehen selbstverständlich zur deutsch-polnischen Freundschaft. Wir leben das in Rheinland-Pfalz auch ganz intensiv. Wir ziehen uns ausschließlich aus der Sonderförderung zurück. Das Deutsche Polen-Institut hat ein Jahr lang Zeit, sich nochmals zu überlegen, wie sie diese Finanzierung stemmen können. Aber natürlich bleiben wir im Länderreigen mit in der Finanzierung. Das ist eine klare Ansage. Es ist einfach vollkommen nebensächlich, von einem nachhaltigen Schaden im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen in diesem Zusammenhang zu sprechen.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich will noch einige Sätze zum Thema „Grüne Woche“ sagen, weil Landwirtschaft und Weinbau natürlich prägend für unser schönes Land sind. Das wird auch so bleiben. Das ändert sich auch nicht dadurch, dass wir beschließen mussten, ab 2014 auf den landeseigenen Messestand zu verzichten und dadurch etwa 250.000 Euro jährlich zu sparen. Unsere Landwirte und Landwir-

tinnen, unsere Winzer und Winzerinnen können sicher sein, dass wir ihre Aktivitäten auf der Grünen Woche und anderen Messen auch weiterhin fördern werden. Meine Kabinettskollegin Ulrike Höfken hat bereits angeboten, dass man gern nach gemeinschaftlichen Lösungen für die Präsentation auf der Grünen Woche suchen wird.

(Licht, CDU: Hinterher!)

Meine sehr verehrten Herren und Damen, was ich zum Teil dazu gelesen habe, ist einfach nicht wahr. Wir wissen unsere Landwirtschaft und unseren Weinbau zu schätzen. Wir fördern die Stände auf der Grünen Woche. Wir reden nur von unserem eigenen Stand. Das werden wir in dieser Größenordnung einfach nicht mehr ermöglichen können.

Ich habe die Verantwortung, nicht nur einen Doppelhaushalt gemeinsam mit den Kollegen und Kolleginnen aufzustellen, sondern wir müssen auch die Weichen für die Konsolidierung bis zum Jahr 2020 stellen. Deswegen habe ich auch öffentlich erklärt, dass wir bezogen auf die Zukunft bestimmte Dinge vorhaben. Auch darin will ich Transparenz im Vorgehen deutlich machen. Es ist die Regelaltersgrenze für Beamte und Beamtinnen mit den entsprechenden Ausnahmen, die ich auch dargestellt habe. Wir greifen – was uns auch der Landesrechnungshof aufgegeben hat – das Thema auf, die Amtsgerichtsstrukturen zu überdenken, und hoffen, wenn Herr Hartloff das Konzept vorlegt hat, dass wir auch dort zu Effizienz und Synergien kommen. Wir haben beschlossen, bis das strukturelle Defizit abgebaut ist, keine Ausgaben für neue Landesgartenschauen mehr zu veranschlagen.

Wenn Kollegen aus der CDU in diesem Zusammenhang angetextet haben, dass das irgendetwas mit Landau zu tun hätte, dann sage ich an dieser Stelle noch einmal ganz klar: Gar nichts, überhaupt nichts! – Die Landesgartenschau Landau ist wegen Bombenfunden um ein Jahr verschoben worden, und nicht aus irgendeinem anderen Grund. Landau wird 2015 stattfinden. Wir sind in gutem Dialog und Kooperation mit der Stadt Landau. Die einzige Aussage, die es heute zu diesem Haushalt zu tätigen gibt, ist, dass wir über die Zukunft weiterer Landesgartenschauen nicht entscheiden werden. Dies gilt, bis wir klar sehen, ob das bis 2020 wirklich so läuft, wie wir uns das vorstellen, oder ob wir uns die Landesgartenschauen vielleicht nicht mehr leisten können.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ja, wir sparen, und genauso deutlich will ich aber auch sagen, dass wir unser Land heute gestalten und ich angetreten bin, gemeinsam mit der Landesregierung, mit unserer Koalition, mit Bürgern und Bürgerinnen, unsere Zukunft hier zu gestalten, und zwar heute. Unser Landeshaushalt ist nicht nur Ausdruck dafür, jungen Menschen eine gute Zukunft zu schaffen, sondern auch den Älteren ein gutes Altersein zu ermöglichen. In einer demografisch sich ändernden Gesellschaft liegt mir das Wohlergehen natürlich auch der älteren Menschen sehr am Herzen. Auch dafür steht dieser Haushalt.

Eines will ich hier noch einmal klarstellen. Ich habe es aber auch schon in der Regierungserklärung deutlich gesagt. Die Voraussetzung für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wohlstand für Junge und Alte, also für uns alle, ist, dass unsere jungen Menschen gut ausgebildet sind und gute Arbeitsplätze haben. Der Generationenvertrag wird nur dann weiter funktionieren, wenn wir die Zukunftschancen der Jüngeren weiter in den Blick nehmen. Gerade deshalb oder auch deshalb investieren wir in ein sozial gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem. Ich möchte, dass die jungen Menschen in unserem Land wissen, dass sie sich darauf verlassen können. Das beginnt mit der frühkindlichen Erziehung in der Kita, und es geht weiter über einen guten Schulunterricht, leistungsstarke Hochschulen und attraktive Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Das ist mein Herzensanliegen gerade mit Blick auf die Zukunft unseres Landes und vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Deswegen steigern wir mit dem Haushalt abermals unsere Ausgaben für Bildung: 1 Milliarde Euro im Doppelhaushalt allein für die Kitas. – Im Bereich der Schulpolitik steigern wir unsere Ausgaben um 100 Millionen Euro. Die Ausgaben pro Schüler und Schülerin erhöhen sich zwischen 2012 und 2015 um 4,5 %.

Und auch nur, weil es angesprochen worden ist, noch einmal aus meinem Mund ein Wort zur Schülerbeförderung. Ja, auch darüber haben wir nachgedacht, aber wir haben Wege gefunden, die Schuldenbremse so einzuhalten und unseren Einsparkurs so zu gehen. Für uns war es letztendlich eine wichtige familienpolitische Entscheidung, weil wir die Familien nicht zusätzlich mit 30 bis 50 Euro pro Monat belasten wollen. Wir sind ein familienfreundliches Land. Diese Landesregierung steht für Familienfreundlichkeit. Das machen wir auch mit diesem Schritt sehr, sehr deutlich.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Kommunen, das Land und in den letzten fünf Jahren auch der Bund haben einen großen finanziellen Kraftakt unternommen, um die Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen auszubauen. Unsere langjährigen Investitionen haben sich gelohnt. Rheinland-Pfalz ist bei der Kinderbetreuung unter den westdeutschen Ländern ganz vorn. Das gilt für die Qualität, aber das gilt auch für den Ausbaustand. Im Gegenzug vertrauen die Eltern im Land unseren Kindertagesstätten. Am Rande hier einmal ein Dankeschön an die vielen Erzieher und die Erzieherinnen für ihre gute Arbeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ab dem dritten Lebensjahr sind bei uns nahezu alle Kinder in der Kita, und fast zwei Drittel, nämlich 62,3 % der Zweijährigen, sind in Rheinland-Pfalz in der Kita. Bei den Einjährigen ist es schon jetzt jedes neunte Kind. Auch die Qualität unserer Kitas ist bundesweit anerkannt. Der Besuch von Kindertagesstätten erhöht die

Chancen der Kinder in den Schulen und in ihrem gesamten Leben. Die Landesregierung steht mit diesem Doppelhaushalt für Qualität, gutes Platzangebot und Beitragsfreiheit.

Ich wiederhole es noch einmal, wir investieren über 1 Milliarde Euro in diesem Doppelhaushalt. Hinzu kommen natürlich die Mittel der Kommunen und der freien Träger. Noch einmal zum Vergleich, die Gesamtausgaben des Landes für Kinderbetreuung von 1991 bis 2012 betrugen insgesamt mehr als 4,7 Milliarden Euro. Die Erfolge unserer bisherigen Arbeit sind doch offensichtlich. In Rheinland-Pfalz haben wir die bundesweit vereinbarte Versorgungsquote von knapp 39 % erreicht. Als erstes westdeutsches Flächenland waren wir schon im Februar 2013 bei 35 %. Wir haben eine enorme Dynamik.

(Zuruf des Abg. Dr. Wilke, CDU)

Das Deutsche Jugendinstitut empfiehlt uns Plätze für 41 % der unter Dreijährigen. Die mit dem Doppelhaushalt – damit Sie auch darauf jetzt eine Antwort bekommen – vorgesehenen Mittel werden uns in die Lage versetzen, auf eine Versorgungsquote von 42 % zu kommen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Der Bund unterstützt bekanntlich nur eine Förderung bis 39 %. Wir alle wissen, dass das natürlich nicht reicht. Wir sind dankbar für das, was der Bund in der Vergangenheit geleistet hat. Aber es ist auch klar, dass der weitere Ausbau der Kindertagesstätten nur möglich sein wird, wenn sich der Bund ein Herz nimmt und sagt, wir legen auch wieder einen neuen Pakt auf.

Die Länder und die Kommunen brauchen die Unterstützung durch den Bund.

Ich sage noch eines. Der Bund hat uns bei den Investitionen geholfen. Dafür bin ich dankbar.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Und bei den Betriebskosten!)

– 5 %. Die Hauptkosten liegen bei den Betriebskosten.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Das ist der Grund, warum wir von 1991 bis 2015 6 Milliarden Euro in die rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten stecken. Wir tun das bewusst.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das habt ihr selbst so gewollt!)

Wir wollen das auch. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist unsere Politik. Deshalb ist es gut investiertes Geld. Trotzdem sage ich, wir sollten gemeinsam daran arbeiten, dass sich die Bundesregierung bereit erklärt, die Länder auch an dieser Stelle in Zukunft zu unterstützen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Der Blick nach hinten wurde heute mehrfach eingefordert. Deshalb mache ich einen Blick nach hinten. Vor 1991 waren die Beträge zur Zeit der CDU-Regierung nicht einmal nennenswert. Es waren insgesamt 60 Millionen Euro. Es gab gar keine Investitionskosten.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Der Paradigmenwechsel ist ganz klar. Wir haben deutlich gesagt, wir investieren in Bildung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das tun wir bis zum heutigen Tag. Auch wenn wir einen Sparhaushalt auflegen, dann bleibt das Land an dieser Stelle verlässlich. Wir werden in Zukunft sehr viel Geld in die Hand nehmen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den Ausbau der Kindertagesstätten voranzubringen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wenn wir uns die Frage stellen, was gute Schule leisten soll, dann können wir sicherlich eine unendlich lange Liste mit Punkten aufzählen. Die Antwort kann aber auch ganz kurz ausfallen, wenn wir uns zum Beispiel an ein Wort von Goethe erinnern. Es gibt zwei Dinge, sagt er, die wir unseren Kindern mitgeben sollten: Wurzeln und Flügel. Wurzeln, um fest zu stehen zu können, und Flügel zum Träumen. Ich finde, dass nichts besser ausdrückt, was unsere Schulen leisten sollen und was unsere vielen herausragenden Schulen in Rheinland-Pfalz jeden Tag leisten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Damit sie das können, setzen wir auf kleine Klassen. Bei den kleinen Klassen in den Grundschulen sind wir zusammen mit Hamburg bundesweit Spitze. Wir werden bis 2016 die maximale Klassengröße weiter senken. In der Grundschule gilt bereits ab 2014 die Höchstgrenze von 24 Schülern und Schülerinnen.

Was die Lehrer und Lehrerinnen betrifft, dazu sage ich noch ein Wort. Uns hat schon immer die Anzahl der befristeten Lehrer und Lehrerinnen sehr umgetrieben. Das ist ein Thema, das wir schon immer ernst nehmen. Bei rund 42.000 Lehrern und Lehrerinnen ist das eine enorme Herausforderung. Beim Land – das sage ich hier noch einmal ganz klar – gibt es keine Befristungen ohne einen sachlichen Grund. Der sachliche Grund ist in der Regel Elternzeit, Pflege oder chronische Erkrankung. Ich will noch einmal in Erinnerung rufen, dass jeder Lehrer und jede Lehrerin, die in Elternzeit gehen, einen Anspruch darauf haben, wieder zurückzukommen. Es kann nicht ernsthaftes Konzept der Opposition sein zu sagen, stellt alle Vertretungslehrer einfach ein und schaut, wo ihr bleibt, wenn die anderen wieder zurückkommen.

Meine sehr verehrten Herren und Damen, dass Befristungen immer ein Problem sind, bestreite ich nicht. Aber dieses Problem zu lösen, ist schon eine Kunst. Deshalb haben wir uns entschieden, den Vertretungspool aufzubauen. Den werden wir weiter ausstatten. Wir werden ihn mit diesem Doppelhaushalt auf 800 Stellen erhöhen und in den nächsten Schritten weiter erhöhen. Es ist die einzige Möglichkeit, um Vertretungsverträge ein Stück

zurückzufahren. Trotzdem wird es so sein, dass wir bei der Anzahl der Gesamtlehrerschaft immer noch Vertretungsverträge haben werden. Aber sie sind nicht sach- und grundlos. Dort, wo wir können, federn wir es ab, indem wir Lehrer und Lehrerinnen verbeamten, die bereit sind, Vertretungen zu übernehmen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich will zwei Sätze zu dem Thema „Neue Medien, Medienkompetenz macht Schule“ sagen. Das ist für mich ein außerordentlich wichtiges Projekt. Wenn man in die Schulen geht, die inzwischen mit diesem Programm arbeiten, dann weiß man, dass eine neue Zeit begonnen hat. Die Schulen von heute, die mit den neuen Medien arbeiten, sind nicht mehr die Schulen, die wir von früher kennen.

472 Schulen nehmen an dem Programm teil. Bis 2016 sollen es 600 sein. Das Land hat in diesem Doppelhaushalt 300 Millionen Euro zusätzlich dafür vorgesehen. Ich denke, wir sind den Lehrern und Lehrerinnen und vor allem den Kindern in unseren Schulen schuldig, dass wir mit der Zeit gehen. Insofern finde ich, das ist an dieser Stelle ein besonderes erwähnenswerter Punkt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Schulsozialarbeit spreche ich deshalb heute noch einmal an, weil ich beobachte, dass landauf, landab in den Kreistagen vor allem CDU-Mitglieder Resolutionen zum Erhalt der Schulsozialarbeit verabschieden.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Herr Baldauf, ja, inhaltlich kann man das nur teilen. Trotzdem sage ich Ihnen sehr deutlich, der Bund hat zusätzlich befristete Gelder zur Verfügung gestellt. Das wussten wir alle. Wir als Länder haben lange dafür gekämpft, dass diese Befristung entfristet wird.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Wenn ich in die Geschichte zurückgehe und daran erinnere, wie das mit dem Teilhabepaket, den Debatten zwischen der Regierung und den von der SPD und den GRÜNEN geführten Ländern war, dann haben wir von Anfang gesagt, man würde besser in die Schulsozialarbeit als in alle möglichen Programme investieren. Es ist nicht machbar für das Land, das Geld zu kompensieren, das der Bund nicht mehr investiert.

Wir werden unser Versprechen halten, nämlich so viel Geld einzustellen, dass wir auf dem Standard sind, den das Land garantiert hat. Das werden wir tun. Aber wir werden nicht den Bund kompensieren können. Deshalb sagen Sie bitte Ihren Kollegen und Kolleginnen der Fairness halber in den Kreistagen und Stadträten, dass sie ihre Briefe und Resolutionen am besten an den Bund schicken und nicht an unsere Adresse.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

121.000 junge Menschen aus 140 Ländern studieren inzwischen in Rheinland-Pfalz. Darauf sind wir unheimlich stolz. Zum einen ist es ein bildungspolitischer Erfolg, dass mehr junge Menschen studieren können, zum anderen beleben diese jungen Menschen unsere Städte, unseren Arbeitsmarkt und sie tragen zum Bevölkerungswachstum bei. Deswegen steigern wir die Ausgaben für unsere Hochschulen bis 2015 um 37 Millionen Euro auf 821,5 Millionen Euro. Mit dem Sondervermögen stehen weitere Gelder zur Verfügung. Damit verbessern wir ganz bewusst die Handlungsmöglichkeiten unserer Hochschulen.

Der Hochschulpakt von Bund und Ländern ist ein großer Erfolg und hilft unseren Hochschulen sehr. Die Landesregierung möchte den Hochschulen und ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen über den befristeten Hochschulpakt – der einzige Nachteil in diesem Zusammenhang – hinaus Sicherheit geben. Deshalb machen wir einen ersten sehr wichtigen Schritt, indem wir 100 neue unbefristete Stellen an unseren Hochschulen schaffen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auch die Qualität der Lehre ist durch eine Verbesserung des Betreuungsverhältnisses gestiegen. 2007 gab es noch 24,9 Studierende pro Lehrenden. 2011 waren es 22,5. Wir arbeiten an der Qualität unserer Hochschulen. Wir setzen einen ganz bewussten Schwerpunkt in diesem Haushalt für unsere Hochschulen. An die Adresse der Studierenden sage ich noch einmal, im Land Rheinland-Pfalz hat es noch nie Studiengebühren gegeben. Mit dieser Regierung wird es sie in Zukunft auch nicht geben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wenn wir bei Forschung und Wissenschaft sind, dann frage ich Sie, ob Sie schon wussten, dass wir das Land der Reben, Römer und Roboter sind, zumindest wenn es nach dem Namen einer Forschungsinitiative der Landesregierung geht.

(Baldauf, CDU: Das ist mir klar!)

Ich finde, das passt ziemlich gut in unsere Forschungs- und Wissenschaftspolitik. Der Roboter als Symbol für den technisch-ingenieurwissenschaftlichen Schwerpunkt, an dem die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Kaiserslautern seit vielen Jahren mit sehr großem Erfolg arbeiten. Das betrifft das Stichwort „Römer“, nämlich die Bereiche der Geistes-, Sozial- und Lebenswissenschaften in Mainz oder den Forschungsschwerpunkt „Europa“ an der Universität Trier.

Ich denke, die Reben sind in diesem Haus selbstredend.

Seit 2008 unterstützt das Land die Hochschulen im Rahmen der Forschungsinitiative, damit sie mit strategischen Weichenstellungen ein spezifisches Forschungsprofil für sich herausbilden können. Mehr als 100 Millionen Euro wurden mit großem Erfolg zusätzlich zur Grundfinanzierung bereitgestellt. Deshalb werden wir die

Forschungsinitiative auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

Für die Jahre 2014 und 2016 ist ein Gesamtvolumen von rund 60 Millionen Euro eingeplant. Ich finde, das ist absolut gut investiertes Geld. Wer sich damit beschäftigt, was an unseren Hochschulstandorten geschaffen worden ist, der weiß, dass dort unsere Zukunft liegt. Deshalb müssen wir auch Geld investieren. Das macht unser Land stark und zukunftsfähig.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das alles sind auch wichtige Schwerpunkte für unsere Wirtschaft. Führen Sie sich vielleicht noch einmal den SWR-PoliTrend vom 5. September vor Augen. 66 % der Bevölkerung haben damals gesagt, sie empfinden die wirtschaftliche Situation im Land als gut oder sehr gut. Rheinland-Pfalz ist das exportstärkste Bundesland unter den Flächenländern mit einer Quote von 54,9 %. Wir haben die drittniedrigste Arbeitslosenquote.

Meine sehr verehrten Herren und Damen, es geht weiter. Gestern Morgen habe ich das Mercedes-Lkw-Werk in Wörth besucht, das seinen 50. Geburtstag gefeiert hat. Die dortige Auftragslage ist im Moment so gut, dass 75 Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen befristet übernommen und 75 Personen neu eingestellt werden konnten. Ab Januar 2014 kommt es zu einem sogenannten Taktprung. Ab dann sollen täglich 400 Lkw gebaut werden.

Vorletzte Woche, am 18. September, haben die Gesellschafter von HARIBO beschlossen, ein 30 Hektar großes Grundstück in der Gemeinde Grafschaft zu erwerben, um darauf ein Logistikzentrum und eine Produktionserweiterung zu bauen. Dabei handelt es sich um eine Investitionsentscheidung im dreistelligen Millionenbereich, die mehrere Hundert Arbeitsplätze nach Rheinland-Pfalz bringen wird.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Am 25. September hat Opel eine Investitionsentscheidung von rund 130 Millionen Euro allein in Kaiserslautern bekannt gegeben. Das ist ein klares Bekenntnis zu unserem Standort in Kaiserslautern mit seinen rund 2.000 Beschäftigten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das sind gute Nachrichten für unser Land. Wir, die Landesregierung, werden alles daran setzen, um weiterhin gute Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft zu gestalten.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Den Unternehmen rufe ich nochmals zu – das gilt aber auch für das ganze Kabinett, die Wirtschaftsministerin und alle anderen Minister und Ministerinnen –, dass ich für Sie immer ein offenes Ohr habe und mit ihnen sehr gerne weiter im Dialog stehe.

Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, wir wollen ein Land der guten Arbeit und der Innovationen sein. Wir wollen gerade jungen Fachkräften Perspektiven geben. Ich glaube, das ist deutlich geworden. Ich will auch noch einmal sagen, dass das Thema „Fachkräftesicherung“ für uns ein Topthema in Rheinland-Pfalz und für den ovalen Tisch ist.

Wir haben deshalb für Maßnahmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung in unserem Haushalt 2 Millionen Euro eingestellt. Wir haben auch das Handwerk, einer unserer ganz wichtigen Wirtschaftsfaktoren, und unsere Betriebe im Blick, die zukunftssichere Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und die das Markenzeichen der dualen Ausbildung vorantreiben. Wir werden im Handwerk weiter fördern und nicht kürzen. Wir stehen auch zu der dem Handwerk gegenüber gegebenen Zusage, dass wir den Neubau des Berufsbildungszentrums in Trier entsprechend fördern werden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Gute Arbeit ist uns wichtig. Das wissen Sie. Im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe haben wir das Landes-tariftreuegesetz erfolgreich umgesetzt. Ich hoffe, dass auch weiterhin in diesem Bereich gute Kooperationen stattfinden werden. Zu uns gehört auch, dass wir nach wie vor den gesetzlichen Mindestlohn für erforderlich halten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Es geht um ein soziales Gerechtigkeitsthema genauso wie um viele andere Themen, die im Haushalt abgebildet werden, beispielsweise das Wohlergehen der Älteren, die Gleichstellung, die Teilhabe und die Selbstbestimmung auch von Menschen mit Behinderungen. Das ist der Leitgedanke unseres Handelns. Das bildet sich in unserem Sozialetat mit circa einer Milliarde Euro ab. Ich denke, auch das ist eine klare Aussage im Doppelhaushalt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Energiewende ist ein Megathema. Die Bundesregierung ist in den letzten vier Jahren erst einen Zickzackkurs gegangen und hat dann leider wertvolle Zeit verstreichen lassen, um wirksame Reformen auf den Weg zu bringen. Das muss sich jetzt ändern. Die Wirtschaft und wir Verbraucher und Verbraucherinnen sind auf eine sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen.

Es gibt zwei Hauptaufgaben, die in der neuen Regierung zu bewältigen sind, wer immer diese Regierung dann auch ist, nämlich einmal die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Außerdem geht es darum, schnell Investitionssicherheit in unserem Land herzustellen. Auch unsere Industrie braucht kalkulierbare und wettbewerbsfähige Preise und vor allem Klarheit, wie es in Deutschland weitergeht.

In Rheinland-Pfalz nutzen wir die Energiewende, um die Innovationskraft und die Wettbewerbsfähigkeit unserer

Wirtschaft zu stärken. Mit regional erzeugten erneuerbaren Energien werden im Land schon heute Wertschöpfungspotentiale generiert und zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen.

Es wird von manchen immer wieder beiläufig kritisiert, dass die Kollegin, die Energieministerin, sehr viel in das Thema „Beratung vor Ort“ investiert, um bestimmte Dinge in Gang zu setzen. Ich will ausdrücklich sagen, dass wir inzwischen gute Beispiele in unserem Land haben, die zeigen, wie wertvoll Beratung ist. Sie ist wichtig, um gerade in der dezentralen Weiterentwicklung unserer Energiewende erfolgreich zu sein.

Ein gutes Beispiel dafür ist der Rhein-Hunsrück-Kreis. Er ist heute mit einem Mix aus erneuerbaren Energien schon Stromexporteur. Darüber hinaus verknüpft er die Wertschöpfung, um die Herausforderung des demografischen Wandels ganz konkret zu gestalten. Genauso stellen wir uns das vor, nämlich die Energiewende nach vorne zu bringen und die Wertschöpfung zu nutzen, um vor Ort Probleme und Herausforderungen bewältigen zu können. Das ist aus meiner Sicht genau der richtige Weg.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich bin auch stolz darauf, wenn sich die Kommunen dazu entscheiden werden, dass wir als waldreichstes Bundesland hoffentlich bald auch einen Nationalpark haben. Der Nationalpark mit seinen wunderschönen Buchenwäldern ist für uns eine große Chance für die Entwicklung dieser Region, für die Arbeitsplätze und auch für die Identität. Ich durfte es selbst vor Ort trotz demonstrierender Gruppen erleben, was für ein wunderbarer und schöner Prozess das Ganze ist.

Der Nationalpark soll neben dem Naturschutz insbesondere der Entwicklung des ländlichen Raums, der Umweltbildung und dem Tourismus dienen. Natürlich wird das eine Modellregion werden. Was denn sonst?

Wenn wir als Landesregierung anbieten, dass wir dort etwas Besonderes machen, nämlich den ersten Nationalpark in Rheinland-Pfalz, ist das nicht nur irgendwas, sondern eine Modellregion. Als Anschubfinanzierung stellen wir für den Nationalpark im Doppelhaushalt jährlich bis zu 1,5 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung.

Genauso klar ist, dass wir den Nationalpark besonders durch vorhandene Förderprogramme unterstützen werden. Das wird Schritt für Schritt gehen. Ein Nationalpark entsteht nicht, indem man einen Schalter umlegt, sondern er wird jedes Jahr wachsen. Wir werden die Kommunen vor Ort begleiten, damit dies für unser schönes Bundesland Rheinland-Pfalz ein wunderbares Projekt wird.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich will noch zwei Worte zum Thema „Verkehrsinfrastruktur“ sagen, weil wir davon überzeugt sind, dass dieses die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg und den Wohlstand in unserem Land ist.

Ich komme zum ersten Punkt. Rheinland-Pfalz verfügt bundesweit über das dichteste Straßennetz. Deswegen stimmt es nicht, dass es bei uns keine oder zu wenig Straßen gibt.

Nein, wir haben bundesweit das dichteste Straßennetz.

(Baldauf, CDU: Wir haben Glück!)

Mit dem Doppelhaushalt investieren wir weitere 167 Millionen Euro in unsere Landesstraßen und insgesamt 101 Millionen Euro in die Förderung des kommunalen Straßenbaus. Dass wir dabei den Schwerpunkt ganz bewusst auf den Erhalt unserer Straßen setzen und weniger auf den Neubau, hat eigentlich nur damit zu tun, dass wir mit gesundem Menschenverstand an die Sache herangehen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Es gibt natürlich immer viele Wünsche, aber angesichts der Tatsache, dass wir finanziell nicht in der Lage sind, so viele Neustraßen zu bauen, reduzieren wir da also etwas. Aber klar ist auch, wir müssen etwas für den Erhalt tun. Dafür nehmen wir richtig Geld in die Hand. Ich glaube, Herr Ramsauer würde sich freuen, wenn er – im Vergleich – so viel Geld hätte, um die Bundesstraßen in Ordnung zu halten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Licht, CDU: Das glauben Sie doch wohl selbst nicht!)

– Herr Licht, ich erspare es mir jetzt, zu sagen, was Herr Ramsauer im Land alles nicht gemacht hat. Aber ich habe die Projekte noch im Kopf. Ich glaube, 40 % unserer angemeldeten Bundesstraßenprojekte konnten nicht realisiert werden, weil der Bund kein Geld dafür hatte. Über die Mosel – die Schleusen – will ich gar nicht erst reden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Es ist schlicht so, dass wir an dieser Stelle etwas demütiger sein sollten. Sie von der Union können nicht so tun, als hätten nur wir ein Problem.

(Licht, CDU: Das habe ich nicht getan!)

Wir geben aus, was wir können, um unsere Straßen instand zu halten. Aber wir haben in Deutschland das gemeinsame Problem – ich wiederhole es –, dass die Infrastruktur nicht so gut in Schuss ist, wie sie es sein sollte. Das bezieht sich nicht nur auf unsere Straßen, sondern auch auf viele andere Dinge.

Im Übrigen gilt das auch für den Bahnlärm und für den Fluglärm. Es ist, ehrlich gesagt, eine Katastrophe, dass die Bahn in Sachen Lärm so zögerlich handelt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Schweiz macht uns vor, wie es geht, und daran sollten wir uns orientieren.

Deshalb sage ich ganz klar: Wenn wir über Infrastruktur reden, sollten wir erkennen – das war schon immer unsere Haltung –, dass wir in Deutschland eine gemeinsame Aufgabe zu lösen haben und wir das nicht dem anderen vor die Füße kehren dürfen, wie es zum Beispiel neulich in Trier passiert ist. Die Deutsche Bahn AG streicht die Fernzüge, und Mitglieder der CDU stellen sich an den Bahnhof und sagen – oder es wird in der Zeitung geschrieben –: Ministerpräsidentin, lösen Sie bitte das Problem. – Dann macht uns Herr Grube das Angebot, dass wir Geld zahlen, damit die ICEs noch fahren. Es geht nicht, uns ein Problem ins Land zu schütten, für das die Bahn zuständig ist. Dass die CDU das vor Ort auch noch unterstützt, ist einfach unseriös.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Herren und Damen, es gibt noch einen Punkt in Bezug auf den Verkehr, den ich klarstellen möchte: Dabei geht es um die Abstufung von Straßen zu Kreisstraßen. Ich habe darüber nicht nur in der Zeitung gelesen, sondern auch heute hat Frau Klöckner hier wieder etwas dazu gesagt. Der Landesrechnungshof hat uns den Auftrag gegeben, zu überprüfen, welche Straßen abgestuft werden können. Es ist selbstverständlich, dass wir, wenn wir zu dem Ergebnis kommen, dass bestimmte Straßen abgestuft werden können, diese nur saniert oder mit einer Abstandszahlung übergeben werden. Hier zu behaupten, dass wir den Kommunen unerfugte Straßen vor die Füße legen, ist schlicht und ergreifend eine Frechheit. Das werden wir nicht tun.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch etwas zu dem Thema „Flughafen Hahn“ sagen, weil es hier angesprochen worden ist: Alles, was sich in unserem Haushalt abbildet, wurde in der Sondersitzung der drei Ausschüsse sehr ausführlich erläutert: jede Haushaltsstelle, die Sie heute in dem Haushaltsentwurf finden. Das steht darin, und das ist in einer stundenlangen Sitzung erörtert worden.

Aber ich will noch einmal klarmachen, dass wir seit Beginn unserer Zusammenarbeit – ich als Ministerpräsidentin, das Kabinett und alle Ressorts – eine klare Konzeption verfolgen. Es begann damit, dass wir gesagt haben, dass wir unsere Probleme mit der EU-Kommission lösen. Wir sind heute in einem permanenten konstruktiven Dialog mit der EU-Kommission. Ich glaube, wir sind da auf einem sehr erfolgreichen Weg.

Wir haben gesagt, wir stellen die Geschäftsführung neu auf. Wir müssen dies tun, um die notwendigen Sanierungsschritte aus eigener Kraft und zukunftsfähig zu gehen. Das haben wir mit einem klaren Fokus darauf gemacht, dass wir uns in diesem Zusammenhang an dem fliegerischen Kerngeschäft und der Kundengewinnung orientieren. Wir haben gesagt, dass wir auch unseren Aufsichtsrat neu aufstellen müssen. Dabei sind wir gerade; das haben Sie inzwischen mitbekommen. Wir haben erklärt, wir wollen die kommunalen Bezüge nicht

verlieren. Deshalb haben wir gesagt, dass wir zwar den Aufsichtsrat professionalisieren, aber einen Beirat haben werden, in dem möglichst viele aus der Umgebung des Flughafens mitwirken, auch politisch. Wir haben auch gesagt, dass wir, wenn die Flughafenleitlinien vorliegen, den Betrieb des Flughafens ausschreiben werden. Genau das werden wir tun. Dafür haben wir im Haushalt auch Vorsorge getroffen.

Auch für den Flughafen gilt: Man kann nicht einfach den politischen Beschluss fassen, dass morgen alles anders wird. Leider kann man das nicht. Wir haben, wie das auch bei vielen anderen Regionalflughäfen ist, große Herausforderungen zu stemmen. Aber eines ist auch klar: dass wir ganz seriös und konsequent gemeinsam diesen Weg gehen. Ich kann nur sagen: Klar, das sind große Herausforderungen, und sie sind noch lange nicht bewältigt, aber wir sind in den letzten Monaten viele wichtige Schritte gegangen. – Ich füge hinzu: Ich bin an ganz vielen Stellen vom Verhalten der Opposition enttäuscht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Baldauf, CDU: Da haben wir viel gemeinsam! –
Licht, CDU: Verhalten wird oft ausgelöst!)

– Wir können noch einmal im Detail darüber debattieren. Dann kann ich Ihnen auch im Detail sagen, worüber ich enttäuscht bin. Das will ich jetzt nicht machen; denn Sie wissen es sowieso.

(Zurufe von der CDU)

Ich will noch einige Sätze zur Polizei in Rheinland-Pfalz sagen. Die Polizei in Rheinland-Pfalz leistet eine herausragende Arbeit. Sie genießt in der Bevölkerung und bei der Landesregierung höchste Wertschätzung.

Sie, liebe Kollegen und Kolleginnen, kennen alle meine Haltung, was Transparenz und Nachvollziehbarkeit von hoheitlichem Tun betrifft. Das spielt natürlich auch eine Rolle bei der Diskussion über die Kennzeichnungsregelung. Eines will ich jedoch noch einmal sehr klar sagen: Das hat nichts, aber auch gar nichts mit einer mangelnden Wertschätzung der Beamtinnen und Beamten zu tun.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Innere Sicherheit bleibt ein Schwerpunkt der Landesregierung. Wir geben insgesamt über 630 Millionen Euro für die Polizei aus. Wir setzen sicherheitspolitische Schwerpunkte, wie Kriminalitätsprävention oder Kampf gegen Rechts. Es wird 400 Neueinstellungen geben, um eine ausreichenden Personalstärke auch über das Jahr 2016 hinaus zu gewährleisten. Mit unserem Beförderungsbudget von 2,2 Millionen Euro werden wir in den nächsten Jahren unsere Wertschätzung für die Polizei noch einmal deutlich zum Ausdruck bringen. Der Polizeiberuf bleibt attraktiv, und er hat Perspektive. Wir alle – die gesamte Landesregierung – sind stolz auf unsere Polizei. Das sagen wir, wann immer es geht. Wir,

die Landesregierung, haben viel für die Polizei getan und werden das auch in Zukunft machen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich will noch hinzufügen, dass zur Inneren Sicherheit auch der Brand- und Katastrophenschutz gehört. Die lebenswichtige Arbeit, die meist von ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen geleistet wird, ist unbezahlbar. An dieser Stelle will ich es noch einmal deutlich sagen, dass wir voll des Dankes sind und hohen Respekt vor diesen vielen ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen haben.

Gerade mit Blick auf die furchtbaren Ereignisse in Harthausen spreche ich ausdrücklich herzlichen Dank für Ihren Einsatz und die besten Genesungswünsche an die betroffenen Feuerwehrleute aus.

(Beifall im Hause)

Der kommunale Finanzausgleich ist Bestandteil dieses Haushalts. Er ist schon oft diskutiert worden, weshalb ich darauf nicht mehr eingehen muss.

490 Millionen Euro bleiben ein Wort, und es bleibt das Wort, das wir gegeben haben: Wir unternehmen als Land das, was wir tun können, weil wir ein großes Interesse daran haben, dass unsere Kommunen in Zukunft wieder handlungsfähiger werden. Was das Land an finanzieller Unterstützung für die Kommunen leisten kann, das leisten wir auch.

Wir werden uns, sobald sich die neue Bundesregierung konstituiert hat, dafür einsetzen, dass das Thema „Eingliederungshilfe“ ein echtes Thema wird; denn das Land – das ist von Frau Klöckner nur halb angeklungen – engagiert sich überdimensional im Bereich der ambulanten Hilfen. Obwohl wir das überhaupt nicht müssen, geben wir Millionen aus. Das Land engagiert sich intensiv im Bereich der Eingliederungshilfe. Wir, Länder und Kommunen, werden mit einer neuen Bundesregierung darauf angewiesen sein, dass das Versprechen aus dem Fiskalpakt, dass ein Teil der Eingliederungshilfen vom Bund übernommen wird, auch umgesetzt wird.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, das alles waren Schwerpunkte der rot-grünen Landesregierung, deren Umsetzung wir mit dem vorgelegten Doppelhaushalt gemeinsam verfolgen werden. Bei allen Entscheidungen ist mir dabei auch wichtig, dass wir transparent sind und noch transparenter werden. Auch das ist mit ein Grund, warum wir mit diesem Haushalt ernst machen, die Umsetzung des Transparenzgesetzes und das Thema „Open-Government-Data-Portal“ weiter zu forcieren und in unseren Häusern umzusetzen.

Ich weiß, dass diejenigen Bürger und Bürgerinnen, die Institutionen und Verbände, die von unseren Einsparungen betroffen sind, wahrscheinlich enttäuscht sind. Ich kann sie einfach nur um Verständnis bitten. Die Einhaltung der Schuldenbremse erfordert von uns eine dauer-

hafte und nicht eine einmalige Einsparung. Das ist das besonders Einschneidende, mit dem wir konfrontiert sind.

Ich hoffe, dass ich deutlich machen konnte, dass wir als Landesregierung klare Schwerpunkte setzen, um die Zukunft unseres Landes zu gestalten und in die Zukunft unseres Landes zu investieren.

Für ein zukunftsfähiges, solidarisches Rheinland-Pfalz, dafür stehen wir, arbeiten wir als Regierung und als Koalition, und zwar für alle Generationen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend starker Beifall der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, aufgrund der Redezeit von Frau Ministerpräsidentin Dreyer hat sich die Redezeit der Fraktionen um jeweils 6 Minuten verlängert.

Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Baldauf gemeldet.

Abg. Baldauf, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin, ich würde gerne zwei Dinge aufgreifen, die Sie relativ zu Anfang gesagt haben, und Sie fragen, wie Sie zu der Erkenntnis kommen, dass wir in Deutschland, auch in Rheinland-Pfalz, momentan eine Steuerschwäche hätten.

Das ist mir nicht klar, weil es eigentlich genau umgekehrt ist. Wir haben im Moment Rekordsteuereinnahmen, im Bund in Höhe von 600 Milliarden Euro, die dieses Jahr auf 700 Milliarden Euro anwachsen werden. Vielleicht könnten Sie noch einmal klarstellen, was Sie damit gemeint haben, wenn Sie gleichzeitig sagen, dass wir die höchste Anzahl an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Rheinland-Pfalz haben, was uns alle sehr freut. Ich kann dann aber nicht verstehen, warum Sie zu der Einschätzung kommen und dann auch noch der Meinung sind, dass wir weitere Steuererhöhungen anstreben sollten.

Ich möchte Ihnen jemanden als Ratgeber zur Hand geben, der vor Kurzem ein Interview gegeben hat und den Sie gut kennen. Das ist Florian Gerster.

(Zurufe von der SPD: Oh! –
Zuruf von der CDU: Von der SPD!)

Ist der bei Ihnen in der Partei oder nicht, Herr Kollege Pörksen? – Ich weiß es nicht.

Florian Gerster hat etwas ganz Richtiges gesagt, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf das mit dem Einverständnis der Präsidentin zitieren: „Wer sich aber gestaltende Politik nur mit höheren Steuern vorstellen

kann, gefährdet den Wirtschafts- und Lebensstandort Deutschland.“

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte, liebe Frau Ministerpräsidentin, Sie haben vorher in epischer Breite ausgeführt, dass Sie gerade im Wirtschaftsbereich bei den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern viel Unterstützung leisten wollen. Dann frage ich Sie an dieser Stelle: Wie kommen Sie dazu, dass Steuererhöhungen in dem Fall etwas bringen sollen?

(Zuruf der Abg. Frau Mohr, SPD)

Ich habe erfahren, dass Sie vor einer Woche genau mit einem Konzept, Steuererhöhungen zu verlangen, gescheitert sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Deshalb, meine ich, sollten Sie sich an die Ausgaben und nicht an die Einnahmen machen.

Frau Ministerpräsidentin, das Zweite, was mir aufgefallen ist, das würde ich Ihnen jetzt ans Herz legen, weil ich nicht glauben kann, dass Sie so wirklich denken, oder es war Ihnen so aufgeschrieben worden. Bei der kalten Progression werden über Gebühr die kleinen und mittleren Einkommen belastet. Das wissen Sie auch, Frau Ministerpräsidentin.

(Zuruf des Staatsministers Dr. Kühl –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Sie brauchen sich nur explizit – man findet es aber überall – einen Artikel in der Zeitung „DIE WELT“ vom 9. April 2013 anzuschauen. Schauen Sie sich einmal an, was dort drinsteht – der Kollege Steinbach kennt die Zahlen, wahrscheinlich hat er sie auch geschrieben –;

(Licht, CDU: Was?)

denn dort steht, dass gerade die kleinen und mittleren Einkommen hier zur Kasse gebeten werden. Frau Ministerpräsidentin, ich finde, wenn Sie sich hier hinstellen und für Ihre soziale Gerechtigkeit sprechen, dann sprechen Sie bitte auch für diejenigen, die zwischen 10.000 Euro bis 30.000 zu versteuerndes Einkommen haben, und nicht nur über diejenigen, die angeblich die Multimillionäre sind und die wir hier zur Kasse zu bitten haben.

Wenn Sie über Bundesthemen reden, denken Sie bitte in Ihrer Verantwortung an das, was Sie im Bundesrat zu leisten haben. Ich meine, dort sollten Sie sich dafür einsetzen, die kalte Progression abzuschaffen oder zu mildern.

Wenn Sie dann schon dabei sind, über die Energiepolitik zu reden, dann bitte ich Sie, denken Sie auch an die Gebäudesanierung.

(Glocke der Präsidentin)

Die haben Sie abgelehnt. Das hätte dem Mittelstand und dem Handwerk in Rheinland-Pfalz sehr viel gebracht.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Kollege Schreiner für die CDU-Fraktion.

Abg. Schreiner, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe vorhin in meiner Kurzintervention versucht, mit drei Legenden aufzuräumen, die heute in den Raum gestellt worden sind. Ich möchte nun zu Beginn unserer Haushaltsberatungen mit vier weiteren Legenden aufräumen, die gestern Herr Finanzminister Dr. Kühl zu stricken versucht hat. Es ging um die Frage: Warum geht es diesem Land eigentlich so schlecht?

Die Legende 1, die er gestern gestrickt hat war – merke! –: Diesem Land geht es so schlecht wegen der deutschen Einheit. – Die deutsche Einheit ist schuld.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nicht die Wahrheit. Die Wahrheit ist, die finanziellen Auswirkungen der deutschen Einheit trafen alle: Bund, Gemeinden und jedes einzelne Bundesland. Aber andere Bundesländer stehen jetzt gut da, sie zahlen sogar Altschulden zurück.

Die Frage ist: Warum steht denn dann Rheinland-Pfalz schlecht da? – Die Frage, die der Herr Finanzminister gestern aufgeworfen hat, war durchaus richtig. Die Antwort ist, die Wahrheit ist: Rheinland-Pfalz steht wegen Rot-Grün schlecht da.

(Beifall der CDU –
Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben seit zwei Jahrzehnten ohne Not Jahr für Jahr mehr als 1 Milliarden Euro zusätzliche Schulden gemacht.

Wo also liegen die Ursachen für den Haushaltsnotstand? – Schauen wir uns doch einmal an, was gestern an weiteren Legenden gestrickt wurde. Legende Nummer 2 lautet: Die Konversion ist schuld. – Falsch!

(Frau Mohr, SPD: Ach, ja?)

Dort, wo früher Kasernen waren, sind heute Gewerbegebiete und Wohngebiete, Frau Kollegin.

(Frau Mohr, SPD: Nicht überall, mein Lieber!)

Nicht überall, Sie haben recht; aber übers Land gesehen überwiegen die positiven Effekte.

(Frau Mohr, SPD: Gehen Sie einmal
nach Pirmasens!)

Die Konversion – das betonen Sie gern an anderer Stelle auch und reklamieren es für sich – ist eine Erfolgsge-

schichte, und sie ist ein Grund dafür, dass es nicht noch schlechter um Rheinland-Pfalz steht, als es sowieso schon der Fall ist.

(Vizepräsident Dr. Braun übernimmt den Vorsitz)

Legende Nummer 3 lautet: Die Schwerpunktsetzungen sind schuld. Insbesondere der Ausgaben Schwerpunkt „Bildung“ sei schuld daran, dass Rheinland-Pfalz finanziell so schwach ausgestattet ist und so viele Schulden hat. – Das ist teilweise wahr, wahr ist aber auch, dass PISA und Co. uns zeigen, dass Bildung in Rheinland-Pfalz wohl teuer ist, aber anderswo – in Bayern beispielsweise – ist sie nicht nur teuer, dort ist sie vor allen Dingen erfolgreich.

(Beifall der CDU –
Frau Mohr, SPD: Bei uns nicht?)

– Lesen Sie PISA und Co.

Die Legende Nummer 4 besagt, am Schuldensumpf in Rheinland-Pfalz ist der Finanzausgleich schuld, und an dieser Legende hat soeben auch Frau Ministerpräsidentin Dreyer weitergestrickt. Die Wahrheit ist aber doch, der Länderfinanzausgleich, die Solidarität der Bundesländer untereinander, rettet seit zwei Jahrzehnten den SPD-Ministerpräsidenten den Kopf;

(Heiterkeit bei der Landesregierung)

denn die Solidarität von Bayern, Hessen und Co. gleicht die Pro-Kopf-Einnahmen vollständig aus. Die Pro-Kopf-Einnahmen werden vollständig ausgeglichen.

(Staatsminister Dr. Kühn: Rechnen Sie einmal vor!)

Nun kommen wir zur Statistik. Frau Dreyer hat vorhin eine spannende Statistik vorgestellt, was die Rangfolge angeht. Sie hat dabei nur vergessen, über die absoluten Zahlen zu reden, dass nämlich Rheinland-Pfalz, wenn man die Einnahmen und Ausgaben im Länderfinanzausgleich ansieht, zwar ein Nehmerland ist, aber der Länderfinanzausgleich kein großes Geschäft für Rheinland-Pfalz ist. Darin haben Sie recht. Wenn wir uns die Steuerkraft pro Kopf anschauen, liegt Rheinland-Pfalz 1,2 % unter dem Durchschnitt der Länder. Das ist kein großes Geschäft für Rheinland-Pfalz, das hat aber auch nie jemand behauptet. Es hat nie jemand behauptet, dass Rheinland-Pfalz nach dem Länderfinanzausgleich besser dastünde als vorher. Es hat nie jemand behauptet, dass Hessen nach dem Länderfinanzausgleich im Ranking nicht mehr vorne stünde. Das wäre ja auch schlimm, wenn alles, was ein Land wie Hessen an Steuerkraft erwirtschaftet, ihm komplett weggenommen würde.

Alles, was wir gesagt haben, ist, dass nach dem Länderfinanzausgleich die Einnahmen pro Kopf bis auf wenige Euro gleich sind, und darum geht es. Die Einnahmen sind die gleichen, und die einen Landesregierungen machen etwas daraus. Die einen Landesregierungen investieren in die Zukunft, die einen Landesregierungen zahlen sogar Schulden zurück, und die anderen Landesregierungen kommen mit dem Geld schlicht und ergreifend nicht aus und machen über Jahrzehnte immer neue

Schulden, und dann zeigen sie mit dem Finger auf andere.

Bei genauerer Betrachtung bleibt von Ihren Versuchen, das eigene Fehlverhalten zu entschuldigen, von Ihren Versuchen, die bedrückende Schuldenlast – Frau Ministerpräsidentin Dreyer selbst spricht von einer bedrückenden Schuldenlast – zu rechtfertigen, nichts übrig. Wenn Sie Gründe suchen, weshalb Rheinland-Pfalz so schlecht dasteht, dann suchen Sie diese Gründe bei sich. Sie haben die Verantwortung, aber Sie werden auch mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf dieser Verantwortung nicht gerecht.

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz ist weit weg von einem ausgeglichenen Haushalt. Der Schuldenstand liegt bei rund 10.000 Euro pro Einwohner, vom Kind bis zum Greis. Auf den Schultern jedes einzelnen Bürgers in diesem Land liegen etwa 10.000 Euro Schulden. Das liegt weit über dem Bundesschnitt, und damit gehört das Land zu den größten Schuldenmachern in Deutschland.

Dabei hat Rheinland-Pfalz kein Einnahmeproblem – ich habe es soeben anhand des Länderfinanzausgleichs erklärt –, sondern Rheinland-Pfalz, Rot-Grün, hat vielmehr ein Ausgabenproblem. Auch dabei möchte ich mich auf einen Zeugen berufen, der ganz aktuell ist und der nicht im Verdacht steht, der CDU nahe zu stehen. Die Finanzverwaltung des Senates von Berlin hat eine aktuelle Statistik über die Frage der Ausgabensteigerungen zwischen 2002 und 2012 vorgelegt. Darin erhält Rheinland-Pfalz einen traurigen Wert von 28 % und damit den dritten Platz unter allen Bundesländern. Sogar Nordrhein-Westfalen, ein Land, über das ich, seitdem Frau Ministerpräsidentin Kraft dort die Verfassung außer Kraft setzt, immer gern von dieser Stelle schimpfe, hat im gleichen Zeitraum nur eine Ausgabensteigerung von 24 % vorzuweisen. – Ich nehme an, das ist der guten CDU-Regierung der vergangenen Jahre geschuldet.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit liegt Rheinland-Pfalz mit seinen 28 % Ausgabensteigerungen weit über dem Schnitt der Länder, der in diesen zehn Jahren bei 20 % liegt. Zum Vergleich – Herr Steinbach, dies ist ein Beispiel, welches Ihnen in Zukunft wahrscheinlich gefallen wird, wenn man es benutzt –, Baden-Württemberg liegt mit nur 19 % unter dem Schnitt bei den Ausgabensteigerungen, und das viel gescholten Berlin liegt bei 5 %. Also muss man an der Stelle von diesem Pult aus vielleicht auch einmal reklamieren, die Berliner bemühen sich, den Haushalt bei all ihren Problemen in den Griff zu bekommen.

(Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung in Rheinland-Pfalz profitiert also massiv von den steigenden Steuereinnahmen und von den Erfolgen der Regierungen Merkel. Der Kardinalfehler der Landesregierung besteht aber auch darin, dass sie zeitweilig höhere Steuereinnahmen mit Sparen wechselt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Griechenland erinnert uns daran, dass auch Staaten zahlungsunfähig werden

können, und die Rechnung für eine überhöhte Staatsverschuldung zahlen immer die kleinen Leute, die ihr Geld Tag für Tag sauer verdienen müssen. Die Rechnung zahlen am Schluss die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. die Rentner in den Pleitestaaten.

Deutschland als Ganzes steht hervorragend da. Unsere Volkswirtschaft hat die niedrigste Arbeitslosigkeit in Europa, die Jugendarbeitslosigkeit gibt es praktisch nicht mehr. Die Welt kauft unsere Waren und Dienstleistungen, und damit sprudeln auch die Einnahmequellen des Staates. – Wann wollen wir neue Schwerpunkte setzen? Wann wollen wir alte Schulden tilgen? Wann, wenn nicht jetzt?

„Sparst du in der Zeit, dann hast du in der Not.“ – Das ist ein altes deutsches Sprichwort. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen am Anfang von Haushaltsberatungen. Ich wünsche mir konstruktive Beratungen ganz im Sinne des Sprichwortes: „Sparst du in der Zeit, dann hast du in der Not.“

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Steinbach das Wort.

Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte meine Rede damit beginnen, zunächst einmal bestimmte Dinge geradezurücken. Die Fraktionsvorsitzende der CDU ist in ihrer sehr langen Einführungsrede heute Morgen auf einige Dinge eingegangen, die ich prüfen konnte und so nicht stehen lassen möchte.

Es ist immer wieder bedauerlich, dass man damit anfangen muss, die Sachverhalte geradezurücken. Ich möchte das doch in ein etwas anderes Licht rücken.

Frau Klöckner hat davon gesprochen, mit wie vielen Vorschlägen Sie in diesem Parlament auf die Kolleginnen und Kollegen und die anderen Fraktionen zugekommen sei und welche tollen Vorschläge Sie gemacht hätte. Ich möchte dazu im Folgenden Stellung nehmen: Die CDU hat 174 Änderungsanträge gestellt. Von diesen bezogen sich 98 darauf, den Beamtenpensionsfonds abzuschaffen, 13 davon waren globale Minderausgaben. Das heißt, die Mehrheit Ihrer Anträge war schlicht und ergreifend eine Forderung, nämlich den Beamtenpensionsfonds abzuschaffen und irgendwo zu sparen, wir sagen euch auch nicht, wo. – Wenn Sie das als konstruktives Sparangebot verstehen, meine Damen und Herren, dann kann ich nur sagen, dann betrügen Sie da draußen die Menschen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Dann freue auch ich mich jedes Mal, wenn die Leistungen der Fraktionsvorsitzenden a. D., Ise Thomas, von

der CDU-Fraktion hier positiv und würdigend erwähnt werden. Wir nehmen das gerne zur Kenntnis. Genau das war der Unterschied. Solche Änderungsanträge haben Sie von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bis 2006 nicht gesehen. Von daher kann ich nur sagen: Ihr Lob kann mich nicht treffen, meine Damen und Herren.

Dann hat die Fraktionsvorsitzende weiterhin ausgeführt, wir hätten eine Zins-Steuer-Quote von 12 %. Sie hat die Quelle dazu nicht gesagt. Ich könnte Ihnen eine mögliche Quelle dazu verraten. Das wäre nämlich der Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz. Dort steht auf Seite 68 die Zins-Steuer-Quote. Diese erreicht dort laut Finanzplanung niemals den Wert von 12 %.

(Schreiner, CDU: 11,8 %!)

Sie erreicht ihr Maximum im Jahr 2013 mit 10,9 %. Meine Damen und Herren, ich finde, Sie sollten die 12 % belegen oder widerrufen, dass diese Zahl besteht.

(Zurufe der Abg. Baldauf und Billen, CDU)

Das ist das Eine. Zum Zweiten vergessen Sie vollständig, dass bei dieser Zins-Steuer-Quote auch die Einnahmen bzw. die Zinszuweisungen an den Beamtenpensionsfonds als interner Kredit verrechnet werden. Damit entzieht sich das auch einem Vergleich mit anderen Ländern, zumindest einem einfachen und unreflektierten Vergleich. Das wäre Äpfel mit Birnen verglichen. Von daher möchte ich Sie bitten, das an dieser Stelle zu korrigieren. Das ist schlicht fehlerhaft.

Ebenso fehlerhaft war der Ausweis der Investitionsquote. Die Fraktionsvorsitzende hat ausgeführt, sie befürchtet eine Investitionsquote von unter 5 %. Ein Blick in den Finanzplan erklärt uns die Investitionsquote im Laufe der Jahre 2013, 2014, 2015 mit 11,4 %, 9,8 % und 9,5 %.

(Schreiner, CDU: Mit Pensionsfonds!)

Darin sind nicht die Ausgaben im Bereich der Landesbetriebe enthalten. Auch da würde ich Sie ausdrücklich bitten, diese Zahlen zu korrigieren. Meine Damen und Herren, wenn Sie hier schon mit Zahlen agieren, dann nehmen Sie wenigstens verlässliche Zahlen, und machen Sie hier nicht so einen Popanz aus diesen Zahlen. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Auch der von Ihnen angekündigte Änderungsantrag zur Abschaffung der Projektentwicklungsgesellschaft des Landes Rheinland-Pfalz – ich habe das noch einmal nachgefragt und überprüft – findet sich nicht in Ihren Änderungsanträgen, sondern er war wohl Teil eines Entschließungsantrags, wie wir das inzwischen vernommen haben. Da muss ich sagen: Wenn Sie konkrete Einsparvorschläge auf den Tisch legen, dann machen Sie sie auch konkret. Dann können wir konkret dazu Ja und Nein sagen, aber es irgendwo in einem freien Textbaustein zu verstecken und das dann als Sparvorschlag zu verkaufen, ist schon eine sehr billige Art und Weise,

hier zu erklären, man würde sich ernsthaft um Einsparungen bemühen, meine Damen und Herren.

Ganz im Gegensatz dazu macht der Haushaltsentwurf, der gestern vom Finanzminister eingebracht wurde, sehr deutlich, dass Rot-Grün haushaltspolitisch und verfassungspolitisch auf dem richtigen Kurs ist. Wir gestalten unter den Bedingungen der Schuldenbremse den sozial-ökologischen Wandel in Rheinland-Pfalz. Es fällt daher auch nicht schwer, den vorgelegten Haushaltsentwurf ausnehmend positiv zu würdigen; denn er nimmt die Herausforderungen an, die sich unter den bestehenden Rahmenbedingungen ergeben, und setzt dabei die richtigen Akzente.

Ich will die vielen Ausführungen, die die Ministerpräsidentin und der Finanzminister gemacht haben, hier nicht weiter ausführen. Ich will nur noch einmal ausdrücklich unterstreichen, dass das, was da ausgeführt wurde, und das, was der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN und der SPD ausgeführt hat, genau das ist, was wir unter dem sozial-ökologischen Wandel verstehen. Das wird mit diesem Haushalt konsequent umgesetzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Und auch wenn die Vorlage in großem Maße geeignet und ein hervorragender Entwurf ist, werden wir hier in die Beratungen eintreten und kritisch prüfen, was wir in den Ansätzen lesen werden. Herr Kollege Hering hat das Übrige dazu gesagt. Das gilt auch für unsere Fraktion. Wir werden bei den Beratungen ein offenes Ohr für die Menschen, für konstruktive Vorschläge haben, auch für Vorschläge aus dem Parlament.

Meine Damen und Herren, wenn wir mit den Menschen reden, dann heißt das aber nicht, dass wir den Menschen nach dem Mund reden; denn unsere Aufgabe ist es auch zu erläutern, was wir da tun und warum der Konsolidierungskurs, den wir eingeschlagen haben, erforderlich ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir werden als Fraktion der GRÜNEN dazu beitragen, dass dieser Entwurf für den Doppelhaushalt noch besser werden wird, indem wir ihn intensiv beraten und in Teilen verbessern werden. Der vorgelegte Entwurf ist von dem ernsthaften Willen geprägt, eine nachhaltige Haushaltspolitik zu gestalten, indem er langfristig wirkende konsolidierende Maßnahmen ergriffen hat und deutliche Schwerpunkte gesetzt werden.

Wenn wir von Konsolidierung sprechen, dann heißt das, dass wir den Abstand zwischen den strukturellen Einnahmen und den strukturellen Ausgaben schrittweise verringern wollen. So handeln wir haushaltspolitisch verantwortlich für die Zukunft. So schaffen und erhalten wir uns Spielräume in der Zukunft.

Um diese Konsolidierung zu bewerkstelligen, werden wir weiterhin auf die entscheidenden drei E setzen, auf Einsparungen, auf Effizienzsteigerung und zuletzt auch auf Einnahmeerhöhungen. Der Weg durch die Niederungen dieser Ebene ist schwierig, und er ist lang, aber

er ist erforderlich, wenn man erfolgreich Haushaltspolitik gestalten will. Dazu reichen Sonntagsreden nicht aus.

Natürlich muss man dazu als erstes mit einer aufgabenkritischen Sichtweise an die Aufgaben und die Aufgabenerfüllung herangehen. Wir haben aber das klare Ziel, den Staat nicht zu einem Schrumpfstaat zu machen und ihn auch keiner Schrumpfkur zu unterziehen, sondern wir wollen ihn modern und leistungsfähig erhalten. Dafür haben wir bereits in vergangenen Haushalten – beispielsweise im vorangegangenen, aber auch in dieser Vorlage finden sich erneut viele Beispiele – zahlreiche Feststellungen und Empfehlungen des Landesrechnungshofs aufgegriffen und in politische Wirklichkeit umgesetzt.

Wir haben das zum Anlass genommen, um entsprechende Änderungen einzuleiten und auch im Haushalt zu verankern. Als Beispiele seien hier nur die Vermessungs- und Katasterämter genannt, deren Reformprozess vorangeht, sowie die Maßnahmen im Bereich der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum. Es wurde auch geprüft, an welchen Stellen eine gesteigerte Effizienz einen wesentlichen Beitrag zur Konsolidierung leisten kann, sodass wir beispielsweise im Bereich der Finanzverwaltung mit einem zukunftsgerichteten Konzept die Leistungsfähigkeit erhalten und sogar steigern können.

Meine Damen und Herren, wir haben als Fraktion im Blick, dass dieser Haushalt dabei auch Zumutungen und Belastungen formuliert. Wir wissen, dass wir von vielen Menschen einiges dabei abverlangen, aber wir tun dies mit einem klaren Leitbild. Das heißt nicht, dass wir großflächige Ausnahmen definieren, sondern das heißt, dass wir alle Bereiche – und wirklich alle Bereiche, auch wenn sie unsere Schwerpunkte betreffen – auf den Prüfstand stellen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass dieses Vorgehen bei aller verständlichen Kritik der Betroffenen, die wir uns auch gestern Mittag anhören durften, auch von den Menschen insgesamt mit unseren Erläuterungen akzeptiert werden wird; denn unsere Politik macht klar, dass wir bei allen erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen die Notwendigkeit einer intakten Umwelt, guter Bildung und gerechter Chancen in der Gesellschaft nicht aus dem Blick verlieren werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, die wesentliche und entscheidende Botschaft dieses Haushaltsentwurfs ist, dass wir beide verfassungsrechtlichen Grenzen einhalten und es dennoch gelingt, zukunftsgerichtete Ausgaben und Investitionen zu tätigen. Das Einhalten von gleichzeitig zwei Verfassungsgrenzen, einerseits der Nettokreditaufnahme in der Höhe der Ausgaben für Investitionen und andererseits des Abbaupfades für das strukturelle Defizit angesichts der bundesstaatlich vereinbarten und verfassungsrechtlich festgelegten Schuldenbremse, ist keine Selbstverständlichkeit, schon gar nicht in diesen Zeiten. Dennoch liegen wir in beiden Jahren einmal um 105 Millionen Euro und einmal um 206 Millionen Euro von der investitionsbestimmten Kreditobergrenze entfernt.

Viel wichtiger ist aber, dass wir den selbst gesteckten Abbaupfad bei einem strukturellen Defizit einhalten und so Kurs halten bei der angestrebten Zielmarke von null Euro struktureller Neuverschuldung im Jahr 2020.

Meine Damen und Herren, bei den Schritten gibt es zum jetzigen Zeitpunkt keinen Grund, sich zufrieden zurückzulehnen und die Konsolidierung als einen erfolgreichen Selbstläufer zu betrachten. Daher werden wir als Fraktion bei allen Änderungen, die wir vornehmen, immer die engen Spielräume, die aufgrund des verbindlichen Abbaupfades vorgegeben sind, zu berücksichtigen haben. Konkret, wir werden keine Änderungen vorlegen, die in der Summe ausgabenerhöhend sind, sondern werden konkrete Gegenfinanzierungsmaßnahmen dafür vorlegen und werden diese auch für jeden anderen Vorschlag verlangen.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung ist auf dem Weg der Konsolidierung deutlich vorangekommen. Der Finanzminister hat die einzelnen Schritte in seiner Rede gestern bereits sehr detailliert ausgeführt. Das möchte ich nicht noch einmal wiederholen.

Dass wir vorangekommen sind – das ist ein kleiner Mythos, meine Damen und Herren von der CDU –, liegt keineswegs nur an sprudelnden Rekordsteuereinnahmen, wie Sie sie immer beschwören; denn die Ausgaben des Haushalts liegen ziemlich exakt auf dem in der Finanzplanung vorgegebenen Ausgabenpfad.

Dieser Part gibt uns vor, in welcher Weise wir auf der Ausgabe Seite zu konsolidieren haben. Dies zeigt den verantwortlichen Umgang, den wir mit anvertrauten Steuergeldern pflegen, meine Damen und Herren.

Gemäß des von Rot-Grün beschlossenen Schuldenbremsenausführungsgesetzes soll der Landeshaushalt 2014 maximal ein strukturelles Defizit von 1,1 Milliarden Euro aufweisen. Er wird bei einem Wert von rund 716 Millionen Euro liegen. Für 2015 liegt der Maximalwert bei rund 906 Millionen Euro, und wir werden mit einem deutlich geringeren Wert von 607 Millionen Euro abschließen können. Das zeigt unseren großen Fortschritt und die bereits erreichten großen Ziele im Konsolidierungspfad, aber mit dem Abstand zu den Grenzen sind die Risiken klar beschrieben, die für diesen Haushalt bestehen.

Die Planungen für die Einnahmen und Ausgaben der Landesregierung sind vorsichtig; vorsichtig, wie ein verantwortlicher Kaufmann dies tun würde. Das ist auch gut so. Es bestehen dennoch Einnahmerisiken. Aber immerhin ist das größte Einnahmerisiko, die schwarze Bundesregierung in Berlin, erst einmal Geschichte, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Dennoch gilt für die Einnahmesituation des Landes unverändert der gleiche Befund, der auch vor zwei Jahren galt. Wir haben nicht mehr, sondern wir haben nur etwas weniger zu wenig.

(Baldauf, CDU: Weniger zu wenig, was ist das für ein Spruch!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich bin mir relativ sicher, dass Sie erneut ein wenig darauf spekuliert haben, dass wir die Verfassungsgrenzen im Entwurf verfehlen werden und Sie sich eine ernsthafte politische Haushaltsdebatte in der Form ersparen wollten, indem Sie darauf verweisen wollten, dass all das, was Sie vorfinden, beklagen können, es läge ein Verfassungsbruch vor, und deswegen sei das alles noch nicht einmal verhandlungsfähig.

Erneut ist diese Ihre Absicht fehlgeschlagen. Ich denke, Ihre hier zur Schau gestellte Konzeptlosigkeit ist Ausdruck dieser tiefen Verwirrung und Zerrissenheit zwischen mehr ausgeben und gleichzeitig mehr sparen, was Sie hier eindeutig dokumentiert haben, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Es ist beileibe nicht das erste Mal, dass Sie uns diesen Spagat verbal vorgeführt haben. Darum will ich Ihnen gerne ein Zitat von Shakespeare mit Erlaubnis des Präsidenten zuteilwerden lassen: „Ist dies schon Tollheit, so hat es doch Methode“, sprach einst Hamlet. –

(Schreiner, CDU: Erst Goethe, jetzt Shakespeare!)

Ich finde, das gilt für Ihre Haushaltspolitik doch in besonderem Maße, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Manche Sachen von Ihnen sind geradezu erwartbar. Erwartbar ist beispielsweise das Herumreiten auf Ihrem Lieblingsänderungsantrag der letzten Haushaltsperiode, 98 Anträge zum Thema „Beamtenpensionsfonds“. So etwas verkaufen Sie dann als Fleiß, was eine kleine Sachbearbeiteraufgabe ist, nämlich das Zusammenrechnen von Einzelposten im Haushaltsplan. Ich sage Ihnen, diese Idee ist nicht gut; denn Sie haben heute bei den Ausführungen dem Finanzminister entweder wieder ganz schlecht zugehört, oder – soll ich besser sagen – Sie haben so wenig von dem, was er vorgetragen hat, verstanden, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben auch die Systematik der neuen Schuldenregel nicht verstanden. Das liegt nicht daran, dass in Rheinland-Pfalz eine ganz besondere Schuldenregel gilt, die ganz einmalig ist und es anderswo nicht gibt, nein, Ihnen scheint der gesamte Prozess der Umstellung dieser Schuldenbremstechnik beim Bund wie bei den Ländern vollkommen entgangen zu sein. Sonst würden Sie das, was Sie vorgetragen haben, nicht vortragen.

Sie können von mir aus gerne technisch erneut die Abschaffung des Beamtenpensionsfonds fordern. Sie können von mir aus gerne die Ausgaben in Höhe von rund 650 Millionen Euro im Jahr 2014 dafür streichen und das Vermögen von 4 Milliarden Euro in einem Jahr „verfrühstücken“. Das können Sie machen. Das hat dann aber mit Periodengerechtigkeit, Generationengerechtigkeit oder gar mit Nachhaltigkeit nichts zu tun und ist

nichts anderes als ein mieser Buchhaltertrick, meine Damen und Herren.

Aber bitte, „Niveau ist keine Handcreme“.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Was Ihnen aber damit nicht gelingt und auch nicht gelingen kann, ist, dass Sie mit dieser Streichung auf das strukturelle Defizit einwirken. Der Finanzminister hat es Ihnen gestern erklärt. Na ja, er hat versucht, es Ihnen zu erklären. Ich glaube, es ist bei Ihnen nicht angekommen. Die Ausgaben für den Pensionsfonds haben keinerlei Auswirkungen auf das strukturelle Defizit.

Meine Damen und Herren, deswegen können Sie dort streichen, was Sie wollen. Sie werden an dem zentralen Kriterium der Schuldenbremse Ihre Zielsetzung, die Sie aufgeben, verfehlen.

Es gibt, so hört man, so munkelt man, im Finanzministerium ein Besprechungszimmer, das nach dem Ökonom Fritz Neumark benannt ist. Diese Benennung ist eine sehr löbliche Tat. Daher will ich Ihnen kurz etwas vortragen und zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: Der primäre Effekt von Staatskreditoperationen hängt weitgehend davon ab, wie, von wem und unter welchen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen geborgt wird. –

Das stammt zwar aus dem Jahr 1961, gilt aber unverändert fort. Genau darum ist der Beamtenpensionsfonds als finanzielle Transaktion nicht im strukturellen Defizit erfasst. Sie machen sich mit der Streichung kassenmäßig einen schönen Lenz, Sie feiern eine kleine Strohfeuerparty, aber eines tun Sie nicht, nämlich sparen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Bei all dem sollten Sie den Leuten draußen einmal Ihre widersprüchliche Position erklären, warum Sie auf kommunaler Ebene die Einführung eines solchen Pensionsfonds fordern, die Forderung der kommunalen Spitzenverbände nach Einführung eines solchen Fonds einhellig unterstützen und dann auf Landesebene genau dort, wo der Fonds bereits eingeführt ist, diesen aber ablehnen.

Meine Damen und Herren, das ist eine völlig unglaubliche Position. Sie werden es nicht aufrechterhalten. Sprechen Sie doch einmal mit Ihren Spitzenverbänden. Herr Dr. Matheis und Herr Manns stehen wirklich nicht in dem Verdacht, irgendwie bei uns parteipolitisch verankert zu sein. Die tragen diese Forderungen im Wesentlichen vor. Das unterstützen Sie im Ausschuss, und hier reden Sie dagegen.

Wenn es eine besondere Form von Unglaubwürdigkeit gibt, dann ist es eine solche Positionierung, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Es gibt noch ein Stichwort. Das ist die Verantwortung für die Vergangenheit.

Meine Damen und Herren von der Oppositionsfraktion, wenn in diesem Hause gar nichts mehr hilft, dann flüchten Sie sich in rhetorische Figuren, die da lauten, wir tragen für diese Haushaltssituation keine Verantwortung. Deswegen wollen wir auch damit nichts zu tun haben und schwimmen uns davon frei.

Sollten Sie jemals in diesem Land, wovon ich immer nur deutlich abraten kann, Regierungsverantwortung übernehmen, was machen Sie dann eigentlich? Verweigern Sie die Schuldentilgung, weil Sie sagen, das sind nicht unsere, die könnt ihr der Sozialdemokratischen Partei in die Parteizentrale schicken? Meine Damen und Herren, ist das Ihre Vorstellung von Regierungsverantwortung?

(Beifall und Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und SPD)

Sie müssen wissen – für die Bundesrepublik Deutschland –, die noch amtierende Bundeskanzlerin Angela Merkel trägt Verantwortung für ein Drittel der Staatsverschuldung des Bundes, und weitere 40 % dürfen wir Helmut Kohl zurechnen. Ich hätte diese Verantwortung auch nicht gerne. Aber wenn ich Verantwortung übernehmen muss, muss ich auch diese übernehmen. Sie weigern sich im Land bislang immer noch. Ich finde, das ist ein Ausweis von Schwäche, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir stehen erst am Anfang der Beratungen. Darum will ich noch nicht alles vorwegnehmen. Aber wir haben heute schon die Ankündigungen von der Fraktionsvorsitzenden gehört, zu denen ich doch das eine oder andere sagen möchte. Wir haben schon im Laufe der vorangegangenen Parlamentsdebatten immer gehört, was die Forderung der CDU vor allen Dingen in Richtung der Mehrausgaben bedeutet. Sie setzen auch heute wieder Ihre unselige Tradition fort, indem Sie von dieser Stelle aus Versprechungen hinaus ins Land verkünden, die Sie im Zweifel und absehbar nicht seriös halten können.

Wenn Sie bei der Frage der kostenfreien Bildungsangebote eine andere Auffassung haben als wir, dann sei Ihnen das ausdrücklich zugestanden. Das kann man diskutieren. Dann sagen Sie aber doch bitte auch, wer die Anträge für die Kita-Beiträge bearbeiten soll, wer die Freistellung bei der Schülerbeförderung prüfen soll, und sagen Sie mir doch endlich einmal, was Sie glauben, wie viele Leute danach noch Studiengebühren zahlen sollen. Solange Sie solche Zahlen nicht seriös belegen – dazu haben Sie jetzt die Gelegenheit –, machen Sie eine große „Popanzdiskussion“ auf und ersetzen das, was seriöse Haushaltspolitik ist, vor allem durch symbolische Politik.

Herr Finanzminister Dr. Kühl hat Ihnen gestern exemplarisch aufgezeigt, in welcher Höhe Sie allein mit ausgewählten Forderungen eine eigene Gegenfinanzierung vorzulegen hätten. Ich denke, er war mit seiner Schätzung von rund 420 Millionen Euro eher freundlich zu

Ihnen. Ich wäre eher bei einer halben Milliarde Euro, und ich glaube, da nehme ich auch einen sehr positiven Wert ein. Meinen Sie wirklich, dass die Menschen draußen, denen Sie Versprechungen machen, nicht merken, dass Sie nichts davon einhalten können?

Um an dieser Stelle einmal Johannes Rau zu zitieren: „Gebrochene Versprechen sind gesprochene Verbrechen“. – Wenn Sie das, was Sie fordern, nachher nicht mit Zahlen belegen können, wissen die Leute sehr genau, was Sie von Ihnen und Ihren Vorschlägen zu halten haben. Dann sind das alles halbherzige Bekundungen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –

Frau Kohnle-Gros, CDU: Das halten wir aus!)

Da gilt einmal mehr – frei nach Adolf Kühn – für die Haushaltspolitik dieser CDU-Fraktion: Solide und transparent, wahr und klar, wie Haushaltspolitik zu sein hat, ist das nicht, sondern sprunghaft, windig, wirr, unüberlegt und nicht ganz seriös. –

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist der Unterschied zwischen Ihren Ansätzen in der Haushaltspolitik, Ihrer ziellosen Kritik, Ihrer Konzeptlosigkeit in den eigenen Vorschlägen und der Vorlage der Regierung und Ihre Auseinandersetzung damit.

Rot-Grün wird verantwortungsvoll die Konsolidierung gestalten, während die Opposition mit wenigen und auch noch falschen Ideen für dieses Land und seine Menschen agiert.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Wenn ich das richtig sehe, liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann wird das Landeshaushaltsgesetz 2014/2015 – Drucksache 16/2750 – ebenso wie der Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2013 bis 2018 – Drucksache 16/2772, Vorlage 16/3002 – an den Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung der Fachausschüsse gemäß § 54 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtags überwiesen. Das Verfahren ist besprochen worden.

Ich darf Gäste im Landtag begrüßen, und zwar Bürgerinnen und Bürger aus den Verbandsgemeinden Konz und Saarlouis sowie Mitglieder des SPD-Stadtverbandes Bad Sobernheim. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Wir kommen dann zu den Landesgesetzen über die freiwilligen Gebietsänderungen. Ich darf Sie um Geduld bitten, weil ich jetzt alle einzelnen Gesetze verlesen

muss. Es ist eine ganze Reihe. Sie sehen den dicken Stapel der Unterlagen.

Ich rufe die **Punkte 3 bis 13** der Tagesordnung auf, die gemeinsam aufgerufen und beraten werden sollen:

Landesgesetz über freiwillige Gebietsänderungen der Gemeinde Lamsheim und der Verbandsgemeinde Heßheim sowie der Städte Bad Kreuznach und Bad Münster am Stein-Ebernburg
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/2818 –
Erste Beratung

Landesgesetz über die Gebietsänderung der Verbandsgemeinde Treis-Karden
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/2819 –
Erste Beratung

Landesgesetz über die Eingliederung der verbandsfreien Stadt Herdorf in die Verbandsgemeinde Daaden
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/2793 –
Erste Beratung

Landesgesetz über die Eingliederung der Verbandsgemeinde Maikammer in die Verbandsgemeinde Edenkoben
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/2794 –
Erste Beratung

Landesgesetz über die Eingliederung der Verbandsgemeinde Manderscheid in die Verbandsgemeinde Wittlich-Land
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/2795 –
Erste Beratung

Landesgesetz über die Bildung der Verbandsgemeinde Budenheim
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/2796 –
Erste Beratung

Landesgesetz über die Bildung der neuen Verbandsgemeinde Traben-Trarbach
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/2797 –
Erste Beratung

Landesgesetz über die Eingliederung der Verbandsgemeinde Guntersblum in die Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/2798 –
Erste Beratung

Landesgesetz über die Eingliederung der Verbandsgemeinde Irrel in die Verbandsgemeinde Neuerburg
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 16/2799 –
Erste Beratung

Landesgesetz über die Bildung der neuen Verbandsgemeinde Thaleischweiler-Fröschen-Wallhalben
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 16/2800 –
Erste Beratung

Landesgesetz über die Eingliederung der Verbandsgemeinde Hochspeyer in die Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 16/2801 –
Erste Beratung

Es ist eine Grundredezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart worden. Bevor der Innenminister die Gesetze einbringen kann, möchte ich noch eine ganze Reihe von Vertreterinnen und Vertretern aus den betroffenen Gemeinden begrüßen, Bürgermeister Führ, Verbandsgemeinde Treis-Karden, Bürgermeister Dr. Bröhr, Verbandsgemeinde Kastellaun, Frau Horbert, Sprecherin der Bürgerinitiative der Verbandsgemeinde Kastellaun, Bürgermeister Stork, Verbandsgemeinde Guntersblum, Bürgermeister Klaus Schütz, Verbandsgemeinde Heßheim, Bürgermeister Herbert Knoll, Ortsgemeinde Lamsheim, Bürgermeister Uwe Unnold, Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd.

Es mag sein, dass ich nicht alle auf dieser Liste habe und den einen oder anderen jetzt nicht namentlich erwähnen konnte. Seien Sie uns herzlich willkommen in dieser Diskussion heute!

(Beifall im Hause)

Ich darf nun die Landesregierung um die Einbringung der Gesetzentwürfe bitten. Herr Staatsminister Lewentz hat das Wort.

Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktionen des Hohen Hauses haben heute mit den Gesetzentwürfen über die freiwilligen Gebietsänderungen der Gemeinde Lamsheim und der Verbandsgemeinde Heßheim sowie der Städte Bad Kreuznach und Bad Münster am Stein-Ebernburg sowie die Gebietsänderung der Verbandsgemeinde Treis-Karden noch einmal Fälle aus der sogenannten Freiwilligkeitsphase der Kommunal- und Verwaltungsreform in den Landtag eingebracht. Die genannten Gebietsänderungsmaßnahmen basieren auf dem Landesgesetz über die Grundsätze der Kommunal- und Verwaltungsreform, dessen Grundzüge das Hohe Haus hier insgesamt in der letzten Plenarsitzung akzeptiert hat, und auf übereinstimmenden Beschlüssen – –

(Heiterkeit bei Frau Abg. Beilstein, CDU)

– Frau Beilstein, ich habe Ihren Gesetzentwurf das letzte Mal kommentiert. Sie haben nur eine Verschiebung einer Jahreszahl gefordert. Sie haben an keinem anderen Inhalt der beiden Gesetze irgendetwas verändern wollen. Der Gesetzentwurf gab nichts her. Ich glaube, das darf ich an dieser Stelle noch einmal bestätigen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Macht euch doch nicht kleiner, als ihr seid!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, basierend auf den beiden Gesetzen und auf übereinstimmenden Beschlüssen der jeweiligen Vertretungskörperschaften im Falle der Gebietsänderung der Verbandsgemeinde Treis-Karden – das will ich hier anmerken – weicht die Eingliederung der Ortsgemeinden Lahr, Mörsdorf und Zilshausen in die Verbandsgemeinde Kastellaun von den alten Beschlusslagen vor Ort ab. Hierfür gibt es allerdings sachliche Gründe, die im Gesetzentwurf ausführlich dargelegt werden. Es gibt auch weitergehende neuere Beschlüsse vor Ort.

Die Regelungen im ersten Landesgesetz über den freiwilligen Zusammenschluss der Städte Bad Kreuznach und Bad Münster am Stein-Ebernburg dienen der Vorbereitung und Durchführung der erforderlichen Neuwahlen. Auf unserer heutigen Tagesordnung stehen aber das erste Mal auch Gesetzentwürfe für Gebietszusammenschlüsse, die nicht auf einer Vereinbarung der beteiligten Kommunen beruhen und in die sogenannte Nachfreiwilligkeitsphase fallen.

Dabei handelt es sich um die Gesetzentwürfe zur Eingliederung der verbandsfreien Stadt Herdorf in die Verbandsgemeinde Daaden, zur Eingliederung der Verbandsgemeinde Maikammer in die Verbandsgemeinde Edenkoben, zur Eingliederung der Verbandsgemeinde Manderscheid in die Verbandsgemeinde Wittlich-Land, zur Bildung der Verbandsgemeinde Budenheim, zur Bildung der neuen Verbandsgemeinde Traben-Trarbach, zur Eingliederung der Verbandsgemeinde Guntersblum in die Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim, zur Eingliederung der Verbandsgemeinde Irrel in die Verbandsgemeinde Neuerburg, zur Bildung der neuen Verbandsgemeinde Thaleischweiler-Fröschen-Wallhalben sowie zur Eingliederung der Verbandsgemeinde Hochspeyer in die Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die verbandsfreie Stadt Kirn und die Verbandsgemeinde Kirn-Land haben von dem Angebot der Landesregierung Gebrauch gemacht, die Fusion bis nach den allgemeinen Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 zu verschieben, sodass dieser Gesetzentwurf – anders als in der vorläufigen Tagesordnung angekündigt – heute nicht behandelt wird.

Auch die eben genannten Gesetzentwürfe aus der Nachfreiwilligkeitsphase finden ihre Grundlage in dem Landesgesetz über die Grundsätze der Kommunal- und Verwaltungsreform, das dieses Parlament vor mittlerweile drei Jahren beschlossen hat. In diesem Gesetz heißt es in § 3 Abs. 5: „Eine Gebietsänderung, die aus Gründen des Gemeinwohl erforderlich ist und nicht freiwillig erfolgt, wird nach vorheriger Anhörung der beteiligten

kommunalen Gebietskörperschaften ohne deren Zustimmung durch Gesetz geregelt.“

Frau Beilstein, auch hierzu gab es in der letzten Plenarsitzung keinen Änderungsantrag in dem von ihnen vorgelegten Gesetz.

Die Freiwilligkeitsphase ist bekanntlich am 30. Juni des vergangenen Jahres abgelaufen, und niemand von uns wird geglaubt haben, dass alle Gebietsänderungen, deren Erfordernis sich aus dem Gesetz ergibt, auf freiwilliger Basis umgesetzt werden können. Der Landesregierung jedenfalls war immer klar, dass die Gebietsänderungen zum Teil vor Ort auf Widerstand stoßen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ändert aber nichts an der Tatsache, dass im Sinne des Gemeinwohls weitere Gebietsänderungen in Rheinland-Pfalz erforderlich sind. Ich denke, darüber sind wir hier im Grundsatz einig.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir reden immer sehr offenherzig und sehr zukunftsblickend über eine zweite Stufe einer Kommunal- und Verwaltungsreform. Auch da werden wir erleben, wenn es dann um Landkreise, um Veränderungen von Stadt-Umland-Beziehungen und andere Dinge geht, dass Menschen vor Ort unseren Vorschlägen nicht folgen wollen. Das ist in einer Demokratie allerdings auch selbstverständlich.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Ein bescheidener Anspruch!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stehen vor dem Problem einer alternden und gleichzeitig schrumpfenden Bevölkerung; vor allem auf den Rückgang der Einwohnerzahlen müssen wir uns einrichten. Daran müssen wir die Gebiets- und Verwaltungsstrukturen auch in den Kommunen anpassen und sie an vielen Einzelstellen neu ausrichten.

Die demografische Entwicklung wird regional unterschiedlich verlaufen. Aber letztlich werden alle Landesteile, werden sowohl die städtischen als auch die ländlichen Gebiete betroffen sein. Zu den demografischen Faktoren kommt die angespannte Haushaltslage der Kommunen. Sie wissen, dass das Land mit dem kommunalen Entschuldungsfonds, 3,9 Milliarden Euro Land, und der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs, 490 Millionen Euro zusätzlich in den nächsten Jahren, ganz erhebliche Anstrengungen unternimmt, um unsere Kommunen zu entlasten.

Mehr und besser verteiltes Geld kann aber nur der eine Teil der Lösung sein. Der andere Teil bedeutet, die Kosten der Kommunen müssen sinken. Die Mittel, die den Städten und den Gemeinden zur Verfügung stehen, müssen noch zielgerichteter und noch wirtschaftlicher eingesetzt werden. Dazu leistet die Optimierung der kommunalen Gebiets- und Verwaltungsstrukturen in Rheinland-Pfalz durch die Bildung größerer und leistungsfähigerer Einheiten einen wichtigen Beitrag.

Nun haben wir die Themen „demografischer Wandel“ und „Finanznot der Kommunen“ in diesem Hohen Hause in den vergangenen Jahren oft und intensiv gemeinsam diskutiert. Das Problem ist nur, wenn es um konkrete Lösungen geht, dann machen sich bei der CDU immer wieder eine erschreckende Mutlosigkeit und vor allem ein gewisser Opportunismus breit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dabei steht es doch außer Frage, dass zur Bewältigung von wichtigen Zukunftsfragen auch Maßnahmen erforderlich sind, die wehtun, die bei den Betroffenen vor Ort erst einmal nicht gut ankommen, die vielleicht Zustimmung und Wählerstimmen kosten. Das ist der Grund, warum die CDU so tut, als wäre Nichtstun eine Alternative zur Reform der Kommunalstrukturen in unserem Land, als könne man doch eigentlich alles so lassen, wie es ist, und es immer nur fünf Jahre nach vorne schieben, bis man es irgendwann vielleicht angehen möchte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können es aber nicht so lassen, wie es ist. Wir haben als Politikerinnen und Politiker die Pflicht, Verantwortung zu übernehmen, und zwar für das gesamte Land Rheinland-Pfalz. Wir haben die Pflicht, die Weichen für die Zukunft der Kommunen zu stellen und sie im Rahmen dessen, was das Land tun kann, auf die absehbaren demografischen Veränderungen vorzubereiten. Wenn Probleme erkennbar werden, müssen wir uns bemühen, sie zu lösen. Die Probleme sind mehr als erkennbar.

Nun löst man Probleme aber nicht, indem man auf Zeit spielt und die erforderlichen Reformprozesse auf die lange Bank schiebt, so wie Sie es mit Ihrem Antrag in der letzten Sitzung vorhatten. Nichts anderes – das will ich noch einmal betonen – ist der von der Opposition in der letzten Plenarsitzung eingebrachte Gesetzentwurf, bei der Kommunalreform ein Moratorium von fünf Jahren vorzusehen. Das ist ein Schieben auf eine lange Bank.

(Licht, CDU: Sie schieben doch selbst bis 2019!)

Was die CDU vorgeschlagen hat, ist natürlich kein schlüssiges Gesamtkonzept. Es ist überhaupt kein Konzept. Es ist nicht einmal ansatzweise zielführend, konstruktiv oder hilfreich sowie nichts, was ich in den letzten Monaten von der Opposition zur Kommunal- und Verwaltungsreform gehört und gesehen habe, auch nur ansatzweise zielführend, konstruktiv oder hilfreich gewesen ist.

Aber natürlich kann man in der Opposition versuchen, sich auf preiswerten Populismus zurückzuziehen. In der Regierungsverantwortung kann man das nicht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Regierungsverantwortung – ich weiß, das kennen Sie nicht – kann man so nicht handeln. Da ist man verpflichtet, Lösungen zu erarbeiten. Das haben wir getan. Wir haben mit dem Landesgesetz über die Grundsätze der Kommunal- und Verwaltungsreform die Grundlage für

eine sinnvolle, maßvolle und zukunftsfähige Neuordnung der kommunalen Gebietskörperschaften geschaffen. Jetzt sind wir es den Gemeinden, die unterhalb der vom Gesetz festgelegten Mindesteinwohnerzahl liegen, schuldig – – –

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Aber nicht alle!)

Ich will zu den Mindesteinwohnerzahlen noch einmal etwas sagen. Frau Kohnle-Gros, Sie waren schon in der letzten Legislaturperiode da, als Herr Kollege Hörter diese Zahlen ausdrücklich bestätigt hat. Er hat ausdrücklich gesagt, dass er sie für richtig hält.

Ich sage noch einmal, das Gesetz, das Sie in der letzten Sitzung vorgelegt haben, hat keine Kritik an diesen Zahlen geäußert.

Wir sind fest davon überzeugt – ich will es noch einmal wiederholen –, dass wir es den Gemeinden, die unterhalb der vom Gesetz festgelegten Mindesteinwohnerzahlen liegen, schuldig sind, zeitnah zu einer Umsetzung der Reform zu kommen, um ihnen Planungssicherheit zu geben und keine endlose Hängepartie zu veranstalten.

(Frau Schneider, CDU: Bei allen?)

– Dazu komme ich noch.

Auch gegenüber den Kommunen, die ihren Gebietsänderungsbedarf erkannt und sich freiwillig auf den Weg gemacht haben, ihre Zukunft aktiv zu gestalten, sind wir, davon bin ich fest überzeugt, verpflichtet, den Reformprozess fortzuführen.

Vertreter von einigen betroffenen Gebietskörperschaften haben angekündigt, den Verfassungsgerichtshof anzurufen, um die entsprechenden Fusionsgesetze rechtlich überprüfen zu lassen. Das zu tun, ist rechtsstaatlich völlig legitim. Es ist aber kein Grund für den Gesetzgeber, die weitere Umsetzung eines von ihm verabschiedeten Gesetzes erst einmal auszusetzen.

Ich bin selbst viele Jahre lang – Sie wissen es – Ortsbürgermeister gewesen. Deswegen kenne und verstehe ich die Ängste und Sorgen derjenigen, die von den Gebietsänderungen konkret betroffen sind. Die Bürgerinnen und Bürger, die Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Politik, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunalverwaltungen, die Unternehmerinnen und Unternehmer vor Ort stellen sich Fragen, was sich für sie persönlich ändert. Die klare Antwort ist, im Alltag der Menschen in den Fusionsgemeinden ändert sich so gut wie nichts. Ich darf berichten, ich wohne in einer Fusionsgemeinde. Wenn ich mit meinen Nachbarn spreche, dann sagen sie, dass sie nichts gemerkt haben, dass sich etwas verändert hat. Die Verwaltungsanlaufpunkte sind geblieben. Wie sich die Verwaltung hinter diesen Anlaufpunkten für die Bürgerinnen und Bürger verändert, ist nichts, was der Bürger alltäglich merkt.

Trotzdem – das will ich noch einmal betonen – sind Änderungsprozesse immer mit einer gewissen Unsicherheit verbunden, und die Diskussionen in den Kommunen sind emotionsgeladen. Wir haben heute eine Demonstration von, wie ich von der Polizei höre, rund

500 Menschen aus unserem Land zu erwarten. Das ist vollkommen in Ordnung. Die wollen ihre emotionale Befindlichkeit ausdrücken. Das verstehe ich. Das zeigt auch eine große Verbundenheit mit der Heimat. Solche Diskussionen gab es auch schon bei der letzten großen Gebietsreform Ende der 60er-, Anfang der 70er-Jahre. Es wird sie wohl immer geben, wenn solche Reformprozesse in Gang sind.

(Zuruf von der CDU)

Verehrter Herr erster stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Herr Baldauf, wir haben Sie oftmals zur Zusammenarbeit eingeladen. Ich war bei diesen Gesprächen dabei, Sie, glaube ich, eher selten. Sie haben es nicht angenommen, diese Gespräche mit uns zu führen. Sie waren eingeladen, und Sie werden für die nächsten Schritte eingeladen bleiben. Das ist doch ganz normal.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass die Diskussionen abflauen werden, wenn sich erst einmal die Erkenntnisse durchgesetzt haben, dass es von der Landesregierung richtig war, kleine verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden in größere Strukturen zu überführen. Diese Erkenntnis wird sich durchsetzen. Das zeigt sich an den zahlreichen gelungenen Fusionen sowohl bei der letzten Gebietsreform als auch bei den freiwilligen Fusionen der jüngeren Vergangenheit.

Durch die jetzt vorliegenden Gesetzentwürfe, seien sie auf freiwilliger Basis oder ohne Zustimmung der betroffenen Gebietskörperschaften entstanden, soll die Leistungsfähigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit und die Verwaltungskraft der verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden gestärkt werden. Die Einspareffekte liegen dabei auf der Hand, auch wenn sie zum Teil pauschal abgestritten werden, nur weil sie nicht in jedem Einzelfall konkret berechnet werden können.

Es liegt in der Natur der Sache, dass durch die Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten Synergieeffekte bei den Personal- und Sachkosten erreicht werden können. Denken Sie nur – damit geht es los – an den Wegfall der Stellen für hauptamtliche Wahlbeamtinnen und -beamte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, große Kommunen sind kostengünstiger zu verwalten, weil die Kosten pro Einwohner mit steigender Einwohnerzahl abnehmen.

Der öffentliche Dienst profitiert von fallenden Durchschnittskosten, wenn sich sein Kundenkreis erweitert. Gebietskörperschaften brauchen Mindestgrößen, um spezialisierte Dienste anzubieten oder bestimmte Leistungen finanzieren zu können. Je eher wir diese Synergieeffekte erzielen, umso schneller werden die kommunalen Kassen entlastet. Jedes Jahr zählt.

In den umgebildeten Gebietskörperschaften wird eine qualitative und wirtschaftliche Verbesserung der Aufgabenwahrnehmung möglich sein. Davon können die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Ortsgemeinden, die umlagepflichtig sind, erheblich profitieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Informations- und Kommunikationstechnologien, die wir heute haben – das wissen wir doch alle –, geben uns die Möglichkeit, Verwaltungsabläufe schneller, besser und wirtschaftlicher zu machen. Sie machen es den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung leichter. Sie gestatten größere Verwaltungseinheiten.

Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – ich möchte namentlich Herrn Stubenrauch, Herrn Schröder, aber auch Herrn Fischer nennen und Ihnen herzlich danken; Herr Stubenrauch, das war ein Kraftakt, den Sie hingelegt haben –,

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Herr Staatssekretär Häfner, Frau Staatssekretärin Raab und ich haben in unseren Gesprächen mit den Kommunen und während der Anhörungsverfahren mehr als einmal gehört, die Zeit zur Umsetzung der Fusionen zum 1. Juli 2014 sei zu knapp bemessen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir deswegen den Hinweis, dass ich den betroffenen Kommunen mit Schreiben vom 17. Oktober 2012 die konkret beabsichtigten Gebietszusammenschlüsse mitgeteilt habe. Ich denke deswegen, dass alle ausreichend Zeit hatten, sich auf eine Fusion einzustellen.

Der Landesgesetzgeber greift mit den Gebietsänderungen in die kommunale Selbstverwaltungshoheit ein. Deswegen ist eine gründliche Einzelfallabwägung unbedingt notwendig, was wiederum dazu führt, dass die auf der Grundlage des Landesgesetzes über die Grundsätze der Kommunal- und Verwaltungsreform vorgenommenen Fusionen nur Fall für Fall und nicht etwa landesweit und auf einen Schlag abgearbeitet werden können. Diese Vorgehensweise ist nicht willkürlich. Sie stellt auch keine Ungleichbehandlung der Kommunen dar.

Diese Verfahrensweise wird sich nahtlos fortsetzen, sodass jetzt nicht etwa bis 2019 Stillstand herrscht. Die Kommunal- und Verwaltungsreform ist ein kontinuierlicher Prozess, der dieses Hohe Haus auch noch in den kommenden Jahren regelmäßig beschäftigen wird. Wir werden weitere Fusionsgesetze Zug um Zug vorlegen.

Auf die Inhalte jedes einzelnen Gesetzes möchte ich im Detail nicht eingehen. Ich möchte aber auf einige Besonderheiten aufmerksam machen. Die Gebietsänderungen sollen jeweils zum 1. Juli 2014 in Kraft treten, also zeitnah zu den allgemeinen Kommunalwahlen am 25. Mai 2014, bei denen die Organe der umgebildeten Gebietskörperschaften neu gewählt werden.

Beim Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Enkenbach-Alsenborn und Hochspeyer gewährt das Land aufgrund der desolaten Haushaltssituation der Verbandsgemeinde Hochspeyer ausnahmsweise einen Disparitätenausgleich in Höhe von 3 Millionen Euro.

Aus dem gleichen Grund sieht der Gesetzentwurf außerdem die Möglichkeit vor, dass die neue größere Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn von den

Ortsgemeinden der dann ehemaligen Verbandsgemeinde Hochspeyer eine Sonderumlage erheben kann. Das gilt auch für den Fall Manderscheid und Wittlich-Land gegenüber den Ortsgemeinden der bisherigen Verbandsgemeinde Manderscheid.

Dann muss ich noch die Fusion der Verbandsgemeinde Heidesheim am Rhein und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim zu einer neuen Verbandsgemeinde ansprechen. Hier – Sie haben es alle mitbekommen – hat sich in den vergangenen Tagen und Wochen eine Alternative aufgetan, die auf Freiwilligkeit beruhen würde, nämlich die Eingemeindung der Ortsgemeinden Heidesheim am Rhein und Wackernheim in die Stadt Ingelheim. Dies ist im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen. Ich kann diesem Weg sehr viel Sympathie entgegenbringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal zusammenfassen. Die Gesetzentwürfe, die heute eingebracht wurden, sind ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu zukunftsfähigen, festen Kommunalstrukturen im Land Rheinland-Pfalz. Wir haben alle Zahlen, Daten und Fakten sowie alle Argumente für und gegen die geplanten Fusionen abgewogen. Das Ergebnis sind sinnvolle, maßvolle und wirksame Gebietsänderungen, die für den Alltag der Menschen in den betroffenen Kommunen wenig oder nichts ändern, die den Gemeinden auf lange Sicht aber Kosten abnehmen und Zukunftsfestigkeit geben.

Da ich überzeugt bin, dass die geplanten Maßnahmen richtig, wichtig und im Sinne der Kommunen sind, appelliere ich an alle Mitglieder dieses Hohen Hauses: Liebe Kolleginnen und Kollegen, übernehmen Sie Verantwortung und tragen Sie den Reformprozess mit! Stimmen Sie den Gesetzen zur Gebietsänderung zu! Ich freue mich auf die ausführlichen Einzelberatungen im Ausschuss bzw. bei den Anhörungen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Zu einer Kurzintervention erteile ich der Frau Kollegin Beilstein das Wort.

Abg. Frau Beilstein, CDU:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Lewentz, vorsichtig formuliert, könnte man sagen, Sie waren gerade rhetorisch gesehen sehr sportlich unterwegs. Freier formuliert, könnte man auch sagen, Sie haben schlicht und ergreifend die Tatsachen verdreht,

(Beifall der CDU)

wenn Sie behaupten, dass mit dem CDU-Antrag auf ein Moratorium, das wir beim letzten Mal gestellt haben und das erwartungsgemäß nicht angenommen wurde, inkludiert angezeigt ist, dass die CDU dem KVR-Grundsätze-

Gesetz im Nachhinein vollumfänglich zugestimmt hat. Das ist ganz klar nicht der Fall.

(Beifall der CDU)

Ich komme zu den Grundsätzen der CDU. Wir haben immer gesagt, wir sind bereit, ein solches gemeinsames großes Reformwerk mit der SPD gemeinsam anzugehen. Es ist an dem grundsätzlich unterschiedlichen Ansatz, den wir beide hatten, gescheitert. Seitens der CDU haben wir gesagt, ein solches Vorhaben muss mit einer umfänglichen Aufgabenkritik beginnen. Es muss eine Reform aus einem Guss werden. Das beinhaltet selbstverständlich, dass man alle Ebenen betrachten muss, und zwar sowohl die Kreisebene als auch die Verbandsgemeindeebene und auch die Landesebene.

Herr Minister Lewentz, das wollten sie damals als Staatssekretär und auch Herr Ministerpräsident Beck ganz klar nicht. So ist ein falsches Fundament gelegt worden. Heute stellt sich auch heraus, dass es genau an diesen Knackpunkten hakt. Deshalb wird diese Kommunal- und Verwaltungsreform nicht erfolgreich sein und nicht die Ziele bringen, die Sie sich erwarten.

(Beifall der CDU)

Wir stellen fest, dass es Streit im ganzen Land gibt. Hier werden Kreisgrenzen überschritten. Dort darf man es nicht. Hier werden Bürgerentscheide beachtet. Dort übergeht man sie. Alles in allem stellen wir fest, dass keinerlei Leitlinien mehr erkennbar sind.

(Beifall der CDU –
Frau Kohnle-Gros, CDU: So ist es!)

Deswegen sage ich auch mit Blick auf die elf Gesetze, die wir heute beraten: Die CDU-Position ist in der Vergangenheit klar geblieben. Sie bleibt es auch für die Zukunft. Die freiwilligen Fusionen werden wir selbstverständlich mittragen. Bei den Zwangsfusionen wird es von unserer Seite keine Zustimmung geben.

Wir haben überlegt, wie wir heute damit umgehen, wenn elf Gesetze eingebracht werden. Wir sind der Meinung, wir wollen keine neue Generaldebatte beginnen, weil wir die Argumente ganz klar ausgetauscht haben.

(Glocke des Präsidenten)

Vielmehr sehen wir es als Selbstverständlichkeit seitens der CDU an, dass wir die einzelnen Gesetze beraten und die örtlichen Abgeordneten, die die Betroffenheit vor Ort kennen, zu den einzelnen Gesetzen Stellung nehmen werden.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Noss das Wort. Wir haben eine Grundredezeit – diese gilt auch für die nachfolgenden zwölf Redner – von 30

Minuten vereinbart, und zwar für die Regierungsfraktionen 30 Minuten und für die CDU-Fraktion 45 Minuten.

Abg. Noss, SPD:

Herr Präsident, vielen Dank. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde die 30 Minuten natürlich vollumfänglich ausnutzen. Frau Beilstein, wenn Sie generell zu der Verwaltungsreform nichts mehr zu sagen haben, ist das Ihre Sache. Ich glaube, es ist dazu noch einiges zu sagen. Das werden wir auch tun.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Reden Sie doch kein dummes Zeug! –
Zurufe von der CDU)

– Bleiben Sie einfach einmal ruhig. Ganz ruhig bleiben. Das hilft in manchen Lebenslagen.

Ich stelle zunächst einmal fest, dass die Verwaltungsreform in den Bahnen läuft, wie sie zu erwarten waren. Sie ist 2007 gestartet. Mittlerweile sind wir mehr als sechs Jahre dabei, in den verschiedenen Gremien zu diskutieren.

Wir haben eine Bürgerbeteiligung durchgeführt, wie es in Deutschland noch nie der Fall war. Wir haben Bürgerkongresse veranstaltet, Planungszellen eingerichtet, Telefonaktionen gestartet und Onlineaktionen gemacht.

(Licht, CDU: Das Ergebnis steht draußen!)

– Dank Ihrer Mitwirkung, Herr Licht. – Wir haben also versucht, die Bürger mitzunehmen. Die Bürger konnten wir mitnehmen, die CDU nicht.

(Licht, CDU: Sozialdemokraten stehen da draußen!)

Das ist das Bedauerliche an diesem Fall: Sie haben die Kommunen im Land im Stich gelassen. Sie haben das Gestaltungsrecht, das Sie hätten, nicht genutzt. Sie haben sich stattdessen auf die Schmolbank gesetzt und von Anfang an gesagt, Sie machten diese Reform nicht mit. Sie haben das bereits zu einem Zeitpunkt gesagt, zu dem gar nicht klar war, wie die Reform ausgestaltet wird. Das Einzige, was Sie wussten, war, dass Sie dagegen sind.

(Beifall der SPD)

Das läuft Ihnen hinterher. Sie versuchen jetzt, sich ins Zugführerhäuschen zu setzen. Dabei sitzen Sie schon lange im Bremserhäuschen. Das klappt nicht; das wird so nicht durchgehen. Das sage ich Ihnen ganz deutlich.

Die Art und Weise, wie wir diese Reform gemacht haben – ihre Abläufe –, war mustergültig. Die einzige Lehre, die wir vielleicht daraus ziehen müssen, ist die: Wir haben die Bürgerbeteiligung von Anfang an zu weit weg vom tatsächlichen Standort durchgeführt. Überall dort, wo keine Betroffenheit herrschte, haben nämlich die Bürger und die Kommunalpolitiker gesagt: Jawohl, das ist eine gute Sache. Die demografische Entwicklung ist so, wie sie ist, und wir müssen sie in unserer Gesetzgebung und

in unseren Vorgaben entsprechend berücksichtigen. – Das haben wir getan.

Aber ebenso klar ist, wir können keine Kommunalreform und keine Gebietsreform machen, bei der wir sagen: Die Bürgerbeteiligung geht über alles. – Wir haben nämlich, vielleicht im Gegensatz zu Ihnen, mit den Vertretern vieler Kommunen, Länder und Parlamente gesprochen, in denen übrigens, im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz, ein großes Einvernehmen zwischen den handelnden Parteien bestand, dass so etwas gemeinsam durchgeführt werden sollte.

Überall, an jeder Stelle, ist uns eines ganz klar ins Gebetbuch geschrieben worden: Wenn ihr das macht, sorgt für eine Freiwilligkeitsphase, aber die muss begrenzt sein, und wenn sie abgelaufen ist, müsst ihr handeln. Ansonsten könnt ihr das ganze Ding gleich vergessen. – Genau das haben wir gemacht. Das wussten die Kommunen vom ersten Tag an. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, dass wir entsprechend verfahren werden, dass es zuerst eine Freiwilligkeitsphase gibt – die lief bis zum 30. Juni des vergangenen Jahres – und sich daran sofort die Umsetzungsphase anschließt. Wir haben zunächst 63 Kommunen mit einem vordringlichen Gebietsänderungsbedarf versehen. Von diesen 63 Kommunen haben 20 freiwillig fusioniert; für 20 weitere werden wir heute die entsprechenden Gesetze einbringen. Das heißt, bei 40 von 63 Kommunen hat sich das erledigt.

Dann stellen Sie sich hierhin und erzählen etwas von einem Misserfolg. Das ist wirklich nicht nachvollziehbar. Ich glaube, diese Reform ist sehr erfolgreich, und sie wird auch weiterhin erfolgreich sein. Im Übrigen erinnere ich an die Reform im Jahr 1970. Damals war die CDU die Regierungsfraktion, und wir waren der kleinere Partner. Aber wir haben im Gegensatz zu der jetzigen Opposition unsere staatsbürgerlichen Verpflichtungen ernst genommen. Wir sind eingestiegen. Wir haben mit der CDU verhandelt und dabei Wege gesucht. Das war genauso wie heute.

Damals hatten wir ebenfalls zunächst eine Freiwilligkeitsphase. Aber auch damals schloss sich an die Freiwilligkeitsphase eine gesetzliche Umsetzungsphase nach vorher festgelegten Zielplänen an. Es war im Prinzip genauso wie heute. Von daher kann man sagen, dass die Politiker damals – zumindest teilweise – schlauer waren als die heutigen.

(Pörksen, SPD: Zumindest bei der CDU!)

Jedenfalls ist das so gelaufen. Warum machen wir eine Kommunal- und Verwaltungsreform? – Wir machen doch keine Kommunal- und Verwaltungsreform um der Reform willen. Der Herr Minister hat das bereits ausgeführt: Wir machen eine Kommunal- und Verwaltungsreform, weil die Geschehnisse um uns herum das erfordern. Ich erinnere an die demografische Entwicklung in Rheinland-Pfalz. Ich weiß, dass es in meinem Kreis noch schlimmer ist: Wir verlieren jedes Jahr rund 1.000 Einwohner. In anderen Gebieten ist es etwas besser, aber

überall werden wir demokratisch gebeutelt. – Das ist der erste Punkt.

(Licht, CDU: Demokratisch gebeutelt! Das ist richtig! – Pörksen, SPD: Jetzt werden Sie auch noch witzig! Das ist Ihr Niveau!)

– Demografisch. – Zweiter Punkt: Darüber hinaus gibt es die Finanznot der Kommunen. Wir haben in Rheinland-Pfalz über 2.300 Kommunen. Wenn ich andere Kommunen und andere Länder betrachte, stelle ich fest, dass wir ein ganz anderes Problem haben.

Darüber hinaus haben wir die Möglichkeiten, die heute die IT-Medien bieten. Auch durch diese Medien wird vieles einfacher. Wir werden durch diese Medien größere Entfernungen, die vielleicht entstehen, sehr leicht ausgleichen können. Vieles, was heute eventuell noch auf dem Rathaus erledigt werden muss, kann dann von daheim aus erledigt werden. Ich glaube, das ist ein Fortschritt, der nicht zu unterschätzen ist.

Sie bemängeln Streit und Diskussionen vor Ort. Ja, haben Sie denn ernsthaft geglaubt, dass, wenn man eine solche Reform durchführt, in jeder Gemeinde gesagt wird: Wunderbar, toll, wir haben darauf gewartet und freuen uns darauf? – Es war doch von Anfang an klar, dass dies nicht ohne Verletzungen abgeht. Ich habe auch großes Verständnis dafür, wenn sich die handelnden Personen vor Ort für ihre Kommunen einsetzen. Das ist ihre Heimat; das ist ihre Aufgabe.

Ich habe aber auch großes Verständnis dafür – nicht nur Verständnis; wir müssen das tun –, dass wir vonseiten des Landes das Ganze sehen. Dazu gehören beispielsweise die Fragen: Wie entwickeln sich die Kommunen im Land? Was heißt das letztendlich für unser Staatsgebilde in Rheinland-Pfalz? – Bei richtiger Betrachtung erkennen wir, es führt einfach kein Weg daran vorbei, dass wir größere Gebilde schaffen müssen, weil wir die Kosten auf Dauer nicht tragen können. Sie wissen das selbst sehr genau. Sie hätten das gern gemacht. Aber zu dem Zeitpunkt, an dem Sie hätten eingreifen können, haben Sie es nicht gewollt. Jetzt kommen Sie wie eine alte Frau hinterhergelaufen. Jetzt ist es eben so, wie es ist.

Aber es wird bei der Kommunal- und Verwaltungsreform weitere Schritte geben. Wir haben einen ersten Schritt getan. Der Herr Minister hat es ebenfalls angesprochen: Wir werden darüber hinaus die Kreise, die kreisfreien Städte und die Stadt-Umland-Problematik angehen müssen. Wir müssen auch dort Strukturen schaffen, die den Bedürfnissen der Menschen insgesamt – den Bedürfnissen, die wir alle haben – gerecht werden. Wir müssen der Tatsache gerecht werden, dass wir in den Städten sehr hohe Ausgaben haben, weil dort Infrastrukturleistungen vorgehalten werden. Aber diese erdrücken die Städte irgendwo. Auf dem flachen Land ist das vielleicht weniger akut.

Wir müssen hier versuchen, Interessenausgleiche herzustellen. Wie ein solcher Interessenausgleich im Einzelfall aussehen wird, weiß ich nicht. Aber dazu müssen wir uns zusammensetzen. Ich sage deutlich: Dazu sind Sie eingeladen. Springen Sie über Ihren Schatten, machen

Sie mit! Sie hätten sich bereits jetzt einbringen können, wenn Sie nur gewollt hätten. Aber Sie wollten nicht. Sie wollen immer dasselbe: Sie wollen allen unangenehmen Entscheidungen aus dem Weg gehen.

(Licht, CDU: Quatsch!)

– Dass eine Kommunalreform unangenehme Entscheidungen mit sich bringt, weiß doch jeder. Ihre Aufgeregtheit erkenne ich daran, dass Sie nicht nur nicht zuhören können, sondern auch laufend dazwischenquaken. Auch das kennen wir von Ihnen.

(Zuruf von der CDU: Das fällt uns ein bisschen schwer!)

– Ich glaube, bei Ihnen ist vieles schwer.

(Heiterkeit bei der SPD –
Zuruf von der CDU)

– Ich glaube, wir müssen versuchen, zueinander zurückzufinden, einfach deshalb, weil wir unabhängig davon, wer gerade in der Opposition oder an der Regierung ist, aufgrund der Gegebenheiten mit Problemen konfrontiert werden: die Demografie, die Finanzen usw. Wir alle sind davon betroffen. Ich glaube nicht, dass auf Dauer irgendeiner sagen kann: Wir machen nicht mit, weil uns A oder B nicht gefällt. – Deshalb ergeht an dieser Stelle die ganz herzliche Einladung an die Opposition, dass wir uns, wenn wir die weiteren Schritte angehen, zusammensetzen und versuchen, gemeinsam etwas zu bewegen. Ich glaube, das würde dem ganzen Land und uns allen gut tun. Wir sollten diesen Weg gehen.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Herr Köbler das Wort.

Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Haben Sie Verständnis dafür, dass ich nicht all das wiederhole, was wir in den vielfältigen Debatten zur Kommunal- und Verwaltungsreform hier in den letzten Monaten miteinander ausgefochten haben. Es ist so, dass die Kommunal- und Verwaltungsreform – Herr Minister Lewentz und Herr Kollege Noss haben darauf hingewiesen – in einem mehrjährigen Prozess vorbereitet worden ist und wir jetzt in die letzte Phase der ersten Stufe eintreten, also keineswegs am Ende sind.

Vielleicht sind wir im Bereich des ersten Drittels eines Triathlons. Wir wissen noch nicht genau, wie lange es noch dauert, aber ich habe schon mehrfach ausgeführt, dass die letzte umfassende Kommunal- und Verwaltungsreform unter Helmut Kohl – den könnte der eine oder andere von Ihnen noch kennen – über zwölf Jahre und 18 Gesetze ange dauert hat.

Es ist gutes Recht, wenn hier heute Menschen aus Gemeinden demonstrieren, in denen keine gemeinsame

Lösung gefunden worden ist. Das ist in einer Demokratie vollkommen in Ordnung. Das Demonstrationsrecht ist ein schützenswertes Grundrecht. Deswegen sollten wir versuchen, mit Argumenten zu überzeugen und nicht mit Blockadehaltungen, wie Sie es tun, meine Damen und Herren von der CDU.

Es ist ein umfängliches Beteiligungsverfahren und die sogenannte Freiwilligkeitsphase vorausgegangen. Es gab viele gute Lösungen vor Ort. Es gab für viele gute Argumente offene Ohren bei der Landesregierung und den sie tragenden Parteien. Deshalb haben wir eine relevante Zahl von Gemeinden mit Gebietsänderungsbedarf in die zweite Stufe zurückgestellt, weil deutlich wurde, dass dort eine entsprechende Gebietsänderung auch über Kreisgrenzen zu sinnvolleren und tragfähigeren Lösungen führt.

Das zeigt, dass man an ganz vielen Punkten für einen konstruktiven Beteiligungsprozess und für gute Argumente immer offen und zugänglich ist, ohne aber die Notwendigkeit einer Kommunalreform auf allen Ebenen – jetzt sind wir bei der Ebene der Verbandsgemeinden – aus Gründen der kommunalen Finanzen, der allgemeinen Unterfinanzierung öffentlicher Haushalte, der demografischen Entwicklung, aber auch aus Gründen der Verwaltungsmodernisierung außer Acht zu lassen.

Wie viele Menschen in der Verwaltung hatten in den 70er-Jahren, als die letzte Reform abgeschlossen wurde, einen PC an Ihrem Arbeitsplatz?

(Staatsminister Lewentz: Keiner!)

Wahrscheinlich keiner, noch nicht einmal der Verbandsbürgermeister; Verbandsbürgermeisterinnen gab es damals noch nicht, glaube ich. Heute hat jeder einen PC.

Darauf müssen wir verantwortlich reagieren. Wir können nicht den Kopf in den Sand stecken und einfach nur sagen, es sei schwierig. Natürlich ist es immer schwierig, wenn über Strukturveränderungen nachgedacht und geredet wird. Es ist mit Hessen noch nicht einmal möglich, eine gemeinsame Wasserschutzpolizei auf dem Rhein zu betreiben.

Das können Sie aber keiner Bürgerin und keinem Bürger in diesem Land erzählen, dass Sie nicht den Mut und die Verantwortung in diesem Landesparlament haben, die Konsequenzen zu ziehen und Strukturen zukunfts fest aufzustellen, sodass kommende Generationen Ihnen nicht vorhalten können, warum Sie das nicht früher gemerkt hätten, und sagen müssten, bei uns ist die kommunale Struktur nicht mehr zukunfts fest. Die haben schon 1973 den Computer erfunden, und im Jahr 2013 waren sie immer noch nicht bereit, etwas größere Einheiten bei Verbandsgemeinden zu bilden. Erzählen Sie das einmal meinen Kindern in 20 Jahren, die werden Ihnen sagen, dass es verantwortungslos war. So können wir heute die Zukunft nicht gestalten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Es ist ein Unterschied, ob man in den vergangenen sechs Jahren in diesem Prozess zu einer Position gefunden hat oder nicht. Die Landesregierung hat noch in der alten Gestalt als SPD-Regierung eine Position gefunden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben auf einem Parteitag 2008 eine Position gefunden. Die CDU, tief zerstritten wie sie war und ist, hat bis heute keine Position gefunden.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: So ist es!)

Sie haben keine Position. Deswegen gehen Sie auf Blockade, weil Sie keine Ahnung davon haben, wie Sie die Kommunen in diesem Land zukunftsfest aufstellen wollen. Das ist eine verantwortungslose Haltung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben in den Koalitionsvereinbarungen miteinander gesprochen. Wir haben gesagt, dass wir diese erste Stufe fortführen und eine zweite Stufe anschließen werden, die dann auch Kreise und kreisfreie Städte umfasst. Das gab uns die Möglichkeit, bei Verbandsgemeinden über Kreisgrenzen hinweg zu denken und zu schauen, ob es nicht bessere Möglichkeiten gibt. Bei vielen ist das entsprechend aufgenommen worden, was nicht bedeutet, dass es nicht kommen wird. Natürlich wird es kommen. Auch die Verbandsgemeinden, die jetzt nicht fusionieren, werden in der nächsten Stufe fusionieren. Wir hoffen sehr auf gemeinsame Lösungen vor Ort.

Es haben sich in diesem Licht viele auf den Weg gemacht und konstruktiv auf den Weg gemacht. Natürlich ist es nicht einfach vor Ort, mit verschiedenen Verbandsgemeinden, mit Bürgerinnen und Bürgern, mit den Fraktionen in den Räten, mit den Ortsgemeinden, mit den Bürgermeistern und den Verwaltungsmitarbeitern zu Fragen von Finanzströmen und -flüssen ins Gespräch zu kommen. Aber Sie diskreditieren mit Ihrer Blockadehaltung all diejenigen, die sich dafür auf den Weg gemacht haben, weil sie trotz aller Probleme vor Ort eingesehen haben, es braucht landesweit auf gleicher und vergleichbarer Basis zukunftsfähige kommunale Strukturen.

Wir haben das alles gemeinsam gemacht: Eingliederung der Stadt Cochem in die Verbandsgemeinde Cochem-Land,

(Frau Beilstein, CDU: Ohne Gesetz!)

Auflösung der Verbandsgemeinde Neumagen-Dhron, Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Braubach und Loreley, Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Otterberg und Otterbach, Zusammenschluss der verbandsfreien Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Westhofen, wobei ursprünglich die Fusion mit Eich vorgesehen war. Dann hat es einen konstruktiven Bürgerentscheid gegeben, wonach das Gesetz gestoppt worden ist. Der Bürgerwille ist ernst genommen und das Gesetz geändert und verabschiedet worden. Wo bleibt denn dabei der Bürgerwille auf der Strecke, meine Damen und Herren?

(Zurufe von der CDU)

Jeder konstruktive Bürgerentscheid wird in diesem Parlament von Rot-Grün berücksichtigt, aber er muss konstruktiv sein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Frau Meurer, CDU: Ja!)

– Ja, er muss konstruktiv sein. Wir brauchen gleiche Lebensverhältnisse in allen Kommunen.

(Frau Schneider, CDU: Sie bestimmen, was konstruktiv ist!)

Es kann nicht der gewinnen, der sich am meisten verweigert. Das können wir all den anderen nicht antun. Das können wir auch nicht der Verbandsgemeinde Untermosel und Rhens, der verbandsfreien Gemeinde Römerberg und der Verbandsgemeinde Dudenhofen, der verbandsfreien Gemeinde Altrip-Neuhofen-Waldsee, der Verbandsgemeinde Bitburg-Land und Kyllburg, der Verbandsgemeinde Lauterecken und Wolfstein antun.

Heute kommen neu die Gemeinde Lambsheim und die Verbandsgemeinde Heßheim, die Fusion von Bad Münster am Stein-Ebernburg mit Bad Kreuznach und last but not least die Verbandsgemeinde Treis-Karden hinzu. All diese haben sich konstruktiv auf den Weg gemacht.

(Zuruf des Abg. Dr. Wilke, CDU)

Ich glaube, für all diese ist es richtig, dass wir an alle anderen die gleichen Maßstäbe anlegen, meine Damen und Herren.

(Frau Meurer, CDU: Das wäre schön!)

Das hat erstens etwas mit Gerechtigkeit und zweitens mit Rechtsgleichheit zu tun. Wir müssen gegenüber den kommunalen Gebietskörperschaften Rechtsgleichheit darstellen können.

(Frau Meurer, CDU: Dann machen Sie das auch!)

Dann kann ich nicht, nur weil es der CDU nicht passt, an der einen Stelle eine Ausnahme machen und an der anderen Stelle eine Fusion.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe bei der CDU)

Das wird vor dem Verfassungsgerichtshof nicht durchkommen. Wir haben die Verantwortung für landesweit gleiche strukturelle Voraussetzungen für kommunale Gebietskörperschaften.

(Zurufe von der CDU)

Deswegen werden wir das umsetzen, weil es mit der Gleichheit der kommunalen Gebietskörperschaften vor der Verfassung und mit interkommunaler Gerechtigkeit zu tun hat, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD –

Klein, CDU: Vieles, was wir hier tun, hat etwas mit Verfassung zu tun!)

Zu den einzelnen Gesetzen, die wir heute vor uns liegen haben: Wir haben den freiwilligen Zusammenschluss der Gemeinde Lamsheim mit der Verbandsgemeinde Heßheim, wir haben die Eingemeindung der Stadt Bad Münster am Stein-Ebernburg nach Bad Kreuznach. Das halte ich unter den gegebenen dortigen finanziellen Bedingungen für eine ganz herausragende Leistung, dass es mit einem positiven Bürgerentscheid gelungen ist, zu einer einvernehmlichen Lösung unter schwierigsten Bedingungen zu kommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Wilke, CDU)

Ich finde, das ist ein vorbildliches Verhalten, das dort nach ganz schwierigen Diskussionen in Bad Kreuznach und Bad Münster am Stein-Ebernburg geübt worden ist. Deshalb kann man das hier ruhig noch einmal extra würdigen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dann haben wir die Eingliederung der Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Treis-Karden in die Verbandsgemeinden Cochem, Kaisersesch und Kastellaun. Bürgerwille, Bürgerbeteiligung – Frau Beilstein, ich erinnere mich an eine Debatte,

(Frau Beilstein, CDU: Ich auch!)

in der Sie gesagt haben, diese drei Ortsgemeinden, und so weiter und sofort, ja, machen wir.

Die Ortsgemeinden können den Kreis wechseln, das Gesetz liegt nun vor. Ich denke, Sie alle haben einen Brief aus dem Rhein-Hunsrück-Kreis bekommen, wir müssen uns die dortige Finanzsituation noch einmal genau anschauen.

Aber dies hat auch etwas mit der Aufnahme von Argumenten in das parlamentarische Verfahren zu tun. Ich finde, dass nun durch diesen Gesetzentwurf für diese drei Gemeinden der Weg freigemacht worden ist, ist das beste Beispiel dafür, dass wir den Bürgerwillen in diesem Land verdammt ernst nehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zurufe von der CDU)

Bei der Eingliederung der Stadt Herdorf in die Verbandsgemeinde Daaden war sehr lange Zeit eine einvernehmliche Dreierlösung vor Ort greifbar nahe, aber es ist leider nicht dazu gekommen. Das ist sehr bedauerlich.

Des Weiteren sprechen wir über die Eingliederung der Verbandsgemeinde Maikammer in die Verbandsgemeinde Edenkoben. Edenkoben ist sehr dafür, aber Maikammer blockiert diese Reform.

(Frau Schneider, CDU: Wie bitte? Er hat nicht einmal das Gesetz richtig gelesen! Der Verbandsgemeinderat hat dagegen gestimmt, und auch die Ortsgemeinde hat mit zwei Ausnahmen dagegen gestimmt!)

Ich glaube, das ist ein gutes Beispiel dafür, dass man am Ende nur alternative Lösungen verfolgen kann, und bis heute ist keine alternative Lösung dort angeboten worden.

Wir haben die Eingliederung der Verbandsgemeinde Manderscheid in die Verbandsgemeinde Wittlich-Land. Dort ist es noch einmal sehr wichtig, darauf hinzuweisen, dass sichergestellt ist, dass die touristische Infrastruktur von Manderscheid gesichert bleibt. Auch dort war im Gespräch, dass Manderscheid zumindest in Teilen auch in den Vulkaneifelkreis wechseln kann, aber man muss einfach dazu sagen, dass auch dieser Alternativvorschlag vor Ort in den Gremien überwiegend keine Mehrheit gefunden hat. Es ist bedauerlich, wenn letztendlich an diesen Dingen die einvernehmlichen Lösungen vor Ort scheitern; aber diesen Schuh können wir uns doch nicht anziehen.

(Licht, CDU: Sie legen sich die Argumente so zurecht, wie Sie sie gerade brauchen! Der eine darf wechseln, der andere nicht! –

Weitere Zurufe von der CDU)

Auch bei der Fusion von Budenheim, Heidesheim und Wackernheim zur Bildung der Verbandsgemeinde Budenheim sind sehr viele Jahre vergeudet worden, weil man sich konstruktiven Gesprächen verweigert hat, insbesondere in Budenheim. Das ist sehr schade, weil sich gerade in diesem Bereich eine ganze Menge tut. Es ist die Tür geöffnet worden für die Eingemeindung von Heidesheim in die Stadt Ingelheim, und dies scheint in der Gemeinde Heidesheim und auch in der Stadt Ingelheim auf große Zustimmung zu stoßen. Wir müssen uns aber auch anhören, was die Ortsgemeinde Wackernheim dazu zu sagen hat. Dort will man nämlich mit Budenheim fusionieren. Dies wird noch eine spannende Diskussion im parlamentarischen Prozess und in den Ausschüssen werden, und Sie sind herzlich eingeladen, sich konstruktiv daran zu beteiligen.

Auch die neue Verbandsgemeinde Traben-Trarbach ist bisher leider an einer einvernehmlichen Lösung gescheitert. Ich glaube, dass man sich einerseits an dieser Stelle Argumenten im parlamentarischen Verfahren nicht verschließen sollte, dass aber auf der anderen Seite der Gebietsänderungsbedarf doch offenkundig ist. Gleiches gilt für die Fusion der Verbandsgemeinden Irrel und Neuerburg oder von Hochspeyer und Enkenbach-Alsenborn, die bislang vor allen Dingen an finanziellen Fragen gescheitert ist.

Ein ganz besonderer Fall ist die neue Verbandsgemeinde Rhein-Selz – so möchte ich sie auch ganz bewusst nennen –, weil dort tatsächlich auf Augenhöhe zwischen den Verbandsgemeinden Guntersblum und Nierstein-Oppenheim lange verhandelt wurde und auch ein Fusionsvertrag zustande gekommen ist, der dann aufgrund von 15 Stimmen in der Verbandsgemeinde Bodenheim bei einem Bürgerentscheid negativ beschieden worden ist.

Ich glaube, wichtig an dieser Stelle ist zu betonen, dass Verhandlungen auf Augenhöhe geführt wurden, dass Guntersblum auch Grundzentrum bleiben kann und dort auch ein Teil der Verwaltung bleibt. Es ist wichtig, dass

man damit den Befürchtungen von einigen Bürgerinnen und Bürgern entgegenwirken kann, dass für sie der Verwaltungssitz zu weit entfernt ist und dort möglicherweise eine Entwurzelung stattfinden könnte.

Last but not least möchte ich die Verbandsgemeinde Thaleischweiler-Fröschen-Wallhalben ansprechen. Auch dort gab es sehr lange keine Bereitschaft, aber gerade in letzter Zeit fanden in Wallhalben viele Diskussionen statt, wie man so etwas gestalten könnte. Der Vorschlag einer Verbandsgemeinde Sickinger Höhe ist dadurch entstanden. Wir haben nun einen Gesetzentwurf vorliegen, der im Wesentlichen nachvollziehbar ist. Ich glaube, wir müssen dabei das eine oder andere im parlamentarischen Verfahren noch diskutieren; ich finde zumindest einmal den Namen der Verbandsgemeinde noch zu lang, aber vielleicht kann man dazu Vorschläge vor Ort machen. Ich glaube auch, dass man sich die Argumente für den Verwaltungssitz jeweils noch einmal genau anschauen muss.

Wie gesagt, wir sind in all diesen Fragen Argumenten offen zugänglich. Wir warten auf die parlamentarischen Beratungen und sind bis zuletzt konstruktiven Vorschlägen gegenüber offen.

(Licht, CDU: Welchen? Das ist doch nicht ernst gemeint!)

Wir lernen auch für die zweite Stufe der Reform, wenn es darum geht, an die Kreise und kreisfreien Städte heranzugehen und auch die Verbandsgemeinden zu fusionieren, dass wir dies im Bürgerbeteiligungsverfahren stärker klären sollten und es nicht vor Ort in der jeweiligen Situation dann doch immer unterschiedliche Fragen dazu gibt, von sehr konstruktiven Bürgerentscheiden bis hin zu Unterschriftssammlungen von CDU-Ortsverbänden. Es war qualitativ alles dabei, aber deswegen ist auch nicht alles gleich zu bewerten, und das habe ich auch nicht getan.

Wir stehen für eine umfassende Kommunal- und Verwaltungsreform. Diesen Schritt werden wir gehen, auch wenn wir dafür nicht überall Applaus bekommen. Aber in der Breite des Landes gibt es doch eine große Unterstützung dafür, und weitere werden folgen.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Ich möchte Gäste im Landtag begrüßen. Es sind Mitglieder des SPD-Ortsvereins Wirges anwesend. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Des Weiteren begrüße ich Mitglieder des Jugendrates der Stadt Koblenz. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Mir liegen noch folgende Wortmeldungen vor: Herr Haller, Herr Oster und Frau Schellhammer haben sich bisher gemeldet.

(Frau Beilstein, CDU: Ich hatte mich ebenfalls zu diesem Thema zu Wort gemeldet – Zuruf der Abg. Frau Dickes, CDU)

– Entschuldigung, ich würde zunächst Herrn Haller aufrufen. Vielleicht können Sie das mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer klären. – Bitte schön, Herr Haller, Sie haben das Wort.

Abg. Haller, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Zusammenschluss der Verbandsgemeinde Heßheim und der verbandsfreien Gemeinde Lamsheim haben wir es mit einer weiteren freiwilligen Fusion zu tun. Liebe Kolleginnen und Kollegen, besonders Lamsheim ist in der Zwischenzeit die kleinste verbandsfreie Gemeinde in Rheinland-Pfalz und hat mit einem hohen Schuldenstand zu kämpfen. Ich kann dies bestätigen; denn ich selbst stamme aus Lamsheim.

Beide Kommunen – Lamsheim mit 6.500 Einwohnern und die Verbandsgemeinde Heßheim mit 9.500 Einwohnern – fallen von den Einwohnerzahlen her klar unter das entsprechende Landesgesetz. Man muss sagen, der Prozess verlief vor Ort sehr konstruktiv zwischen den Kommunen. Es gab eine große parteiübergreifende Einigkeit, und in vielen Bereichen arbeiten die Verwaltungen bereits seit geraumer Zeit hervorragend zusammen. Das muss man an dieser Stelle auch einmal erwähnen.

Mein besonderer Dank gilt den beiden Bürgermeistern, Herrn Bürgermeister Knoll aus Lamsheim und Herrn Bürgermeister Schütz für die Verbandsgemeinde Heßheim, die heute anwesend sind, sowie ihren Amtsleitern und ihren Verwaltungen. Es waren sehr arbeitsintensive Jahre für Sie.

Arbeitsintensiv war das Ganze natürlich auch für die diversen Räte, doch es hat sich gelohnt. Wir haben nun ein Ergebnis erzielt, das sich sehen lassen kann. Die neue Verbandsgemeinde Lamsheim-Heßheim wird mit 16.000 Einwohnern wesentlich stabiler aufgestellt sein. Das Land gewährt eine Entschuldungshilfe in Höhe von 2 Millionen Euro und zusätzlich eine Hochzeitsprämie in Höhe von 784.000 Euro. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, das ist eine gute Ausgangslage für eine erfolgreiche Zukunft der neuen Verbandsgemeinde.

Ein kleiner Wermutstropfen bleibt jedoch, und den möchte ich Ihnen nicht verschweigen. Dies ist die Tatsache, dass die Gemeinde Kleinniedesheim, die kleinste Ortsgemeinde der Verbandsgemeinde Heßheim, die Verbandsgemeinde verlassen wollte und in einem Bürgerentscheid 59 % der Bürgerinnen und Bürger für diesen Weggang gestimmt haben. Die restlichen Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Heßheim haben dies aus nachvollziehbaren Gründen parteiübergreifend einstimmig abgelehnt.

Die Gründe sind größtenteils bekannt. Es hätte einen Personalüberhang in der neuen Verbandsgemeinde gegeben. Es hätte keine Entschuldungshilfen gegeben, sondern es hätte nur eine Projektförderung gewährt werden können. Die Hochzeitsprämie wäre nur anteilig ausbezahlt worden.

Das hat schließlich dazu geführt, dass dies abgelehnt wurde und es nun zu einer Vollfusion kommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Punkt, der uns auch in Zukunft noch öfter begegnen wird. Ich glaube, da kann uns auch die Arbeit der Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ weiterhelfen. Wie gehen wir mit solchen Fällen um, wenn es eine kleine Gemeinde gibt, die ein Interesse hat und sich Vorteile verspricht? Was macht dann der Rest? Der Rest muss dann natürlich auch gefragt werden. Das ist meine ganz klare Meinung. So hat es auch die Enquete-Kommission in ihrem ersten Zwischenbericht formuliert; denn eine Verbandsgemeinde ist auch immer eine Solidargemeinschaft.

Ich bin auch froh – das möchte ich hier ausdrücklich sagen –, dass die CDU-Landtagsfraktion das genauso sieht, außer ihr Primus inter Pares, der Herr Baldauf, der jetzt – so hat er es zumindest in der Presse angekündigt – gegen seine eigene Fraktion stimmen wird. Da Frau Klöckner nicht da ist, wird er das vielleicht sogar als Fraktionsführer machen. Aber ich sehe, Herr Baldauf ist auch nicht da. Das ist natürlich ein tolles Zeichen, wenn man vor Ort dicke Backen macht und sich dann hier nicht der Diskussion stellt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Licht, CDU: Wir entscheiden heute nicht! Wir
stimmen heute nicht ab! –
Bracht, CDU: Heute gibt es keine Abstimmung!)

Frau Beilstein, das führt Ihre Aussage, freiwilligen Fusionen werden wir selbstverständlich zustimmen, ein bisschen ad absurdum. Aber so ist es nun einmal. Ich denke, einem erfolgreichen Start der Verbandsgemeinde Lamsheim-Heßheim wird das auch keinen Abbruch tun.

(Zuruf der Abg. Frau Meurer, CDU)

– Er kommt vielleicht. Wenn man aber Wahlkreisabgeordneter ist, dann sollte man vielleicht an einer solchen Debatte wenigstens teilnehmen. Ich glaube, da sind wir uns einig, oder?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wünsche der Verbandsgemeinde alles Gute. Vielleicht wird Herr Baldauf dann wenigstens einmal bei der Abstimmung dasein.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Frau Schneider, CDU: Die Fraktionsvorsitzende
ist auf der Beerdigung!)

Vizepräsident Dr. Braun:

Es liegen nunmehr Wortmeldungen zu den einzelnen Gesetzen vor. Es ist aber noch eine allgemeine Rede

zur Bürgerbeteiligung angekündigt worden. Ich wollte Sie fragen, ob Sie Frau Schellhammer jetzt noch in die allgemeine Rede vorlassen, um dann zu den einzelnen Gesetzen zu kommen.

(Frau Schneider und Licht, CDU: Ja!)

Dann wäre als übernächstes Frau Dickes an der Reihe.

Ich erteile Frau Kollegin Schellhammer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abg. Frau Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich jetzt auch die Möglichkeit bekomme, mich noch einmal im allgemeinen Teil zu Wort zu melden.

Über die grundsätzliche Notwendigkeit der Kommunal- und Verwaltungsreform wurde schon viel gesagt. Ich glaube aber, angesichts der Tatsache, dass wir eine Demonstration erlebt haben, aber auch das Interesse auf der Tribüne an dem Thema groß ist, müssen wir uns auch dem Thema „Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform“ widmen. Ich glaube, dass es jetzt der richtige Anlass ist, wenn die Fusionsgesetze vorliegen, sich kritisch und vor allen Dingen konstruktiv mit den jeweiligen Bürgerbeteiligungsverfahren auseinanderzusetzen. Wir müssen sie weiterentwickeln. Wir müssen aus den Erfahrungen, die gemacht wurden, lernen und müssen auch schauen, wo es möglicherweise gehakt hat. Ich möchte deswegen die Gelegenheit nutzen, hier vier Baustellen zu nennen.

Es wurde bereits erwähnt, dass zur Vorbereitung der Kommunal- und Verwaltungsreform eine sehr breite informelle konsultative Beteiligungsphase vorgeschaltet war: Regionalkonferenzen, Bürgerkongresse, Planungsstellen usw. All das wurde schon erwähnt.

Die Anerkennung in der Fachliteratur für dieses breit angesetzte Bürgerbeteiligungsverfahren haben wir. Aber wir müssen jetzt auch die Zeit nutzen, um zu analysieren, was möglicherweise weiterentwickelt werden kann.

Die Baustelle an dieser Stelle ist, wie man eine konsultative Phase, die eine grundsätzliche Diskussion ist, mit den jeweiligen Fragen verknüpft, die konkret vor Ort gestellt werden, so, wie es in der Freiwilligkeitsphase war. Wie stellt man also hier eine Verknüpfung her? Diese Frage müssen wir uns in der nächsten Zeit stellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt, den ich nennen möchte und der an diese Stelle anknüpft, ist die Frage, wie man Beteiligungsverfahren auch vor Ort in den Kommunen begleitet. Wohin wenden sich Mitglieder einer Bürgerinitiative oder Ratsmitglieder, wenn sie Beratung bei Beteiligungsverfahren wollen? An die kommunale Verwaltung, an das Innenministerium, an Landtagsfraktionen? Alle sind irgendwo in diesen Verfahren Beteiligte und Betroffene. Das zeigt auch schon ein bisschen die nächste

Baustelle, wer nämlich eine Moderation und eine Begleitung leistet.

Ich glaube, es wird an Folgendem sehr deutlich. 2010 wurde ein Leitfaden zur Bürgerbeteiligung vom Innenministerium herausgegeben. Er wurde unter Führung von Herrn Professor Sarcinelli zusammengestellt. Da haben betroffene kommunale Vertreterinnen und Vertreter zu 89,6 % geantwortet, dass sie sich eine starke Unterstützung durch die Landesregierung bei Beteiligungsprozessen wünschen. Hier müssen wir schauen, wie wir diesem Wunsch entgegenkommen können und optimieren können, wie die Begleitung bei Beteiligungsverfahren intensiviert werden kann.

Ein weiterer Punkt, der auch angesprochen wurde, ist die Informationsgrundlage. Hiermit haben wir uns auch intensiv in der Enquete-Kommission auseinandergesetzt. Einige Mitglieder der Enquete-Kommission waren in der Schweiz und haben sich dort angeschaut, wie Grundlagen für Abstimmungen geschaffen werden. Es wird neutral ein Pro und Kontra abgewogen. Wir müssen uns die nächste Baustelle vornehmen im Hinblick auf die zweite Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform. Das ist die Frage der Informationsgrundlage. Es ist wesentlich, dass durch die Art und Weise, wie Informationen weitergegeben werden, Bürgerbeteiligung befördert werden kann, aber auch wesentlich erschwert, verhindert und instrumentalisiert werden kann. Ich glaube, wir müssen uns das auch selbstkritisch anschauen, wie das in den jeweiligen Beteiligungsverfahren vor Ort genutzt wurde.

(Licht, CDU: Und ob das Ergebnis stimmt!)

Herr Licht, eine weitere Baustelle, die ich nennen möchte, ist folgende: Wir möchten gerne die Bürgerbeteiligung weiterentwickeln und diese Erfahrungen ernst nehmen. Das hat Herr Kollege Haller auch schon angesprochen. Eine weitere Frage ist daher die der Mehrebenenkonflikte. Wir haben häufig verschiedene Ebenen, die sich mit dem jeweiligen Thema auch bei der Kommunal- und Verwaltungsreform befassen haben. Es kann zu einer wahren Zerreißprobe vor Ort werden. Wir müssen uns hier über die Instrumente unterhalten, damit diesen Mehrebenenkonflikten oder horizontalen Konflikten bei der Bürgerbeteiligung mit Instrumenten begegnet werden kann, damit sie nicht vor Ort zu Problemen führen.

Ich habe verschiedene Punkte genannt. Die Enquete-Kommission hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, dass sie von der Landesregierung eine umfangreiche Auswertung aller Beteiligungsverfahren im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform erbittet. Auf der Grundlage dieser Auswertung, also aller Kommunen, die zur Fusionierung aufgefordert waren, wollen wir uns anschauen, wie die jeweiligen kleinteiligen Prozesse auf kommunaler Ebene tatsächlich abgelaufen sind und welche Probleme möglicherweise aufgetaucht sind. Ich glaube, es steht uns allen gut an, uns diese Erfahrungen für zukünftige Reformvorhaben wirklich genau anzuschauen und die Bürgerbeteiligung weiterzuentwickeln.

Wir wollen Bürgerbeteiligung. Das haben wir mit dem breiten Ansatz bei der Kommunal- und Verwaltungsre-

form sehr deutlich gezeigt. Man kann hier aber sicherlich auch die Erfahrungen aufnehmen, die die Kommunal- und Verwaltungsreform an den Tag gebracht hat. Wir wollen hier besser werden und mehr Bürgerbeteiligung haben. Im Rahmen der Enquete-Kommission werden wir uns das intensiv anschauen.

Danke.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Fraktion der CDU erteile ich Frau Kollegin Dickes zu Punkt 3 der Tagesordnung, Landesgesetz über freiwillige Gebietsänderungen der Gemeinde Lamsheim und der Verbandsgemeinde Heßheim sowie der Städte Bad Kreuznach und Bad Münster am Stein Ebernburg – Drucksache 16/2818 – das Wort.

Abg. Frau Dickes, CDU:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt ein gemeinsamer Gesetzentwurf über den freiwilligen Zusammenschluss vor, hinter dem natürlich, wie wir immer bei freiwilligen Zusammenschlüssen gesagt haben, auch die CDU-Landtagsfraktion steht und hinter den ich mich persönlich stellen kann und auch unsere Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner, die leider heute nicht sprechen kann, weil sie auf der Beerdigung ist.

Das große Problem für uns liegt in den Dingen, die nicht geklärt sind. Das sieht man schon an dem unterschiedlichen Umfang, wenn Sie sich den Gesetzentwurf zu Lamsheim-Heßheim und Bad Kreuznach und Bad Münster anschauen. Die Landesregierung hat viele Jahre den Fokus auf die Fusion der Städte Bad Kreuznach und Bad Münster gelegt und dabei vergessen, dass es auch noch übrige Gemeinden in der Verbandsgemeinde Bad Münster gibt. Aber die waren nicht so wichtig.

Man hat uns immer wieder mitgeteilt, dass man sich diese Gedanken erst dann machen wolle, wenn es klar ist, dass es zu einer Städtefusion kommen würde.

Es tut mir jetzt sehr leid, dass der Kollege Pörksen bei der Fusion seiner Stadt, in der er lebt, nicht anwesend ist.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Frau Kollegin, so wie der Kollege Baldauf!)

Es hat mich schon gewundert, dass er sich als Mitglied im Innenausschuss, als Fachpolitiker, in dieser Sache überhaupt nicht eingebracht und als Wahlkreispolitiker seine Dörfer im Stich gelassen hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD –

Frau Schneider, CDU: Entschuldigung, wenn man das beim Kollegen Baldauf macht, muss man auch ertragen, wenn es auf der Gegenseite gemacht wird!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, jetzt ist die Zeit davongerannt. Neun Ortsgemeinden stehen im Regen. Knapp 8.000 Bürger blicken in eine ungewisse Zukunft.

Herr Innenminister, Sie haben vor etwa zwei Monaten einen Brief geschrieben und darin erklärt, dass nach der Fusion der beiden Kurstädte die Restgemeinden der Verbandsgemeinde Bad Münster bis zum Ende der Amtszeit des Verbandsbürgermeisters 2016 weiter existieren sollen. Was danach mit der Verbandsgemeinde geschieht, lassen Sie weiter offen.

Sie lassen auch offen, wie es bis zum Januar 2016 mit der Verbandsgemeinde weitergehen soll, zum Beispiel mit der Frage, was mit dem Personal wird, das die Verbandsgemeinde hat. Eigentlich müsste es anteilmäßig zwischen Verbandsgemeinde und Stadt aufgeteilt werden. Dann wäre aber die Aufgabenwahrnehmung in den Restgemeinden nicht mehr zu leisten. Gleichzeitig, wenn wir sie behalten würden, kann die Restverbandsgemeinde diese Kosten nicht mehr tragen.

Es ist ein absolutes Dilemma, in das Sie diese Ortsgemeinden hineingeschickt haben, und diese sind fast nicht mehr handlungsfähig aufgrund Ihrer Handlungsunfähigkeit.

Diese Fragen, die sich beim Personal stellen, stellen sich auch bei den Gebäuden, bei der Personalarückstellung und ganz klar bei der Frage, mit welcher Motivation sollen Menschen bei der Kommunalwahl 2014 für eine Verbandsgemeinde wählen gehen oder sich für eine Verbandsgemeinde wählen lassen, wenn sie überhaupt nicht wissen, wohin der Zug fährt, wie wir weiter agieren wollen. Sie nehmen den Menschen auch die Motivation, sich zu engagieren.

Ich bitte Sie inständig, schnellstmöglich Rechtssicherheit für diese neuen Gemeinden zu schaffen und nicht nur einen solchen kurzen Entwurf vorzulegen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Zu Punkt 4 der Tagesordnung, Landesgesetz über die Gebietsänderung der Verbandsgemeinde Treis-Karden – Drucksache 16/2819 – erteile ich Frau Abgeordneter Beilstein für die CDU-Fraktion das Wort.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Ich dachte, wir nehmen zuerst die Opposition. Aber wenn Sie – – –

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Gut, dann nehmen wir zuerst die SPD-Fraktion. Herr Oster.

Abg. Oster, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir, die Verbandsgemeinde Treis-Karden – das darf ich

sagen; denn es ist meine Heimat, und da bin ich Mitglied des Verbandsgemeinderates –, haben uns innerhalb der Freiwilligkeitsphase bewegt und die notwendigen Beschlüsse für die Gebietsänderung gefasst. Deshalb ist es für uns alle – ich betone „alle“ – ungemein wichtig, dass unsere Gebietsänderung als freiwillig-gesetzlich identifiziert und eingeordnet wird. Mir ist bewusst, dass wir, die Akteure vor Ort, für die Umsetzung noch einiges an Arbeit leisten müssen.

Die vier Verbandsgemeinden sind auf einem guten Weg. Sie sind kurz davor, die Fusionsvereinbarung zu unterschreiben. Der Verbandsbürgermeister von Treis-Karden ist heute hier. Also sprich, auf Verbandsgemeindeebene sind wir auf einem sehr guten Weg.

Auf Kreisebene konnten wir in den vergangenen Tagen noch einmal Berichte in der Zeitung lesen. Ich denke, da muss man sich einfach noch einmal annähern. Da muss man über den einen oder anderen Punkt noch einmal offen reden. Ich denke aber, daran darf es letztendlich nicht scheitern; denn wir sind in diesem Prozess sehr weit vorangeschritten.

Mittlerweile streitet es in unserem Landkreis niemand mehr ab, dass es richtig war und ist, zu fusionieren; denn allein der demografische Wandel macht dies notwendig. Wir werden weniger. Dies braucht zukunftssteife Verwaltungseinheiten, damit Verwaltung bezahlbar bleibt.

Darüber hinaus muss noch einmal ganz deutlich gesagt werden – das betone ich –, es geht um eine Verwaltungsreform und nicht um eine Bürgerreform. In erster Linie geht es um Optimierung von Verwaltungszuschnitten und vor allen Dingen um wirtschaftliche Synergieeffekte. Diese Synergieeffekte werden mit der Fusion Treis-Karden erzielt. Deshalb ist es umso wichtiger, diesen Prozess zu Ende zu bringen.

Eines sei auch in aller Deutlichkeit gesagt, ich hätte mir im gesamten Prozess mehr Sachlichkeit gewünscht und weniger Emotionen; denn es war teilweise so gewesen, dass die sachlichen Argumente gar nicht mehr gezählt haben, nur noch Polemik im Spiel war. Ich glaube, da müssen alle Akteure sich selbst noch einmal an die Nase packen und das ein Stück weit relativieren.

Mein ausdrücklicher Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller betroffenen Verbandsgemeinden und den Ratsmitgliedern, die es in den letzten zwei Jahren sicherlich nicht leicht hatten. Keine Ratssitzung blieb ohne das Thema „Kommunalreform“, und viele andere wichtige Themen mussten hintanstehen. Das sei heute noch einmal gesagt, auch an die Mitglieder, die aus den Verwaltungen und der Bürgerinitiative heute hier sind. Es waren keine leichten zwei Jahre.

Wir, die SPD vor Ort, mussten am Anfang heftige Kritik für das Gesetz einstecken. Aber wir haben es von Anfang an akzeptiert und gesagt, wir wollen die Freiwilligkeitsphase nutzen; denn sie gibt uns eine Chance, und diese Chance haben wir genutzt und werden sie weiter nutzen.

Meine Damen und Herren, deshalb werde ich auch zum schwierigsten und kritischsten Teil der Fusion selbstverständlich Stellung beziehen und mich äußern.

Unsere Fusion hat landesweit für Aufregung gesorgt, da drei Gemeinden den Landkreis verlassen wollten und jetzt schlussendlich verlassen werden. Beschlossen worden war von den Gremien zunächst etwas anderes, aber das nun vorliegende Gesetz erzielt jedoch eine gute Lösung, mit der wir die drei wichtigsten Ziele erreichen und hinter der die Menschen aus allen drei Teilregionen der bisherigen Altverbandsgemeinde Treis-Karden stehen können: Zukunftsfestigkeit von Verwaltungseinheiten, Würdigung der regionalen Zugehörigkeitsempfindung – das ist ein Punkt, den man ansprechen sollte; der ist wichtig für die Bürger, und den haben wir aufgenommen – und – der letzte Punkt – die Stärkung des ländlichen Raums.

Insofern kann man aus heutiger Sicht sagen, die Fusionen waren nicht nur erfolgreich, sondern man hat auch dem Empfinden und dem Willen der Bürger Rechnung getragen.

Meine Damen und Herren, da sei ein Dank ausdrücklich an das Innenministerium gesagt; denn wir haben unzählige Gespräche über die Fusion geführt. Wir dachten, alles ist gesagt, alles ist besprochen, und immer wieder kamen Wünsche von den Kommunen vor Ort. Dies wurde vom Innenministerium, das sicherlich viele Aufgaben hat, zu keinem Zeitpunkt abgelehnt. Bis vor Kurzem wurden noch Gespräche geführt. Ich glaube, man sollte an einem solchen Tag wie heute sagen, dass das Haus uns in dieser schwierigen Zeit jederzeit zur Verfügung gestanden hat. Wir sind froh, dass das Gesetz heute in den Landtag eingebracht ist.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Beilstein das Wort.

Abg. Frau Beilstein, CDU:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In einem gebe ich Herrn Oster völlig recht, ich glaube, der Fall Treis-Karden ist im gesamten Land einmalig; denn die Gefühle der betroffenen Menschen, der ehrenamtlichen Ratsmitglieder, der Verwaltungskräfte sind über fast drei Jahre hinweg Achterbahn gefahren. Das hat seinen Grund darin, dass dieses Grundsatzgesetz nicht ausgegoren ist.

Zunächst hat man sich vor Ort auf die Suche nach einem Partner innerhalb der Kreisgrenzen gemacht, wie es das Grundsatzgesetz vorsieht. Als Problem erwies sich dabei sehr schnell der Wunsch der drei Hunsrückdörfer, in den Nachbarkreis zu wechseln. Das haben wir vor Ort sehr ernst genommen. Wir haben deswegen zur

Lösung dieses Problems ein Gespräch mit dem Innenminister gesucht.

Dieser stellte am 6. Dezember 2011 eindeutig fest, dass die Belange des Landkreises gegen eine solche Umgliederung sprechen. Deswegen hat der Verbandsgemeinderat Treis-Karden wenig später unter Mitwirkung des Herrn Kollegen Oster einen Beschluss gefasst, dass es bei einer Fusion innerhalb der Kreisgrenzen und damit bei dem Verbleib der drei Hunsrückdörfer im Kreis Cochem-Zell bleiben soll. Die übrigen Verbandsgemeinderäte im Kreis und die betroffenen Ortsgemeinden haben ebenfalls mit großer Mehrheit zugestimmt. Es wurde eine Fusionsvereinbarung getroffen, und dann wartete man auf den Gesetzentwurf – und wartete und wartete, nichts kam.

Über ein Jahr lang sind die Menschen vor Ort hingehalten worden, und man hat aus der Mainzer Ferne mit einer großen Ruhe beobachtet, wie sich die Emotionen im Hunsrück gesteigert haben. Dass sich diese Emotionen im Hunsrück gegen die Mehrheitspartei vor Ort richteten – ich sage es einmal so –, das kam in Mainz nicht eben ungelegen. Statt eines Gesetzentwurfs kam es dann zu einer neuen Ministerpräsidentin, und die störte sich recht wenig an dem Grundsatzgesetz, die störte sich auch nicht an den Beschlüssen vor Ort. Sie verkündete einfach par ordre du mufti, dass ein Kreisübertritt nun für die drei Hunsrückgemeinden möglich sei.

Diese Möglichkeit verwandelte sich in der kurzen Zeit danach sehr schnell in eine klare Ansage, dass es jetzt einfach in Mainz so gemacht würde, und sollten die kommunalen Entscheidungsträger dem nicht zustimmen, dann werde es halt gezwungenermaßen laufen und die Hochzeitsprämie wäre flöten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie sollen Kommunalpolitiker vor Ort, die ihren Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verantwortlich sein wollen, mit einer solchen Situation umgehen? – Ich sage, zunächst einmal ist von allen Parteien im Kreistag, mit Ausnahme der GRÜNEN, diese Vorgehensweise einmütig verurteilt worden.

Man hat sich aber dann fraktionsübergreifend sehr pragmatisch zusammengetan und gesagt, wir wollen das Beste für unsere Bürgerinnen und Bürger herausholen, damit nicht noch ein finanzieller Schaden entsteht. Deswegen gilt mein Dank an dieser Stelle ganz besonders all denjenigen Kolleginnen und Kollegen im Kreistag, die daran mitgewirkt haben, dem Landrat, der in den anschließenden Verhandlungen wirklich gute Ergebnisse erzielt hat, und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung.

(Beifall der CDU)

Zwischenzeitlich haben der Kreistag Cochem-Zell sowie die Verbandsgemeinderäte Cochem und Treis-Karden den neuen Gesetzentwurf zur Kenntnis genommen – mehr nicht. Wie ich gehört habe, ist im Rhein-Hunsrück-Kreis bisher lediglich der Grundsatzbeschluss gefasst worden, die drei Hunsrückdörfer aufnehmen zu wollen. Da ist man noch nicht ganz zufrieden und sieht finanziel-

le Nachteile. Ich sage ganz klar, im Sinne einer baldigen und hoffentlich einvernehmlichen Lösung hoffe ich, dass bei den Gesprächen auf Kreisebene und auch auf Landesebene nicht die Bedeutung vergessen wird, 1.100 Menschen im neuen Landkreis dazuzugewinnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Oster das Wort.

Abg. Oster, SPD:

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident! Ich denke, wenn man so direkt angesprochen wird, sollte man auch darauf reagieren. Einmal wurde der 6. Dezember mit dem Gespräch beim Innenminister angesprochen. Ich weiß nicht, bei welchem Gespräch Sie waren. Vielleicht waren Sie in einem Nebenraum. Ich habe da etwas ganz anderes verstanden. Sie waren es gewesen, die parteitaktische Interessen angebracht, für den Erhalt des Kreises gekämpft und gesagt haben: Bloß keine Kreisgrenzen antasten! –

(Licht, CDU: Das ist Ihr Gesetz!)

Das war nämlich Ihre Spruchweise an diesem Tag gewesen.

(Pörksen, SPD: Genau lesen! –

Frau Meurer, CDU: Man muss es auch verstehen! –

Pörksen, SPD: Das stimmt, Frau Meurer!)

– Genau. Ich denke, wir sollten das regeln.

Dann kommt der Punkt, in dem Sie sagen, Herr Oster hat im Verbandsgemeinderat Treis-Karden gegen die drei Hunsrückdörfer gestimmt. Frau Beilstein, das mag sein, aber wir leben in einem Prozess, und das ganze Leben ist ein Prozess. Entscheidungen verändern sich. Es hat sich eine Bürgerinitiative in unserem Landkreis gegründet, deren Mitglieder sehr sachlich argumentiert haben, warum sie den Landkreis wechseln wollen. Sie haben das permanent gut getan. Man kann dann auch irgendwann über seinen Schatten springen und eine Meinung ändern. Ich kann das. Wenn Sie immer nur an einer falschen Entscheidung festhalten, stelle ich mich in das Boot nicht hinein.

(Licht, CDU: Tut sie ja nicht!)

Ich kann meine Entscheidung ändern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Beilstein, das Letzte ist, ich kann Sie in der ganzen Kommunal- und Verwaltungsreform nicht mehr so ernst nehmen. Hier in Mainz haben Sie immer gefordert, wir müssen die Landkreise angehen und Kreise öffnen. Was war denn im Landkreis Cochem-Zell gewesen? Sie

hatten zwei Jahre Zeit, Landkreise anzutasten. Nichts haben Sie gemacht. Der Innenminister hat es hier ausdrücklich gesagt. Frau Beilstein, wenn Sie an die Landkreise herangehen wollen, dann tun Sie dies.

(Zuruf von der CDU: Sie haben doch gesagt, dass wir das erst 2019 machen!)

Sie haben sich nicht bewegt. Frau Beilstein, das Schönste ist, wir sind uns ja eigentlich einig; denn Sie haben letzte Woche der Fusion zugestimmt. Von daher kann das Ganze ja nicht so falsch sein, wie Sie hier immer behaupten. Sie haben zugestimmt.

(Licht, CDU: Hat sie doch auch nicht!)

– Hat sie nicht?

(Licht, CDU: Sie hat nicht gesagt, dass alles falsch ist! Nur genau zuhören!)

Sie haben heute Morgen den Bildbeweis bekommen. Hier ist der Bildbeweis. Das kann ich Ihnen noch einmal zeigen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Zu einer Antwort auf die Kurzintervention erteile ich Frau Kollegin Beilstein das Wort.

Abg. Frau Beilstein, CDU:

Lieber Kollege Oster, manchmal wäre es besser, man würde schweigen; denn wenn man sich um Kopf und Kragen redet, gelingt das nicht immer. Die Tatsache, dass ich in meiner Rede erwähnt habe, dass Sie zunächst dem Beschluss im Verbandsgemeinderat zugestimmt haben, dass die drei Hunsrückdörfer im Landkreis Cochem-Zell verbleiben, ist nun einmal eine Tatsache. Die Argumente der Bürgerinitiative lagen auch zu diesem Zeitpunkt schon vor. Die haben sich nicht erst danach eingestellt. Das muss klar bleiben.

Ich frage mich auch, wo Sie hier in der Vergangenheit gewesen sind, wenn Sie die Geschichte mit den Kreisgrenzen ansprechen. Wie oft haben wir seitens der CDU-Fraktion immer und immer wieder gewünscht und hier in Rede gestellt, dass eine komplette Reform notwendig ist, bei der auch die Kreisgrenzen mit einbezogen werden! Es kann aber doch nicht sein, dass hier in Mainz zunächst ein Gesamtriegel vorgeschoben wird und man dann von einem einzelnen Landkreis mit Blick auf eine spätere Kreisreform erwartet, dass er sich schon vorher nackt macht und seine Riegel aufmacht. Dass genau das der richtige Weg und die richtige Ansicht war, hat der Innenminister in seinem Brief genau so dargelegt. Man sollte hier schon bei der Wahrheit bleiben und nicht das eine mit dem anderen vermischen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Es liegen jetzt verschiedene Wortmeldungen vor, von der SPD-Fraktion von Herrn Pörksen. Von der Reihenfolge als Nächster der Gesetze nach wäre dann Herr Wäschchenbach von der CDU an der Reihe.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Pörksen das Wort.

Abg. Pörksen, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst dafür entschuldigen, dass ich in dem Moment, als die Kollegin Dickes gesprochen hat, nicht im Raum anwesend war, aber ich hatte das Glück, in meinem Büro den Lautsprecher angemacht zu haben, um zu hören, was sie sagt. Frau Kollegin Dickes, ich finde es, gelinde gesagt, schon eine ziemliche Unverschämtheit, in welcher Art und Weise Sie hier auftreten.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU hat nichts, aber auch gar nichts getan, damit die Fusion der Stadt Bad Kreuznach und der Stadt Bad Münster am Stein zustandekommt. Nichts, im Gegenteil, Sie haben es hintertrieben.

(Staatsminister Lewentz: Sie haben versucht, es zu verhindern!)

Sie haben es hintertrieben. Sich jetzt hier hinzustellen und darüber Krokodilstränen zu weinen, dass die Restverbandskommune nicht gleich in einem Schlag mitversorgt wird, ist doch wirklich an Lächerlichkeit nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben in der Fusionsdiskussion dafür gesorgt, dass wir erst am letzten Donnerstag im Stadtrat von Bad Kreuznach den entscheidenden Beschluss fassen konnten, der überraschenderweise mit sehr, sehr großer Mehrheit erfolgt ist. Aber monatelang und jahrelang den Prozess zu verschleppen und sich jetzt heute hier hinzustellen und zu sagen, ich beschwere mich darüber, Herr Pörksen hätte nichts getan, dann weiß ich gar nicht, in welcher Welt Sie eigentlich leben.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe selbst – und das seit Monaten – mit der Verbandsgemeinde und mit dem Bürgermeister – übrigens letzte Woche noch wieder – über die Frage gesprochen, was danach geschieht. Sie haben den Brief vom Minister zitiert. Es ist doch richtig, dass man erst nach dem Beschluss der beiden Städte über die Frage eine Entscheidung treffen kann, was mit der Restverbandskommune – neun Gemeinden und ca. 8.000 Einwohner – passiert.

(Frau Dickes, CDU: Aber einen Plan sollten Sie in der Tasche haben!)

Auch dort sitzen Sie doch in den Büschen. Das Ministerium hat einen Vorschlag gemacht, die Frage zu lösen,

indem man die Verbandsgemeinde Bad Kreuznach und den Rest der Verbandsgemeinde zusammenführt. Was haben Sie denn dazu gesagt? – Nichts haben Sie gesagt. Sie sitzen dort wie immer bei solchen Entscheidungen unter dem Tisch und sind zu feige, sich zu äußern. Sich dann hier hinzustellen und eine solche Rede zu halten, das ist typisch für Sie, aber mit der Sache hat das nichts zu tun.

(Beifall der SPD und des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen doch ganz genau – deswegen ärgert mich das wie die Pest –, wer die Stadt Bad Münster am Stein-Ebernburg in die Situation gebracht hat, dass sie 30 Millionen Euro Schulden hat: 30 Millionen Euro bei 4.000 Einwohnern! – Das waren doch Ihre Bürgermeister, Ihre Verbandsbürgermeister, die völlig blind in diese Situation hineingelaufen sind. Jetzt uns hier den Vorwurf zu machen, wir würden nicht für den Rest der Verbandsgemeinde sorgen, ist an Frechheit nicht zu überbieten.

(Abg. Frau Dickes, CDU, hält die blaue Karte hoch)

– Ja, das weiß ich, dass jetzt die blaue Karte kommt. Das war mir klar.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Nur sehe ich bis heute keine einzige Äußerung ihrerseits, die zum jetzigen Zeitpunkt eine Lösung hätte herbeiführen können. Das hätte auch gar nicht funktioniert. Wie denn? Solange der Stadtrat von Bad Kreuznach nicht beschließt, geht es nicht. Vorgestern ist der Vertrag unterschrieben worden: am 30. September, am letzten Tag, an dem es möglich war! – Ich denke, das sollte man vielleicht ein bisschen verinnerlichen und nicht nur aus einer parteipolitischen Brille heraus die Sache diskutieren.

Noch ein Wort zu der Frage der Fusion. Ihre Fraktionsvorsitzende war es, die öffentlich erklärt hat, dass das Land noch mehr drauflegen sollte. Wissen Sie eigentlich, wie viel das Land das Ganze kostet? Denken Sie einmal darüber nach. Das ist Ihre Politik, nicht meine.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Frau Kollegin Dickes das Wort.

Abg. Frau Dickes, CDU:

Herr Kollege Pörksen, ich mache es auch ganz kurz, aber ich hoffe, Sie stellen irgendwann noch einmal richtig, dass es nicht Verbandsbürgermeister Ludwig Wilhelm war, der die Stadt Bad Münster in diese Schuldenkrise getrieben hat, weil Sie gerade den Verbandsbürgermeister der CDU erwähnten.

(Pörksen, SPD: Anscheinend kennen Sie den anderen nicht!)

Es ist durchaus klar, dass keine Regelungen für die übrigen Gemeinden der Verbandsgemeinde Bad Münster getroffen werden konnten, bevor nicht der Vertrag zwischen Bad Kreuznach und Bad Münster beschlossen wurde. Das ist keine Frage. Aber einen Plan für die Zeit nach dem Beschluss hätte man durchaus in der Hand haben können. Es gibt bis jetzt keinerlei Aussagen, wie es weitergeht.

Diese Entscheidung hätte man unmittelbar danach treffen können. Das ist mein Kritikpunkt. Es gibt Dörfer, die immer wieder nachgefragt haben. Sämtliche Bürgermeister fragen nach. Wir haben nachgefragt. Frau Klöckner hat im Ausschuss nachgefragt. Es gibt einfach keine Antwort. Damit lassen Sie die Gemeinden, die in Ihrem Wahlkreis liegen, im Regen stehen. Um die hat sich keiner gekümmert. Es hat jeder nur in die Städte hineingeschaut.

Diesen Plan B – das können Sie nicht bestreiten – gibt es bis heute nicht, den hätte man aber haben müssen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Zur Antwort auf die Kurzintervention erteile ich nochmals Herrn Abgeordneten Pörksen das Wort.

Abg. Pörksen, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Durch Wiederholung wird Falsches nicht richtig. Das haben wir heute schon mehrfach gehört.

Sie haben selbst den Brief des Ministers zitiert. In dem steht klipp und klar drin, wie weiter vorgegangen werden soll. Was gibt es daran zu kritisieren?

Fragen Sie Ihren Verbandsbürgermeister, den Sie gerade zitiert haben, wie er dazu steht. Natürlich will er schnell Klarheit wegen dem Personal haben und wissen, wie es weitergeht. Sie sind im Gespräch mit dem Ministerium.

Was haben Sie gesagt zu der möglichen Verbindung, ob fünf Gemeinden dorthin und vier Gemeinden dorthin oder die Verbandsgemeinde Bad Kreuznach mit der Verbandsgemeinde Bad Münster am Stein-Ebernburg fusioniert? Dazu sagen Sie nichts. Das ist typisch für Sie.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Zu Punkt 5 der Tagesordnung, Landesgesetz über die Eingliederung der verbandsfreien Stadt Herdorf in die Verbandsgemeinde Daaden – Drucksache 16/2793 – darf ich Herrn Abgeordneten Wäschenbach das Wort erteilen.

Abg. Wäschenbach, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer besonders aus Herdorf und Daaden, verehrte Vertreter der Bürgerinitiative „Eigenständiges Herdorf“, liebe Kollegin Frau Anna Neuhoof im Livestream, lieber Abgeordneter Kollege Thorsten Wehner!

(Staatsminister Lewentz: Herr Abgeordneter Dr. Weiland hat uns erklärt, dass wir keinen grüßen dürfen!)

Das Landesgesetz über die Eingliederung der verbandsfreien Stadt Herdorf in die Verbandsgemeinde Daaden ist ein unabweisbarer Beweis für die bürgerfremde und ignorante Politik der Landesregierung und insbesondere die des Innenminister Lewentz.

(Beifall bei der CDU)

Leider kann man als Wahlkreisabgeordneter anteilig in etwa 3 Minuten nicht über ein 130 Seiten starkes Gesetz, welches die Menschen zutiefst berührt, angemessen und ausreichend debattieren.

(Zuruf von der SPD)

Sowohl in der Stadt Herdorf als auch in der Verbandsgemeinde Daaden haben sich die Räte parteiübergreifend mit CDU, SPD und GRÜNEN gegen die Eingliederung Herdorfs in die Verbandsgemeinde Daaden ausgesprochen. Das geschah aus vielen guten Gründen.

Herdorf ist eine Mustergemeinde für die Bewältigung zukünftiger Probleme durch interkommunale Zusammenarbeit und Kooperationsprojekte. Eine Forderung, die auch Sie, Frau Ministerpräsidentin Dreyer, immer wieder anmahnen und die in Herdorf längst praktiziert wird.

Ich begrüße an der Stelle auch den Bürgermeister der Stadt Herdorf, Herrn Uwe Erner, ganz herzlich.

Deutschland braucht Reformen, und in Herdorf ist ein Reformwille da, aber einer mit Sachverstand und Augenmaß. Seit Jahrzehnten betreibt Herdorf einen Abwasserzweckverband mit drei nordrhein-westfälischen Gemeinden, plant die Schulentwicklung mit der NRW-Nachbargemeinde Neunkirchen und pflegt eine Bauhofkooperation mit Betzdorf.

Eine gemeinsame Gesamtschule mit Daaden hat übrigens das Land in den letzten Jahren verweigert.

Selbst der Landesrechnungshof kam in seinem Kommunalbericht 2011 zu dem Ergebnis, dass positive Auswirkungen auf die kommunale Leistungsfähigkeit sowie auf die Haushaltslage durch gesetzliche Gebietsveränderungen allenfalls auf lange Sicht und in bescheidenem Umfang zu erwarten sind.

Doch im Falle der Zwangsfusion Herdorf/Daaden spielt neben dem fiskalischen ebenso der historische Aspekt eine wichtige Rolle. Seit der Eingliederung des Herdorfer Bürgermeisteramtes in die Gemeinde Daaden im Jahr

1816 hat Herdorf bis zum Jahr 1955 stets auf seine Eigenständigkeit gepocht und diese eben erst vor knapp 60 Jahren widererlangt. Dieser Weg war richtig, und zwar aus wirtschaftlichen Beweggründen und auch wegen der topografischen Trennung des Heller- und Daadetales, und nicht zu vergessen aufgrund der Konfessionsgrenze, die beide Gemeinden bis heute noch trennt.

In § 2 Abs. 5 des Gesetzes zur Kommunal- und Verwaltungsreform steht geschrieben, dass bei einer Fusion vor allem topografische, geografische, historische und konfessionelle Gegebenheiten zu berücksichtigen sind. Doch im Gesetzentwurf der Landesregierung werden diese Tatbestände gnadenlos missachtet.

Herr Minister Lewentz, kennen Sie Ihr eigenes Gesetz nicht? Sie haben das einen externen Gutachter machen lassen und das eigene Denken im Ministerium abgeschaltet.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Wie erklären Sie das den Bürgerinnen und Bürger vor Ort? Stimmt, Sie tun es gar nicht, weil Sie bisher jede Einladung nach Herdorf abgelehnt haben.

(Zurufe von der CDU)

Herr Köbler, entgegen Ihrer Aussage, wir hätten keine Position, hatten Sie für Herdorf nun einen Halbsatz übrig. Wir haben eine Position.

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich war da!)

– Sie waren im Sommer ein paar Stunden in Herdorf. Was wollten Sie da? Was haben Sie erreicht?

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD –
Zuruf des Staatsministers Lewentz)

Eine Spaltung und Entsolidarisierung mit Ihren grünen Parteimitgliedern, so konnte man es letzte Woche in der Zeitung lesen, haben Sie erreicht. Ein dringlicher Appell Ihrer Basis bleibt unerhört. Sowieso seien Sie bei Ihrem Besuch ziemlich desinteressiert an Herdorf gewesen, wurde mir berichtet.

(Frau Schneider, CDU: Ding dong!)

Hinter den Zahlen des Zwangsgesetzes stehen Menschen mit Herzblut, die für ihre Tradition und Identität stehen. Doch dies haben Sie, Herr Minister, bislang nicht realisiert.

Respektieren Sie den Bürgerwillen. 1.800 Menschen gingen auf die Straße, betreiben eine Facebook-Seite und kämpfen mit einer Online-Petition. Ich werde Ihnen nach der Debatte eine Unterschriftenliste überreichen. Das hat nichts mit Populismus zu tun, so wie Sie es, Herr Hering, heute in der Haushaltsdebatte bezüglich der Kommunalreform gesagt haben.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ich zolle den Wutbürgerinnen und -bürgern aus Herdorf und Daaden, insbesondere den gewählten Ratsvertre-

tern der Parteien SPD und GRÜNEN, meinen Respekt für ihren bürgernahen Einsatz. Was steht in der Zeitung am 27. September?: „SPD-Herdorf sieht sich mit Latein am Ende.“

Herr Lewentz, für Sie heißt es nicht: „veni, vidi, vici“, sondern ich kam nicht nach Herdorf, ich sah nichts in Herdorf, und Sie werden nicht siegen in Herdorf.

(Beifall der CDU)

Sie haben zwar noch nicht vor Gericht, aber schon die Menschen und ihre eigenen Parteigenossen der SPD verloren.

Ich beantrage eine Anhörung zu diesem Gesetz.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Wehner das Wort.

Abg. Wehner, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss ein bisschen schneller reden, weil die Zeit recht knapp ist. Was man hier gehört hat, ist wirklich – – –

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU)

Herr Wäschenbach, wir kennen uns schon seit vielen Jahren. Ich kenne Sie schon von vor der Zeit, als Sie noch nicht im Landtag waren. Wir haben uns oft unterhalten. Ich glaube, Sie haben damals immer herausgestellt, wie wichtig es Ihnen ist, Sachentscheidungen zu treffen und parteipolitische Entscheidungen außen vor zu lassen. Es war eine der ersten Abstimmungen, die Sie hier mitgemacht haben. Da haben Sie sogar noch gegen Ihre eigene Fraktion gestimmt. Das ist allerdings heute Geschichte.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen das heute gar nicht vorwerfen. Ich weiß, wie Parlamentarismus ist. So funktioniert er eben. Ich muss es einfach feststellen.

Ich will feststellen, wie schnell der Prozess fortgeschritten ist, wie Sie in der parteipolitischen Dynamik vorangeschritten sind, wie Sie nur noch Parteipolitik im Kopf haben und dass Sie sich gar nicht mehr für ihre eigene Meinung einsetzen.

Mittlerweile ist das im Kreis das bekannte Muster, was Sie vorführen. Egal, wo eine Demonstration ist und wo sich Bürger aufregen – Sie haben die Wutbürger genannt –, stehen Sie in der ersten Reihe, beispielsweise bei Verkehrsprojekten oder bei der Windkraft. Inzwischen sind Sie umgefallen. Früher waren Sie ein Befür-

worter, jetzt sind Sie ein Gegner. Die „Rhein-Zeitung“ titulierte: Wäschenbach schwankt. – Aber bei der Kommunal- und Verwaltungsreform ist es so ähnlich.

Herr Wäschenbach, das ist Populismus. Inhalte habe ich nur wenige gehört.

Ich nenne ein bisschen Geschichte. Wenn es mittlerweile eine CDU gibt, die eine evangelische Kanzlerin hat, die geschieden ist, dann kann man doch nicht allen Ernstes bei solchen Fragen die Geschichte mit Religion begründen. Das ist aus meiner Sicht ein falsches Argument, das ich nicht gelten lassen will.

Sie haben noch die Schule angeführt. Schule ist lange Zeit ein gutes Zusammenarbeitsprojekt in den beiden Verbandsgemeinden bzw. in der verbandsfreien Stadt gewesen. Die beiden Schulen haben hervorragend zusammengearbeitet. Das will man leider jetzt nicht mehr.

Bei der CDU im Kreis Altenkirchen gibt es das bewährte Muster, wie immer, nämlich Fundamentalopposition, die so weit ging, dass die Kreis CDU sogar ihre eigenen Bürgermeister Schneider und Schwan in den Verbandsgemeinden Daaden und Gebhardshain versucht hat, gegeneinander auszuspielen. Der CDU-Laden in Gebhardshain ist ihnen dann fast auch um die Ohren geflogen. Gott sei Dank haben Sie da noch einmal die Kehrtwende geschafft.

Konrad Schwan, der Bürgermeister in Gebhardshain, hatte jetzt keine Mehrheit für seinen Haushalt, weil die CDU dagegen gestimmt hat. Die Verletzungen sitzen noch sehr tief. Das kommt davon, wenn man mit dem parteipolitischen Feuer spielt.

Dann heißt es, die Reform setzt auf den falschen Ebenen an. Das ist interessant.

(Präsident Mertes übernimmt den Vorsitz)

Eben haben wir Frau Beilstein gehört, die sagt, wir müssen auch die Kreise anpacken. Was lese ich in der „Siegener Zeitung“?

(Glocke des Präsidenten)

Ich komme zum Schluss. Den Satz muss ich noch sagen. Die Grenzen des AK-Kreises sind unantastbar. – Damit sind wir wieder beim Ausgangspunkt. Die CDU macht immer nur Fundamentalopposition.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wäschenbach von der CDU-Fraktion.

Abg. Wäschenbach, CDU:

Lieber Thorsten Wehner, das mit der Fundamentalopposition und Parteipolitik passt hier gar nicht. Ich vertrete – das habe ich eben ganz deutlich gesagt – alle Parteien in beiden kommunalen Gremien. Alle Ratsvertreter, und

zwar der SPD, der GRÜNEN und der CDU, haben sich gegen die Fusion ausgesprochen. Was ist daran parteipolitisch?

Ich komme zur Sache. Frau Schellhammer, Sie haben gesagt, die Bürgerbeteiligung muss neu gedacht werden. Lassen Sie uns doch bei der Anhörung Ihre Bürgerbeteiligung neu denken! Greifen Sie doch die Vorschläge in der Anhörung auf!

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen doch für Alternativen.

Herr Wehner sprach noch die Effizienz an. Ich möchte gern noch ein paar Punkte aus dem Gesetz zitieren oder hinterfragen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Bitte beziehen Sie sich auf Ihren Vorredner.

Abg. Wäschenbach, CDU:

Ja, ich beziehe mich auf den Vorredner!

Präsident Mertes:

Die Rede von Frau Schellhammer ist schon so lange vorbei.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren! Ich habe die Sitzungsleitung übernommen und bitte den Kollegen, zu seinem Vorredner zu reden. Bitte schön.

Abg. Wäschenbach, CDU:

Herr Präsident, ich sehe einen Sachzusammenhang im Sinne der Bürgerbeteiligung und nicht der Parteipolitik.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Herr Kollege, Sie haben nicht zu kommentieren, wenn ich Leitungsentscheidungen verkünde. Wenn Sie das dennoch tun, werde ich Sie zuerst zur Sache rufen und anschließend die weiteren Möglichkeiten der Geschäftsordnung ausschöpfen. Bitte kommen Sie jetzt zu Ihrem Punkt.

(Zurufe von der CDU)

Abg. Wäschenbach, CDU:

Ich habe nur noch eine Anmerkung. Es gäbe noch viel zu sagen. Herr Wehner hat die Effizienz in dieser Ge-

setzung angesprochen. Was ändert sich eigentlich durch dieses Gesetz? Der Brand- und Katastrophenschutz bleibt im Hellertal. Wasser und Abwasser bleiben im Hellertal bei den NRW-Kommunen. Schulen bleiben im Hellertal. Der Flächennutzungsplan kann nicht zusammenführen, was gar keine Gemeinsamkeit hat.

(Licht, CDU: Er hat von Effizienzmodellen gesprochen! –
Zurufe von der SPD)

Er hat von Fusionsmodellen mit Gebhardshain gesprochen. Der Flächennutzungsplan zwischen Herdorf und Daaden kann keine Gemeinsamkeit herbeiführen, weil ihn die Bürgerinnen und Bürger und die Firmen gar nicht brauchen. Das möchte ich gesagt haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Mertes:

Herr Kollege Köbler, Sie haben sich gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort. Ihre Fraktion hat noch eine Redezeit von 8 Minuten.

Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte mich eigentlich gar nicht mehr zu Wort melden und der Diskussion um die Einzelgesetze lauschen. Manches kann man nicht im Raum stehen lassen, Herr Wäschenbach.

Ihre Ausführung über meinen Besuch in Herdorf lasse ich so nicht stehen. Ich war am 5. August dieses Jahres in Herdorf, und zwar nicht nur für wenige Stunden und auch nicht uninteressiert, sondern einen halben Tag. Ich war den ganzen Tag in der Region und habe mehrere Stunden vor Ort mit den Leuten über die Kommunalreform diskutiert. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

Wir stellen uns auch schwierigen Diskussionen. Ich war nicht nur in Herdorf. Ich habe mit nahezu allen Verbandsgemeinden Gespräche geführt, und zwar auch mit denen, die heute strittig im Raum stehen. Ich war in Herdorf, Maikammer, Edenkoben, Manderscheid, Wittlich, Budenheim, Guntersblum und Wallhalben.

Man kann in der Sache anderer Meinung sein. Ich glaube aber, es gibt einen Unterschied zwischen dem platten Vortragen, er wäre nicht interessiert gewesen, und dem verantwortlichen Argumentieren und Diskutieren, das auch beinhaltet, sich der Kritik vor Ort zu stellen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Mertes:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann schließe ich die Debatte.

(Zurufe von der CDU)

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Zurufe von der CDU)

Ich habe die beiden Beisitzer gefragt. Ich habe die Mitteilung bekommen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Zurufe von der CDU –
Licht, CDU: Ich habe Ihrem Vorgänger eine Liste mit den Wortmeldungen übergeben!)

Meine Damen und Herren, die Liste liegt mir nicht vor.

(Bracht, CDU: Dann werden wir uns jetzt melden!)

Meine Damen und Herren, die Entscheidung ist korrekt. Wenn mir keine Wortmeldungen von meinen Beisitzern signalisiert werden, schließe ich – – –

(Zurufe von der CDU)

– Hören Sie doch einmal auf. Wenn Sie nicht bereit sind, den Krawall einzustellen, bin ich nicht bereit, das zu ändern. Die erste Entscheidung ist aufgrund der Entscheidung gelaufen, dass keine Wortmeldungen vorliegen. Sie sagen mir, es hat eine Liste gegeben. Wir sind lange genug im Parlament, dass ich Ihnen das glaube. Jetzt bitte ich um Wortmeldungen.

Das Wort hat Frau Kollegin Schneider.

Abg. Frau Schneider, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich den grundsätzlichen Ausführungen zu dem Thema „Kommunal- und Verwaltungsreform“ meiner Vorrednerin Anke Beilstein anschließen. Deshalb möchte ich mich auf den Gesetzentwurf der Zwangsfusion der Verbandsgemeinden Edenkoben und Maikammer beziehen.

Das Vorgehen der Regierung, insbesondere der regierungstragenden Fraktionen, hat dazu beigetragen, dass die Fronten vor Ort sehr verhärtet sind. Es hat sich insbesondere in der Region der Südpfalz gezeigt, dass eine Zwangsfusion nicht gegen den Willen der Bürger durchzuführen ist.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung im Januar 2011 noch eine stärkere Bürgerbeteiligung gefordert und gesagt, dass Sie die Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen beteiligen werden.

Herr Köbler, Sie haben in Edenkoben als Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN versprochen, dass es keine Entscheidung gegen die Bürgerinnen und Bürger geben wird. Wir haben in Maikammer eine Bürgerbefragung durchgeführt. 95 % haben sich gegen eine Zwangsfusion mit der Verbandsgemeinde Edenkoben ausgesprochen.

Wir möchten Sie beim Wort nehmen, dass Sie nur dann eine Fusion durchführen, wenn die Bürgerinnen und

Bürger vor Ort zustimmen. Hier begehen Sie eindeutig Wortbruch, weil Sie nur Bürgerentscheidungen akzeptieren, wenn sie in Ihren Kram passen.

(Beifall der CDU)

Ich widerspreche Ihnen auch in einem weiteren Punkt, nämlich bei den Kriterien der Zwangsfusionen. Die Verbandsgemeinde Maikammer erfüllt nämlich sämtliche Kriterien des Gutachters des Landes. Es wurde auch von einem Gutachter zwischenzeitlich bestätigt, dass die Verbandsgemeinde Maikammer den Nachweis einer dauerhaften wettbewerbs- und leistungsfähigen Verbandsgemeinde erbracht hat.

Damit sind die Voraussetzungen, die Sie selbst für die Verbandsgemeinden Edenkoben und Maikammer gesetzt haben, nicht gegeben. Wir haben mit Edenkoben und Maikammer zwei wirtschaftlich prosperierende Verbandsgemeinden. Somit sind die Vorgaben nicht gegeben, dass eine der beiden fusionieren muss.

Ein weiterer Punkt. Sie führen immer wieder das Thema „Einsparungen“ vor. Sie sind bisher jeglichen Beweis schuldig geblieben, dass die Zwangsfusion zwischen Edenkoben und Maikammer zu Einsparungen führt. Sie sagen sogar im Gesetz, dass es am Anfang noch teurer wird.

Ein weiteres Argument von Ihnen ist der demografische Wandel. Auch hier wurde bestätigt, dass die Zahlen von Maikammer stimmen und die Entwicklung von Maikammer so ist, dass die Bevölkerung immer weiter wächst und wir keine Probleme mit dem demografischen Wandel haben, oder, um es mit den Worten des ehemaligen Innenministers Karl Peter Bruch zu sagen – ich zitiere aus der „RHEINPFALZ“ vom 2. Februar 2008 –: Die Kleinregion „Erlebnisland Maikammer“ ist „fit für Europa“. Viele Probleme, die andernorts zum Teil noch nicht erkannt und diskutiert worden sind, sind in Maikammer bereits mit großem Erfolg angegangen worden. –

Bruch bescheinigt der Verbandsgemeinde Maikammer Zukunft durch Innovation. Maikammer ist nach Aussage des ehemaligen Innenministers zwar fit für Europa, aber anscheinend nicht fit für Rheinland-Pfalz. Bis heute konnten Sie diesen Widerspruch nicht entkräften.

(Beifall der CDU)

Herr Kollege Köbler, darum sollten Sie den Gesetzentwurf vielleicht noch einmal lesen. Auch in Edenkoben gibt es keine Zustimmung. Der Verbandsgemeinderat in Edenkoben hat die Zwangsfusion abgelehnt, ein Großteil der Gemeinden hat das ebenfalls getan.

Wir fordern vonseiten der Verbandsgemeinden Edenkoben und Maikammer: Gewähren Sie uns vorläufigen Rechtsschutz. Warten Sie den Ausgang der Klage ab, und führen Sie die Zwangsfusion erst durch, sollte – was ich nicht glaube – die Verbandsgemeinde Maikammer verlieren. Ich beantrage für die CDU-Fraktion, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf – Drucksache 16/2794 – durchzuführen, damit auch Herr Köbler darü-

ber informiert wird, dass die Verbandsgemeinde Edenkoben gegen die Zwangsfusion ist.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile dem Abgeordneten Schwarz das Wort zu einer Kurzintervention.

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Schneider, Sie sprachen davon, die Fronten vor Ort seien verhärtet. Erinnern Sie sich bitte daran, warum sie verhärtet sind. Ich erinnere Sie an die drei Veranstaltungen, die dort stattgefunden haben. Das, was in ihnen abgelaufen ist, zielte unter die Gürtellinie. Der Verbandsbürgermeister war nicht in der Lage, das Ganze zu korrigieren. Das ging so weit, dass an verschiedenen Abenden Tötungsdrohungen ausgestoßen wurden. Das ist unterirdisch. Wenn Sie also meinen, die Fronten hätten sich aufgrund der Gesetzesvorlage verhärtet, gehen Sie irre.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Bürgerbefragung, die Sie erwähnt haben, war mit vielen Halb- und Unwahrheiten gespickt. Ich möchte nur ein Beispiel nennen: Wenn ein Verbandsbürgermeister sagt – und das mathematisch hochrechnet –, dass seine drei Ortsgemeinden in der neuen Gebietskörperschaft nicht mehr entsprechend vertreten seien, möchte ich ihn fragen, ob er noch weiß, was Kumulieren und Panaschieren heißt.

Sie haben das Gutachten angesprochen. Da gibt es drei Hauptkriterien: Einwohnerzahl – 12.000 –, Fläche – 105 Quadratkilometer –, Anzahl der Ortsgemeinden – 14. – Welches Kriterium erfüllt Maikammer? – Nicht ein einziges, bei Weitem nicht. Die Kriterien, die Sie dann aufführen, zählen erst, wenn eine Verbandsgemeinde mindestens 10.000 Einwohner hat. Auch da sind Ihre Angaben falsch. Ich könnte damit weitermachen. Ich habe gar nicht so schnell mitschreiben können, wie Sie Halbwahrheiten erzählt haben.

(Zurufe von der CDU)

Dann haben Sie erzählt, dass die Verbandsgemeinde und die Gemeinden Entscheidungen getroffen und eine Fusion abgelehnt hätten. Ich habe dieses Schreiben in meiner Funktion als Ortsbürgermeister bekommen. Wenn man weiß, dass die von der Verbandsgemeinde schon vorgefertigt sind, und zwar mit einem Beschlussvorschlag, dass man erst einmal seine Ratsmitglieder bis ins Detail informieren muss, und der Information, dass nur der Ortsbürgermeister die Gesetzesvorlage bekommen hat – ich glaube nicht, dass jeder sie gelesen hat; es waren nämlich weit über 140 Seiten –, kann man sich vorstellen, wie in verschiedenen Gemeindegremien entschieden worden ist.

Überdenken Sie also all das, was Sie da aufgezählt haben, noch einmal. Maikammer erfüllt mit Sicherheit nicht die Kriterien, die erforderlich sind, um nicht fusioniert bzw. nicht eingegliedert zu werden. Zudem bitte ich Sie, nicht von „Zwangsfusionen“ zu sprechen, sondern von der Umsetzung eines Gesetzes, das mit demokratischen Mehrheiten in einem demokratisch gewählten Parlament zustande gekommen ist.

(Beifall der SPD –
Licht, CDU: Sie reden doch jetzt von
„Zwangsfusion“!)

Präsident Mertes:

Frau Kollegin Schneider, haben Sie sich gemeldet? – Bitte schön.

Abg. Frau Schneider, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Kollege Schwarz, ich weiß, dass Sie immer wieder die Mär verbreiten, die Fronten seien deshalb verhärtet, weil es eine Bürgerbewegung vor Ort gab. Die Fronten sind aufgrund der Vorgehensweise der Landesregierung verhärtet. Unsere beiden Verbandsbürgermeister haben aus der Presse erfahren, dass ihre Gemeinden zwangsfusioniert werden sollen. Erst unsere Bemühungen haben dazu geführt, dass es die ersten Gespräche gab.

Dann war der Innenminister Karl Peter Bruch vor Ort und hat sich die Argumente angehört. In Mainz hat er dann aber ganz anders argumentiert als vor Ort: Dann kamen Vertreter von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und haben gesagt, es dürfe keine Zwangsfusion gegen den Willen der Bürgerschaft geben. Aber in Mainz wurde immer wieder anders gehandelt. Das hat zu den verhärteten Fronten vor Ort geführt, nicht die Tatsache, dass wir die Missmutsäußerungen gebündelt und hier vorgetragen haben.

(Beifall der CDU)

Herr Kollege Schwarz, Sie wissen ganz genau, dass die Landesregierung zwischenzeitlich das erste Gutachten von Herrn Junkernheinrich hat korrigieren lassen müssen, weil er von falschen Grundlagen ausgegangen ist und diese Zahlen widerlegt wurden. Sie wissen auch, dass die Vertreter der Verbandsgemeinde immer wieder Akteneinsicht gefordert haben, weil sie ganz andere Zahlen als Grundlage vorlegen können. Diese Akteneinsicht wurde den Vertretern der Verbandsgemeinde bis heute verweigert. Wenn man nichts zu verbergen hat, kann man ihnen auch diese Akteneinsicht gewähren. Das führt dazu, dass die Fronten vor Ort so verhärtet sind.

(Beifall der CDU)

Herr Kollege Schwarz, ich bin selbst im Stadtrat Edenkoben. Auch wir haben über diesen Gesetzentwurf abgestimmt. Es haben sich alle Stadträte und die Ortsgemeinderäte der Verbandsgemeinde mit diesem Gesetzentwurf auseinandergesetzt. Es ist eine Unverschämtheit, hier zu behaupten, sie hätten ihn nicht gele-

sen. Mit Verwunderung habe ich zur Kenntnis genommen, dass die Ortsgemeinde Hainfeld, in der Sie Ortsbürgermeister sind, die einzige ist, die keine Stellungnahme abgegeben hat. Wenn Sie das nicht gelesen haben, sollten Sie das nicht auf die Vertreter der anderen Gemeinde übertragen.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, es geht weiter. Die Kollegin Meurer hat sich gemeldet.

Abg. Frau Meurer, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, bei diesem Gesetzentwurf ist es wichtig, die Chronologie der ganzen Geschichte noch einmal zu erzählen. Bei dieser Zwangsfusion ist nämlich die Gemeinde Wittlich-Land betroffen, die nach dem Gesetz überhaupt nicht betroffen wäre. Wittlich-Land hat bereits heute 22.000 Einwohner – Sie haben die Kriterien eben noch einmal aufgeführt –, 24 Ortsgemeinden und eine Fläche von 236 Quadratkilometern. Es gibt überhaupt keinen Fusionsbedarf. Auch die Stadt Wittlich hat keinen Fusionsbedarf.

Herr Lewentz, dann kam Ihr Vorgänger, Herr Bruch, nach Wittlich und hat gesagt: Ich mache Ihnen einen Vorschlag. Die Stadt Wittlich und Wittlich-Land kooperieren. Die Bedingung ist, es wird ein gemeinsames Rathaus mit einem Eingang gebaut. Die Kooperation muss ausgearbeitet werden. Wir gewähren der Gemeinde für das neue Rathaus eine 70%ige Förderung.

In Wittlich-Land hat man sich ein bisschen geziert. Sie wollten überhaupt nicht mit Wittlich-Stadt kooperieren, auch aus dem Grund nicht, weil sie gedacht haben, das sei der erste Schritt zur Fusion. Sie wollten das nicht. Sie haben es dann doch getan. Es gab viele Stunden, in denen sich die Verwaltung und die Gremien damit befasst haben. Gute Beschlüsse wurden mit viel Herzblut und mit viel Engagement gefasst. Die Planung eines gemeinsamen Rathauses wurde einstimmig beschlossen. Dann kam die Wahl, Sie wurden der Nachfolger von Herrn Bruch. Das Ergebnis war, dass es die Zusage einer 70%igen Förderung nicht geben konnte, weil der Rechnungshof das für nicht wirtschaftlich hält.

(Staatsminister Lewentz: Aha!)

– Nicht „Aha!“. Es gibt politische Entscheidungen. Das ist das, was Sie uns hier immer erklären.

(Staatsminister Lewentz: Das war doch sehr eindeutig!
Die Kommunen haben das zurückgezogen!)

Fakt ist doch: Das Einzige, was von dieser Geschichte übrigblieb, sind 500.000 Euro Planungskosten für die Stadt Wittlich.

(Staatsminister Lewentz: Erzählen Sie nichts
Falsches! Das geht alles ins Protokoll!)

– Ja, alles geht ins Protokoll. – Dann kam die Entscheidung – immer noch hat Wittlich-Land keinen Fusionsbedarf; es ist zwischenzeitlich nicht kleiner geworden –, dass Wittlich-Land mit Manderscheid fusionieren soll. Wieder gab es keine allzu große Begeisterung dafür. Aber in Wittlich-Land hat man am Ende gesagt: Okay, wir verweigern uns dem nicht. Wir sehen auch ein, dass es einen Reformbedarf gibt. – Im Übrigen sieht das unsere Partei überall ein. Nur, die Art und Weise, wie das gehandhabt wird, ist der Streitpunkt bei der ganzen Geschichte.

(Beifall der CDU)

Wiederum gab es viele Diskussionen, viele Gremiensitzungen und viele gute Entscheidungen. Allerdings gab es am Ende auch die Entscheidung der kleineren Kommunen, die das abgelehnt hat. Gremienentscheidungen müssen wir akzeptieren. Die GRÜNEN reden immer davon, dass das akzeptiert wird. Es gab daraufhin weitere Vorschläge seitens der Gemeinden, wie sie sich eine Fusion vorstellen können. Im Übrigen hätte die neue Verbandsgemeinde dann 45 Ortsgemeinden, 400 Quadratkilometer an Fläche und 29.000 Einwohner.

In Ihrem Gesetzentwurf steht unter anderem – einige Dinge will ich vorlesen –: Funktionale Verflechtungen zwischen den Verbandsgemeinden Wittlich-Land und Manderscheid bestehen kaum; dennoch ist der geplante Zusammenschluss aus Gründen des Gemeinwohls erforderlich. –

Das Gemeinwohl kann bei Ihnen für alles als Argument herhalten, wenn Sie keine stichhaltigen Argumente mehr haben.

Sie haben es vorhin selbst angesprochen: In dem Gesetzentwurf gestatten Sie der zukünftigen Verbandsgemeinde für zehn Jahre unterschiedliche Umlagen von 5 % zu erheben. Sagen Sie mir einmal, wie eine neue Verbandsgemeinde als Einheit zusammenwachsen soll, wenn ich zehn Jahre in dem Gemeinderat unterschiedliche Voraussetzungen schaffe. Das dient nicht dem Gemeinwohl, mit Sicherheit nicht.

(Beifall bei der CDU)

Auch für die Verbandsgemeinde Manderscheid gilt nach wie vor, es gibt andere Beschlüsse, in denen Sie gesagt haben, wir wollen Manderscheid eventuell nach Daun eingliedern. Das wäre für uns günstiger. Andere sind mehr nach Wittlich orientiert. Sie sagen, es gehe nicht. Es geht bei Treis-Karden, und es ging bei Tritenheim. Es gibt viele Beispiele dafür, dass es geht. Deshalb ist es unverständlich, warum es dort nicht gehen soll.

(Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

Dann gibt es einen Bürgerentscheid aus der Verbandsgemeinde Wittlich-Land, den wir akzeptieren sollen. Am 22. September ist ein deutliches Votum gegen eine Fusion gegeben worden. Nicht konstruktiv, sagt Ihr Fraktionsvorsitzender. Okay, das müssen wir so akzeptieren.

Wenn Sie aber Bürgerentscheide für die Zukunft wollen und dann hinterher sagen, das sei konstruktiv und das

nicht, dann möchte ich gern, dass sie vorher die Kriterien für konstruktiv festlegen.

(Beifall der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Wenn konstruktiv immer nur bedeutet: „Das entspricht nicht unserem Votum.“, dann sind Bürgerentscheide immer null und nichtig; denn Bürgerentscheide sind nie pro eine Entscheidung.

(Beifall der CDU –
Zuruf der Abg. Frau Schellhammer, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

– Ich höre gleich auf.

Sie müssen in der Anhörung noch einige Fragen beantworten. Vor der Fusion liegt die Steuerkraft von Manderscheid bei 496 Euro pro Einwohner, in Wittlich-Land bei 462 Euro. Nach der Fusion lautet dieser Betrag 458 Euro. Das heißt, Manderscheid verliert eine Steuerkraft pro Einwohner in Höhe von etwa 50 Euro. Das müssen Sie mir nachher in den Anhörungen einmal erklären, wie man zu solchen Ergebnissen kommen kann.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –
Frau Kohnle-Gros, CDU: Gut!)

Präsident Mertes:

Eine weitere Wortmeldung von Frau Abgeordneter Schäfer. Sie haben das Wort.

Abg. Frau Schäfer, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht um die angedrohte Zwangsfusion der Verbandsgemeinde Budenheim mit Heidesheim und Wackernheim. Gerade hier zeigt es sich, dass es sich um ein Gegenbeispiel dafür handelt, was die Landesregierung mit der Reform bezwecken will und was üblich wäre mit einer Reform, nämlich Einsparungen zu erzielen.

Ich will einige Argumente liefern: Die Gemeinde Budenheim ist seit vielen Jahren in der Lage, eine Reihe freiwilliger Leistungen zu finanzieren. Wenn sie jetzt nicht zu einer Fusion gezwungen wird, kann sie das auch in Zukunft tun, meine Damen und Herren.

Sie haben ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Situation ganz konkret erläutert bzw. analysiert hat. Die Situation wurde im Detail betrachtet.

Das Ergebnis ist, mit dieser Fusion würde die Gemeinde fast in die roten Zahlen gehen, somit würden alle freiwilligen Leistungen, zum Beispiel ein Schwimmbad, das von den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut angenommen wird, aufgegeben werden müssen. Das geht eindeutig zulasten der Bürgerinnen und Bürger.

Wir werfen den Damen und Herren der Landesregierung vor, dass sie die vorhandenen Fakten ignorieren. Im Gegenteil, es wird sogar immer noch pauschal gesagt, es wird schon irgendwie Geld eingespart werden, ohne Nachweise zu erbringen. Dabei sprechen die Ergebnisse des Gutachtens für sich.

(Beifall der Abg. Frau Klöckner und Frau Schneider, CDU)

Jetzt greife ich zwei Kernaussagen des Gutachtens heraus. Die eine betrifft die Personal- und Sachkosten. Dabei kommt ganz deutlich zum Ausdruck, am Personal kann nichts eingespart werden; denn eine Verbandsgemeinde Budenheim, wie sie heißen soll, bräuhete 45 Stellen in der Kernverwaltung. Das basiert auf der Grundlage der vom Rechnungshof ermittelten Personalausstattung.

Budenheim hat aktuell 20, und die Verbandsgemeinde Heidesheim hat aktuell 25 Personen in der Kernverwaltung. Das macht 45. Sie sehen, wenn Sie es einmal in Relation setzen, verändert sich nichts. Es kann überhaupt nichts gespart werden.

(Staatsminister Lewentz: Wahrscheinlich haben sie hinterher auch zwei Bürgermeister!)

Im Gegenteil, wenn hier die Verwaltungen zusammen arbeiten würden, dann kämen noch zusätzliche Sachkosten hinzu.

Die zweite Kernaussage: Budenheim hat eine sehr hohe Steuerkraft. Sie müsste den größten Anteil an der Verbandsgemeindeumlage erbringen. Das würde die Gemeinde – so steht es in dem Gutachten – mit bis zu 1 Million Euro in die roten Zahlen bringen. Zurzeit erbringt die Gemeinde in etwa 800.000 Euro an freiwilligen Leistungen. Alternativ könnte man die Hebesätze für die Bürger anheben, die Bürger würden belastet.

Meine Damen und Herren, wo bleibt der Bürgerwille?

(Beifall der CDU)

Gerade in Budenheim zeigt es sich, dass hier eine eindeutige Entscheidung gegen die Fusion erzielt wurde und im Übrigen ein ebenso eindeutiges Votum von allen Fraktionen, CDU, SPD, FDP und GRÜNEN – hören Sie gut zu –, dahinter steht.

Noch ein Letztes: Es gibt eine neue Möglichkeit, eine andere Lösung ist aufgekommen, nämlich dass Heidesheim und Wackernheim mit Ingelheim zusammengehen könnten.

Herr Minister, ich bitte Sie eindringlich, üben Sie keinen Druck auf diese Gemeinden aus. Ermöglichen Sie es, dass sie in Ruhe zusammenkommen können – sie brauchen dafür Zeit –, um zu sehen, ob es eine gute Lösung gibt. Sie brauchen eine Chance.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Herr Abgeordneter Hüttner, Sie haben sich zu diesem Gesetzentwurf gemeldet, bitte schön.

(Zuruf von der CDU)

– Das ist Redezeit, ja.

Abg. Hüttner, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Schäfer, ja, es gab in Budenheim eine Bürgerbeteiligung. Es ist aber die Frage, wie dort überhaupt formuliert worden ist. Es ging darum: Wollen wir verbandsfreie Gemeinde bleiben oder nicht? – Es ist nicht anerkannt worden, ob dort ein Änderungsbedarf besteht oder nicht. Dieser Änderungsbedarf ist festgestellt worden, und es gab auch keine Ausnahmesituation; denn weder die Größe der Fläche noch die Anzahl der Einwohner hätte eine solche Ausnahmesituation begründet.

Das hat übrigens auch Herr Professor Dr. Junkernheinrich, der das noch einmal untersucht hat, nicht attestieren können, dass eine Ausnahmesituation vorhanden ist.

Herr Professor Dr. Junkernheinrich hat in seinem Gutachten – Sie sprachen das Thema der Finanzen an –, obwohl Budenheim eine gute Finanzausstattung hat, gesagt, dass Budenheim keine ausreichende Wirtschaftskraft hat. Das heißt also, hier ist eine Verlässlichkeit für die Landesregierung, die den Vorschlag auf Basis dieses Gutachtens gemacht hat. Dementsprechend ist das eine nachvollziehbare Angelegenheit.

Sie sprachen davon, dass keine Einsparungen aus dem Gutachten, das Budenheim präsentiert hat, hervorgingen. Es ist in diesem Gutachten noch nicht einmal erwähnt, dass man in Zukunft nur noch einen Bürgermeister hat und auf der Ebene der Amtsleiter heute in Budenheim und in Heidesheim je ein Amtsleiter existiert und später nur noch ein Amt mit einem Amtsleiter da sein werden.

(Zuruf des Abg. Weiner, CDU)

Dass das in der weiteren Folge nicht von heute auf morgen, aber logischerweise Einsparungen erbringt, das sieht dieses Gutachten noch nicht einmal vor. Ich könnte Ihnen noch weitere Beispiele nennen.

Sie sprachen eine zweite Situation an, das Thema „Heidesheim-Wackernheim“. Jetzt haben wir neben Budenheim die Verbandsgemeinde Heidesheim-Wackernheim mit zwei Gemeinden, die ebenfalls einen Änderungsbedarf haben.

Da ist es doch sehr naheliegend, weil beide mit der benachbarten Stadt Ingelheim im Kreis sind, während auf der anderen Mainz und eine andere Gebietskörperschaft liegen, zu sagen, diese beiden Gebietskörperschaften seien ideal, weil beide einen Gebietsverände-

rungsbedarf haben, und man diese zusammenfügen würde. Das ist auf der Ebene von Budenheim nicht beachtet worden. Man hat eine solche Lösung abgelehnt, als Heidesheim Gespräche angeboten hat. Das ist denen auch nicht leichtgefallen.

Jetzt – das ist in der Tat eine interessante und gute Entwicklung, weil wir das Thema „Freiwilligkeit“ dabei sehen wollen – sagt die Ortsgemeinde Heidesheim und hat auch eine Abfrage dazu durchgeführt, wir würden gerne Ortsgemeinde, Ortsteil von Ingelheim werden. Das ist vom Status her eine Veränderung, die man auch einmal sehen muss.

Ingelheim sagt dazu, ja, das können wir uns auch gut vorstellen, das ist aber in der Kürze der Zeit noch nicht hinzubekommen. Dazu hat es auch entsprechende Ratsbeschlüsse gegeben.

Herr Köbler hat es vorhin schon einmal angesprochen: In der Ortsgemeinde Wackernheim befindet man sich derzeit noch im Diskussionsprozess; insoweit muss man noch abwarten.

Wir haben bis zur Entscheidung im Innenausschuss am 28. November oder spätestens bis zur Beschlussfassung im Plenum im Dezember noch die Möglichkeit, dass uns die Ortsgemeinden Heidesheim und Wackernheim und die Stadt Ingelheim mit klaren Beschlusslagen ein Signal geben, was möglicherweise eine Zukunftsoption wäre, dann wären wir aus dieser Situation heraus. Danach müsste man in einer zweiten Runde schauen, was mit der Gemeinde Budenheim, die einen Veränderungsbedarf hat, geschehen wird. Vielleicht schafft man dort bis dahin auch die Zahl von 10.000 Einwohnern, dann hätten wir eine andere Situation, aber dies müsste man in einer zweiten Runde prüfen. Zunächst einmal brauchen wir Beschlüsse für Heidesheim, Wackernheim und Ingelheim.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Frau Kollegin Schäfer das Wort.

Abg. Frau Schäfer, CDU:

Herr Kollege Hüttner, die Ausführungen, die Sie gerade getätigt haben, sind rein theoretisch, um es einmal so zu formulieren. Ich hätte mir gewünscht, dass ich Sie das eine oder andere Mal in Budenheim gesehen hätte. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie sich durchaus einmal die Mühe gemacht hätten, mit den Betroffenen, mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu sprechen, dann hätten Sie gesehen, worum es tatsächlich geht und was die Argumente sind. Die Argumente liegen in diesem Fall eindeutig auf dem Tisch.

Im Übrigen möchte ich Ihnen, Herr Minister Lewentz, das mitgeben, was uns soeben von den Bürgerinnen und Bürgern draußen, die gegenüberstehen, gesagt

wurde und die darauf warten, dass vielleicht noch einige Kollegen zu ihnen kommen. Ich würde Sie bitten, einmal nach draußen zu gehen und mit den Bürgern zu sprechen. Ich glaube, wir alle sind es den Bürgern schuldig, dass wir ihnen Rede und Antwort stehen, und das betrifft auch die Minister.

(Beifall der CDU –

Staatsminister Lewentz: Soll ich jetzt einfach hinausgehen? Soll ich den Plenarsaal verlassen? Die hätten uns auch einmal einladen können!)

– Nein, ich glaube, sie sind einverstanden, wenn Sie danach noch zu ihnen kommen.

Herr Hüttner, Sie haben das Gutachten des Landes genannt. Dazu kann ich nur sagen, es hat eine ganz andere Grundlage, und das müssten Sie einmal vergleichen. Es ist sehr allgemein gehalten, während das Budenheimer Gutachten die Sache sehr differenziert angegangen ist. Die Menschen sind vor Ort gegangen, haben sich die Verwaltungsstrukturen angesehen und sind dadurch zu sehr detaillierten Ergebnissen gekommen. Das alles kann man natürlich im Ausschuss noch einmal besprechen, und das sollten wir auch tun. Dabei gibt es sicherlich eine gute Lösung.

Das Problem, das sich gerade in diesem Bereich offenbart, ist die Art und Weise dieser Reform. Das Problem ist, dass es rein nach Kopfzahlen geht und nicht nach der individuellen Situation, in der sich die Gemeinden befinden. Wenn Herr Staatsminister Lewentz vorhin den demografischen Wandel angesprochen hat, dann zeigt dies ganz genau, dass wir uns etwa im Landkreis Mainz-Bingen in einer ganz anderen Situation befinden als andere Verbandsgemeinden in ihrem Bereich.

Zu Heidesheim und Wackernheim möchte ich Ihnen sagen, im Moment wird ein großer Druck ausgeübt. Ich freue mich, wenn es gelingt, dass man auf freiwillige Art und Weise zusammenkommt und man gute Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger und auch für die Verwaltung finden kann. Das wäre ganz wichtig.

Aber es ist ganz klar: Die Menschen bekommen die konkreten Beschlussfassungen, über die sie beschließen sollen, schon auf den Tisch gelegt, und ihnen bleibt am Ende nicht viel anderes übrig, als es so umzusetzen. Wie gesagt, es wird ein neuer Druck aufgebaut, und ich bitte ganz herzlich darum, dass dafür ein bisschen mehr Zeit gewährt wird.

(Glocke des Präsidenten)

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Frau Meurer, Sie haben das Wort.

Abg. Frau Meurer, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu der Fusion der Verbandsgemeinden Kröv-Bausendorf

und Traben-Trarbach – also zu der zukünftigen Verbandsgemeinde Traben-Trarbach – etwas sagen. In allen Gremien und Ausschüssen der Verbandsgemeinde wie auch in allen Gremien der Ortsgemeinden von Kröv-Bausendorf gab es einstimmige Beschlüsse und Entscheidungen gegen eine Fusion. Es wurden viele Stunden Ehrenamt – von Ihnen hoch gelobt – mit Füßen getreten. Der Bürgerwille lautete mit 93 % gegen eine Fusion, aber er wird von Ihnen mit Füßen getreten.

Es gab ein Gespräch im Ministerium, dort haben Sie den Akteuren gesagt: Zeigen Sie Alternativen auf, wir werden sie wohlwollend prüfen.

(Staatsminister Lewentz: Sie sind nicht gekommen, Frau Meurer!)

– Sie sind nicht gekommen?

(Staatsminister Lewentz: Nicht im vereinbarten Zeitraum! Sie sind jetzt erst vorgelegt worden, das wissen Sie doch! Das Gespräch war im Dezember!)

– Ja, im Dezember.

(Staatsminister Lewentz: Sie waren doch gar nicht dabei! Ich war bei dem Gespräch dabei!)

– Es steht im Gesetz.

(Staatsminister Lewentz: Im Gesetz steht nicht, was ich gesagt habe!)

Sie haben gesagt, zeigen Sie Alternativen auf, und die Ortsgemeinden haben das getan. Sieben Ortsgemeinden wollen lieber mit Wittlich-Land fusionieren.

Im Gesetz steht:

In diesem Zusammenhang ist insbesondere zu berücksichtigen, dass weder die Verbandsgemeinde Wittlich-Land noch die Verbandsgemeinden Daun, Ulmen oder Zell über einen eigenen Gebietsänderungsbedarf verfügen und daher aus Gründen der Verhältnismäßigkeit diese Verbandsgemeinden nicht ohne ausreichenden Grund in eine Gebietsänderung einbezogen werden sollen.

Das sieht bei dem Gesetzentwurf über die Verbandsgemeinden Manderscheid und Wittlich-Land völlig anders aus. Das müssen Sie bei der Anhörung noch einmal erklären.

(Beifall der CDU)

Ein weiteres Argument war, dass die gemeinsame Gebietsgrenze fehlt. – Sie fehlt natürlich nicht mehr, wenn Manderscheid und Wittlich-Land fusionieren; dann ist eine gemeinsame Gebietsgrenze vorhanden.

Des Weiteren gibt es Aussagen aus dem Ministerium an die Ortsgemeinden, Sie könnten später einzeln fusionieren. Das ist dann möglich. Die Verbandsgemeinde soll jetzt mit Traben-Trarbach fusionieren, und einzelne

Ortsgemeinden können zu Wittlich-Land gehen. Das wäre also kein Problem.

Herr Köbler hat heute Morgen vom Rheinland-Pfalz-Takt gesprochen. Herr Köbler, Sie vergessen den ländlichen Raum. Suchen Sie einmal eine Verbindung zwischen Hontheim und Lötzbeuren, nur einmal zum Spaß.

(Beifall der CDU –
Frau Klöckner, CDU: Ja!)

Die kürzeste Zeit, die Sie dafür benötigen, sind zweieinhalb Stunden, dann sind Sie nachmittags vor Ort. Die längste Verbindung dauert 20 Stunden und 41 Minuten.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Hin und zurück!)

Sie brauchen als Ehrenamtler zwei Tage Urlaub, wenn Sie an einer Sitzung teilnehmen möchten, wenn Sie in einem Verbandsgemeinderat sind.

(Beifall der CDU)

Selbst wenn Sie von Hontheim nach Traben-Trarbach fahren müssen, kommen Sie am selben Abend nicht mehr nach Hause, es sei denn, Sie haben ein Auto, aber bei den GRÜNEN ist offenbar noch nicht angekommen, dass der Rheinland-Pfalz-Takt nur an der Rheinschiene funktioniert und sonst nirgendwo.

(Beifall der CDU)

Es sind noch viele Fragen offen, und wir werden sie noch klären müssen.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Es liegt eine weitere Kurzintervention der Frau Kollegin Brück vor.

Abg. Frau Brück, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Meurer, es ist interessant, dass Sie nur von Kröv-Bausendorf gesprochen haben, das diese Fusion ablehnt. – Ja, das stimmt. Sie haben aber überhaupt nichts zu der Verbandsgemeinde Traben-Trarbach gesagt, die diese Fusion annimmt

(Zuruf der Abg. Frau Meurer, CDU)

und die schon in der Freiwilligkeitsphase der Verbandsgemeinde Kröv-Bausendorf einstimmig Gesprächsangebote unterbreitet hat, die leider in dieser Phase nicht angenommen worden sind. Das muss jede Verbandsgemeinde für sich selbst entscheiden.

Leider hat Kröv-Bausendorf die Freiwilligkeitsphase verstreichen lassen, das bedaure ich sehr. Erst, als unabweislich klar war, dass der zweite Schritt der Fusion, die gesetzlichen Zusammenschlüsse so, wie sie das Kommunal- und Verwaltungsreformgesetz vorsieht,

unausweichlich ist, hat man sich in Kröv-Bausendorf mit dieser Fusion beschäftigt und hat – leider erst viel zu spät – Vorschläge gemacht. Ich finde das sehr schade. Die aufgezeigten Alternativen waren leider nicht vorhanden, und so muss man sagen, man hat an dieser Stelle vielleicht zu lange gewartet.

Was die Distanzen zwischen den einzelnen Gemeinden anbelangt, kann man sicherlich auch andere Bereiche anführen. Kein Mensch fährt mit dem öffentlichen Personennahverkehr 20 Stunden von einem Ort zum anderen, und man sollte sich auch nicht in Lötzbeuren oder Hontheim treffen. Es gibt sicherlich auch Orte, die in der Mitte der Strecke liegen.

Wenn man gegen etwas sein möchte, findet man immer Gründe, weshalb man dagegen ist. Wenn man aber für etwas sein möchte, sollte man nach Lösungsmöglichkeiten suchen, und diese sind in der Tat bei diesen beiden Verbandsgemeinden vorhanden und liegen offensichtlich auf der Hand.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Ich erteile Frau Kollegin Meurer das Wort.

Abg. Frau Meurer, CDU:

Frau Brück, Ihr Bürgermeister aus der Gemeinde Reil hat unten bei der Demonstration gestanden und gesagt, Frau Brück hat mir versprochen, dass sie heute noch kommt. Ich habe sie nicht gesehen. –

(Frau Brück, SPD: Wir hatten Plenum!)

– Ja, klar, es ist Plenum. Gut. Es sind auch Ihre Ratsmitglieder, die diese Beschlüsse mitgetragen haben.

Dass ich nichts zu Traben-Trarbach gesagt habe, liegt daran, dass ich keine Veranlassung dazu sehe. Für mich ist Kröv-Bausendorf wichtiger. Noch entscheide ich, über wen oder was ich rede.

(Beifall des Abg. Klein, CDU)

Wenn man im Übrigen von einer Fusion redet, so hat Kröv zehn Ortsgemeinden und umfasst 116 Quadratkilometer. Traben-Trarbach hat sechs Ortsgemeinden und 88 Quadratkilometer. Später heißt diese Verbandsgemeinde Traben-Trarbach. Dass das nicht auf große Begeisterung der zehn anderen Ortsgemeinden stößt, einmal unabhängig von dem Gebiet, ist klar.

(Frau Brück, SPD: Da gibt es doch schon ein Angebot, dass man sich einigt! –
Zuruf der Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD)

– Ich kann Sie nicht hören, wenn Sie hinter mir schreien. Tut mir leid.

(Weitere Zurufe der Abg. Frau Brück, SPD)

– Es tut mir leid, ich kann Sie nicht verstehen. Wir können vielleicht später oder bei der Anhörung einmal darüber reden.

(Beifall bei der CDU)

Es sind zu viele Ortsgemeinden, die keine sogenannten Moselgemeinden, sondern eher Eifelgemeinden sind und nach Wittlich orientiert sind. Die Bewohner von Flußbach müssen sogar durch Wittlich fahren, damit sie überhaupt ihr Dorf verlassen können. Eine andere Möglichkeit gibt es gar nicht. Diese nach Traben-Trarbach zu schicken, ist geradezu abstrus.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf der Abg. Frau Brück, SPD)

Präsident Mertes:

Frau Schäfer spricht nun zu Punkt 10 der Tagesordnung, Landesgesetz über die Eingliederung der Verbandsgemeinde Guntersblum in die Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim – Drucksache 16/2798 –. Bitte schön.

Abg. Frau Schäfer, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die hier geplante Zwangsfusion der Verbandsgemeinde Guntersblum in die Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim richtet sich gegen die Bürgerinnen und Bürger. Es gab einen Bürgerentscheid in der Verbandsgemeinde Guntersblum. Dort hat man sich gegen eine Fusion ausgesprochen und damit einen Beschluss des Verbandsgemeinderates außer Kraft gesetzt. Die Ratsmitglieder akzeptieren das auch und wollen sich daran halten. Damit müssen die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen mit sich selbst ausmachen, wie sie mit dem Bürgerwillen umgehen.

Aber Sie haben noch die Chance, bis zur zweiten Lesung umzusteuern.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion sagt jedenfalls auch zu dieser Zwangsfusion Nein.

(Pörksen, SPD: Wie immer!)

Auch für die Verbandsgemeinden Guntersblum und Nierstein-Oppenheim gilt das, was für viele andere der genannten Verbandsgemeinden gilt. Der Druck, innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens zu einem freiwilligen Ergebnis zu kommen oder zwangsfusioniert zu werden, führte zu viel Frust bei den Ratsmitgliedern und den politischen Parteien und führte auch zu Ungerechtigkeiten etwa durch die Tatsache, dass andere kommunale Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz eine Verschiebung der Fusion seitens des Landes auf das Jahr 2019 angeboten bekommen, die Verbandsgemeinde Guntersblum dagegen nicht.

Das Land hätte mit den Kommunen sprechen müssen. Das ist offensichtlich nicht erfolgt, dass sie einen Termin

mit Minister Lewentz bekommen haben.

(Staatsminister Lewentz: Die waren alle bei mir!
Alle Bürgermeister waren bei mir!)

Mir wurde aus der Verbandsgemeinde Guntersblum berichtet, dass sie keinen Termin erhalten haben.

(Staatsminister Lewentz: Falsch!)

Die beiden Verbandsgemeinden haben grundsätzlich eine freiwillige Lösung angestrebt. Sie haben lange miteinander gerungen. Es gab viel Frust und Verdruss. Am Ende gab es aber eine Einigung. Eine Alternative war kaum möglich, zumal die Kreisgrenze nicht mit einbezogen werden durfte.

Unverständlich ist im Übrigen den Beteiligten vor Ort insbesondere auch das, was in dem Gesetzentwurf zum Teil als Inhalt steht. Es geht dabei nämlich um die freiwilligen Vereinbarungen im Detail, die vor dem Bürgerentscheid erarbeitet wurden. Davon findet sich nur noch ein Teil in dem Gesetzentwurf. Dabei hatte Ministerpräsident Beck noch Mitte August schriftlich bestätigt, dass auch bei einer Zwangsfusion prinzipiell die Inhalte der unterzeichneten Vereinbarung übernommen werden könnten.

Ich möchte noch einen letzten Punkt ansprechen. Der Verbandsgemeinderat Guntersblum hat die Landesregierung aufgefordert, die gegenwärtige Situation der Verbandsgemeinde zu evaluieren, um gemeinsam unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der Gemeinden alternative Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Diese Chance sollte den Kommunen gewährt werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Frau Kollegin Anklam-Trapp das Wort.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Frau Kollegin Schäfer! Ich begrüße es, dass Sie, da der Kollege erkrankt ist, für Ihre Fraktion zur Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim das Wort ergreifen. Ich finde das fair und richtig.

Lassen Sie mich einige Anmerkungen zu Ihren Ausführungen machen. Ich glaube nicht, dass der Bürgerentscheid das breite Votum – – – Es war ein knapper Bürgerentscheid, der damals getroffen wurde. Die Räte hatten sich vorher am 7. Mai 2012, und zwar sowohl der Verbandsgemeinderat Nierstein-Oppenheim als auch der Verbandsgemeinderat in Guntersblum, positiv geäußert. Die Bürger wurden gefragt, und zwar zu einem destruktiven Votum, ganz anders, als es beispielsweise bei der Verbandsgemeinde Wonnegau war. Dort wurde ein konstruktives Votum erfragt, sodass es eine Lösungsmöglichkeit gab. Das war hier nicht der Fall.

Es war die Frage, ob wir mehr Zeit brauchen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, wir haben lange Zeit gehabt. Die Zeitachse war bekannt. Man hat sich lange beraten. Man hat sich aber nicht konstruktiv beraten, sondern man hat immer gesagt, Erhalt der Verbandsgemeinde Guntersblum, wir schauen nicht links, wir schauen nicht rechts, wir machen keine Lösungsvorschläge.

Wir haben es aber dennoch geschafft, wirklich gute Verhandlungen zu führen, dass zum Beispiel das Grundzentrum Guntersblum festgeschrieben ist.

Weil sich die Verbandsgemeinden am 7. Mai 2012 positiv geäußert haben, wird eine unterstützende finanzielle Leistung des Landes in die neue Verbandsgemeinde fließen. Das ist ganz wertvoll, daher unterstreiche ich das an dieser Stelle.

Dass die Kreisgrenze bestehen bleibt, dass sich die Verbandsgemeinden Nierstein-Oppenheim und Guntersblum zusammenschließen, kommt vielleicht auch daher, dass der Verbandsgemeinderat Guntersblum am 18. April 2013 ein ganz klares Gesprächsangebot der Verbandsgemeinde Eich abgelehnt hat und die Verbandsgemeinde Guntersblum klare Potenziale nach Nierstein-Oppenheim hat.

Wir haben heute die erste Lesung. Ich glaube, dass die Verbandsgemeinde Rhein-Selz, die da entstehen kann, ein wirkliches Potenzial hat zusammenzuwachsen, ein Potenzial, in der Rhein-Main-Region Bevölkerungsstrukturen zu entwickeln.

Die Identitäten der Kommunen, die beide sehr stark rheinhessisch geprägt sind, werden gemeinsam wachsen. Daran habe ich gar keine Zweifel.

An dieser Stelle wünsche ich der Beratung einen guten Verlauf und vertraue auf die Anhörung, die kommt, damit wir am Ende kein Porzellan zerschlagen, sondern wirklich in eine neue gute und starke Gebietskörperschaft zusammenwachsen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Frau Schäfer, Sie haben noch die Gelegenheit zu antworten.

Bis dahin begrüße ich Seniorinnen und Senioren der Ortsgemeinde Oberbettingen. Seien Sie willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Abg. Frau Schäfer, CDU:

Frau Kollegin Anklam-Trapp, jawohl, die Verbandsgemeinderäte von Guntersblum und Nierstein-Oppenheim haben sich zu einem Ja zusammengefunden. Sie wollten am Ende eines langen Prozesses freiwillig zusam-

menkommen. Auf der anderen Seite stand der Bürgerentscheid in der Verbandsgemeinde Guntersblum, um das noch einmal deutlich zu machen, der sagte, nein, wir wollen eigenständig bleiben, wir wollen diese Fusion nicht.

Jetzt können Sie es nennen, wie sie es wollen. Sie können es als destruktives Votum bezeichnen. Ich hoffe nicht, dass Sie damit sagen wollen, dass die Bürger bei der Abstimmung vielleicht gar nicht wussten, worum es ging, oder wie auch immer.

(Fuhr, SPD: Hat sie nicht gesagt!)

Ich verstehe vielleicht in dem Fall nicht den Unterschied zwischen einem konstruktiven und einem destruktiven Votum. Ich finde, man sollte den Bürgerwillen ernst nehmen. Ich glaube, darum geht es. Deswegen ist das Ganze auch eine Zwangsfusion, weil die Bürger gesagt haben, der Ratsbeschluss wird außer Kraft gesetzt. Das ist der erste Punkt.

Beim zweiten Punkt möchte ich noch einmal kurz auf das zu sprechen kommen, von dem Sie gesprochen haben, dass es sehr lange um die Frage der Eigenständigkeit ging usw.

Ist es nicht natürlich, ist es nicht verständlich, dass all die Verbandsgemeinden darum kämpfen und ringen, möglichst eigenständig zu sein? Insbesondere wenn es vielleicht um die Ungleichgewichte hinsichtlich der Größe der Verbandsgemeinden geht, ist es doch nachvollziehbar. Dann müssen auch die Besonderheiten vor Ort, wie Lage usw., mit berücksichtigt werden. Insofern zeigt das die Schwierigkeit, die handwerkliche Problematik dieser Reform, wie sie zustande gekommen ist, dass man nämlich im Kern in erster Linie die Köpfe gezählt hat. Das kann ich nur noch einmal wiederholen.

Ich denke, damit ist alles gesagt.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Kollegen Billen zu Punkt 11 der Tagesordnung, Landesgesetz über die Eingliederung der Verbandsgemeinde Irrel in die Verbandsgemeinde Neuerburg – Drucksache 16/2799 – das Wort.

Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier wird der Murks, der von der SPD-Alleinregierung im Rahmen einer sogenannten Reform gemacht worden ist, zwangsweise fortgesetzt. Die Diskussion ist hochinteressant. Die GRÜNEN beteiligen sich fast nicht. Ab und zu, wenn der Fraktionsvorsitzende angesprochen wird, kommt er aus der Deckung. Hochinteressant ist, dass SPD und GRÜNE jetzt entscheiden, was ein guter und ein schlechter Bürgerwille ist. Wohin sind wir gekommen?

(Beifall bei der CDU)

Hier findet eine Bewertung statt, was Bürgerwille ist und was kein Bürgerwille ist.

Entschuldigen Sie bitte, das sind auch noch diejenigen von den GRÜNEN, die ständig behaupten, sie würden nach dem Bürgerwillen rufen.

(Zuruf des Abg. Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie rufen immer nur dann, wenn Sie ihn brauchen und er Ihr Ergebnis bringt. Wenn er das nicht bringt, ruft keiner, dann wird er ignoriert.

(Beifall der CDU)

Ich soll etwas zu Neuerburg und Irrel sagen.

Herr Minister, glauben Sie, wenn Sie zwei finanziell todkranke Verbandsgemeinden in ein Bett legen, dass finanziell eine Gesundung dabei herauskommt? – Ich sage Ihnen, was dabei herauskommt: eine Verbandsgemeinde, die sterben wird. Insofern ist das, was Sie machen, doppelter Murks, weil Sie es noch nicht einmal irgendwo mit irgendeinem Wissenschaftler begründet bekommen. Sie geben 1,5 Millionen Euro für Gutachten aus. Aber das Gutachten interessiert Sie nicht, da steht nämlich nichts zu Neuerburg und Irrel.

Kein Gutachter kommt auf die Idee, diese zwei finanziell maroden Verbandsgemeinden zusammenzulegen, an einem Schlauch an der Luxemburger Grenze vorbei, wo es von daher schon finanzielle Probleme der Kommunen gibt, die Ihnen bekannt sein müssten. Sie kennen das Land. Die Ministerpräsidentin weiß das ganz bestimmt.

Wir haben dort viele Luxemburger wohnen, die Original-Luxemburger sind, aber in Luxemburg arbeiten. Dann gibt es viele Deutsche, die auch in Luxemburg Vollzeit arbeiten. Da fehlen den Kommunen gewisse Steuereinnahmen. Das dürfte bekannt sein. Dann kommt man auf die Idee, solche Verbandsgemeinden zusammenzulegen.

Wenn Sie die Begründung des Gesetzes lesen – ein letzter Satz dazu –, kommen so abenteuerliche Verdrehungen des sogenannten Gemeinwohls. Das, was diese Landesregierung in verschiedenen Gesetzentwürfen macht, ist mehr als abenteuerlich.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen nur ein Beispiel. Sie legen eine finanziell kranke Verbandsgemeinde und eine finanziell gesunde zusammen. Dort geben Sie ein paar Millionen dazu, damit die finanziell gesunde die finanziell kranke auch übernimmt, ohne die gespaltene Umlage zu erheben. Das machen Sie. Sie legen aber zwei finanziell kranke zusammen, Neuerburg und Irrel, und geben keinen Cent, sondern sagen, das ist Gemeinwohl. Was hat das mit Gemeinwohl zu tun? – Das ist gemein. Mit Wohl hat das nichts zu tun.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Frau Ganster steht auf meiner Redeliste.

(Zuruf der Abg. Frau Schellhammer, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

– Sie hatten sich zu dem Thema gemeldet? –

(Frau Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Ja!)

– Gut. Dann bitte ich, es künftig etwas deutlicher zu machen. Ich will keinen übergehen.

Bitte schön.

Abg. Frau Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Danke, Herr Präsident.

Ich habe mich deshalb noch einmal zu Wort gemeldet, weil gelegentlich in mehreren Wortbeiträgen der CDU formuliert wurde, dass wir jetzt entscheiden, was ein guter und was ein schlechter Bürgerentscheid ist.

(Zurufe von der CDU)

– Vielleicht hören Sie mir an dieser Stelle einfach einmal zu, um das in den künftigen Redebeiträgen zu unterscheiden.

Es ist eine einfache Erklärung. Vielleicht können Sie so weit folgen.

Es ist doch ganz klar, das Land legt die grundsätzlichen Bedingungen fest, ab welcher Größe Verbandsgemeinden zu fusionieren haben. Das ist die grundsätzliche Vorgabe. Es ist auch klar geregelt, dass nach Ende einer Freiwilligkeitsphase gesetzliche Fusionen herbeigeführt werden. Das ist die grundsätzliche Vorgabe. Wenn wir aber Bürgerentscheide vor Ort haben, die im Endeffekt gegen dieses Gesetz sind, und sagen, wir wollen gar nicht fusionieren, obwohl die Kriterien der Landesebene dies jeweils vorgeben, dann gibt es für uns keine Orientierung, in welche Richtung die jeweilige Fusion geht.

Ich möchte noch etwas zu den Bürgerentscheiden sagen. Frau Kollegin Anklam-Trapp hat den Fall aufgeführt, wie es in der Verbandsgemeinde Wonnegau abgelaufen ist. Da haben die Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Freiwilligkeitsphase mit einem Bürgerbegehren gesagt, nein, diese Fusionsoption wollen wir nicht, sondern wir wollen eine andere. Es gab sozusagen einen Stichentscheid. Den sieht die Gemeindeordnung vor. Dieses Ergebnis konnten wir aufnehmen, weil es konstruktiv war, eine Fusionsrichtung für uns aufgezeigt hat. Hier zu sagen, wir würden jetzt entscheiden, was gut oder schlecht ist, verkennt die Tatsachen.

Wir haben ein Mehrebenensystem. Das Land legt die grundsätzlichen Kriterien bei der Kommunal- und Verwaltungsreform fest. Vor Ort wird entschieden, wie sie ausgestaltet wird. Das nehmen wir jederzeit, auch noch

bei laufenden Gesetzgebungsverfahren, gerne auf. Es wurde schon angesprochen, dass wir konstruktive Vorschläge, in welche Richtung es gehen soll, sehr gerne aufnehmen.

Deswegen finde ich Ihre Argumentation in diesem Bereich so etwas von pauschal und völlig neben der Sache, dass ich das in der Diskussion klarstellen musste.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Mertes:

Frau Ganster, Sie haben das Wort zu Punkt 12 der Tagesordnung, Landesgesetz über die Bildung der Verbandsgemeinde Thaleischweiler-Fröschen-Wallhalben – Drucksache 16/2800 –.

Abg. Frau Dr. Ganster, CDU:

Vielen Dank.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrten Damen und Herren! Wie negativ sich die Androhung einer Zwangsfusion auf das Miteinander von benachbarten Verbandsgemeinden auswirken kann, sehen wir heute an dem Beispiel Thaleischweiler-Fröschen-Wallhalben. Warum? – Weil es dem einen, nämlich Thaleischweiler-Fröschen – einige Vertreter sind heute im Plenarsaal –, sehr leicht gemacht wird, sich auf eine Fusion – wie vorgeschlagen – einzulassen, weil Thaleischweiler-Fröschen der deutlich größere Partner ist, der den Verwaltungssitz bekommt und den kleineren Partner Wallhalben quasi bei sich aufnimmt.

Für die über 11.000 Einwohner der Verbandsgemeinde Thaleischweiler-Fröschen ist daher erst einmal kein Nachteil durch eine Zwangsfusion erkennbar, und sie stimmen dieser deshalb auch zu.

Der andere Partner aber, Wallhalben, mit rund 7.000 Einwohnern, ist der deutlich kleinere und sieht auf seiner Seite nur Nachteile. Er wird geschluckt, geht in der größeren Verbandsgemeinde auf, hat nicht den Sitz der Verbandsgemeindeverwaltung und daher für seine Bürger anscheinend sehr viel weitere Wege. Wahrscheinlich wird bei einer endgültigen Namensgebung durch das Ministerium dann auch der Name „Wallhalben“ und damit wohl das letzte Fünkchen an Identität verloren sein, so die Befürchtungen vor Ort.

Wie soll bei einer Umsetzung zum 1. Juli 2014 schon im Mai ein gemeinsamer Verbandsgemeinderat gewählt werden, obwohl man sich gerade jetzt noch mehr durch diese Diskussionen voneinander entfernt hat?

Überhaupt, warum kann nicht mit einem anderen Partner jenseits der Kreisgrenzen verhandelt und dann auch fusioniert werden? – Die Landesregierung hat das doch auch anderen erlaubt.

Warum kann man zu einer solchen Fusion überhaupt gezwungen werden, fragen sich die Leute vor Ort, ob-

wohl bei der Bürgerbefragung in Wallhalben 95 % dagegen gestimmt haben?

(Beifall bei der CDU)

Deshalb haben die Ortsgemeinden und die Verbandsgemeinde Wallhalben in vielen Stunden mühsam Gutachten eingeholt, Resolutionen und Stellungnahmen verfasst und an die Landesregierung geschickt. Erst gestern erreichte die Parlamentarier noch einmal eine Vorlage, eine Stellungnahme von Wallhalben. Deshalb kündigen die Verbandsgemeinde und einzelne Ortsgemeinden eine Klagewelle an.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, ich stehe heute hier und kann beide Seiten, beide Verbandsgemeinden, sehr gut verstehen,

(Beifall bei der CDU)

die Menschen in Thaleischweiler-Fröschen, die einer Fusion zustimmen und diese sogar begrüßen, und auf der anderen Seite die Menschen in Wallhalben, die die Welt nicht mehr verstehen und sich mit Händen und Füßen gegen eine Zwangsfusion wehren.

Wen ich aber in diesem ganzen Wirrwarr nicht verstehe, das ist eine Landesregierung, die für dieses Chaos allein die Verantwortung trägt.

(Beifall der CDU)

Sie brechen ohne vorherige Aufgabenkritik eine Reform vom Zaun. Sie fusionieren heute Verbandsgemeinden gegen den Willen der Bürger und wollen erst in einem nächsten Schritt über Änderungen von Kreisgrenzen sprechen, machen aber gleichzeitig jetzt schon Ausnahmen von dieser Regel. Sie wollen eine Reform mit Zwang durchsetzen, obwohl der Gemeinde- und Städtebund, der Städtetag und der Kommunale Rat diesen Weg ablehnen.

(Noss, SPD: Durch Gesetze, nicht durch Zwang!)

Damit tragen Sie allein die Verantwortung dafür, dass heute da draußen eine ganze Menge Leute von weither angereist sind und ihrem Ärger Luft gemacht haben und viele Bürger vor Ort tief verärgert sind, weil Ihre Argumente hier in Mainz anscheinend nicht wahrgenommen werden.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Dann erteile ich Herrn Marcus Klein zu Punkt 13 der Tagesordnung, Landesgesetz über die Eingliederung der Verbandsgemeinde Hochspeyer in die Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn – Drucksache 16/2801 – das Wort.

(Fuhr, SPD: Moment, da gab es eine Kurzintervention!)

– Es stimmt, Herr Konrad hatte sich noch einmal auf Redezeit gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Herr Präsident. Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Vollständigkeit halber, da Wallhalben in meinem Wahlkreis liegt, möchte ich darauf hinweisen, dass es tatsächlich so war, wie Frau Ganster es auch berichtet hat, dass die Widerstände ganz überwiegend in Wallhalben sind. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, weil Ihre Partei landauf und landab davon spricht, dass wir den Bürgerwillen missachten und Menschen zwingen, etwas zu tun, was sie nicht wollen, dass es der Verbandsbürgermeister von Thaleischweiler-Fröschen war – der ist Mitglied Ihrer Partei –, der verkündet hat, dass diese Fusion jetzt durchgeführt werden kann, und sich Ihr Parteifreund – der Landrat des Landkreises Südwestpfalz – sehr für diese Fusion eingesetzt hat, und zwar mit dem Ergebnis, das Sie eben erwähnt haben, dass der Verwaltungssitz nach Thaleischweiler-Fröschen kommen soll.

An dem Punkt ist es dann natürlich ein bisschen schwierig, wenn man sich sozusagen hinstellt und sagt: Wir haben Verständnis für die Leute, und die anderen haben kein Verständnis für die Leute, was weder inhaltlich noch vom Ablauf her stimmt. Es finden jede Menge Gespräche auch mit Wallhalben statt. Das, was Sie eben geschildert haben, hat hier einen ganz falschen Eindruck hinterlassen. Es war tatsächlich Ihr Parteifreund, der das mit auf den Weg gebracht hat. Da muss man vor Ort und hier die gleiche Sprache sprechen. Das wäre auf jeden Fall redlich.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Mertes:

Herr Fuhr, Sie haben das Wort. Das geht auch noch auf Redezeit. Jetzt wird es allerdings eng.

Abg. Fuhr, SPD:

Frau Kollegin, Sie haben hier das Musterbeispiel gezeigt, wie man sich zu nichts bekennen kann, wenn eine Reform auf dem Tisch liegt. Sie haben gesagt, Sie verstehen beide Seiten. Das kann man auch machen. Aber das war auch Ihr Verhalten – der Kollege hat es zu Recht angesprochen –, manchmal ist es so, dass in einer Partei auch je nach Gebietskörperschaft unterschiedlich die Dinge betrachtet werden. Im Rest des Landkreises war es die CDU genauso wie alle anderen Parteien, die diese Reform und diese Fusion als sinnvoll erachtet haben und, wie Sie eben zu Recht beschrieben haben, nichts dagegen unternommen haben.

Der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Thaleischweiler-Fröschen ist Ihr stellvertretender CDU-Kreisvorsitzender. In diesem Sinne ist es natürlich auch

so gewesen, dass Sie sich vor Ort immer sehr still verhalten haben, weil Sie darauf gebaut haben, die SPD wird im Land diese Reform schon umsetzen, weil Sie wussten, dass der Großteil Ihrer Parteifreunde vor Ort dafür waren und darauf gesetzt haben, dass wir diese Diskussionen und auch das Kontra aushalten und diese Reform entsprechend umsetzen. Man kann das machen und sagen, ich verstehe alles, aber man muss als Politik auch gestalten. Das haben wir getan, und zwar mit guten Argumenten.

Danke schön.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Frau Ganster, Sie haben sich zur Kurzintervention gemeldet.

Abg. Frau Dr. Ganster, CDU:

Herr Konrad und Herr Fuhr, mein Verständnis als Politikerin ist, dass ich zu Hause die gleiche Position vertrete wie hier in Mainz. Das unterscheidet mich vielleicht von Ihnen. Ich habe nämlich zu Hause auf die Schwierigkeiten hingewiesen. Ich war im Gespräch sowohl in Wallhalben als auch mit dem Verbandsbürgermeister von Thaleischweiler-Fröschen. Ich habe vorhin gesagt, dass ich für beide Seiten Verständnis habe und es die Verantwortung der Landesregierung ist, dass in Wallhalben auch wirklich die Fetzen geflogen sind und hier eine Bürgerbefragung vorliegt, bei der sich 95 % der Bürger gegen diese Zwangsfusion ausgesprochen haben.

Nicht mehr und nicht weniger habe ich hier an dieser Stelle gesagt. Zu Thaleischweiler-Fröschen habe ich vorhin ganz klar bekannt, dass die positiv dieser Entwicklung entgegenstehen, sie die Fusion begrüßen und es dafür gute Gründe gibt.

(Frau Schmitt, SPD: Da muss man doch irgendwann einmal entscheiden!)

Dann können Sie nicht hierherkommen und sagen, ich vertrete keine Meinung. Also bitte!

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Lieber Kollege Marcus Klein, jetzt sind wir bei der zweit-letzten Wortmeldung.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das glaube ich noch nicht!)

– Das glauben Sie noch nicht? – Sie haben recht, ich glaube es auch noch nicht.

Herr Klein, legen Sie los.

Abg. Klein, CDU:

Warten wir es ab, wir sind alle gespannt.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Gesetz zur Zwangsfusion, eigentlich zur Zwangseingliederung der Verbandsgemeinde Hochspeyer in die Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn, ist das letzte in dieser traurigen Reihe, die wir heute hier im Parlament abarbeiten. Es ist ein gutes, leider aber kein gelungenes Beispiel dafür, wie falsch der Weg ist, den die Landesregierung hier bei den Fusionen eingeschlagen hat;

(Pörksen, SPD: Immer dieselbe Leier!)

denn es gibt sehr gute Gründe dafür, hier auch dagegen zu sprechen. Sie sind eigentlich alle schon bei den anderen Verbandsgemeinden gesagt worden. Bei dieser Zwangsfusion scheint sich das Ganze zu bündeln. Erst einmal sind hier zwei Verbandsgemeinden, die sich beide gegen diese Art von Fusion ausgesprochen haben. Beide haben sich nicht generell einer Gebietsänderung verweigert und waren auch in den Gesprächen konstruktiv, aber sie waren gegen diese Art der Zwangsfusion. Es gibt ein Bürgerbegehren in Enkenbach-Alsenborn mit einer überragenden Beteiligung und einer noch überwältigenderen Ablehnung dieser Zwangsfusion von mehr als 95 %. Wenn gesagt wird, dass alle Bürgerbeteiligungen und alle Stimmen der Bürgerinnen und Bürger im Land gleich gewertet und gewichtet werden, dann ist das ein Ammenmärchen, weil in diesem Gesetzentwurf dieser Bürgerentscheid einfach vom Tisch gewischt wird und keine Rolle spielt.

(Beifall der CDU)

Gerade eben war noch eine Besuchergruppe auf Einladung des Herrn Abgeordneten Wansch hier im Hause und hat mir das gerade noch einmal sehr eindringlich mit auf den Weg gegeben. Die Herrschaften waren zum Teil aus Enkenbach-Alsenborn und Hochspeyer. Genau das haben sie gesagt: Warum haben wir eigentlich abgestimmt und dagegen gestimmt, wenn das hier keinen interessiert? –

Meine Damen und Herren, die CDU interessiert das. Das will ich auch noch einmal ganz klar sagen.

(Beifall der CDU)

Die Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn selbst hat keinen Gebietsänderungsbedarf. Der Minister hat es angesprochen. Aber es kommt noch dazu, laut Gutachten von Herrn Junkernheinrich ist die Fusion von Hochspeyer mit Enkenbach-Alsenborn nicht einmal die beste Option. Hier fehlt einfach der ganzheitliche Ansatz, was die CDU hier immer angemahnt hat, auch die Kreisgrenzen mit in Augenschein zu nehmen und am Ende zu entscheiden, was eigentlich das Beste für alle Beteiligten ist, und nicht Stückwerk zu machen und das zu entscheiden, was jetzt gerade passt. Es muss doch darum gehen, was am Ende das Beste für alle ist, und nicht das, was jetzt gerade in den Zeitplan der Landesregierung passt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ein Problem auf dem Weg zu dieser Zwangsfusion stellt natürlich die Verschuldung Hochspeyers dar. Hier ist schon gesagt worden, dass es in diesem Fall eine Kompensation geben wird – anders als in anderen Fällen –, einen Disparitätenausgleich. Aber es ist nicht gesagt worden, dass dieser natürlich längst nicht ausreicht, um das, was vor Ort an Belastungen zu tragen ist, tatsächlich auch abzufangen. Deswegen gibt es eine Sonderumlage. Glauben Sie denn wirklich, dass eine Sonderumlage von bis zu 5 Prozentpunkten, die in den Ortsgemeinden der alten Verbandsgemeinde Hochspeyer an Umlage zusätzlich erhoben werden kann, zu einem gedeihlichen Zusammenwachsen dieser Verbandsgemeinde führt, wie das meine Kollegin schon angesprochen hat? Ich glaube das nicht. Wenn Sie das glauben, glauben Sie wahrscheinlich auch an den Weihnachtsmann.

Zu einem Zusammenwachsen in so kurzer Frist jetzt historisch zu sagen, die seien schon zimal angeschrieben worden, ich finde, da können Sie nicht dahinter verstecken, dass Sie denen schon Schreiben geschickt haben. Es fanden immer Gespräche statt. Die Gespräche waren konstruktiv, und die Verbandsgemeinden konnten durchaus erwarten, dass sie hier in Mainz ernst genommen werden und es deswegen nicht zu einer vorschnellen Fusion kommt. Das konnten sie erwarten, aber leider stellen sie das jetzt anders dar.

Jetzt in dieser kurzen Frist das Zusammenwachsen in einem halben Jahr zu organisieren, das ist fast nicht möglich, eine Kommunalwahl und das Zusammenwachsen von zwei Verbandsgemeinden in wenigen Monaten auf den Weg zu bringen. Deswegen hätten sich die beiden an Sie gewandt und um eine Verschiebung bis 2017 gebeten. Auch das war doch ein konstruktiver Ansatz zu sagen, okay, dann fügen wir uns halt, wenn es unbedingt sein muss, verhandeln noch einmal nach, 2017 würden wir es machen.

Aber auch das haben Sie einfach weggewischt. Fazit ist, in dieser Form kann das Gesetz so nicht verabschiedet werden. Das bringt weitere Probleme auch vor Ort mit sich. Die Verschiebung wäre der richtige Weg, dann kann man in Ruhe entscheiden. So ein programmatischer Murks auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger darf einfach nicht verabschiedet werden.

Im Übrigen brauchen wir noch eine Anhörung zu diesem Gesetz.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Mertes:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Wansch das Wort.

Abg. Wansch, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was Herr Kollege Klein vorgetragen hat, zeigt, dass es

natürlich schwierig ist, aus dem Nachbarwahlkreis heraus die Situation in einem anderen Wahlkreis zu beurteilen. Ich lade Sie gerne ein, einige Gespräche zu führen.

Wir müssen eines festhalten, die beiden Verbandsgemeinden Enkenbach-Alsenborn und Hochspeyer waren bereits im Dezember 2012 bis auf einen Punkt handels-einig. Man hat gesagt, Hochspeyer ist zu stark verschuldet. Das war der Punkt, der die Verwaltungsvereinfachung nicht zur Unterschrift gebracht hat.

Ergebnis dieser Sache war, dass das Ganze noch ein Stück weit durch einen Bürgerentscheid mit dem Titel „Wir wollen die Schulden von Hochspeyer nicht zahlen“ gepuscht wurde. Als Enkenbach-Alsenborner kann ich nachvollziehen, dass man das so sieht.

An dieser Stelle bin ich dem Innenminister sehr dankbar für das Gesetz, das heute eingebracht wird. Der darin formulierte Disparitätenausgleich mit einer Summe von 3 Millionen Euro macht deutlich, dass das Land den Bürgerwillen sehr ernst nimmt. Genau an dieser Stelle kommt man der Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn und ihren Bürgerinnen und Bürgern entgegen. Wenn man die Summe sieht, den Entschuldungsfonds und alles Weitere zusammenzählt, dann haben wir unterm Strich die Null. Hochspeyer wird damit komplett seitens des Landes und natürlich mit einer gewissen Eigenanstrengung – Sie sprachen die Sonderumlage an – von seinen Liquiditätsschulden befreit. Das ist und bleibt eine enorme Hilfe des Landes. Es kann nicht sein, dass man hier kein Gehör gefunden hat. Das ist erfolgt.

Lieber Herr Kollege, ich lade Sie an dieser Stelle ein, rechnen Sie mit mir. Ich bin sicher, Sie kommen zum selben Ergebnis.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Kollegen Klein zur Antwort das Wort.

Abg. Klein, CDU:

Herr Kollege Wansch, im Nachbarwahlkreis – es ist derselbe Landkreis – das Ganze zu beurteilen, mag etwas schwieriger sein, aber im eigenen Rat zu sitzen und dann hier Pirouetten zu drehen, was ich auch in der Zeitung aus dem Nachbarwahlkreis beobachten durfte, scheint mir auch nicht einfach zu sein.

(Zuruf des Abg. Wansch, SPD)

Herr Wansch, Sie haben dieses Kunststück hinbekommen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Sie haben sich immerhin auf der Stelle mindestens dreimal gedreht. Am Schluss sind Sie bei 180 Grad umgekehrt stehengeblieben.

Ein Argument war die zu starke Verschuldung. Wir können gemeinsam rechnen. In der Anhörung werden wir das wahrscheinlich gemeinsam tun und sehen, wie sich das mit dem Disparitätenausgleich verhält. Das war in der Tat der größte Punkt.

Ich sage deswegen, die Verbandsgemeinden Enkenbach-Alsenborn und Hochspeyer haben sich nie generell gegen eine Fusion, gegen eine Gebietsänderung irgendwelcher Art gewandt. Das habe ich zumindest so nicht verstanden. In den letzten Schreiben ist das auch so nicht enthalten.

Umso mehr stellt sich die Frage – darauf sind Sie eben nicht direkt eingegangen –, warum es keinen Aufschub für diese beiden Verbandsgemeinden gibt, wenn sie sich konstruktiv zeigen. Es besteht nur dieses Problem. Das Land war vorher nicht in der Lage, dieses Problem zu lösen.

(Wansch, SPD: 2011 waren sie schon handelseinig!)

So ist es doch. Das Land hätte das Problem schon länger lösen können, dann wäre es zu einer einvernehmlichen Lösung gekommen. Jetzt etwas mit Zwang durchzusetzen, was ihr vorher nicht hinbekommen habt, ist einfach falsch. Das geschieht auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger. Es entspricht, wie Sie es eben selbst gesagt haben, nicht dem Bürgerwillen. Beim Bürgerwillen ging es hauptsächlich darum, wie die Lasten in der Verbandsgemeinde zukünftig verteilt werden. Es gab eine 95 %-Mehrheit dagegen, das so nicht zu regeln. Jetzt wird es so geregelt, wie es dem Bürgerwillen nicht entspricht.

Ich sage deswegen, auch hier soll der Bürgerwille beachtet werden und es soll keinen Bürgerwillen zweiter Klasse geben. Die Verbandsgemeinden Enkenbach-Alsenborn und Hochspeyer darf man nicht schlechter behandeln als andere im Land. Das kann ich auch aus dem Nachbarwahlkreis beurteilen. Ich finde, Sie als Wahlkreisabgeordneter hätten das auch hier vortragen können.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Die letzte Wortmeldung zu diesem Thema kommt von Herrn Schwarz. Die SPD hat noch eine Redezeit von 1 Minute.

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss noch einmal auf Frau Schneider eingehen, weil sie zwei Punkte gesagt hat, die so nicht stimmen. Der erste war falsch, und der zweite entsprach nicht der Wahrheit. Ich hatte nicht gesagt, dass die einzelnen Räte die Gesetzesvorlage nicht gelesen haben, sondern ich habe gesagt, dass nur der Orts- bzw. der Stadtbür-

germeister die Gesetzesvorlage hatten und es zu vermuten ist, dass die Räte das gar nicht lesen konnten.

Der zweite Punkt betrifft die Abstimmung in Hainfeld. Hainfeld war die erste Gemeinde, die darüber abgestimmt hat. Ich bin davon ausgegangen, dass jedes Ratsmitglied die Gesetzesvorlage hatte. Das war nicht so. Ich habe die Räte dann aufgeklärt und habe mit ihnen diskutiert. Sie waren der Meinung, dass sie aufgrund fehlender Informationen nicht in der Lage sind, hier eine – – –

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU)

– Frau Schneider, ich will Ihnen nichts unterstellen. Ein Gesetz von über 140 Seiten zu lesen, zu verstehen und dann in die Gemeinderatssitzung zu gehen, kann man nicht in ein paar Minuten schaffen. Wir haben uns redlich bemüht. Wir haben das ausgiebig diskutiert. Das Ergebnis war so, wie ich es gerade gesagt habe. Ich bitte Sie zuzuhören, weil ich gerne hätte, dass Sie das zur Kenntnis nehmen.

Das Ergebnis war so, wie es ist. Die Räte haben gesagt, wir sind aufgrund der mangelnden Information nicht in der Lage, hier eine Stellungnahme abzugeben.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Mertes:

Die Landesregierung wird sich noch einmal durch den Innenminister mit einer menschenfreundlichen Zusammenfassung äußern.

Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn mir der Präsident das vorgibt, dann bleibt mir nichts anderes übrig. Ich werde die 11 Minuten nicht ausschöpfen.

Ich glaube, es wäre im Moment ein bisschen viel verlangt. Es waren viele Wortmeldungen, bei denen es in der Diskussion hin und her ging.

Ich habe eingangs gesagt, wir werden noch eine Ausschussberatung und eine Anhörung haben. Wir werden in jedem Einzelfall die Dinge intensiv besprechen.

Ich sage grundsätzlich, ich habe eigentlich damit gerechnet, dass es von der CDU eine eigene grundsätzliche Positionierung zur Kommunal- und Verwaltungsreform gibt. Das habe ich überhaupt nicht gehört.

(Bracht, CDU: Das haben wir das letzte Mal erst eingebracht! –

Zuruf der Abg. Frau Beilstein, CDU)

– Herr Bracht, Sie haben einen Paragraphen verändern wollen. Das war ja lächerlich.

(Bracht, CDU: Ein entscheidender!)

Das heißt, Sie erkennen unsere Vorgehensweise an. Machen Sie ein eigenes Gesetz. Bringen Sie eigene Vorschläge. Es gibt nicht einen Vorschlag von Ihnen, wie Sie die kommunale Situation neu ordnen wollen. Es gibt keinen Vorschlag von Ihnen, wie Sie mit der Aufgabenveränderung auf Landesebene umgehen wollen.

(Bracht, CDU: Liegt längst auf dem Tisch!)

Was Sie gesagt haben ist, wir verändern die Mittelbehörden. Sagen Sie mir doch bitte einmal, wo Sie jetzt – – –

(Der ständige Vertreter der Chefin der Staatskanzlei, Hoch, hält ein Kind auf dem Arm, das sich äußert – Zurufe von der CDU)

– Entschuldigung Clemens. Herr Präsident, eigentlich muss ich jetzt meinen Zettel einpacken und mich hinsetzen.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

– Frau Klöckner, ich weiß auch nicht, was ich mit dieser Situation machen soll. Ich müsste sie eigentlich von zu Hause kennen.

(Pörksen, SPD: Kurzintervention!)

– Das war eine Kurzintervention, ja.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden sicher einmal von Frau Beilstein hören, was Sie sich anstelle der Mittelbehörden vorstellen. Das werden Sie in Neustadt, Trier und Koblenz wieder erläutern müssen. Wenn die Argumentation kommt, es gab vor Ort Bürgerbeteiligungen, dann gab es die natürlich. Das war in aller Regel nur auf den eigenen Bereich konzentriert. Wenn man eine Kommunal- und Verwaltungsreform, die wir im Grunde nach alle wollen – das ist bestätigt worden –, umsetzen wollen, dann können wir nicht akzeptieren, dass vor Ort einer sagt, ich will keine Veränderung. Wir müssen das entgegennehmen. Wir hören hin. Wir müssen das bewerten.

Dann kommt das, was mehrere Vertreter von der CDU zu mir gesagt haben; Sie und die Regierung tragen die Verantwortung. Natürlich trägt eine Regierung die Verantwortung. Wir haben Gesetze vorgelegt. Ich vermute, wir werden eine Mehrheit im Hohen Hause bekommen. Das ist Regierungshandeln und kann gar nicht anders sein.

Frau Beilstein, der 6. Dezember, der Nikolaustag, ist mir gut in Erinnerung. Unsere Zwillinge, wenn ich hier gerade eine Anleihe machen darf, haben am 6. Dezember Geburtstag. Ich kann mich sehr genau an dieses Gespräch erinnern. Sie wissen, dass es in dem Gespräch als obersten Wunsch darum ging, wie man einen Beitrag dazu leisten kann, dass der Landkreis Cochem-Zell nicht, indem ihm Gemeinden weggenommen werden, schon mit dem dicksten aller Fragezeichen in der zukünftigen zweiten Reformstufe versehen wird.

Ich habe gesagt, ich kann verstehen, dass man so argumentiert. Dann hat sich die Sache weiterentwickelt.

Ich behaupte einmal, am Schluss ist etwas Ordentliches daraus geworden, sonst hätte es vor Ort nicht die Zustimmung gegeben.

Frau Dickes, ich kann Ihnen nur sagen, ich war selbst im Stadtrat in Bad Kreuznach gewesen. Ich habe in unglaublich vielen Gesprächen mit Herrn Pörksen über das Thema der Veränderungen, die dort notwendig sind, intensiv gesprochen. Wir waren nicht in jedem Punkt der gleichen Meinung. Wir sind aber am Schluss zu einem gemeinsamen Ergebnis gekommen.

Man kann das alles kritisieren. Dann müssen Sie sich aber sehr genau erkundigen. Es gibt natürlich Schreiben und Vorschläge an die „Restverbandsgemeinde“. In erster Linie ist es ein gigantischer Kraftakt auch dieses Parlaments, dass wir 30 Millionen Euro Entschuldung für Bad Münster am Stein-Ebernburg hinbekommen. Wir haben doch mit dem Staatskommissar und allen versucht, die Situation zu verbessern. Das ist uns an keiner Stelle gelungen.

Wenn man dann innerhalb des Gesetzes – diese Möglichkeiten sind oft in Gesprächen mit den Kommunalvertretern erbeten worden – unterschiedliche Umlagen vorsieht, haben diese wirklich etwas mit Gemeinwohl zu tun. Es ist ein aufbauender Finanzausgleich, dass wir irgendwann einmal in einer neuen Verbandsgemeinde zu gleichen Lebensverhältnissen kommen. Wir haben auch Fristen vorgegeben, übrigens an mancher Stelle auch bei der Frage der Wasser- und Abwassergebühren, nämlich wie lange fahren wir dort mit zweierlei Systemen, um am Schluss eine Angleichung der Lebensverhältnisse hinzubekommen.

Frau Meurer, ich will vorausschicken, dass ich Bürgermeister Bastgen alles Gute wünsche. Trotzdem möchte ich ein Wort zu Kröv-Bausendorf sagen. Die Kollegen, der Bürgermeister der Verbandsgemeinde, sein Büroleiter und die Ortsbürgermeister waren bei mir. Ich bin ziemlich sicher, dass es im Dezember des letzten Jahres gewesen ist. Es war ein langes und ausführliches Gespräch. Man hat mir gesagt, Herr Lewentz, Sie sind doch hart und bleiben bei Ihrer Vorstellung. Ich sagte ja, das wird so sein. Ich werde einen solchen Vorschlag unterbreiten.

Dann hat man gesagt, wenn man einen solchen Vorschlag unterbreitet, ist eigentlich Traben-Trarbach nicht unser Wunschpartner. Man könnte sich andere Dinge vorstellen. Ich habe gesagt, liebe Freunde, wir sind jetzt noch in einer Phase, in der man das möglicherweise aufnehmen kann. Eich haben wir auch aufgenommen. Ich muss aber ein Gesetz formulieren und es vorlegen. Schreibt mir doch die Vorstellungen. Diese sind viel zu spät gekommen, nämlich nachdem wir die Rahmenbedingungen für das Gesetz ausgearbeitet hatten. Hätte man das früher gemacht, hätten wir vielleicht noch darauf reagieren können.

Frau Schäfer, hinsichtlich Guntersblum will ich Ihnen bestätigen – das habe ich schon vielen anderen bestätigt –, dass wir das, was wir damals versprochen haben, auch einhalten wollen. Ich weiß, dass es keine freiwillige Fusion ist, aber wir – Sie wissen es – behandeln die Situation dort so, als ob es eine freiwillige wäre. Wir

unterstützen dort sehr intensiv und werden die Versprechen, die auch ich vor Ort als Minister abgegeben habe, einhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden über viele Dinge noch miteinander beraten. Wir werden in den Ausschüssen auch hier und da darauf kommen, dass die örtliche Situation durchaus anders ist, und zwar auch örtlich für die Kommunal- und Verwaltungsreform über die Parteigrenzen hinweg. Wallhalben ist genannt worden. Ich muss das nicht wiederholen. Ich kann das ausdrücklich bestätigen, wie die Situation ist. Die große kommunalpolitische Partei dort sagt, das ist der richtige Weg. Alle anderen sagen es auch. Dann sollten wir den Weg auch gehen. Wir werden ihn auch gehen.

Herr Präsident, ich habe die Hälfte der Redezeit ausgeschöpft. Ich hoffe, Sie sind mit mir zufrieden.

Danke.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Frau Kollegin Meurer das Wort.

Abg. Frau Meurer, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister Lewentz, wenn Sie sagen, es ist zu spät, könnte ich das verstehen, wenn das Gesetz verabschiedet ist. Wir haben heute die erste Lesung. Nach der ersten Lesung finden eine Sitzung des Innenausschusses und anschließend noch eine Anhörung statt. Danach erfolgt die Auswertung der Anhörung. Ich verstehe eine erste Lesung eines Gesetzes so, dass man dann noch Änderungen einbringen kann. Ich kann nicht akzeptieren, dass Sie jetzt schon von vornherein sagen, es ist zu spät.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Staatsminister Lewentz.

Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur:

Frau Meurer, wenn Sie in diesen wenigen Wochen – Sie wissen, dass wir vor dem neuen Hintergrund im Sommer des nächsten Jahres Kommunalwahlen organisieren wollen – die Beschlüsse einschließlich der Kreistage

hinbekommen – die Wünsche sind die Veränderung von Kreisgrenzen –, dann organisieren Sie das. Ich meine, es wäre noch einmal darauf hingewiesen worden, dass die Ausschussberatung am 28. November stattfindet.

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU)

Ich kenne keinen einen dieser Beschlüsse. Sie wissen, dass es notwendig ist, dass der abgebende und der aufnehmende Kreis an der Stelle etwas dazu sagen. Wenn Sie das hinbekommen, wird der Ausschuss darüber beraten. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit. Die Landesregierung wird sich die Argumente anhören.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, es wird vorgeschlagen, die Gesetzentwürfe zu den Tagesordnungspunkten 3 bis 13 an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss zu überweisen. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des
Ministergesetzes
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/2817 –
Erste Beratung**

Gemäß Absprache im Ältestenrat erfolgt die Behandlung ohne Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/2817 – an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss zu überweisen. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Das hatten wir alles schon einmal 1969 und 1970. Das ist ein großes Déjà-vu.

Die Kurzinterventionen, die wir heute zugelassen haben, sind sicherlich in vielen Fällen nicht so gelaufen, wie sie hätten sein müssen. Ich beziehe mich auf das ganze Haus. Ich sage es nur. Wir sind uns hier oben einig, dass es so war. Das für die Zukunft.

Herzlichen Dank an meine beiden Beisitzerinnen, die eine schwierige Arbeit hatten, das zu lösen.

Danke schön. Ich lade Sie zur nächsten Plenarsitzung am 6. November 2013, 14:00 Uhr, ein und wünsche Ihnen einen schönen Feiertag.

E n d e d e r S i t z u n g: 17:26 Uhr.